DER ANSCHLUSS UND DIE ÖSTERREICHISCHE PAPIERINDUSTRIE

EIN BEITRAG
ZUM GROSSDEUTSCHEN
WIRTSCHAFTSPROBLEM

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE
BEI DER
STAATSWIRTSCHAFTLICHEN FAKULTÄT
DER LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT MÜNCHEN

VORGELEGT VON

MAXIMILIAN SANNA
DIPLOM-VOLKSWIRT
AUS ARNSTADT

1938

Referent:
Geheimrat Prof. Dr. Otto v. Zwiedineck-Südenhorst

Tag der mündlichen Prüfung: 30. Juli 1930

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Druck: Deutsche Zentraldruckerei Aktiengesellschaft, Berlin SW 11.

INHALT

Erster Teil

1. Kapitel

Seite

Die Strukturwandlungen der österreichischen Volkswirtschaft 1

1. Der Begriff der volkswirtschaftlichen Strukturwandlung 1
   a) Der Strukturbegriff in der Volkswirtschaft 1
   b) Die Bedeutung der Strukturelemente für die volkswirtschaftliche Struktur 1
2. Veränderungen des Wirtschaftsgebietes als elementarste Faktoren volkswirtschaftlicher Strukturwandlung 2
   a) Die Bedeutung des Wirtschaftsgebietes für die Struktur der Volkswirtschaft 2
   b) Umformungen des Wirtschaftsgebietes als Elemente grundlegendster Strukturwandlung für die Volkswirtschaft 3
   c) Das industrielle Problem 4
3. Die volkswirtschaftliche Strukturwandlung Österreichs 4
   a) Der Weltkrieg als Ausgangspunkt bedeutsamer volkswirtschaftlicher Strukturwandlungen 4
   b) Die beiden Strukturwandlungen der österreichischen Volkswirtschaft 5

2. Kapitel

Das österreichische Wirtschaftsproblem und seine Forderungen 6

1. Der Charakter der österreichischen Wirtschaftsstruktur 6
   a) Das Produktionsproblem 6
      Die Hauptmerkmale der österreichischen Wirtschaft 6
      Die Abhängigkeit von fremder Nahrungsmittelzufuhr 6
      Der Fertigwarenexport als natürliche Deckung der strukturell bedingten österreichischen Einfuhr 7
   b) Das Absatzproblem 7
      Das Passivum der österreichischen Handelsbilanz als Ausdruck unzureichender Exportmöglichkeit 7
      Die Frage der Exportsteigerung — Österreichs eigentliches Wirtschaftsproblem 8

Seite

Die Aktiven der österreichischen Zahlungsbilanz sind auf die Dauer nicht in der Lage, das Passivum der Handelsbilanz zu decken ... 9

2. Die österreichische Handelspolitik ... 11

a) Die Entwicklung der österreichischen Handelspolitik ... 11

Die freihändlerische Tendenz der österreichischen Wirtschaft .. 11
Das Umschwenken zum Schutzzoll ... 13
Das Versagen der handelspolitischen Aktion ... 14

b) Die Problematik aktiver österreichischer Handelspolitik ... 15

Das Meistbegünstigungsproblem ... 15
Das geringe Gewicht des österreichischen Marktes ... 15
Das Autarkiestreben der Nationalstaaten ... 16

3. Das Problem der Vergrößerung des österreichischen Binnenmarktes 17

a) Die Vergrößerung des österreichischen Binnenmarktes als Existenzforderung der österreichischen Wirtschaft ... 17

zur Erzielung erweiterter handelspolitischer Betätigungsmöglichkeit ... 17
zur Erhaltung der typischen Händlerfunktion der österreichischen Wirtschaft ... 17
zur Befriedigung des eigenen Marktbedürfnisses als Produzent 17

b) Die Möglichkeit der Erweiterung des österreichischen Binnenmarktes durch Annäherung an einen anderen Wirtschaftskörper 18

Das Präferenzzollsystem ... 18
Handelsvertragliche Zugeständnisse von seiten des Vertragspartners ... 19
Getrenntes Auftreten nach außen ... 21
Österreich wird durch dieses System zu keinem handelspolitisch gewichtigeren Faktor ... 21

Die Zollunion ... 21
Einheitliches Wirtschaftsgebiet und völkerrechtliches Rechtssubjekt mit gemeinsamem Außenzolltarif ... 21
Aufgeben der eigenen handelspolitischen Souveränität der Vertragsstaaten ... 23
Die Gefahr der Einbeziehung des kleineren Staates in die Handels- und Zollpolitik des größeren ... 23
Daher für Österreich Voraussetzung gleichgerichteter wirtschaftlicher Interessen innerhalb einer Zollunion ... 23

Andere Konstruktionen ... 23
Die Partialzollunion ... 24
Begriff und Arten der Partialzollunion ... 24
Die Partialzollunion als Vorstufe europäischer Wirtschaftsgemeinschaft ... 25
Kritik der Partialzollunion ... 25

Das Zoll- und Wirtschaftsbündnis ... 27
Gemeinsamkeit der Handelspolitik ... 27
Ein einheitliches Wirtschaftsgebiet kommt hierdurch nicht zustande ... 28

Seite

3. Kapitel

Der großdeutsche Wirtschaftsgedanke 29

1. Donauföderation oder Großdeutschland 29
   a) Die wirtschaftlichen Anschlußgedanken des neuen Österreich .. 29
   b) Die wirtschaftliche Eingliederung Österreichs als Ersatz
      der verhinderten gesamtpolitischen: Der deutsch-österreichische Zollverein 29
      der zerrissenen gesamtpolitischen: Die Donauföderation 29

2. Die Problematik des Donauföderationsgedankens 31
   a) Die Überschätzung der Bedeutung der Donau für die Wirtschaft der Nachfolgestaaten 31
   b) Die konstruktiven Bedenken gegen eine wirtschaftliche Rückgliederung der Nachfolgestaaten 32
   c) Die wirtschaftspolitischen Bedenken gegen die Donauföderation 33
      vom Gesichtspunkt der Nationalstaaten aus 33
      vom Gesichtspunkt Österreichs aus 33
         Seine Exportaussichten nach dem Drittausland erfahren starke Einengung 33
         Der problematische Wert des Binnenmarkts einer Donauföderation für die österreichische Produktion 34
         Österreichs Vermittlerfunktion erfährt keine Förderung 35

3. Der neue Weg der österreichischen Wirtschaft 36
   a) Die Umorientierung der österreichischen Wirtschaft nach dem Deutschen Reiche 36
      Der Charakter dieser Tendenz in erster Linie als Funktion des nationalstaatlichen Autarkiestrebens 37
      Daher nur allmähliches Sichdurchsetzen dieser Umstellung der österreichischen Wirtschaft 38
      Der Fortschritt dieser Bewegung auch ohne handelspolitisches Entgegenkommen von deutscher Seite als Produkt rein ökonomischen Zwanges 38
   b) Die Merkmale dieser Umgruppierung der österreichischen Wirtschaft 40
      Die zunehmende Kapitalverflechtung mit der deutschen Wirtschaft 41
      Sonstige organisatorische Verflechtungen, insbesondere der Industrie 45
         Deutsch-österreichische Kartelle 45
         Interessengemeinschaften und private Abreden 46
      Die Bewegung des Außenhandels 46
         Die wirtschaftliche Ausgliederung Österreichs aus dem Zusammenhang mit den übrigen Nachfolgestaaten 47
         Die ansteigende Kurve der deutsch-österreichischen Handelsbeziehungen 50
   c) Die ökonomische Entwicklung als Wegweiser für die Richtung der natürlichen Lösung des österreichischen Wirtschaftsproblems 52

4. Die großdeutsche Wirtschaft — das österreichische Wirtschaftsproblem von morgen 52

Seite

a) Der innere Zusammenhang der beiden Strukturwandlungen der österreichischen Wirtschaft 52

b) Die Auswirkungen des deutsch-österreichischen Zollvereins auf die österreichische Wirtschaft 53

Die industriellen Exportaussichten Österreichs nach dem Weltmarkte 54

Als neues Subjekt des Völkerrechts tritt eine deutsch-österreichische Zollunion dritten Staaten gegenüber einheitlich auf 54

Der österreichischen Wirtschaft kommen alle Vorteile uneingeschränkt zugute, die sich der Markt dieses neuen großen Wirtschaftskörpers erzwingen kann 54

Voraussetzung hierfür ist, daß die österreichischen Wirtschaftsinteressen mit den reichsdeutschen parallel laufen 55

Die Ähnlichkeit der deutschen und österreichischen Wirtschaftsstruktur, insbesondere des Außenhandels 55

Die übereinstimmende Gliederung der deutschen und österreichischen Ausfuhr 56

Die Auswirkungen des Zollvereins lassen auch eine Annäherung der Zusammensetzung der österreichischen Einfuhr an das günstigere Bild der des Reiches erwarten 56

Mögliche einzelwirtschaftliche Benachteiligungen müssen hierbei gegenüber dem Gesamtinteresse zurückstehen 57

Die Bedeutung des reichsdeutschen Marktes für die österreichische Produktion sowie das Problem des großdeutschen Binnenmarktes 57

Die natürliche Aufnahmewilligkeit des reichsdeutschen Marktes 57

Eine solche besteht im wesentlichen nur zur Ausfüllung bestimmter Produktionslücken 57

Die Möglichkeiten gegenseitigen Rohstoffaustausches 58

Die am deutschen Markt in erster Linie interessierten österreichischen Produktionszweige 58

Die deutsche Industrie als Gefahrenfaktor für die österreichische Produktion und das Problem einer wirtschaftlichen Ausgleichung 59

Die Forderung einer künstlichen Ausgleichung der beiderseitigen Produktionsbedingungen 59

Die Frage der Zwischenzölle 60

Kartellierung und Rayonnierung der einzelnen Wirtschaftszweige 60

Die bestehenden organisatorischen Bindungen als Grundlage weiterer industrieller Verflechtung (deutsch-österreichische Kartelle) 62

Der Weg zur großdeutschen Wirtschaftseinheit 65

Der Gedanke der Arbeitsteilung 65

Umstellung wirtschaftlicher Existenzbedingungen 65

Die Vorteile des großen Wirtschaftsgebiets 65

Die Händlerfunktion der österreichischen Wirtschaft und der großdeutsche Wirtschaftsgedanke 66

Seite

Die wechselseitige Ergänzung der beiden deutschen Volkswirtschaften ... 66
Die Schlüsselstellung Österreichs im europäischen Wirtschaftsraum ... 66
Für Deutschland ist deren Besitz entscheidend für seine zukünftige östliche Wirtschaftsorientierung ... 67
Die neuen Zukunftsaufgaben der österreichischen Wirtschaft in Verbindung mit der deutschen ... 67
Wien als neuer Mittelpunkt zwischenstaatlichen Handelsverkehrs ... 67
Die Eingliederung des Wiener Handelsapparates in die deutsche Handelsbeziehungen mit dem Osten ... 67
Das neue Interesse der Nachfolgestaaten am Wiener Platz 68
Die Rückwirkung auf die gesamte österreichische Wirtschaft 68

Zweiter Teil

1. Kapitel

Grundsätzliches über die Papierindustrie ... 69

1. Die Abgrenzung des Begriffes „Papierindustrie“ ... 69
2. Das Wesen und die Geschichte der Papierherstellung ... 71
a) Begriff des gefilzten Papiers und Ursprungs desselben ... 71
b) Geschichte und Entwicklung der Papiererzeugung ... 71
Das chinesische Papier ... 72
Das Vordringen der Papiermacherkunst in Europa ... 73
Die drohende Rohstoffkrise der europäischen Papierfabrikation im 19. Jahrhundert ... 73
Die neue Rohstoffbasis der Papiererzeugung ... 74
3. Der Vorgang der Papierherstellung ... 75
a) Die Handpapiermacherei ... 75
Der technische Vorgang der Hadernpapiererzeugung ... 75
Die Produktionsgrundlagen der Hadernpapiererzeugung ... 76
b) Die Maschinenpapierfabrikation ... 76
Der technische Vorgang ... 77
Die Halbstofferzeugung ... 77
Das Holz als Rohstoff ... 77
Das mechanische Verfahren: die Holzstoffbereitung ... 77
Das chemische Verfahren: die Zellulosebereitung ... 78
Die Lumpen als Rohstoff ... 79
Vom Halbstoff zum Fertigprodukt ... 80
Die Bereitung des Ganzzeuges ... 80
Die Papierblattbildung ... 80
Die Produktionsgrundlagen der modernen Papierfabrikation ... 81
Das Holz ... 81
Das Wasser ... 82
Die Kohle ... 82

Seite

2. Kapitel

Die Strukturwandlung und neue volkswirtschaftliche Stellung der österreichischen Papierindustrie 83

1. Die Entwicklung der österreichischen Papierindustrie bis zum Weltkrieg 83

a) Die Anfänge der Papiererzeugung in Österreich 83

b) Die Entwicklung zur Großindustrie 84

Die Gründerzeit 84
Überproduktion und Exporttendenzen 86
Das Bild der österreichischen Papierindustrie vor dem Kriege 88

2. Die Papierindustrie Deutsch-Österreichs 89

a) Die neue Struktur der österreichischen Papierindustrie 89

Umfang der Anlagen 90
Anteil der deutsch-österreichischen Papierindustrie an der alt-österreichischen Produktion und seine Bedeutung für die neue Stellung der Papierindustrie 90
Die Erzeugungskapazität der österreichischen Papierindustrie 91
Der Charakter der österreichischen Papierindustrie als ausgesprochene Exportindustrie 92
Der Umstellungsprozeß der österreichischen Papierindustrie .. 93
hinsichtlich der Produktion 94
hinsichtlich der Exportrichtung 95
Die anhaltende Produktionssteigerung der österreichischen Papierindustrie und ihre Ursachen 96

b) Die Bedeutung der Papierindustrie für die neue österreichische Wirtschaft 98

Arbeiterzahl 98
Die Produktionsentwicklung der Papierindustrie im Verhältnis derjenigen der übrigen österreichischen Industriegruppen 100
Die Produktionssteigerung der Papierindustrie 100
Die absolute bzw. relative Produktionsminderung in den übrigen österreichischen Industriezweigen 100
Die Bedeutung der Papierindustrie für die österreichische Handelsbilanz 102

3. Kapitel

Das Standortproblem der Papierindustrie, insbesondere in Österreich 105

1. Das Standortproblem der alten Handpapiermacherei 105
2. Das Standortproblem der modernen Maschinenpapierfabrikation .. 107

a) Die Bedeutung der Rohstoffe für den Standort 107

Die Hadern 108
Das Altpapier 108
Das Holz 109
Der Standort der Holzschleifereien und seine Bedeutung für den Standort der Papierfabrikation 110
Der Standort der Zelluloseindustrie und seine Bedeutung für den Standort der Papierindustrie 112

Seite
Die übrigen Roh- und Hilfsstoffe 114
Das Fabrikationswasser als spezieller Standortsfaktor 115
b) Die Bedeutung der Betriebskräfte für den Standort 115
Das Betriebswasser als spezieller Standortsfaktor 115
Die Attraktion der Kohlenlager 116
3. Der Materialindex der Papierindustrie 117
a) Der Begriff des Materialindex 117
b) Die Berechnung des generellen Materialindex der Papierindustrie 118
Der Materialindex der Druckpapierindustrie 119
Der Materialindex der Feinpapierindustrie 120
c) Zusammenfassende Analyse der Materialorientierung der Papierindustrie 120
d) Die Modifizierung der grundsätzlichen Materialorientierung der Papierindustrie durch die konkrete Natur der Transporttarifgestaltung 122
Das Wesen der modernen Tarifsysteme und deren Bedeutung für den Materialindex der Industrie 122
Die konkreten Materialindices der österreichischen und deutschen Papierindustrie 124
Die österreichische Papierindustrie ist stärker materialorientiert als die deutsche 126
e) Der enge Aufbau der österreichischen Papierindustrie auf ihren wichtigsten Rohstofflagern als Ausgangspunkt spezieller Problemstellung für den Anschluß 128

4. Kapitel

Das Rohstoffproblem der österreichischen Papierindustrie 129
1. Die Papierholzfrage 129
a) Der Charakter Österreichs als Holzüberschußgebiet 129
b) Die Folgerungen hinsichtlich der österreichischen Papierholzversorgung für das deutsch-österreichische Anschlußproblem .. 130
Die Papierholzfrage in Österreich 130
Die Modifizierung des Charakters ausgesprochener Holzüberschußgebiete durch besondere Entwicklung der heimischen holzverarbeitenden Industrie 130
Die Holzversorgung Österreichs 130
Die österreichische Papierholzerzeugung 131
Der Holzbedarf der österreichischen Papierindustrie 132
Die Erreichung des Schleifholzanfalles durch die effektive Holzverbrauchsziffer der österreichischen Papierindustrie 133
Das Problem des österreichischen Schleifholzexportes 134
Die Einführung des generellen Ausfuhrverbotes 134
Lockerung und Freigabe der Rundholzausfuhr und ihre Auswirkung 134
Das Ansteigen des österreichischen Schleifholzexportes .. 135
Der Ausgleich dieses Schleifholzentzugs durch die österreichische Papierindustrie durch Blochholzverarbeitung 136

Seite

Das Ansteigen der österreichischen Schleifholzpreise, insbesondere durch die deutsche Nachfrage am österreichischen Papierholzmarkt ... 137
Die Papierholzfrage in Deutschland ... 138
Die Bedeutung der deutschen Papiererzeugung ... 138
Die Abhängigkeit der deutschen Papierindustrie von ausländischer Holzversorgung ... 139
Der Papierholzbedarf der deutschen Industrie ... 139
Das fortlaufende Ansteigen der deutschen Papierholzeinfuhr ... 139
Die Bedeutung des Anschlusses für die österreichische Papierholzversorgung ... 140
Die Gefahr für die Holzversorgung der österreichischen Papierindustrie ... 140
Das zunehmende Interesse der deutschen Industrie am österreichischen Schleifholzmarkt ... 140
Die Ausschaltung der Verwendungsmöglichkeit von Blochholz für die österreichische Papierindustrie durch die zu erwartende Valorisierung der österreichischen Blochholzpreise 140
Die Gefährdung der Konkurrenzmöglichkeit der österreichischen Papierindustrie bei einer Zuspitzung der Schleifholzfrage durch den Anschluß ... 141
Das Problem der Sicherstellung der österreichischen Schleifholzversorgung in einem deutsch-österreichischen Zollverein 142
Der Gedanke einer Rohstoffrayonnierung auf dem Wege privater Auseinandersetzung ... 142
Die Vorteile dieser Lösung ... 142
Die relativ geringe Bedeutung des österreichischen Schleifholzes für die deutsche Papierholzversorgung ... 142
Die Aussichten privater Rohstoffrayonnierung ... 143
Der Gedanke einer Zwischenzollbelastung ... 144
Die Wiedereinführung der Rundholzausfuhrabgabe ... 144
Ihre Bedeutung für den Zollunionsgedanken ... 145
Die Fragen der praktischen Durchführung ... 146
c) Die Lösung der Schleifholzfrage für die österreichische Papierindustrie als Kernproblem des Anschlusses ... 146
2. Die Kohlenfrage ... 147
a) Der Kohlenbedarf der österreichischen Papierindustrie ... 148
b) Die Kohlenversorgung der österreichischen Papierindustrie ... 148
Grundsätzliches über die österreichische Kohlenförderung ... 148
Die geringe Kohlenförderung des deutsch-österreichischen Gebietes zur Zeit der Monarchie ... 148
Das Ansteigen der Förderung nach dem Kriege und ihre ferneren Aussichten ... 149
Die Umstellung der österreichischen Papierindustrie auf die heimische, insbesondere die Braunkohle ... 151
Die Tendenz der Kohlenversorgung der österreichischen Papierindustrie ... 153
c) Die Bedeutung der deutschen Kohle für die österreichische Papierindustrie ... 153

Seite

Die gegenwärtige Stellung der deutschen Kohle für die Versorgung Österreichs 154

Die Frachtkosten als ausschlaggebender Faktor für eine kohlenwirtschaftliche Verflechtung des großdeutschen Wirtschaftsgebietes 154

Die frachtliche Mehrbelastung der deutschen Kohle gegenüber der polnischen sowie der tschechoslowakischen 155

Der Gedanke frachtpolitischer Annäherung der deutschen Kohlenlager 156

Die Bedeutung der materiellen Tarifeinheit 156

Die Bedeutung des Wasserweges 156

Die Höherwertigkeit der deutschen Kohle gegenüber der polnischen und tschechoslowakischen in ihrer Auswirkung für die Transportbelastung 157

Unter Voraussetzung materieller Tarifeinheit ist die deutsche Kohle voll konkurrenzfähig 158

d) Durch die Einsatzmöglichkeit der deutschen Kohle wird die Versorgung der österreichischen Papierindustrie durch den Anschluß nicht berührt 158

5. Kapitel

Das Absatzproblem der österreichischen Papierindustrie 159

1. Die Konkurrenzfrage mit der deutschen Papierindustrie 159

a) Grundsätzliches 159

b) Die Konkurrenzfrage auf den Auslandsmärkten 159

Analyse des Exports der deutschen und österreichischen Papierindustrie 159

Die qualitative Differenzierung des Exports 159

Die Zusammensetzung des Exports der österreichischen Papierindustrie 159

Die Zusammensetzung des Exports der deutschen Papierindustrie 161

Die regionale Differenzierung des Exports 163

Der Anteil der wichtigsten Länder am österreichischen Papierexport 164

Die deutsche Konkurrenz auf den wichtigsten österreichischen Absatzmärkten 164

Auswirkung des Anschlusses auf den österreichischen Papierexport auf den Weltmarkt 165

Die regionale Absatzteilung 165

Der südöstliche Markt 165

Die ferneren Absatzgebiete 165

Durch den Anschluß hat die österreichische Papierindustrie weitgehende Ausschaltung des deutschen Wettbewerbs zu erwarten 166

c) Die Frage des großdeutschen Binnenmarktes 166

Die gegenwärtige Situation als Vorbild zukünftiger Probleme 166

Seite

Der österreichische Export nach dem Deutschen Reich 166
Der deutsche Export nach Österreich 166
Die Schwierigkeiten des österreichischen Wettbewerbes mit der deutschen Papierindustrie 167
Die Forderung der Ausschaltung gegenseitigen wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes innerhalb der zukünftigen großdeutschen Wirtschaft 168
Die möglichen Formen der Konkurrenzausschaltung 168
Ablehnung des Zwischenzollgedankens 168
Der Gedanke privatwirtschaftlicher Organisation 168
Der Konzernweg 169
Die bestehenden deutsch-österreichischen Konzerne auf papierindustriellem Gebiet (Hartmann-Konzern) 169
Untersuchung der österreichischen Gesellschaften (Leykam-Josefsthal-Konzern) 169
Untersuchung der deutschen Gesellschaften 170
Die Aussichten weiterer künftiger Konzernbildungen 171
Der Kartellweg 171
Das Kartellproblem in der Papierindustrie 172
in der Zelluloseerzeugung 172
in der Papiererzeugung 172
hinsichtlich der Massenproduktion (Rotationspapier).. 172
hinsichtlich der Feinpapiererzeugung 172
Die Möglichkeit leichter Produktionsumstellung 173
Die bestehenden Papierkartelle als Ausgangspunkt umfassender zukünftiger Kartellierung 173
Die deutschen Papierkartelle und ihr Charakter 173
Die Verbände der Papierindustrie 173
Syndikate und Verkaufsvereinigungen 174
Die Sortenkonventionen 175
Die österreichischen Papierkartelle 176
Deutsch-österreichische Konventionen bzw. Verbindungen auf internationaler Basis 177
Der Weg der Kartellierung in der großdeutschen Wirtschaft 177
Privatwirtschaftliche Organisation und zwischenstaatliche Arbeitsteilung 178
Die natürlichen Schwierigkeiten für eine deutsch-österreichische Arbeitsteilung auf papierindustriellem Gebiet .. 178
Die grundsätzlichen Gedanken für eine Produktionsgliederung 178
hinsichtlich der Halbstofferzeugung 178
hinsichtlich der Papiererzeugung 179
d) Durch den Anschluß hat die Konkurrenzlage mit der deutschen Papierindustrie eine Entspannung zu erwarten 179
2. Die Konkurrenzfrage mit der ausländischen Produktion 179
a) Vorbemerkung 179
Die Problemstellung 179

Seite

Die Zollfrage als Kernpunkt des Konkurrenzproblems 180
hinsichtlich des österreichischen Exports 180
hinsichtlich der ausländischen Konkurrenz auf dem österreichischen Markt 180
Der tschechoslowakische Wettbewerb 180
Die übrigen Staaten 181

b) Der Zollschutz der Papierindustrie in den wichtigsten Ländern .. 181

c) Die Wirkung des Anschlusses für die österreichische Papierindustrie 185
hinsichtlich der Konkurrenz des Auslandes auf dem österreichischen Markt 185
hinsichtlich der österreichischen Exportaussichten 185
Das handelspolitische Gewicht der großdeutschen Wirtschaft 185
Der internationale Konventionsweg 186

Anhang 187

Schrifttum 188

VORWORT

Als die vorliegende Arbeit im Jahre 1930 abgeschlossen wurde, fand das Wort „Anschluß" bei so manchem Deutschen wenig Verständnis, noch glaubte man mancherorts ernsthaft an seine Verwirklichung. Wurde dabei von reichsdeutscher Seite oft in Verkennung der Tatsachen eine engere Verbindung mit dem Österreich der Krisenzeit als reine Belastung für die deutsche Wirtschaft angesehen, so standen dem ebenso weite Kreise in Österreich gegenüber, die im Anschluß die Gefahr einer „Verpreußung" Österreichs erblickten. Erst der Bewegung des Nationalsozialismus war es vorbehalten, den Gedanken der bluts- und schicksalsmäßigen Verbundenheit beider Staaten Gemeingut aller Deutschen werden zu lassen und im Frühjahr 1938 die geschichtliche Tat des Anschlusses selbst zu vollziehen.

Aber schon ein Jahrzehnt vordem wurde gerade im Süden des Reiches, der Keimzelle auch der Bewegung, sowie in den angrenzenden österreichischen Nachbargebieten, wo die Richtung der natürlichen Entwicklung der Dinge weit greifbarer zutage treten mußte als anderwärts, in der Anschlußfrage rege Vorarbeit geleistet. Wenn auf Anregung meines verehrten Lehrers, Herrn Geheimrat v. Zwiedineck-Südenhorst, dem ich an dieser Stelle meinen Dank ausspreche, in der nachfolgenden Studie versucht wurde, den Anschluß in seiner Bedeutung für einen der wichtigsten österreichischen Industriezweige zu untersuchen, so war hierfür die Tatsache maßgebend, daß gerade Spezialuntersuchungen über die industrielle Seite der Anschlußfrage noch vollständig fehlten.

Die enge natürliche Verbundenheit auch einer solchen Einzeluntersuchung mit dem Anschlußproblem an sich erforderte zunächst die grundsätzliche Auseinandersetzung mit diesem, um aus den gewonnenen Ergebnissen den eigentlichen Ausgangspunkt für die folgenden speziellen Untersuchungen zu erhalten; auf diese Weise war es weiter möglich, die sich aus einer solchen generellen Betrachtung für den Anschlußgedanken ergebenden wirtschaftlichen Forderungen hinsichtlich ihrer Berechtigung und Bedeutung auch für den besonderen Fall zu würdigen. Aus dieser Problemstellung ergab sich auch die Beschränkung dieser Studie auf rein wirtschaftliche Betrachtungen; politische Fragen blieben grundsätzlich ausgeschaltet, wenn auch gelegentlich zumindest Hinweise auf politische, insbesondere völkerrechtliche Zusammenhänge nicht zu umgehen waren.

Der Grund, weshalb gerade die österreichische Papierindustrie zu einer speziellen Untersuchung herangezogen wurde, ist ein dreifacher:

Erstens handelt es sich bei der Papierindustrie, wie noch näher dargelegt werden wird, um einen der wichtigsten Zweige der österreichischen Wirtschaft, insbesondere im Hinblick auf die österreichische Handelsbilanz.

Zweitens fehlen im Gegensatz zu dem Interesse, das gerade in Deutschland mit der wachsenden Bedeutung der Papierindustrie, deren Wirtschaftsproblemen, sowohl was das Papier selbst wie seine Rohstoffe betrifft, in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur entgegengebracht wird, in Österreich fast völlig nähere Untersuchungen über die interessanten Wirtschaftsfragen seiner ebenso alten wie leistungsfähigen Papierindustrie.

Drittens endlich bietet die Papierindustrie ein treffendes Beispiel für die im allgemeinen Teil der vorliegenden Studie getroffene Feststellung, daß für Österreich und seine Industrie die Auswirkungen des Anschlusses weniger in Richtung des reichsdeutschen Binnenmarktes als vor allem in einem verstärkten Auftreten auf dem Weltmarkt zu suchen sein werden.

Wenn sich nun in der aus besonderen, zuletzt auch politischen Motiven, entstandenen erheblichen Zeitspanne zwischen Abschluß und Drucklegung der vorliegenden Arbeit gewisse Ergebnisse des Anschlusses neu formten, vor allem aber manche damals gewichtige Probleme heute schon tatsächlich überwunden und gelöst sind, so kann uns Deutsche dies nur mit besonderer Freude und Stolz erfüllen; eine Berücksichtigung dieser Tatsachen konnte im abgeschlossenen Rahmen dieser Studie allerdings nicht mehr vorgenommen werden. Dies gilt auch für die äußere Form des Anschlusses, bei der durch die notwendige Beschränkung auf rein wirtschaftliche Betrachtung zunächst von einer deutsch-österreichischen Zollunion ausgegangen wurde; es sei jedoch daran erinnert, daß diese Zollunion 1931 in der Tat zustande kam und ohne den damals einsetzenden außenpolitischen Druck den Vorläufer des politischen Anschlusses bedeutet hätte.

Nicht unerhebliche Schwierigkeiten bereitete jedoch für eine Betrachtung der Verhältnisse der Papierindustrie die Materialfrage; wer die Papierindustrie näher studiert hat, weiß, wie außerordentlich schwierig es ist, eine wirklich zutreffende Schilderung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zu geben, da hier, verglichen gerade mit anderen Wirtschaftszweigen, eine oft nicht verständliche Geheimhaltung auch der unwichtigsten und ältesten Tatsachen vorherrscht, was die Unterlagenbeschaffung erheblich erschwerte.

So zeigten sich insbesondere die in Frage kommenden Verbände der Papierindustrie in ihrer Auskunfterteilung sehr zurückhaltend, so daß ich mit nur geringen Ausnahmen für meine Arbeit

ausschließlich auf das naturgemäß spärliche, der Öffentlichkeit zugängliche Material angewiesen war; aus diesem Grunde mußte auf eine Reihe interessanter Untersuchungen, wie etwa hinsichtlich der ursächlichen Zusammensetzung und Verschiebungen zwischen dem deutschen und österreichischen Preisniveau in der Papierindustrie mangels entsprechender Unterlagen verzichtet werden.

Was schließlich das verwendete Schrifttum betrifft, so enthält das beigefügte Verzeichnis nur solche Literatur, die in vorliegender Arbeit angeführt wurde; zu einer eingehenden Orientierung über das deutsch-österreichische Anschlußproblem verweise ich auf die umfassende „Biographie zum österreichischen Anschlußgedanken", zusammengestellt von der Weltkriegsbücherei Stuttgart, sowie hinsichtlich des Schrifttums über Deutsch-Österreich selbst auf das laufend gehaltene Literaturverzeichnis über Deutsch-Österreich, zusammengestellt von der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Wien.

Berlin, im August 1938.

Maximilian Sanna.

ERSTER TEIL

1. KAPITEL

Die Strukturwandlungen der österreichischen Volkswirtschaft.

Den Grundgedanken für die folgenden Untersuchungen bildet für uns die Erkenntnis, daß mit jeder Verschiebung des Umfangs eines bestehenden Zoll- und Wirtschaftsgebietes auch die gesamte Struktur einer Volkswirtschaft stets einem mehr oder minder großen Wandel unterzogen wird.

Was wir unter volkswirtschaftlicher Struktur zu verstehen haben, bedarf nach der Einbürgerung dieses Begriffes im Sprachgebrauch der Wirtschaft wohl keiner eingehenden Darstellung; wie das Wort Struktur ganz allgemein zur Bezeichnung eines bestimmten inneren Gefüges dient, der Art und Weise, wie verschiedenartige Teile zu einem Ganzen verbunden sind, ist nach Harms[1]) unter der Struktur der Volkswirtschaft die Ordnung zu verstehen, die die Beschaffenheit und den Wesenscharakter des Ganzen aus der Eigenart, der Lage und Verbindung der Teile und wiederum die Beschaffenheit der Teile aus der Artung des Ganzen und seiner Zweckbestimmung erklärt.

Wir haben demnach zu unterscheiden zwischen der Struktur einer Volkswirtschaft und ihren Strukturelementen oder Grundlagen, wie etwa Bayer[2]) sie bezeichnet. Als Grundlagen der Volkswirtschaft sind etwa anzusehen das Territorium in seiner räumlichen Ausdehnung und mit seinen natürlichen Gegebenheiten, wie Bodenschätze, Fruchtbarkeit, Verkehrsmöglichkeiten sowie das Menschenmaterial, also das Staatsvolk in seiner wirtschaftlichen Gliederung und seinen physischen und psychischen Eigenschaften; ferner weiter, wie auch Harms betont, die Art der Betriebs- und Unternehmungsformen und ihrer Entwicklungs-

[1]) Harms, Bernhard, Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, Weltwirtschaftl. Archiv Bd. 24, 1926, II, S. 261. Über den Begriff „Struktur" und „Strukturwandlung" vgl. auch ders., Strukturwandlungen der Weltwirtschaft", Weltwirtschaftl. Archiv, 25. Bd. 1927 I, S. 1ff. sowie ders., Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, 1928, Bd. I.

[2]) Bayer, Hans, Strukturwandlungen der österreichischen Volkswirtschaft nach dem Kriege. Ein Beitrag zur Theorie der Strukturwandlungen, Wiener Staats- und Rechtswissenschaftl. Studien, Bd. XIV, 1929, S, 4.

tendenz, die standortliche Verteilung der Produktion sowie deren Verhältnis zur Konsumtion, Geld- und Kreditwesen, Kapital- und Einkommensgestaltung und nicht zuletzt die Kulturstufe des Staatsvolkes.

Auf dieser Grundlage nun erhebt sich das Sozialwirtschaftsgebilde „Volkswirtschaft", in dem sich die Einzelwirtschaften und Wirtschaftsgruppen zu einer Einheit zusammenschließen. Der Zusammenhang zwischen Teilen und Ganzem ist hier naturgemäß ein sehr enger: Die Grundlagen der Volkswirtschaft sind maßgebend für die Entwicklung einer bestimmten Form ihrer Struktur, Verschiebungen in den Grundlagen bedingen zwangsläufig auch Strukturwandlungen für die Volkswirtschaft. Wir haben also unter dem Begriff volkswirtschaftlicher Strukturwandlung bestimmte Bewegungsvorgänge in der Volkswirtschaft zu verstehen, die sich in Relationsverschiebungen äußern, Änderungserscheinungen von Dauer, welche sich also insbesondere unterscheiden von den auftretenden Schwankungen im Wirtschaftsleben, die wir als Konjunkturschwankungen zu bezeichnen pflegen.

Als Ursache der Strukturwandlungen stellten wir eben Verschiebungen in den Strukturelementen einer Volkswirtschaft fest. Harms[3]) unterscheidet hierbei hinsichtlich ihrer Einwirkung auf die volkswirtschaftliche Struktur destruktive und konstruktive Faktoren. Als destruktive führt er beispielsweise an Verluste infolge verlorenen Krieges, also Verluste an landwirtschaftlicher und industrieller Produktionsfläche, an Bodenschätzen, an Produktionsmitteln, an Finanz- und Handelskapital usw., ferner fremde überlegene Konkurrenz, die bestimmte nationale Industriezweige hinsichtlich ihrer Rentabilität zu beeinflussen in der Lage ist. Konstruktive Faktoren sind für ihn hingegen die Entdeckung neuer Bodenschätze, Gewinnung von nutzbarem Boden durch Meliorationen, neue Verkehrswege, Entdeckung oder Ausbau neuer Kraftquellen, Neuorganisation der Wirtschaft. Es ist jedoch augenscheinlich, daß der Unterschied zwischen destruktiven und konstruktiven Faktoren nicht streng zu ziehen ist; anfänglich z. B. destruktive Faktoren können zu konstruktiven werden, wie es die Wirtschaftsentwicklung häufig genug zeigt[4]).

Es ist nun augenscheinlich, daß den einzelnen Strukturelementen einer Volkswirtschaft hinsichtlich ihres Einflusses und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für das strukturelle Gefüge des gesamten Wirtschaftskörpers eine durchaus unterschiedliche Wertung beizumessen ist, welche Differenzierung naturgemäß auch ihren Ausdruck findet in dem Maße, in welchem eine Verschiebung in einzelnen Grundlagen einer Volkswirtschaft eine Veränderung deren gesamter Struktur hervorrufen kann. In den Vordergrund tritt hier besonders die geradezu elementare

[3]) A. a. O., S. 264.

[4]) Vgl. auch Bayer, a. a. O., S. 29, sowie die folgenden Ausführungen.

Bedeutung des Wirtschaftsgebietes als solches in seiner räumlichen Ausdehnung und seinen natürlichen Gegebenheiten für die Struktur einer sich auf diesem aufbauenden Volkswirtschaft, zu dem wieder eine fast unübersehbare Reihe anderer Strukturelemente ihrem Wesen nach und bedingt durch die innere Verflochtenheit der wirtschaftlichen Zusammenhänge in funktioneller Abhängigkeit steht; ihren Ausdruck findet diese Tatsache am deutlichsten in der Erscheinung, inwieweit durch eine Verschiebung in dem Grundelement, wenn wir es so nennen dürfen, dem Wirtschaftsgebiet, die gesamte Struktur einer Volkswirtschaft einer grundlegenden Wandlung unterworfen werden kann. Noch bei vollkommen gewahrter sonstiger Integrität vermag ja schon eine Veränderung innerhalb der Höhe bestehender Zollmauern bei einem Wirtschaftsgebiet für die direkt betroffenen Wirtschaftszweige und auf dem Wege über diese für die gesamte nationale Wirtschaft, durch Veränderung unter Umständen der wirtschaftlichen Existenzbedingungen eines Teiles der Wirtschaftsbetriebe, zum Ausgang oft weittragender Strukturveränderungen im positiven sowohl wie aber auch im negativen Sinne zu werden. Die extremsten Möglichkeiten einer Strukturwandlung jedoch, die eine Volkswirtschaft wohl überhaupt erfahren kann, werden sich notwendigerweise durch Umformungen dieses Wirtschaftsgebietes selbst, wie etwa durch dessen Aufgehen in einem fremden Wirtschaftskörper, der teilweisen oder gänzlichen Verschmelzung also zweier bislang selbständiger Volkswirtschaften zu einem neuen Sozialwirtschaftsgebilde ergeben und mit ihnen naturgemäß auch die weitestgehenden Auswirkungen auf alle Zweige der betreffenden Volkswirtschaften; unerörtert mag dabei bleiben, ob nicht bei der Losreißung eines oder gar einer Reihe mehr oder minder großer Teilstücke aus einem Wirtschaftskörper von einem noch einschneidenderen Eingriff in das pulsierende Wirtschaftsleben zu sprechen sein muß.

Harms selbst vertritt diese letztere Ansicht[5]), und sicher nicht so ganz mit Unrecht, wobei freilich nicht außer acht gelassen werden kann, daß eine allgemeingültige Beantwortung dieser Frage überhaupt nicht ohne weiteres durchzuführen sein wird. Werden im ersteren Falle die Änderungserscheinungen in der bisherigen Struktur dieser Volkswirtschaften doch in einem ungefähren Verhältnis der Größe der beiden Wirtschaftskörper bzw. deren Wirtschaftskapazität zueinander anzusetzen sein, also unter Umständen bei einer starken Differenz innerhalb derselben für die eine Volkswirtschaft kaum fühlbar, für die andere vielleicht von grundlegendster Bedeutung, so ergeben sich ähnliche Möglichkeiten auch für unseren zweiten Fall; hier wäre naturgemäß für den Grad einer Strukturwandlung der betroffenen Volkswirtschaft maßgebend zu betrachten neben der Größe auch

[5]) Vgl. Harms, Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, Bd. I, S. 21.

die wirtschaftliche Bedeutung der abgetrennten Gebietsteile für das alte Wirtschaftsgebiet.

Für das industrielle Problem nun, das ja im eigentlichen Mittelpunkt unserer Untersuchungen steht, kommt bei allen diesen Erscheinungen einer Strukturwandlung, die sich auf Veränderungen innerhalb des Wirtschaftsgebietes gründen, der Tatsache besondere Bedeutung zu, daß sich neben den Wandlungen und Neuordnungen, welche wohl eben alle Wirtschaftszweige einer Volkswirtschaft gemeinsam berühren, speziell auch mehr oder minder bedeutsame Verschiebungen innerhalb der Standortsorientierung der einzelnen Industrien ergeben können. Letztere sind ja in ihrer Entstehung regelmäßig aus der wirtschaftlichen Eigenart eines bestimmten Gebietes begründet, in besonderem Maße ferner aus der gegebenen Rohstofflage, den Absatzmöglichkeiten und nicht zuletzt aus den sich ergebenden speziellen Konkurrenzverhältnissen; auch die arteigene und jeweils typische Entwicklung eines Industriezweiges kann daher nicht losgelöst betrachtet werden von einer gegebenen Struktur der ihn umschließenden Gesamtwirtschaft. Wandlungserscheinungen in dieser werden daher geeignet sein, auch ebensolche in den Grundlagen einer Industrie hervorzurufen. Es sind z. B. nicht allein die Absatzgebiete, die sich für die auf sie bislang angewiesenen Industriezweige völlig verschieben können, auch die Materiallagerorte etwa sind ja ehedem auf das ursprüngliche Zoll- und Wirtschaftsgebiet berechnet gewählt worden und können in Gefahr laufen, in der etwa eintretenden Konkurrenz mit einer absolut besser orientierten Industrie sich bald als überholt herauszustellen[6]).

Es ist nun gerade die Epoche nach dem Weltkrieg, die mit ihren einschneidenden wirtschaftlichen Wandlungen in wohl bisher ungeahnten Formen für die gesamte Weltwirtschaft, wie aber besonders für das im Angelpunkt der Ereignisse gestandene Europa ein Zeitraum so außerordentlich bedeutsamer Verschiebungen in der Struktur der Wirtschaftsgebiete wurde[7]). Natürlicherweise zwangen schon die Zeiten der Kriegswirtschaft alle beteiligten Nationalwirtschaften so gut wie restlos zu einer Umstellung ihrer Zielrichtung, die ja allerdings von Anfang an nur als zeitlich begrenzt gedacht war und daher aus unseren Betrachtungen auszuscheiden hat. In ganz anderen Ausmaßen bedeutete jedoch nach Ab-

[6]) Vgl. hierzu auch Neukirchen, Heinrich, Die Geschichte der österreichischen Papierindustrie im Lichte der Standorttheorie. Diss. Graz. Im 2. Teil der vorliegenden Arbeit werden wir auf diese hier nur angedeuteten Probleme unter dem Gesichtspunkt der Anschlußfrage für die österreichische Papierindustrie noch im einzelnen einzugehen haben.

[7]) Im einzelnen vgl. hierzu: Scheffer, Egon, Österreichs wirtschaftl. Sendung, 1927, S. 28 ff. — Schulze, Ernst, Die Zerrüttung der Weltwirtschaft, 1923. — Sartorius v. Waltershausen, Die Weltwirtschaften und die staatlich geordneten Verkehrswirtschaften, S. 230 ff. — Nonnenbruch, Fr., Das Vereinigte Europa, S. 19 ff.

lauf dieser anormalen Zeitperiode, neben den grundsätzlichen Wandlungen, die mit der politischen notwendigerweise auch die wirtschaftliche Struktur der Welt gegenüber der Vorkriegszeit erfahren hat oder noch weiter zu erfahren im Begriffe ist, das Verfolgen so vieler politischer und damit auch eben einseitiger wirtschaftlicher Ziele in den Friedensverträgen, besonders durch die Neugestaltungen der bisherigen Staats- und Wirtschaftsgrenzen die einschneidensten Eingriffe in das bis dahin pulsierende Wirtschaftsleben, deren Gipfelpunkt unzweifelhaft die Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie bedeutete.

Man wird hierbei Bayer durchaus recht geben müssen, wenn er im Vorwort zu seiner schon zitierten Abhandlung meint, daß gerade die österreichische Volkswirtschaft ein ideales Objekt biete, die Typen volkswirtschaftlicher Strukturwandlung zu studieren; es dürften wohl die beiden extremsten Möglichkeiten einer solchen überhaupt sein, die sich am Beispiel der österreichischen Wirtschaft einer Untersuchung unterziehen lassen.

Denn die Zerschlagung des Wirtschaftskörpers der österreichisch-ungarischen Monarchie nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte werden wir nur als die erste grundlegende Strukturwandlung der österreichischen Volkswirtschaft nach dem Kriege bezeichnen können[5]); der seit diesem Zeitpunkt nun mit zunehmender Aktualität aufgetauchte Fragenkomplex der Eingliederung dieser neu-österreichischen Wirtschaft in die großdeutsche Volkswirtschaft scheint nämlich, wenn wir die Entwicklung der Dinge innerhalb der letzten Jahre im rechten Lichte betrachten wollen, dazu berufen zu sein, das eigentliche österreichische Problem von morgen zu bilden und in seiner Auswirkung notwendigerweise die zweite grundlegende Strukturwandlung der österreichischen Volkswirtschaft zu bedeuten, wobei aus dem bestehenden inneren Zusammenhange dieser beiden, in ihrer Auswirkung zwar an sich grundsätzlich entgegengesetzt gearteten Erscheinungen heraus die an zweiter Stelle angedeutete Strukturwandlung der österreichischen Volkswirtschaft nichts anderes als die rein ökonomische Folge, wie wir sehen werden, der ersten darzustellen scheint.

[5]) Zweifellos können wir auch vordem bei der österreichischen Volkswirtschaft nicht anders als in differenziertem Zeitmaß eben überhaupt bei jeder Volkswirtschaft gewisse Veränderungen ihrer Struktur beobachten, wie sie durch die natürliche Wirtschaftsentwicklung bedingt sind; denn jede volkswirtschaftliche Dynamik wird sich letzten Endes zu gewissen Wandlungserscheinungen der volkswirtschaftlichen Struktur verdichten, wobei es freilich schwierig sein dürfte, den Moment der eigentl. „Strukturwandlung" von dem „Trend" loszulösen. (Vgl. hierzu auch Weber, Adolf, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, S. 467.) In unserem Zusammenhang freilich sollen unter diesem Begriff nur jene grundlegenden Strukturwandlungen verstanden werden, die in Verbindung zu setzen sind mit klar erkennbaren Veränderungen in den eigentlichen Strukturelementen, hier insbesondere des Territoriums.

2. KAPITEL

Das österreichische Wirtschaftsproblem und seine Forderungen.

Wenn wir das wirtschaftliche Problem Neu-Österreichs als solches betrachten und hierbei auch freilich im Rahmen unserer Aufgabe diesen so außerordentlich umfassenden und umstrittenen Fragenkomplex nicht im entferntesten in all seinen Einzelheiten erfassen können und wollen, so werden wir uns bei demselben stets vor Augen halten müssen, daß das heutige Österreich kein organisch gewachsenes und daher in all seinen Produktionszweigen wohl abgestimmtes Wirtschaftsgebilde ist, wie etwa die alte Monarchie es war, sondern einen aus einer größeren staatlichen und wirtschaftlichen Einheit herausgerissenen Länderteil darstellt; diese Tatsache findet auch heute noch ihren vollen Ausdruck in der gesamten Wirtschaftsstruktur des Landes, die nach Stolper im wesentlichen durch fünf Tatsachen gekennzeichnet erscheint[9]):

Erstens durch die überragende Rolle Wiens als eines Apparates, der auf die Leitung eines achtmal größeren Wirtschaftsgebietes eingerichtet ist.

Zweitens durch eine Industrie, die ein Torso geworden ist, weil die Ergänzung durch die mit ihr früher verbundenen Industrien der anderen ehemaligen Reichsgebiete weggefallen ist.

Drittens durch die Abhängigkeit von ausländischer Zufuhr an Nahrungsmitteln.

Viertens durch die Abhängigkeit von fremder Kohle und fremden Rohstoffen.

Fünftens durch die Verkleinerung des zollgeschützten Innenmarktes auf ein Achtel des früheren Umfangs, welche die österreichische Wirtschaft vollends in Abhängigkeit von der Handelspolitik der Nachbarn hält.

Es erscheint hierdurch die Wirtschaftslage Neu-Österreichs ebenso gekennzeichnet, wie es die des alten österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes durch seine fast repräsentierte Autarkie war. Bei der sich in einer organisch klaren Arbeitsteilung zwischen ihren weiten Gebieten annähernd selbst versorgenden Wirtschaft der Monarchie spielte der Außenhandel eine durchaus geringfügige Rolle[10]); dem Umfang nach wurde er sogar von dem der kleinen Länder, wie etwa Holland oder Belgien, übertroffen, denn das alte Österreich war im wesentlichen nur auf einen Zuschuß hinsichtlich einer Reihe wichtiger Rohstoffe[11]) so-

[9]) Vgl. Stolper, Gustav, Die Handelspolitik Deutschösterreichs, Schriften des Vereins f. Sozialpolitik, 171, II, S. 393 f.

[10]) Der Außenhandel pro Kopf der österr. Bevölkerung betrug 1913: Einfuhr 98 S (1928: 494 S), Ausfuhr 84 S (1928: 334 S). Vgl. auch „Die Wirtschaftslage Österreichs", Bericht der vom Völkerbund bestellten Wirtschaftsexperten W. J. Layton, C. H., und Charles Rist, Wien 1925, S. 26 (deutsche Übersetzung).

[11]) Neben Eisen- und Kupfererzen insbes. auch Steinkohlen.

wie von Spezialmaschinen und chemischen Produkten angewiesen, dessen Deckung nicht das Äquivalent einer großen Ausfuhr erforderte. Das neue Österreich dagegen ist gemäß seiner unorganischen Wirtschaftsstruktur zur Aufrechterhaltung seiner Wirtschaft in höchstem Maße abhängig von fremder Einfuhr, in erster Linie von Nahrungsmitteln, deren Erzeugung der vorwiegend gebirgige Boden des eigenen Landes nur bis zu etwa 50 % des eigenen Bedarfs bestreiten kann.

Es ist naheliegend, daß es in erster Linie die ausgebildete österreichische Industrie ist, mit deren Ausfuhrüberschüssen die österreichische Wirtschaft die einzuführenden Nahrungsmittel, die allein schon ein Drittel der Gesamteinfuhr ausmachen, sowie die zugleich mit hereingeholte und durch Veredelung wettgemachte notwendige Menge an gewissen Rohstoffen bezahlen muß; für die Abnahme der landwirtschaftlichen Produkte des Auslands benötigt Österreich darum in hohem Maße dessen Absatzmarkt für seine eigenen Fertigwaren.

Doch nimmt dieses scheinbar für Österreich so klar vorgezeichnete Wirtschaftsproblem: Deckung des durch die natürliche Begrenzung der heimischen Landwirtschaft gegebenen Defizits an Nahrungsmitteln durch Eintausch agrarischer Produkte gegen fertige Industrieerzeugnisse, sofort ein anderes Gesicht an, wenn wir es mit den tatsächlichen Erscheinungen der Wirklichkeit vergleichen. Wir finden nämlich an Stelle des dergestalt vorgezeichneten wirtschaftlichen Ausgleichs die österreichische Handelsbilanz mit einem seit Jahren fast unveränderten Defizitposten von über 1 Milliarde Schilling belastet[12]), gleich einem vollen Drittel des Wertes der durchschnittlichen Gesamteinfuhr, die um 3 Milliarden schwankt, oder etwa derselben Summe, die der notwendigen österreichischen Nahrungsmitteleinfuhr entspricht. Es bedeutet dies nichts anderes als die Tatsache, daß es der österreichischen Fertigwarenproduktion, die ohnehin durch den verringerten Inlandsabsatz infolge des Verlustes ihres eigentlichen großen, zollgeschützten Binnenmarktes mit besonderen Schwierigkeiten, wie dem empfindlichen Mißverhältnis zwischen Umfang und Kapazität der Anlagen[13]) und dem Absatz[14]) sowie der durch

[12]) Im einzelnen betrug das Defizit der österr. Handelsbilanz in tausend Schilling:

1920: 1 084 300	1923: 1 125 300	1926: 1 099 623
1921: 1 121 000	1924: 1 485 685	1927: 1 091 554
1922: 919 400	1925: 936 939	1928: 1 065 369

[13]) Insbesondere der Weltkrieg hat hier Umfang und Leistungsfähigkeit speziell der innerhalb der heutigen Republik Österreich gelegenen und vor allem der auf Staatsaufträge eingestellten Betriebe (Fahrzeug- und Rüstungsindustrie) naturgemäß gewaltig gesteigert. Vgl. hierzu im einzelnen Schilder, Siegmund, Der Streit um die Lebensfähigkeit Österreichs. Finanz- und Volkswirtschaftliche Zeitfragen, herausg. v. G. v. Schanz und Julius Wolf, 90. Heft, 1926, S. 46, sowie auch unten S. 100 ff.

die Höhe der sozialen Lasten[15]), den öffentlichen Abgaben und den Kosten des Leihkapitals stark verminderten Rentabilität zu kämpfen hat, nicht gelingt, den für die Gesamtwirtschaft notwendigen großen Absatz am Weltmarkt zu finden; hierdurch wieder, um den circulus vitiosus zu schließen, muß auch die Möglichkeit zu Spezialisierung und Typisierung, also zu Massenerzeugung und damit zur Verbilligung des Produktes vielfach beschränkt bleiben, ohne daß jedoch, was besondere Beachtung verdient, alle diese Schwierigkeiten in den eigentlichen inneren österreichischen Produktionsvoraussetzungen als solchen begründet wären.

Das österreichische Wirtschaftsproblem von heute scheint uns also mit anderen Worten das Problem der Schaffung eines zumindest erträglichen Maßes an Ausfuhrmöglichkeit zum Ausgleich der aus Lebensnotwendigkeit heraus erforderlichen Einfuhr an Gütermengen zu sein, welches Problem, wie besonders auch v. Zwiedineck betont [16]), zugleich für das neue Österreich die

---

[14]) Es wird allgemein geschätzt, daß der österr. Markt höchstens 30 % der industriellen Produktion aufzunehmen in der Lage ist. Es ergibt sich dies einerseits aus dem unorganischen Aufbau der heutigen österr. Wirtschaft, die unter nur mangelhafter Entwicklung einzelner wichtiger Industriezweige von anderen wiederum an Zahl und Umfang in keinem Verhältnis zur Gesamtwirtschaft stehende Betriebe aufweist, sowie zum anderen eben aus der Tatsache, daß das heutige Österreich wohl ungefähr ein Drittel der Industrie der Monarchie, jedoch nur ein Achtel der Käufer geerbt hat.

[15]) Der „Österr. Volkswirt" berechnet die sozialpolit. Belastung der Erzeugung Anfang 1928 mit durchschnittl. 16,8 % der Lohn- und Gehaltssumme, was jährlich etwa 322 Mill. S ergeben würde. Vgl. „Zehn Jahre Nachfolgestaaten", Sonderausg. zur 20-Jahr-Feier d. „Österr. Volkswirt", Wien 1928, S. 80. Doch gehen die Berechnungen über die effektive Höhe dieses Prozentsatzes weit auseinander; während z. B. der frühere Minister für Soziale Verwaltung, Dr. Jos. Resch, die Belastung aus der Sozialversicherung allein für den Arbeiter mit durchschnittlich 18 %, für den Angestellten mit 20 % der Lohn- bzw. Gehaltssumme errechnete, ergeben die vom Hauptverband der Industrie Österreichs für die gesamte soziale Belastung (Sozialversicherung einschl. der Belastung aus sonstigen sozialpolitischen Gesetzen z. B. Arbeiterurlaube etc., Abfertigungen für Angestellte [Invalidenbeschäftigung]) angestellten Berechnungen durchschnittlich 23 % der Lohnsumme. Nach einer Veröffentlichung des Hauptverbandes der Industrie Österreichs vom September 1928 endlich wurde die damalige Gesamtbelastung aus öffentlichen und sozialen Lasten mit dem 3½fachen des Betrages errechnet, der auf die Verzinsung des investierten Kapitals entfiel. An anderer Stelle dieser Veröffentlichung werden diese Lasten auch mit 10½ % vom Umsatz angegeben. Vgl. hierzu auch den Aufsatz des Vorstandsmitgliedes des Hauptverbandes der Industrie Österreichs, Dr. E. Geiringer, in der „Neuen Freien Presse" vom 20. 12. 29.

[16]) v. Zwiedineck-Südenhorst, Otto, Das Problem des deutsch-österr. Zollvereins, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Bd. 69, I., S. 392.

erste Bedingung der Lebensfähigkeit auf unserer Kulturstufe ist, nämlich die Möglichkeit der weltwirtschaftlichen Verwertung der Volkskraft, d. h. dem Arbeitseinsatz auch der durch die Lage der Dinge momentan von der volkswirtschaftlichen Produktion Ausgeschlossenen[17]). Freilich ist in dieser Frage, worin wir wiederum v. Zwiedineck folgen müssen[18]), „nicht bloß ein österreichisches, sondern geradezu das europäische handelspolitische Problem schlechthin zu erkennen und dennoch sind die Verhältnisse in Österreich ganz besonders scharf zugespitzt; nirgends wie hier zeigt sich die Unanwendbarkeit der Freihandelsargumente in solcher Klarheit, sobald dem Willen eines Staates zum Freihandel die Ablehnung jeder Einfuhr aus jenem Staate so schroff gegenübertritt."

Und die allgemeinen Tendenzen der österreichischen Handelspolitik sind entschieden freihändlerisch. Das ergibt sich aus der wirtschaftlichen Lage und der erwähnten besonders gelagerten Wirtschaftsstruktur des Landes, der zufolge Österreich dauernd auf Nahrungsmittelzufuhr und mit seiner Industrie auf Export angewiesen ist, ferner in besonderem Maße ein Händlerland bleiben wird[19]); in diesem Sinne wenigstens meint Stolper, daß für Österreich, seinen allgemeinen Wirtschaftstendenzen entsprechend, günstige Handelsverträge wichtiger zu betrachten seien als der Schutz eines unter allen Umständen unzulänglichen kleinen und schwachen Inlandsmarktes[20]). Wenn auch u. E. diese zugespitzte Form der Behauptung gerade für die österreichische Wirtschaft nicht ganz unbedenklich erscheint, so wird doch mit dem Gesagten für Österreich die Forderung nach Ausfuhrmöglichkeit, also die Erlangung von Absatzmärkten außerhalb des eigenen Wirtschaftsgebietes als eine Lebensnotwendigkeit bezeichnet werden müssen. Denn wenn auch der Außenhandel als nur ein Glied der Zahlungsbilanz, wenn auch deren wichtigstes, nicht die einzige Lebensäußerung der Volkswirtschaft darstellt, von der ihr Zustand abgelesen werden kann, so sind doch, wie sich etwa Drucker ausdrückt[21]), die „unsichtbaren" Exporte, die das

---

[17]) Die Arbeitslosenziffer Österreichs hat sich von 95 000 im Monatsdurchschnitt des Jahres 1924 auf 150 000 im Jahre 1925, auf über 176 000 in den Jahren 1926/27 und rund 180 000 im Jahre 1928 erhöht. Nach einer Berechnung des Generalsekretärs des Österr. Handelsmuseums, Dr. Wessely, würde eine auch nur 30%ige Exportsteigerung die gesamte österr. Arbeitslosigkeit verschwinden lassen.

[18]) A. a. O., S. 393.

[19]) In Würdigung dieses Umstandes war Österreich nach dem Kriege einer der ersten Staaten, die der Notwendigkeit des Abbaus der Verkehrsbeschränkungen weitestgehend entgegenkamen; so wurde u. a. durch Schaffung von Zollfreilagern der Transithandel mächtig gefördert. Vgl. Haber, Franz, Österreichs Wirtschaftsbilanz, ein Vergleich mit der Vorkriegszeit, 1928, S. 143.

[20]) Vgl. Stolper, a. a. O., S. 404.

[21]) Vgl. „Österr. Volkswirt" vom 4. 2. 1928.

Handelspassivum bedecken sollen, recht deutlich sichtbar geworden; Kredite, Abwanderung des österreichischen Besitzes an Effekten der Nachfolgestaaten, Verkauf von Paketen österreichischer Bank- und Industrieaktien, der Übergang von österreichischem Grund und Boden, von Häusern und Geschäften an das Ausland, endlich auch erhebliche Verluste des Auslands an inländischen Geschäftskrediten müssen zur Überbrückung der Differenz beitragen, die bleibt, auch wenn die Ergebnisse des gesteigerten Fremdenverkehrs und anderer, rasch schrumpfender ausländischer Ertragsquellen vom Passivum abgerechnet werden. Ähnliche Gedankengänge finden wir schon früher bei v. Zwiedineck, wo zu der an Hand von Daten insbesondere der österreichischen Handelskammern mit etwa 700 bis 900 Millionen S geschätzten Aktivseite der österreichischen Zahlungsbilanz die wenig optimistische Fragestellung geknüpft wird, ob eine Beständigkeit dieser Ziffern auch weiterhin zu erwarten sei[22]) und auch Schilder kommt nach einer eingehenden Betrachtung der einzelnen Aktivposten der österreichischen Zahlungsbilanz zu dem Schluß, daß dieselben nicht ausreichend erscheinen können, um die Passivität der Handelsbilanz auf einige Dauer ohne Zuhilfenahme weiterer starker Überfremdung auszugleichen, wobei der Fehlbetrag der Handelsbilanz hier sogar nur mit 700—800 Millionen S angenommen ist[23]).

Der hastige Ausverkauf allerdings und Substanzverlust sowie die als Damoklesschwert über der österreichischen Wirtschaft schwebende Belastung mit kurzfristigen Anleihen, womit jene Differenz in den ersten Jahren überbrückt werden mußte, scheinen,

[22]) Vgl. v. Zwiedineck-Südenhorst, Otto, Österreich am Scheidewege, Schmollers Jahrbuch, 50. Jahrg., 1926, II, S. 14 ff. Zumindest jedoch die hier noch mit insgesamt 400 Mill. S geschätzten Finanzierungsgewinne und der Ertrag aus ausländischen Unternehmungen werden für heute schon als nicht unerheblich zu hoch gegriffen erscheinen müssen, einerseits eben durch die zahlreichen inzwischen eingesetzten Aktienverkäufe, sowie der fortschreitenden Ausschaltung Wiens als Finanzierungsplatz andererseits.

Die Angaben über die geschätzten Posten der österreichischen Zahlungsbilanz schwanken naturgemäß bei den einzelnen Autoren sehr, da genaue statistische Grundlagen über das Ausmaß derselben kaum vorhanden sind. Vgl. hierüber auch Hertz, Friedrich, Ist Österreich wirtschaftlich lebensfähig? Wien 1921, ferner ders., Zahlungsbilanz und Lebensfähigkeit Österreichs, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 167 II., endlich auch v. Scala, Otto Erwin, Der deutschösterr. Zollverein, München 1926, der die Ansicht vertritt, daß das relativ sicherlich bedeutende Aktivum der österr. Zahlungsbilanz, das sich aus den Einnahmen aus dem Transithandel (Fracht-, Kommissions- und Provisionsgebühren), den Dividenden, Zinsen und Tantièmen aus österr. Unternehmungen in den Nachfolgestaaten und schließlich aus dem bedeutenden Fremdenverkehr zusammensetzt, dem großen Passivum der österr. Handelsbilanz gegenüber doch nicht mehr in die Waagschale geworfen werden könne (S. 5).

[23]) Vgl. Schilder, Siegmund, a. a. O., S. 32.

wie Drucker berichtet[24]), nunmehr abgelöst zu werden von langfristigen Anleihen und von der Gewinnung dauernder Kapitalsanlagen des Auslands im Inland. Zweifellos liegt darin ein Moment der Besserung. Aber die Frage bleibt für uns offen, ob die strukturell bedingte Spannung zwischen notwendiger Einfuhr und möglicher Ausfuhr dauernd einerseits mit den Kreditmöglichkeiten[25]), andererseits mit den bleibenden Aktivposten der Zahlungsbilanz in Einklang zu bringen sein wird, so daß auch von diesem Gesichtspunkt aus die Forderung nach Ermöglichung der Ausfuhrsteigerung für österreichische Fertigwaren durch erweiterte Absatzmöglichkeit derselben als eine Lebensnotwendigkeit für die österreichische Wirtschaft auftritt, welcher Feststellung sich auch die Völkerbundexperten als Abgesandte der eigentlichen Schöpfer dieses Staates nicht wohl entziehen konnten[26]).

Sicherlich ist nun nicht zu leugnen, daß Österreich produktionspolitisch sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie viel tut, um das Sozialprodukt zu steigern und dem Handelspassivum entgegenzuwirken und gewisse Erfolge in dieser Richtung sind auch in der Handelsbilanz immerhin erkennbar[27]), müssen freilich in ihrer Auswirkung naturgemäß viel zu gering erscheinen, um eine auch nur einigermaßen ins Gewicht fallende Entlastung der Einfuhrseite zu bedeuten. Die Gründe hierfür hatten wir schon oben zu betrachten.

Es kann somit das Handelspassivum als eine strukturell bedingte Begleiterscheinung des österreichischen Wirtschaftsproblems betrachtet werden, welches gebieterisch nach einer Lösung in Richtung eines vergrößerten Absatzmarktes drängt.

Naturgemäß waren es für Österreich in erster Linie die Mittel der Handelspolitik, mit denen es versuchen mußte, die verschlossenen Auslandsmärkte seiner Produktion zu eröffnen. Wenn wir in ganz großen Zügen die Entwicklung dieser österreichischen

---

[24]) Vgl. Drucker, Adolf, Außenhandel und Außenpolitik, „Zehn Jahre Nachfolgestaaten", a. a. O., S. 53.

[25]) Die Auslandsverschuldung der österr. Banken und Wirtschaftsbetriebe wurde schon 1926 auf etwa 1½—2 Milliarden S geschätzt, was einer Gesamtzinsenlast der österr. Wirtschaft von 120—150 Millionen S entspricht. Vgl. Gebert, Erich, „Flammenzeichen", Österreichs Wirtschaftsschicksal. Salzburg 1927.

[26]) Vgl. „Die Wirtschaftslage Österreichs", a. a. O., S. 26.

[27]) So verringerte sich etwa gegenüber 1924 die Nahrungsmitteleinfuhr von 1175 Mill. S auf 1015 Mill. S (1928), während gleichzeitig die Nahrungsmittelausfuhr von 62 Mill. S auf 74, die Fertigwarenausfuhr von 1548 auf 1625 Mill. S stieg. Freilich wird bei dieser Gegenüberstellung nicht außer acht gelassen werden dürfen, daß sich uns gerade das als Vergleichsjahr herangezogene Jahr 1924 als ein Jahr schwerer wirtschaftlicher Krise darstellt, in welchem das österr. Handelsbilanzdefizit mit rund 1½ Milliarden S seinen absoluten Höhepunkt überhaupt erreichte (vgl. hierzu oben S. 7 Anm. 12). Ein Vergleich zwischen den beiden Jahren 1924 und 1928 wird daher nur unter Berücksichtigung dieses speziellen Umstandes erlaubt sein können.

Handelspolitik verfolgen, so galt es für Österreich nach dem Umsturz vor allem, die einzuführenden Nahrungsmittel und Rohstoffe nicht durch Zölle zu verteuern und der Österreich verbliebenen Industrie, die auf den nun Ausland gewordenen Markt — denn die neuen Grenzen mußten naturgemäß zunächst als Zollgrenzen fühlbar in Erscheinung treten — exportieren mußte, um ihre Kapazität auch nur teilweise ausnützen zu können, diese Märkte freizuhalten. Diese Erkenntnis mußte der jungen Republik ausgesprochen freihändlerische Entschlüsse nahelegen, zu denen jedoch die wirtschaftliche Aufrüstungspolitik der in Bahnen des Hochprotektionismus wandelnden Nachfolgestaaten sofort in krassen Gegensatz trat. Konnte der zwischenstaatliche Handel für Österreich bei den zahlreichen Ausfuhrverboten der Nachkriegszeit zunächst nur mit Mühe durch der Kriegswirtschaft entlehnte Kompensations- und späterhin Kontingentverträge[28]), die außerdem vielfach von Österreichs wichtigsten Vertragspartnern (z. B. der Tschechoslowakei und Polen) nur mangelhaft erfüllt wurden, überhaupt notdürftig aufrecht erhalten werden, so erwiesen sich auch die ersten Abschlüsse von Handelsverträgen, die der österreichischen Regierung ab 1920 immerhin gelangen, sich aber freilich nur auf die Einräumung der zudem noch zum Teil mehr oder minder eingeschränkter Meistbegünstigung beschränkten, dem sich zunehmend mit teilweise ganz exorbitanten Ansätzen aufbauenden kontinentalen Hochschutzzollsystem gegenüber praktisch so gut wie wirkungslos. Und da der übernommene alte österreichisch-ungarische Zolltarif einerseits der durch deren Zollgesetzgebung ermöglichten Dumpingpolitik der Nachfolgestaaten der heimischen Produktion nur unzureichend Schutz gewährte und sich zum anderen naturgemäß als wenig brauchbares handelspolitisches Instrument erwies, sah sich Österreich — freihändlerische Einsichten vor Augen — Ende 1924 gezwungen, einen eigenen autonomen Zolltarif aufzustellen[29]); dieser

[28]) Die ersteren bestehen aus besonderen kurzfristigen Abkommen zwischen den einzelnen Staaten zwecks Lieferung bestimmter Waren, die letzteren in der gegenseitigen Vereinbarung über Warenkontingente, die jeweils zur Einfuhr und Ausfuhr zugelassen werden sollen.

[29]) In Kraft getreten am 1. Januar 1925.

[30]) Drucker (a. a. O., S. 49) führt hierbei als Beispiel die Zölle für einen wichtigen Exportartikel, Herrenkleider, an, die damals in Deutschland und Polen mehr als das Dreifache, in der Tschechoslowakei fast das Doppelte, in Jugoslawien zwischen dem Doppelten und dem Dreifachen, in Ungarn das Fünffache und in Rumänien das Siebenfache des entsprechenden österreichischen Zollsatzes betrugen. Ähnliches finden wir auch hinsichtlich anderer Positionen.

[31]) Vgl. Haber, a. a. O., S. 143.

[32]) Nach dem Stande vom April 1927 wurde in umfangreicher Arbeit vom Österreichischen Nationalkomitee der Internationalen Handelskammer eine vergleichende Studie der wertmäßigen Zollbelastung von 402 Warengruppen in 14 europäischen Staaten vorgelegt, derzufolge Au-

Tarif wies wohl schon gewisse erhöhte Sätze auf, ohne jedoch zunächst noch eine wesentliche Veränderung zu bringen, und war vor allem eben als Verhandlungsbasis und geeignetes Kompensationsobjekt für künftige Tarifverträge gedacht, sowie als Grundlage für den Neubau des handelspolitischen Gebäudes überhaupt.

Freilich wurde in diesem neuen Zolltarif, wie betont, fürs erste nur ein Weg gefährlicher Halbheit beschritten, welche in der Höhe der Zollsätze zutage trat, die von denen der umliegenden Staatsgebiete weit überragt[30]) und für den österreichischen Inlandsmarkt nur teilweise als Schutz empfunden wurde, während er keine Möglichkeit ausfuhrfördernder Konzessionen von seiten des Auslandes erbrachte, als nicht entsprechend kräftige Handhabe gegenüber den Auslandszöllen zum Abschluß der notwendigen ausfuhrfördernden Handelsverträge. Doch glaubte Österreich wohl noch, wie Haber meint[31]), auf ein zolltarifliches Entgegenkommen der an der Erhaltung seiner Lebensfähigkeit interessierten Staaten rechnen zu dürfen, welches notwendig gewesen wäre, um die Existenz der österreichischen Produktion zu sichern. Statt dessen wurden jedoch die Zollmauern ringsum weiter höher geschichtet und die österreichische Produktion nicht nur auf die Suche nach immer neuen und entfernteren Märkten getrieben, sondern auch der österreichische Markt selbst auch weiterhin der Gefahr einer Preisgabe gegenüber der ausländischen Konkurrenz ausgesetzt.

Unter dem Drucke dieser Tatsachen erfolgte nun sukzessive durch drei autonome Zolltarifnovellen vom 18. März und 28. Juli 1926, sowie zuletzt vom 27. Oktober 1927 eine ausgesprochene Schwenkung zum Schutzzoll, nachdem auch die Hoffnung, daß die Internationale Wirtschaftskonferenz einen Abbau der Zollmauern bringen werde, fehlgeschlagen war[32]). So ist auf dem Wege der Novellierungen aus dem ursprünglich mäßigen, aber handelspolitisch unwirksamen Zolltarif Österreichs im Laufe weniger Jahre ein durchaus schutzzöllnerisches Instrument ge-

---

fang 1927 die europäischen Staaten folgende durchschnittliche Einfuhrzölle erhoben: Rumänien 98,4 %, Frankreich (geltender Zoll auf österreichische Waren) 58,1 %, Polen 43,3 %, Tschechoslowakei 36,4 %, Jugoslawien 34,8 %, Ungarn 31,1 %, Italien 28,6 %, Frankreich (Minimaltarif) 24,7 %, Deutschland 20,8 %, Schweden 19,5 %, Österreich 19,2 % (alter österr.-ungarischer Zolltarif 18,9 %), Schweiz 17,5 %, Dänemark 13,2 %, Belgien 11,4 %. Österreich stand demnach, wenn man bei der Berechnung den alten österreichischen Tarif außer acht läßt, mit einer durchschnittlichen Zollhöhe von 19,2 % einer europäischen Durchschnittszollhöhe von 33 % gegenüber. Es sei hierzu bemerkt, daß gerade die drei Länder mit einem niedrigeren Zollniveau als das österreichische, nämlich Schweiz, Dänemark und Belgien, für die österreichische Ausfuhr eine durchaus geringfügige Rolle spielen. Vgl. Zollhöhe und Warenwerte, eine vergleichende Studie über die Höhe der Zollbelastung für 402 Waren in 14 europäischen Staaten, der Weltwirtschaftskonferenz überreicht vom Österr. Nationalkomitee der Internationalen Handelskammer, Wien 1927.

worden[33]), während welcher Zeit es auch der handelspolitischen Arbeit Österreichs immerhin gelang, zu einer Reihe wichtiger Handelsverträge zu kommen und insbesondere die gegenseitige Geltung der Meistbegünstigung zu erringen[34]).

Konnten optimistische Urteile vordem, also insbesondere vor der Klärung der handelspolitischen Lage, immer noch den Standpunkt behaupten, daß nach der Stabilisierung der österreichischen Währung und des österreichischen Budgets auch für die österreichische Wirtschaft durch eine entsprechend aktive Handelspolitik eine entscheidende Besserung gebracht werden könne, so bietet die jetzt erreichte Vertragssituation die Möglichkeit, dieses Urteil nachzuprüfen. Und eine solche Prüfung ergibt mit voller Deutlichkeit, daß Österreich n i c h t zu dem erstrebten Ziel gelangt ist, daß es n i c h t gelungen ist, den österreichischen Fertigwaren den zur Deckung der Einfuhrseite der Handelsbilanz notwendigen Absatzmarkt im Auslande zu verschaffen. Sicherlich hat der österreichische Export seit dem Einsetzen der handelspolitischen Aktion eine, wenn auch nicht geradlinig verlaufende, so doch deutlich wahrnehmbare Steigerung zu verzeichnen, die erst im verflossenen Jahre wieder langsam zu verebben scheint. Doch in fast demselben Maße erkennen wir dieses geringe Ansteigen auch auf der Einfuhrseite, so daß die eigentliche Ursache der gesteigerten Ziffern nur auf einer Vermehrung der Handelstätigkeit überhaupt beruhen dürfte. Auf die Handelsbilanz selbst zeigt dieser Vorgang aber keinerlei anhaltende Rückwirkung, wie aus dem sich gerade in den letzten Jahren besonders fest stabilisierten Einfuhrüberschuß zu entnehmen ist[35]). Wie jedoch ist dieser ganz ungenügende Erfolg, um nicht zu sagen Mißerfolg, der österreichischen Handelspolitik zu erklären?

---

[33]) Der Gedanke einer n e u e r l i c h e n Novellierung des österr. Zolltarifs scheint in Aussicht zu stehen; doch ist hierbei wohl weniger an eine praktische Durchsetzung neuer Zölle — da alle wichtigen Positionen in den Handelsverträgen gebunden sind — und an eine Kündigung der bestehenden Verträge gedacht, als vielmehr das Bestreben maßgebend, sich im Hinblick auf die im Zuge befindliche internationale Aktion für einen mehrjährigen Zollfrieden eine möglichst günstige eigene Position zu sichern. Diese auch anderwärts in Erscheinung tretende Tendenz (vgl. etwa die Tschechoslowakei) scheint charakteristisch zu sein für die praktischen Aussichten eines internationalen Zollwaffenstillstandes überhaupt.

[34]) Es würde uns zu weit führen, an dieser Stelle eine eingehende Darstellung der von Österreich geschlossenen Handelsverträge zu geben; über eine derartige Zusammenstellung vom Stande des 1. 1. 28 vgl. das W i r t s c h a f t s t a t i s t i s c h e J a h r b u c h 1 9 2 7, herausgegeben von der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien, ferner die eingehende Studie Ü b e r s i c h t ü b e r d i e e u r o p ä i s c h e n H a n d e l s v e r t r ä g e, dem Wirtschaftlichen Ausschuß des Völkerbundes überreicht von der Österreichischen Gruppe der Internationalen Handelskammer, Wien 1927.

[35]) Die Ausfuhr betrug in Prozenten der Einfuhr:
1925: 67,6 %; 1926: 61,3 %; 1927: 65,9 %; 1928: 67,8 %.

Die von Österreich zwar in allen Handelsverträgen erreichte Meistbegünstigung kann nicht als entscheidend betrachtet werden; sie allein ist noch keine Maßnahme zur Beseitigung von Handelshemmnissen[36]). In ihrer zolltariflichen Auswirkung bleibt die Meistbegünstigung durchaus abhängig vom Tarif- und Vertragssystem selbst und von der ganzen Richtung der Wirtschaftspolitik der sie gewährenden Staaten. Sicherlich regelt sie — zumindest für diejenigen Waren, für die sie auch bei evtl. vorhandenen besonderen Einschränkungen Anwendung findet — eine der Vorbedingungen des Wettbewerbs auf dem Markt des sie einräumenden Staates, die Gleichheit nämlich der Belastung aller Einfuhrwaren; aber sie läßt naturgemäß die durch die Richtung der Wirtschaftspolitik eben gegebenen Bedingungen unberührt, unter denen mit der Inlandsproduktion zu konkurrieren ist. So wirkt sich die Meistbegünstigung zu einem ganz einseitigen Vorteil für diejenigen Staaten aus, die eine entschlossene, protektionistische Schutzzollpolitik treiben und wird handelsfördernd nur dann, wenn sie durch umfangreiche Tarifvereinbarungen eben auch das Zollniveau als solches herabsetzt. Aber auch diese Tendenz ist vom handelspolitischen Zeitgeist abhängig; die freihändlerische Strömung wird durch sie gefördert, herrscht aber eine protektionistische oder prohibitive Tendenz vor, dann verhindert die Besorgnis vor dem Zugriff der Meistbegünstigung oft selbst sonst unbedenkliche Zugeständnisse.

So zeigte sich denn auch der österreichische Unterhändler bei den Handelsvertragsverhandlungen vor die unlösbare Aufgabe gestellt, bei den grundsätzlich protektionistisch eingestellten Vertragsgegnern die für den österreichischen Export erforderlichen Tarifermäßigungen zu erlangen, welcher der Sachlage nach nur ein verschwindend geringer Erfolg beschieden sein konnte. Österreich allein und aus eigener Kraft kann nicht in der Lage sein, durch ein System von Handelsverträgen, bei welchen ja gerade die kleineren staatlichen Gebilde regelmäßig unverhältnismäßig ungünstig abschneiden[37]), die entsprechende Ausgestaltung seines Exports zu erzwingen; denn für die Vertragspartner bedeutet der kleine österreichische Markt als Absatzgebiet allzuwenig, als daß

[36]) Vgl. hierzu auch Riedl, Richard, Die Meistbegünstigung in den europäischen Handelsverträgen. Denkschrift, dem Wirtschaftl. Ausschuß des Völkerbundes und der Internationalen Handelskammer überreicht von der Österr. Gruppe der Internationalen Handelskammer, Wien 1928, ferner Glier, Die Meistbegünstigungsklausel, Veröffentlichungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, Berlin 1905, Heft II, woselbst reichhaltiges geschichtl. Material.

[37]) Doch auch diese Regel ist nicht ohne Ausnahme; denn werden die Handelsbeziehungen mit einem kleinen Staate infolge seiner besonders stark entwickelten Konsumfähigkeit begehrt, wird er ebenfalls imstande sein, verhältnismäßig günstige Handelsverträge abzuschließen. Vgl. hierzu z. B. die Schweiz. Österreich jedoch wird sicherlich nicht die Kleinheit seines Marktes durch unverhältnismäßig hohe Kaufkraft wettmachen können.

sich diese Staaten zu Zugeständnissen in tariflicher Hinsicht herbeilassen würden, die durch das System der Meistbegünstigung ganz automatisch auch allen anderen meistbegünstigten Ländern zufallen müßten. Dieser Tatsache gegenüber kann Österreich weder einen entsprechend großen Markt zur Aufnahme des fremden Exportüberschusses entgegenstellen, noch als wenig achtunggebietender politischer Faktor seine politische Macht fremden Autarkiebestrebungen entgegensetzen.

Zu dieser allgemeinen handelspolitischen Situation kommen nun speziell für die so wichtigen Beziehungen zu dem Neu-Ausland, also den Nachfolgestaaten, nach denen hin gemäß der jahrhundertelangen Verbundenheit und alten wirtschaftlichen Arbeitsteilung die Wirtschaftsbeziehungen Deutsch-Österreichs in besonderem Maße tendieren müssen, die Bemühungen dieser neugebildeten Staaten, die heimische Produktion durch Absperrung gegenüber jeder ausländischen Konkurrenz möglichst vielseitig zu entwickeln, obwohl die Bedingungen hierfür weder immer nach dem Umfange ihrer Wirtschaftsgebiete, noch zum überwiegenden Teil nach der Beschaffenheit ihrer natürlichen Hilfsquellen und mit dem Grade der erreichten Wirtschaftsentwicklung gegeben sind. Und um die neue eigene Volkswirtschaft losgelöst von allen Überlieferungen der Vergangenheit zu gestalten, „von einem irregeleiteten Glauben an rein national-wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten ausgehend“[38]), ist hier ein ganz spezielles Autarkiestreben aus rein nationalistischen Gründen erkennbar, demzufolge sich diese Staaten in ihrem administrativen Protektionismus mit dem Augenblick der Staatentrennung grundsätzlich schroff ablehnend gegen jegliche Zugeständnisse politischer und handelspolitischer Art erwiesen, unter vollständiger Verkennung der Tatsache, daß der internationale Austausch von Waren und Leistungen eben ein Lebenselement der Wirtschaft ist und die Folge des Prohibitionismus letzten Endes auch das Einschrumpfen der nationalen Produktion sein wird[39]). So wird ganz besonders von dieser Seite Österreich erklärlicherweise keineswegs als ein achtunggebietendes Gebilde hingenommen, was einerseits schon beim Abschluß der Handelsverträge in Erscheinung tritt, andererseits

[38]) Vgl. „Der Anschluß im Lichte österreichischer Wirtschaftspolitik“. Bericht des Volkswirtschaftl. und Handelspolit. Ausschusses, der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Salzburg . . . erstattet von Kammersekretär Dr. Erich Gebert, 1926. S. 6.

[39]) Gebert kennzeichnet diese Erscheinungen, die v. Zwiedineck auch als den fanatischsten Merkantilismus bezeichnet, den die Weltgeschichte kenne, als ein „Zeitalter wirtschaftlicher Absperrungspolitik, welche im Gegensatz zu den früheren großzügigen Weltwirtschaftstendenzen ein System von wirtschaftlichen Drahtverhauen aufrichtet, das man mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Erziehung einer eigenen nationalen Produktion, mit politischen Motiven, mit dem Hinweis auf die Unerläßlichkeit der Vollführung territorialer Hoheitsrechte, auf die Notwendigkeit währungspolitischer

aber ebenso bei der eigentlichen Durchführung der Vertragsbestimmungen zur Geltung kommt, „wobei dann Maßnahmen der allgemeinen Staatspolitik, innerstaatliche Verwaltungsmaßnahmen, Maßnahmen der Finanz- und Währungs-, der Gewerbe- und besonders Tarifpolitik vielfach den letzten Rest eines positiven Wertes der einzelnen Handelsverträge nehmen, ohne daß ein entsprechend einflußreicher und bedeutungsvoller Wirtschafts- und Staatsorganismus auch nur mit einiger Aussicht auf Erfolg wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen könnte“[40]).

Wie aber soll nun das österreichische Wirtschaftsproblem, das identisch ist mit dem Problem der Steigerung der österreichischen Exportmöglichkeit, seine Lösung finden?

Es ist offensichtlich, daß sich aus seinem Zustande handelspolitischer Ohnmacht für Österreich nur mehr ein einziger Weg bietet, den Existenzforderungen seiner Wirtschaft nachzukommen. Es ist dies die Erringung erweiterter handelspolitischer Betätigungsmöglichkeit durch eine Vergrößerung des eigenen inneren Marktes in einer wirtschaftspolitisch engen Bindung Österreichs an einen größeren Wirtschaftskörper, der selbst maßgebender Faktor bei Handelsvertragsverhandlungen ist, d. h. einen Markt anzubieten hat, den jeder dritte Staat als Abnehmer der eigenen Produktion notwendig braucht. Freilich wird es für die österreichische Wirtschaft von eindringlichster Wichtigkeit sein, daß bei einer derartigen Vergrößerung des inneren Marktes dem Ausland gegenüber neben einem neuen Impuls für die Händlerfunktion der österreichischen Wirtschaft auch Österreichs Marktbedürfnis als Produzent eine möglichst günstige Befriedigung findet, zumal eine solche Strukturwandlung der eigenen Wirtschaft zu einem Teilstück eines neuen, vergrößerten Wirtschaftsgebietes trotz aller praktisch möglichen Ausgleichsmaßnahmen sicherlich nicht ohne einzelwirtschaftliche Beeinträchtigungen und teilweiser Kapitalvernichtung vor sich gehen könnte, auf deren Kompensierung zumindest Rücksicht zu nehmen wäre[41]). So würde eine Erweiterung des Wirtschaftsgebietes auch sicher einer Reihe von Industrien und Industriezweigen Österreichs — und zwar ver-

Schutzmaßnahmen und wirtschaftspolitischer Antidumpingmaßnahmen, mit der Forderung nach Schaffung von Zolleinnahmen einerseits und der Erzielung eines günstigen Bildes der Handels- und Zahlungsbilanz andererseits, gleichwie ähnlichen Argumenten zu stützen sucht und einem von nationalistischen Intentionen erfüllten Volk meist auch leicht glaubhaft machen konnte“ (a. a. O., S. 6 f).

[40]) Vgl. Gebert a. a. O., S. 11. Ähnliche Gedanken finden sich auch bei v. Zwiedineck, der außerdem auf eine prohibitive Devisenpolitik der Nachfolgestaaten zum Nachteil Österreichs hinweist (a. a. O., S. 394).

[41]) Mit Recht macht hier allerdings v. Zwiedineck geltend, daß das Kapital, das in solchermaßen gefährdeten, konkurrenzschwachen Grenzbetrieben steckt, sozialwirtschaftlich wohl kaum mehr als „Kapital“ zu gelten hat (a. a. O., S. 401).

schieden je nach der wirtschaftlichen Struktur des fremden Volkswirtschaftskörpers, mit dem die wirtschaftliche Bindung eingegangen wird — jene wichtige Stütze des „natürlichen" inneren Absatzmarktes bieten, der Österreich heute in so hohem Maße mangelt. Aber eben nur einer bestimmten Reihe von Industriezweigen, für deren Produktion der bislang fremde Teil des neuen Inlandmarktes eine besondere Aufnahmewilligkeit zeigt, um etwa eigene Produktionslücken zu ergänzen, während in jedem Fall jene großen und u. U. in beiden nun in engster Beziehung stehenden Wirtschaftskörpern ähnlich entwickelten Industrien, die im schärfsten internationalen Wettbewerb stehend über den Weg einer möglichst ausgebildeten Massenproduktion auf Verbilligung und Ertragssteigerung ihrer Erzeugung und somit in besonderem Maße auf Expansion und Export gerichtet sind, innerhalb des neuen Wirtschaftsgebietes durch Abgrenzung der Interessensphären, vielleicht auf dem Kartell- oder Fusionsweg, vor einem gesamtwirtschaftlich schädigenden gegenseitigen inneren Wettbewerb geschützt werden müßten.

Gerade diese sicher grundsätzliche Überlegung, nämlich die Forderung einer der Hauptsache nach durch Interessenabgrenzung getrennt verlaufenden industriellen Absatzrayonnierung — wobei die Möglichkeit interner Kartellierung oder sogar Fusionierung (Konzernbildung) der Unternehmungen durchaus offen gelassen werden kann — scheint uns der im Verlauf der deutsch-österreichischen Wirtschaftsentwicklung ihrer Form nach reichlich allgemein geforderten engeren wirtschaftlichen Beziehung Österreichs zu einem anderen Volkswirtschaftskörper schon eine bestimmte äußere Konstruktion vorzuschreiben.

Es ergibt sich nämlich aus dem oben Gesagten, daß das für Österreich geforderte Ziel industrieller Absatzsteigerung seine Erfüllung in einem zwar nach den möglichen Richtungen engerer wirtschaftspolitischer Beziehung wohl verschiedenen, grundsätzlich jedoch eben nur beschränkten Maße in einem vergrößerten Innenmarkt selbst finden kann, daher mit kaum verminderter Stärke nach dem Absatzmarkt des Auslandes gerichtet bleiben wird. Dadurch scheint uns schon die verschiedentlich, zeitweise insbesondere von österreichischer Seite mit besonderer Blickrichtung nach Deutschland hin aufgetauchte Forderung hinfällig zu werden, die für Österreich so verhängnisvolle Schranke der Meistbegünstigung durch ein auf der Nachbarrechtsklausel fußendes Präferenzzollsystem[42])

[42]) Das Wesen des Präferenz- oder Vorzugsystems wird darin zu erkennen sein, daß die sich in diesem System verbundenen Staaten in den untereinander abzuschließenden Handelsverträgen besondere, wechselseitige Begünstigungen zugestehen, die dritten Staaten vorenthalten bleiben sollen.

Diese letzteren aber könnten immerhin auf Grund der Meistbegünstigungsklausel, soweit diese in den von ihnen mit den einander bevorzugenden Staaten geschlossenen Verträgen vorgesehen ist, dieselben

mit einem größeren Nachbarstaat zu überwinden. Sicherlich würde ja Österreich eine solche Lösung zu einem bemerkenswerten Vorteil gereichen, als durch ein wirkliches Präferenzsystem, d. h. ein

---

Begünstigungen auch für sich in Anspruch nehmen und bei einer Ablehnung dieses Anspruches unter Umständen die verschiedensten Retorsionsmaßregeln ergreifen. Vgl. v. Battaglia, Roger, Ein Zoll- und Wirtschaftsbündnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland, Wien und Leipzig 1917, S. 78. Dieselbe Befürchtung drückt auch v. Zwiedineck aus (a. a. O., S. 397).

Eine ausgesprochene Klarheit scheint jedoch in der Literatur in dieser Frage nicht zu herrschen. So neigt Julius Wolf in seinen Schriften „Vorzugsbehandlung im Rahmen der Meistbegünstigung" sowie „Ein deutsch-österr.-ungarischer Zollverband" zu der Annahme, daß die Meistbegünstigung einer unter speziellen Voraussetzungen, wie etwa unter benachbarten oder befreundeten Staaten zustande gekommenen Vorzugsbehandlung nicht im Wege stehe, so daß dann die letztere auf Grund der Meistbegünstigung, die Wolf prinzipiell als beschränkt auffaßt, von dritter Seite nicht beansprucht werden kann. Den gleichen beschränkten Charakter der Meistbegünstigung betont auch Schüller in seiner Abhandlung „Meistbegünstigung und Vorzugsbehandlung" in Herkners Sammelwerk, I. Teil, S. 133 ff. Eine entgegengesetzte Meinung dagegen vertritt Jastrow in seiner Abhandlung „Die mitteleuropäische Zollannäherung und die Meistbegünstigung" in der Ansicht, daß jede Präferenz, soweit sie sich nicht etwa aus einer Zollunion ergibt, von allen meistbegünstigten Staaten beansprucht werden könne.

Ob nun ein solcher Anspruch geltend gemacht werden wird, scheint uns für die Praxis doch eben eine reine Interessen- und Machtfrage zwischen den beteiligten Staaten zu sein. Es wurden demgemäß auch tatsächlich schon viele Vorzugsbehandlungen von dritten Staaten sowohl stillschweigend anerkannt wie auch ausdrücklich und mit Erfolg angefochten. (Beispiele hierzu bei v. Battaglia, a. a. O., S. 54.) In Handelsverträgen kann solchen Ansprüchen durch eine besondere Klausel ausdrücklich vorgebeugt werden, indem die besondere Bevorzugung anderer oder eines bestimmten anderen Staates im voraus speziell vorbehalten wird (Beispiele auch hierzu bei v. Battaglia, a. a. O., S. 471 f).

Allerdings liegen — nach den geringen handelspolitischen Erfolgen überhaupt — auch hier gerade für Österreich die Chancen wenig günstig, wenn auch sicherlich für die übrigen Staaten ein solches Zugeständnis an Österreich viel weniger fühlbar wäre als die Auswirkung direkter zolltariflicher Zugeständnisse durch die Meistbegünstigung.

Das Instrument des Präferenzsystems an sich spielt in den heutigen Handelsverträgen immerhin eine durchaus beachtenswerte Rolle und zwar in erster Linie im Zusammenhang mit der oben erwähnten sog. Nachbarrechtsklausel, die nach Riedl (a. a. O.) von der Tatsache ausgeht, daß zwei oder mehrere Länder als Ganzes benachbart sind oder sich geographisch, geschichtlich durch die nationale Verwandtschaft ihrer Bevölkerung oder durch besondere wirtschaftliche Zusammenhänge zu einer Gruppe verbunden fühlen. Je nachdem, welche Auffassung vorliegt, richtet sich der Vorbehalt, der in der Nachbarrechtsklausel liegt, auf Ausnahmen von der Meistbegünstigung zu-

solches, das die volle Anerkennung aller Drittstaaten genießt, das Land ganz spezielle handelsvertragliche Zugeständnisse wenigstens von seiten seines Vertragspartners erlangen könnte, die — nun-

gunsten sämtlicher unmittelbarer Nachbarn (Allgem. Nachbarrechtsklausel), auf Ausnahmen zugunsten einzelner benachbarter Länder oder Landstriche (Beschränkte Nachbarrechtsklausel) oder endlich auf Ausnahmen zugunsten einer ganzen Staatengruppe (Nachbarrechtsklausel für Staatengruppen), welche nicht immer nur räumlich unmittelbar angrenzende, sondern auch oft nicht direkt benachbarte, durch Umstände verschiedener Art zu höherer ideeller Einheit verbundene Staaten umfaßt.

Einige wichtige neuere Beispiele derartiger Präferenzvorbehalte für die einzelnen Gruppen der Nachbarrechtsklausel sind:

ad 1) Der Handelsvertrag zwischen Österreich und Frankreich vom 22. Juni 1923 („Die Einräumung des Minimaltarifs . . . schließt die Meistbegünstigung in sich; sie gibt jedoch . . . Österreich keinen Anspruch . . . auf die Vorteile der Tarife, die sich aus wirtschaftlichen Vereinbarungen Frankreichs mit seinen Nachbarstaaten ergeben könnten").

Ähnlich im Handelsvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei vom 7. Januar 1922, sowie der Vorbehalt Bulgariens in seinen Verträgen mit den nordischen Staaten gegenüber Sondervorteilen für seine Nachbarstaaten als Reziprozität gegen die Nordische Klausel.

ad 2) Der deutsch-litauische Vertrag mit der Bestimmung, daß die gewährte Meistbegünstigung keine Anwendung findet auf besondere Begünstigungen, die Deutschland der Republik Österreich einräumt.

Ähnlich in den polnischen Handelsverträgen hinsichtlich des provisorischen Zollregimes zwischen Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien gemäß der Genfer Konvention vom 15. Mai 1922.

ad 3) Die Nordische und Iberische Klausel sowie die Baltischen und Baltisch-Russischen Klauseln, die Osmanische Klausel, die Österreichisch-Ungarische Sukzessionsklausel gemäß Art. 222 des Friedensvertrags von St. Germain, endlich die Kolonialklauseln, sofern eine Zollselbständigkeit der Kolonien gegenüber dem Mutterlande besteht.

Vgl. hierzu insbesondere Riedl, Richard, a. a. O. — Über die zu Beginn des Weltkrieges bestehenden Vorzugszölle vgl. auch v. Battaglia, a. a. O., S. 762 ff. Anm. 2. — Trescher, „Vorzugszölle", Berlin 1908, gibt eine Übersicht einer Reihe sich zu jener Zeit in Kraft befindlichen Vorzugszölle.

Gemäß des von uns ausdrücklich gemachten Vorbehalts, politische Probleme nach der uns gestellten rein wirtschaftlichen Aufgabe nicht in den Kreis unserer Untersuchung miteinzubeziehen, müssen wir an dieser Stelle die interessante Frage offen lassen, ob für Österreich ein Präferenzzollsystem im Gegensatz zu anderweitigen engeren wirtschaftlichen Bindungen an andere Staaten mit seiner Bindung durch die sogen. „Genfer Protokolle" in Einklang zu bringen wäre. (Über den Wortlaut der Genfer Protokolle nach dem österr. Ratifizierungsgesetz vgl. auch Feiler, Arthur, Das neue Österreich, Tatsachen und Probleme in und nach der Sanierungsaktion, Frankfurt 1924, S. 101—118, ferner Schilder, a. a. O., S. 67. — Eine kritische Würdigung der Genfer Protokolle findet sich daselbst, sowie bei Scheffer, a. a. O., S. 164 ff.).

mehr dem Zugriff der Meistbegünstigung entzogen — nicht mehr an der Schwierigkeit prinzipieller Bedenken scheitern müßten; allerdings würde in einem solchen System die alte Gefahr einer Benachteiligung Österreichs bei den gegenseitigen Zugeständnissen durch den wirtschaftlich überlegenen Staat volle Beachtung verdienen.

Vielleicht könnte man auch daran denken, wie v. Zwiedineck betont[43]), daß ein solches handelspolitisches Verhältnis Österreichs zu einem anderen Staat auch eine immer weitergehende wirtschaftliche Annäherung und unter Umständen sogar ein gewisses Maß von Einverständlichkeit (jedoch noch nicht Gemeinsamkeit!) in der auswärtigen Handelspolitik mit sich bringen könnte; doch auch v. Zwiedineck stellt diese Möglichkeit als eine sehr problematische hin. Das Wesentliche jedoch scheint uns zu sein, daß bei einem Vorzugsystem die sich gegenseitig bevorzugenden Staaten dem Drittausland gegenüber nicht als einheitliches Gebiet und insbesondere nicht als geschlossenes Zollgebiet, d. h. geschlossener Absatzmarkt auftreten, und daß im Sinne der Präferenz die kontrahierenden Teile bei Handelsvertragsverhandlungen nicht als gemeinsames Ganzes, sondern ein jeder dritten Staaten gegenüber selbständig und für sich allein gegenübertritt. Seine geforderte Absatzmöglichkeit nach dem Drittausland kann daher Österreich auf diesem Wege ebenfalls nicht erzwingen, da es durch das Präferenzsystem nicht in die Lage versetzt wird, als handelspolitisch gewichtigerer Faktor als vordem in seinen Handelsvertragsverhandlungen auftreten zu können, sondern auch weiterhin dem Ausland gegenüber nur seinen eigenen, unzulänglichen Absatzmarkt anzubieten hat, der dieses nicht zu zolltariflichen Zugeständnissen verlocken kann.

Es bedarf daher Österreich einer engeren wirtschaftspolitischen Bindung, als sie das einfache Bevorzugungssystem zu bieten in der Lage ist. In erster Linie wird hier wohl die Frage einer Zollunion ins Auge zu fassen sein, deren Abschluß mit einem großen Volkswirtschaftskörper für Österreich im Vergleich zu heute naturgemäß ein ganz unterschiedlich größeres handelspolitisches Gewicht ergeben würde; denn es entspricht dem völkerrechtlichen Begriff der Zollunion, daß die Vertragsstaaten dritten Staaten gegenüber in zoll- und handelspolitischer Beziehung, insbesondere aber beim Abschluß von Handelsverträgen gemeinsam und völkerrechtlich als ein einziges Rechtssubjekt mit einem von dritten Staaten als einheitlich zu behandelnden Zoll- und Absatzgebiet auftreten und Zoll- und Handelsverträge auf Grund eines einheitlichen Außenzoll-

[43]) v. Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., S. 397 und ders., Der deutsch-österr. Zollverein, in „Volk und Reich", politische Monatshefte für das junge Deutschland, Juli/August 1926.

tarifs abschließen[44]). Die Charakteristik der Zollunion liegt demnach nicht in erster Linie in einem vollkommen freien Verkehr zwischen den zollvereinten Ländern[45]), der nach Bedarf durchaus durch entsprechende Zwischenzölle[46]) oder andere Institutionen in bestimmteBahnen gewiesen werden kann, sondern in einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet dem Ausland gegenüber uud einer ebenso einheitlichen Zollpolitik; der eigentliche volkswirtschaftliche Inhalt der Zollunion besteht nach v. Battaglia[47]) und Bosc[48]) demnach vor allem im einheitlichen, mithin auch stärkeren Auftreten dem Auslande gegenüber, insbesondere um

[44]) Vgl. v. Battaglia, a. a. O., S. 52. Er betont fernerhin, daß der Begriff der Zollunion (im Gegensatz zum Präferenzsystem!) durchaus als völkerrechtlicher zu behandeln und aus völkerrecht]. Rechtsquellen abzuleiten ist, in erster Linie aus jenen Verträgen, die die Zollunion in dem Zusammenhang erwähnen, daß im Falle einer der vertragschließenden Staaten sich mit einem dritten Staat im Verhältnis einer Zollunion befindet, oder eine solche später eingehen sollte, der andere Vertragsstaat auf Grund der ihm zustehenden Meistbegünstigung die von den zollunierten Staaten einander gewährten Zollfreiheiten bzw. Zollbegünstigungen für sich nicht in Anspruch nehmen dürfe. Eine große Anzahl mit ähnlichen Klauseln versehene Handelsverträge finden sich bei v. Battaglia (a. a. O., S. 48 ff.) zitiert.

Die allgemeine Gültigkeit dieses Rechtsgrundsatzes selbst ohne Rücksicht auf vertragsmäßige Sicherungen ist sowohl in der Literatur wie auch in der völkerrechtlichen Praxis nicht mehr strittig; v. Battaglia (a. a. O., S. 51) zitiert insbes. v. Philippovich, Dietz, Jastrow, Satorius v. Waltershausen sowie Bosc: „Tatsächlich bilden Staaten, die eine (sc. solche) Gemeinschaft eingehen, eine neue Rechtspersönlichkeit, mit neuem Dasein, der man nicht, gestützt auf frühere Verträge, entgegenschreiten kann."

[45]) Wir glauben aus diesem Grunde auch Stolper entgegentreten zu müssen, der von der Form der „reinen" Zollunion die Zollunion mit Zwischenzöllen ausdrücklich unterscheidet (vgl. Stolper, Gustav, Über die Formen eines Wirtschaftsverbandes zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland. Schriften des Vereins für Sozialpol. Bd. 155, I. S. 156).

[46]) Eine Zollunion kann selbst bei voller Beibehaltung der früheren Zollschranken denkbar sein; freilich dürfte praktisch stets der allmähliche Abbau der Zollschranken beabsichtigt sein. Näheres hierzu vgl. auch unten S. 59 f und 65.

Wir glauben freilich darauf hinweisen zu müssen, daß die Entstehung von Zollunionen, in welcher Zwischenzölle vorgesehen sind, vor anderen mit zollfreiem Binnenverkehr vom Standpunkt der Interessen des Zollauslandes begünstigt werden muß, da das Bestehen einer Zwischenzollinie für die Drittstaaten streng genommen einen Vorteil bedeutet. Denn um die Höhe derselben wird sich in jedem Fall der Vorsprung verringern, den die Waren der Mitglieder der Zollunion im Binnenverkehr gegenüber den Importwaren haben. Vgl. hierzu auch Riedl, Kollektivverträge . . ., S. 12 f.

[47]) A. a. O., S. 63.

[48]) Bosc, L., Zollallianzen und Zollunionen in ihrer Bedeutung für die Handelspolitik der Vergangenheit u. Zukunft, Paris 1904, Berlin 1907, S. 38 ff.

handelspolitische Zwecke zu erreichen, die Zustimmung dritter Staaten zu günstigeren Handelsverträgen zu erwirken oder zu erzwingen sowie den Export stärker zu entwickeln und nähert sich damit — und das ist ganz besonders zu betonen — auf das stärkste den vitalen Forderungen des österreichischen Wirtschaftsproblems.

Freilich wird andererseits eine solche enge Verbindung mit einem größeren Volkswirtschaftskörper, die ja die Aufgabe der handelspolitischen Souveränität des einzelnen Vertragsstaates zugunsten der zollunierten Länder als Gesamtheit fordert, auch die allgemeinen handelspolitischen wie politischen Nachteile des wirtschaftlich Schwächeren gegenüber dem Stärkeren für Österreich fühlbar werden lassen; denn in einer Zollunion — soweit sich eben eine Gleichberechtigung auf Grund der beiderseitigen Wirtschaftskapazität praktisch nicht ergibt — wird notwendigerweise der kleinere Staat mehr oder minder der Richtung der Handelspolitik und der Zollgesetzgebung des Mächtigeren einbezogen werden und nicht umgekehrt, da ja das Kompromiß aus den wirtschaftlichen Forderungen beider ungleicher Teile sich stets zu dem stärkeren Interessengewicht hinneigen muß. Aus diesem Grunde wird Österreich bei der Wahl einer wirtschaftspolitischen Bindung für deren Ausrichtung auf einen Volkswirtschaftskörper von annähernd gleichgerichteter wirtschaftlicher Struktur und damit parallel laufenden handels- und zollpolitischen Interessen sorgen müssen, um im vorhinein die Möglichkeit divergierender Wirtschaftsinteressen innerhalb der Zollunion und daraus einer die speziellen österreichischen Interessen nur ungenügend berücksichtigender gemeinsamer Handelspolitik abzuschwächen, die dem an sich auf dem Fuße der Gleichberechtigung aufgebauten Unionsverhältnis für Österreich u. U. den bedenklichen Charakter eines Zollanschlusses[49]) verleihen könnte.

Der Vollständigkeit halber haben wir nun noch zwei Formen zu erwähnen, die in der Literatur als Möglichkeiten des wirt-

[49]) Der Begriff des Zollanschlusses bezieht sich in erster Linie auf das Verhältnis von Zollgebiet und Staatsgebiet. Nach v. Battaglia (a. a. O., S. 55) kommen Zollanschlüsse nur dann zustande, wenn einzelne Teile eines Staatsgebietes in zollrechtlicher Beziehung mit einem fremden Staatsgebiet oder mit Teilen eines solchen auf Grund eines völkerrechtlichen Vertrages vereinigt werden. Das Wesen der Zollanschlüsse besteht danach im Gegensatz zu Zollunionen darin, daß die zollangeschlossenen Gebiete keine völkerrechtlichen Individuen sind und vor allem, daß bei solchen Zollanschlüssen ein neues völkerrechtliches Subjekt nicht entsteht (v. Battaglia, a. a. O., S. 56).

In der Literatur werden jedoch vielfach (wie bei Calmes, Albert, Der Zollanschluß Luxemburgs an Deutschland, Luxemburg 1919, S. 18, Anm. 1 und passim und Todorovits, Einheitliche Zollgebiete, deren Entstehung und deren Wirkungen, Münchner Volkswirtschaftl. Studien, 1908, und auch bei v. Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., S. 399, sowie besonders in der älteren Literatur) die Zollvereinigungen souveräner kleiner Staaten mit großen, wie von

schaftlichen Anschlusses Österreichs an einen größeren Wirtschaftskörper bemerkenswert erscheinen: die Partialzollunion sowie das Zoll- und Wirtschaftsbündnis.

Der Begriff der Partialzollunion ist ein durchaus junger[50]) und geht davon aus, daß durch völkerrechtlichen Vertrag zwischen zwei Staaten nur einzelne bestimmte Waren, die für den Güteraustausch dieser beider Länder besondere Bedeutung besitzen, beim Übertritt aus einem Vertragsstaat in den anderen keinem Zoll unterliegen sollen, während für die Einfuhr dieser Waren

denen der neueren Zeit Monacos mit Frankreich, Liechtensteins mit der österreichisch-ungar. Monarchie und Luxemburgs mit Deutschland gleichfalls als Zollanschlüsse bezeichnet. Dieselben unterscheiden sich jedoch ihrem Wesen nach keineswegs von Zollunionen und werden von uns nur als solche angesehen werden können. Denn „ob die durch eine Zollunion zollvereinigten Staaten beiläufig gleich groß sind oder ob von denselben der eine groß und der andere klein ist, muß vom völkerrechtlichen Standpunkt gleichgültig bleiben" (v. Battaglia, a. a. O., S. 56). Es bezeichnet daher v. Battaglia die obenerwähnten Beispiele ausdrücklich als Zollunionen, wie auch Bosc (a. a. O.) speziell selbst den Charakter der Union Monacos mit Frankreichs als vollkommenen Zollverein erklärt; ebenso bezeichnet Karl Bräuer (in dem Aufsatz „Zölle, Zollwesen" des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 1928, S. 1165 f.) das frühere Verhältnis Liechtensteins zu Österreich und Luxemburgs zu Deutschland als vollkommene Zollunionen.

Es muß allerdings zugegeben werden, daß derartige Größenunterschiede der Unionsstaaten in der Praxis eine unter Umständen gänzliche Einordnung der Kleinstaaten in die handelspolitischen Interessen des mächtigeren Nachbarn ergeben können, so daß meist schon in den betreffenden Zollunionsverträgen diesen Kleinstaaten in unterschiedlicher Weise auf die Gestaltung der gemeinsamen Handelspolitik — auf die sie durch ihr geringes Gewicht auch bei einer nominellen „Gleichberechtigung" keinen Einfluß auszuüben in der Lage wären — keine Einwirkung zugestanden wird. Hier kann sich die Auswirkung des Zollunionsverhältnisses der eines Zollanschlusses nähern oder in der Praxis mit einem solchen fast identisch sein, ohne daß jedoch hierdurch die prinzipielle Verschiedenheit beider Konstruktionen berührt würde.

[50]) Der Ausdruck „Partialzollunion" findet sich unseres Wissens erstmalig bei Herbert Böhm („Die Partialzollunion als Mittel zum Aufbau größerer Wirtschaftsgebiete", Neue Freie Presse v. 5. Febr. 1927) und geht auf eine von Schmoller schon 1896 propagierte Grundidee zurück, die in deutlicherer Form auch bei Bosc (a. a. O.) wiederkehrt und eine ausführliche Präzisierung findet in zwei Berichten des Österreichischen Nationalkomitees der Internationalen Handelskammer (Riedl, Richard, Kollektivverträge zur Erleichterung des internationalen Handels in Europa, Bericht, erstattet an das Zentralkomitee für Behebung der Hindernisse des Handels vom Österr. Subkomitee, Wien 1926, sowie als Ergänzung ders., Kollektivvertrag über die Begrenzung der Zollhöhe und die Gewährung gegenseitiger Meistbegünstigung, Bericht, erstattet im Namen des Österr. Komitees der Kommission zur Behebung der Hindernisse des Handels, Wien 1927).

von Außen in das Vertragsgebiet ein gemeinsamer Unionszoll festgesetzt wird. Die Partialzollunion erstreckt sich somit nur auf einzelne Warengruppen, soll aber bezüglich dieser alle Funktionen einer vollständigen Zollunion haben.

Es scheint jedoch in der Literatur der Begriff Partialzollunion auf verschieden gerichteten Gedankengängen zu beruhen. Insbesondere Böhm (a. a. O.) tritt für die Unierung eines oder verschiedener gleichartiger Wirtschaftszweige innerhalb der Vertragsstaaten ein und zwar möglichst auf der Basis oder wenigstens mit Unterstützung internationaler Kartelle und Industriesyndikate, in gewissem Sinne also als völkerrechtliches Korrelat zu denselben, zu dem Zwecke, solche internationale Kartellvereinbarungen handelspolitisch besonders wirksam auszuwerten. Bräuer (a. a. O.) dagegen hebt die besondere Beachtung der Partialzollunion für den Fall hervor, daß sich zwei Staaten hinsichtlich ihrer nationalen Produktion auf verschiedenen Gebieten gegenseitig wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch organisch ergänzen und stützen können, so daß die Herstellung des gegenseitigen zollfreien Verkehrs für bestimmte Warengruppen in beiderseitigem Vorteil liegt und danach ein Land für bestimmte Warengruppen dem Nachbar seinen Markt frei eröffnet und seinerseits für andere Warenpositionen das Absatzgebiet der anderen Nation gesichert erhält; für solchermaßen festgesetzte Erzeugnisse würden dann die Vertragsstaaten ein gemeinsames Handels- und Zollgebiet dritten Ländern gegenüber bilden.

Das Schwergewicht jedoch und eigentliche Ziel des ganzen Problems wird in beiden erwähnten Fällen freilich nicht auf diese einfache Konstruktion als solche gelegt, sondern auf den Charakter der Partialzollunion als Vorstufe einer sich immer enger zusammenschließenden europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und sich allmählich branchenweise entwickelnden internationalen Arbeitsteilung, indem jeder der Vertragsstaaten in der Lage sein soll, wieder mit dritten Ländern ebensolche Verträge von Partialzollunionen abzuschließen, so daß eine beliebig große Anzahl solcher sich gegenseitig fortsetzender und überschneidender Bindungen denkbar wäre.

Gegen den dargelegten Gedanken einer solchen Partialzollunion wird in erster Linie geltend zu machen sein, daß die grundlegende Schwierigkeit — wie auch Böhm schon selbst erkannt hat — ebenso wie oben bei dem Präferenzzollsystem, welchem sich die gedachte Konstruktion in der Praxis überhaupt sehr nähern dürfte, in der Bindung durch die Meistbegünstigungsklausel liegt, der zufolge die meisten dritten Staaten die zollfreie Behandlung der betreffenden eigenen Waren von Seite der Vertragsstaaten ebenfalls zu fordern hätten; für einen freiwilligen Verzicht auf diesen Anspruch auf Grund spezieller internationaler Verträge scheint uns für Drittstaaten, welche sich nach u. U. schweren zollpolitischen Kämpfen schließlich das Recht der Meistbegünstigung gesichert haben, keine Veranlassung zu sein.

Was nach dieser grundsätzlichen und wohl schon entscheidenden Überlegung das Argument einer verstärkten handelspolitischen Auswirkung internationaler Kartellvereinbarungen anlangt, so müssen wir uns diesen gegenüber der Ansicht Bräuers und des dort angeführten Baxa anschließen, die mit Recht geltend machen, daß durch den Abschluß einer solchen Reihe von Partialzollunionen jeder Zolltarif direkt zerstückelt und die Möglichkeit einheitlicher Handels- und Zollpolitik nach außen hin geradezu unterbunden wird; innerhalb der untereinander kartellierten oder syndizierten Industriestaaten dagegen würde eine auch nominelle Aufhebung der diesbezüglichen Zollschranken, wie wir schon oben zu erwähnen Gelegenheit hatten, die bereits bestehende Absatzrayonnierung in keiner Weise berühren, sondern einzig nun die Ansprüche der meistbegünstigten Drittstaaten nach sich ziehen. Wenn man nun endlich als Ausgangspunkt der Partialzollunionen die wirtschaftliche Ergänzung zweier Volkswirtschaften hinsichtlich ihrer nationalen Produktion in Betracht zieht, so wird die Neigung zum Abschluß solcher Partialzollunionen, wie Bräuer betont, von den Vorteilen abhängen, die zwei Länder von einem solchen Abschluß zu erwarten haben; eine Voraussetzung dürfte es bilden, daß für die betreffenden Länder eine zureichende Aufnahmefähigkeit des Marktes für die gegenseitigen Waren besteht, was wiederum wohl in der Regel erfordern dürfte, daß es sich um ungefähr gleich große Wirtschaftsgebiete handeln muß. Aus diesen Gründen scheint auch hier der Ausdehnungsmöglichkeit von Partialzollunionen recht enge Grenzen gezogen zu sein.

Speziell für Österreich nun dürfte der Gedanke der Partialzollunion durchaus abwegig liegen, da neben den oben dargelegten sicherlich allein schon entscheidenden Bedenken bezüglich des Zugriffs der Meistbegünstigung eine Lösung des speziellen österreichischen Wirtschaftsproblems in einer solchen Teilkonstruktion nicht gefunden werden kann, insbes. nicht im Rahmen des heutigen handelspolitischen Geistes innerhalb Europas[51]). Denn in einem

[51]) Das grundsätzlich sehr beachtenswerte Endziel dieses Gedankens, durch eine weitverzweigte Kette von Partialzollunionen zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu gelangen, muß bei kritischer Überlegung einerseits durch die schon rein konstruktiv außerordentliche Kompliziertheit speziell dieses gedachten Systems, zum anderen jedoch aus dem allgemein herrschenden Zeitgeist heute noch als utopisch bezeichnet werden. Dieser dürfte letztlich auch die Ursache für deutliche Absagen von verschiedenen Ländern gegenüber dem Projekt allein schon eines allgemeinen Zollwaffenstillstandes, der nichts anderes als die erste Etappe einer wirtschaftlichen Annäherung der europäischen Staaten bedeuten kann, darstellen. Als charakteristisch für die — freilich wenig aussichtsreichen — Arbeiten in dieser Richtung gerade von österreichischer Seite sei an dieser Stelle auf die bereits erwähnten Ausarbeitungen der österr. Handelskammern im Wege der Internationalen Handelskammer in Paris hinsichtlich der Beseitigung

solchen System derartig beschränkter Gemeinschaftlichkeit der Wirtschaftspolitik mit einem anderen Volkswirtschaftskörper und dadurch mit einer, aus dem Wesen der Partialzollunion heraus geradezu bedingten Uneinheitlichkeit und Zerrissenheit der Handels- und Zollpolitik wird Österreich die so schwierige Gewinnung des Marktes des Drittauslandes für seinen Export sicherlich nicht erreichen können; insbesondere fehlt auch die Möglichkeit, dem Ausland einen großen eigenen Absatzmarkt anbieten zu können, der als solcher einzig nur für die die Vertragsstaaten als Produzenten selbst interessierenden Warengruppen existiert. Der Gedanke schließlich an eine Partialzollunion Österreichs mit einem Nachbarstaat zum Zwecke der wirtschaftlichen Ergänzung, d. h. Selbstversorgung, dürfte in jeder denkbaren Kombination im vorhinein — um nur einen einzigen Punkt hervorzuheben — an der Kleinheit des österreichischen Marktes und dem natürlichen selbständigen Autarkiestreben der meisten seiner Nachbarstaaten zum Scheitern bestimmt sein.

Wir haben endlich nun noch die Frage eines Zoll- und Wirtschaftsbündnisses zu prüfen, welchen Begriff insbesondere Bosc (a. a. O.) sowie v. Battaglia (a. a. O.) vertreten und auch als „unvollkommene Zollunion" bezeichnen. Wesentlich scheint uns für diese Konstruktion zu sein, daß nach v. Battaglia die Vertragsstaaten zwar hinsichtlich ihrer Zoll- und Handelspolitik und insbesondere beim Abschluß von Zoll- und Handelsverträgen einvernehmlich und gemeinsam auftreten, jedoch nicht als ein einziges Rechtssubjekt[52]) und nicht unbedingt auf Grund eines einheitlichen Außenzolltarifs[53]).

---

der Handelshemmnisse und zur Anbahnung eines neuen handelspolit. Systems in Europa hingewiesen.

[52]) Je nachdem die Staaten zu einem handelspolitischen Subjekt verschmelzen oder einander nur angenähert werden, unterscheidet die Literatur im allgemeinen zwischen „Zollunionen" und „unvollkommenen Zollunionen". Vgl. v. Battaglia a. a. O., S. 173 und die dort verzeichnete Literatur.

[53]) Da allerdings die Außenzolltarife der verbündeten Staaten identisch sein können, aber nicht müssen, so kann auch der Vertragsaußenzolltarif gemeinsam sein, ohne das Wesen des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses zu berühren. Die Anschauung von Bosc, daß zum Charakter eines solchen ein gemeinsamer Außenzolltarif gehöre, wird von v. Battaglia u. E. mit Recht abgelehnt, da „das Wesen des zoll- und Wirtschaftsbündnisses bloß im einvernehmlichen und gemeinsamen Abschluß von Handelsverträgen besteht, was auch auf Grundlage von zwei verschiedenen Außenzolltarifen bewirkt werden kann." Der anders gerichteten Meinung Kellers (Ein deutsch-österreichisch-ungarischer Zollverein, Schmollers Jahrbuch, 1915), der im Sinne von Bosc gemeinsame Handelsvertragsverhandlungen ohne gemeinsamen Außenzolltarif für undenkbar hält, wird ferner auch durch Jul. Wolf (a. a. O., S. 21) widersprochen, der die Ansicht vertritt, daß in einem Zoll- und Wirtschaftsbündnis „verschiedene Außenzölle wahrscheinlich, ja sogar sicher" sind. Vgl. hierzu insbes. v. Battaglia, a. a. O., S. 74 f. u. S. 85 f.

Wenn nun auch sicherlich die volkswirtschaftlichen Ziele eines solchen Zoll- und Wirtschaftsbündnisses von jenen einer reinen Zollunion letzten Endes nicht allzu weit abweichen werden, nämlich einer durch die Gemeinsamkeit der Handelspolitik gesteigerten Kraftentfaltung nach außen hin sowie tendenzmäßig auch einer weitgehenden Zollannäherung der verbündeten Gebiete, so dürfte sich dagegen die Auswirkung eines Zoll- und Wirtschaftsbündnisses von dem einer Zollunion sicher durchaus unterschiedlich gestalten. Als entscheidend werden nämlich auch hier wieder die Ansprüche der meistbegünstigten Drittstaaten betrachtet werden müssen, die sich, da der völkerrechtlich anerkannte Begriff der neuen Rechtspersönlichkeit wie etwa bei der Zollunion bei einem Zoll- und Wirtschaftsbündnis nicht gegeben ist, notwendigerweise auf die gegenseitigen zolltariflichen Zugeständnisse der Vertragsstaaten richten und in diesem Zusammenhange identisch mit den nämlichen Problemen bei einem Präferenzzollsystem sind. Es kann sogar angenommen werden, daß das einfache Präferenzsystem hier bei den dritten Staaten noch geringere Gegensätze hervorrufen würde als ein festgefügtes Zoll- und Wirtschaftsbündnis, das durch die Gemeinschaftlichkeit der Handels- und Zollpolitik seinen agressiven Charakter dem Drittausland gegenüber in deutlicher Weise dokumentiert. Ferner werden — wiederum im gleichen Umfange wie beim Präferenzsystem — die Wirtschaftsgebiete der verbündeten Staaten im Gegensatz zur Zollunion, dem Wesen des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses entsprechend, in den Handelsverträgen von seiten des Drittauslandes nicht als einheitliches Gebiet betrachtet und behandelt werden können, auch dann, wenn die auf diese Gebiete anzuwendenden Vertragsbestimmungen inhaltlich identisch wären, wie auch v. Battaglia zugeben muß (a. a. O., S. 71); denn ein einheitliches, großes Zollgebiet wird durch ein Zoll- und Wirtschaftsbündnis regelmäßig nicht geschaffen. Es heißt dies mit anderen Worten, daß auch bei dieser Konstruktion der einzelne Vertragsstaat letzten Endes dem Ausland gegenüber doch nur wieder seinen eigenen isolierten Absatzmarkt anzubieten hat, so daß auch die praktische Auswirkung einer in gegenseitigem Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geführten Außenhandelspolitik unter Umständen als recht problematisch zu betrachten ist. Wir können darum ein solches Zoll- und Wirtschaftsbündnis nur als ein um den völkerrechtlichen Vertrag der gemeinsamen Handelspolitik bereichertes und damit verbessertes Präferenzsystem betrachten, welches jedoch für die Lösung der österreichischen Frage nach dem oben Gesagten ebenfalls als unwirksam und ungeeignet angesehen werden muß.

Es scheinen uns demnach von allen gedachten Formen der wirtschaftlichen Anlehnung Österreichs an einen großen Wirtschaftskörper die Forderungen des österreichischen Wirtschaftsproblems nur im Rahmen einer Zollunion ihre Lösung finden können.

3. KAPITEL

Der großdeutsche Wirtschaftsgedanke.

Naturgemäß waren es nun eine Reihe wirtschaftlicher Anschlußgedanken, die seit der Geburtsstunde des neuen österreichischen Staatskörpers für die österreichischen und nicht minder für die europäischen Wirtschaftspolitiker zur Diskussion standen, nachdem sowohl die natürliche Wirtschaftsfunktion der nunmehr „Republik Österreich" genannten Teilwirtschaft der alten Monarchie, im Rahmen deren Wirtschaftsgebietes sie ihre spezifische Ausgestaltung gefunden hatte, ihren Sinn verloren hatte und andererseits der Vollzug des einstimmigen Beschlusses des österreichischen Volkes in der Nationalversammlung vom 12. November 1918, die Deutsch-Österreich zum Bestandteil des Deutschen Reiches erklärte, an zögernden Bedenken auch von reichsdeutscher Seite und späterhin durch den in den Friedensverträgen dokumentierten Einspruch der ehemals feindlichen Mächte gescheitert war und somit auch zunächst die andere natürliche Lösung der österreichischen Frage auf Grund des rein völkischen Prinzips, und zwar bevor noch — streng genommen — die österreichische Frage im heutigen Sinne überhaupt akut geworden wäre.

Freilich heben sich von allen im Laufe der Zeit erwogenen Zollunionsgedanken zwei Konstruktionen besonders gewichtig hervor, die als Ersatz der zerrissenen bzw. nicht zustandegekommenen gesamtpolitischen Eingliederung Österreichs in ein größeres Staatsgebiet aufzufassen und die wirtschaftliche Verbundenheit an Stelle der gesamtpolitischen zu setzen bestrebt sind. Während nämlich auf der einen Seite aus nationalen, großdeutschen Motiven heraus nun eifrig wenigstens der Wirtschaftsanschluß an das große deutsche Mutterland erstrebt wurde, also eine deutsch-österreichische Zollunion, standen in Österreich naheliegenderweise zunächst nicht minder auch die Hoffnungen auf eine Wiederanknüpfung der alten Handelsbeziehungen und wirtschaftlichen Verbindungen auf, auf welche die Wirtschaftsstruktur des neuen Österreichs notwendigerweise noch gänzlich eingestellt war; es folgte der Staatentrennung geradezu ein Abschnitt, in dem man sie in Österreich einfach nicht für wahr haben wollte und mit aus dieser Einstellung, die eine wesentliche Unterstützung erfuhr durch die natürliche scharfe Bekämpfung jeglicher deutschen Orientierung von seiten der ehemaligen Feindstaaten, zu denen im gewissen Sinne auch die neugebildeten „Nationalstaaten" zu rechnen waren, entstand der Gedanke der Donauföderation als eine zollunionsartige Zusammenfassung der Nachfolgestaaten in einen neuen Wirtschaftsverband, der Rekonstruktion also der Monarchie in einem wirtschaftlichen Gewande[54]).

[54]) Wir können an dieser Stelle nur andeutungsweise erwähnen, daß neben diesen beiden Lösungen, um deren Für und Wider nicht anders wie um die so problematische Frage der Lebensfähigkeit Österreichs der

Es wird sicherlich zugestanden werden müssen, daß als ein Ausweg aus dem wirtschaftlichen Chaos, das sich durch die gewaltsame Loslösung der „Nationalstaaten" aus dem österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbande notwendigerweise ergab, der Gedanke an eine gewisse Rückbildung zur alten Wirtschaftsstruktur, an ein Neu-Zusammenfügen der vorhandenen Bruchstücke, durchaus naheliegend war; selbst in den Friedensverträgen wurde, wie wir schon bemerkten[55]), in dieser Richtung ein, wenn auch zögernder, Schritt getan, in denen durch die sogenannte „Österreichisch-Ungarische Sukzessionsklausel" eine lose neue

---

Kampf zwischen Anschlußfreunden und -gegnern in leidenschaftlicher Weise tobte, auch der Gedanke anderer Konstruktionen von gewissen Gruppen recht ernstlich erwogen wurde, wie es die österreichische Politik zu gewissen Zeitpunkten bewiesen hat.

Es war dies vor allem der Gedanke einer österreichisch-italienischen Zollunion (Veroneser Verhandlungen 1922!), die freilich Österreich dem wesensfremden romanischen Großstaat gegenüber in das Verhältnis eines ausgesprochenen Kolonialgebietes gebracht hätte, ferner die österreichisch-ungarische Zollunion, die, wie v. Zwiedineck meint, vielleicht einer gewissen organischen Ergänzung beider Länder immerhin Rechnung getragen hätte, jedoch dem ungarischen Industrietraum allzu schroff entgegenstehen mußte; auch Österreich hätte durch diesen verhältnismäßig kleinen Partner eine wesentliche Besserung seiner handelspolitischen Aussichten kaum zu erwarten gehabt. Endlich stand für gewisse Kreise die österreichisch-tschechoslowakische Zollunion zur Diskussion, welcher jedoch durch das für 6—7 Millionen Tschechen wohl untragbare Gegenüberstehen von rund 10 Millionen Deutschen im vorhinein aus nationalen Gegensätzen wenig Aussicht zuzusprechen war; von rein wirtschaftlichem Gesichtspunkte ist ferner zu bemerken, daß der Schwerpunkt der tschechoslowakischen Wirtschaft vorwiegend in der Erzeugung von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Stapelartikeln sowie in einer bedeutenden Nahrungs- und Genußmittelindustrie liegt, deren Produktion einerseits unter wesentlich günstigeren Verhältnissen als etwa die gleichen Betriebe in Österreich arbeitet, zum anderen jedoch den konkurrierenden Weststaaten gegenüber ein lebhaftes Schutzbedürfnis empfindet. Von diesem Schutzbedürfnis der tschechischen Industrie in ihrem Wunsch nach Sicherung des Inlandsmarktes würde auch die auswärtige Handelspolitik der österreichisch-tschechischen Zollunion durch die Führerstellung des stärkeren tschechoslowakischen Staates innerhalb dieser beherrscht sein, was nicht nur für die österreichische Industrie keine Möglichkeit einer Exportsteigerung erbrächte, sondern ebenso zur Folge hätte, daß sich die Konkurrenzfähigkeit der auf den Weltmarkt angewiesenen österreichischen Fertigindustrie durch die Verteuerung der Halbfabrikate und Rohprodukte noch weiter vermindern würde; die innere Konkurrenzfrage mit der unter günstigeren Produktionsbedingungen arbeitenden tschechoslowakischen Industrie würde hier noch ein besonderes Problem bilden. Im übrigen gilt für das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Österreich in einem Zollverein das unten hinsichtlich des Donauföderationsproblems Ausgeführte vollinhaltlich.

[55]) Vgl. oben S. 20, Anmerkung.

Wirtschaftsvereinigung wenigstens zwischen den drei ausschließlich auf Gebietsteile aus der österreichisch-ungarischen Erbmasse beschränkten Nachfolgestaaten Österreich, Tschechoslowakei und Ungarn in Form eines Präferenzsystems zumindest für eine gewisse Übergangszeit ins Auge gefaßt war. Aber es erscheint uns hier schon durchaus bezeichnend für die nationalstaatliche Einstellung zum ganzen Föderationsgedanken, daß selbst von dieser völkerrechtlich ausdrücklich konzessionierten und sanktionierten Zollbegünstigung im Wirtschaftsverkehr zwischen den drei wichtigsten Nachfolgestaaten von seiten der beiden letztgenannten Länder keinerlei Gebrauch gemacht wurde.

Damit aber beginnt die große Problematik des Gedankens einer Donauföderation, die wir freilich in unserem Zusammenhang nur den Hauptlinien nach beleuchten können und die im wesentlichen auf folgenden Überlegungen begründet zu sein scheint:

Zum ersten weist schon der Name dieser Konstruktion auf eine gefährliche Überschätzung der Bedeutung hin, die die Donau für das wirtschaftliche Leben der Monarchie gehabt hat, bzw. auch jetzt noch für die Wirtschaft aller Nachfolgestaaten besitzt[56]). Besonders Stolper weist darauf hin, daß der große Menschen- und Warenverkehr schon in Österreich-Ungarn zum weitaus überwiegenden Teile sich in nordsüdlicher Richtung etwa von den Sudetenländern nach Wien und von Wien zur Adria bewegt habe, wobei der Donau eher der Charakter eines Verkehrshindernisses als einer Verkehrsstraße zukommt. Zudem gehören gerade die wichtigsten und entwickeltesten Länder der Monarchie, heute unter die Nachfolgestaaten aufgeteilt, geographisch nicht zu einem gemeinsamen Stromgebiet der Donau: Böhmen z. B. gravitiert durch die Moldau und vor allem die Elbe zur Nordsee, Mähren und Schlesien durch die Oder und das wichtige Galizien durch die Weichsel zur Ostsee. Und selbst die von der Donau durchflossenen Gebiete zeigen nicht die vielleicht anzunehmende wirtschaftliche Belebung oder Abhängigkeit von diesem Strom, der in ein vom großen Weltwirtschaftsverkehr entferntes Binnenmeer mündet; nicht einmal für die Getreidewirtschaft, mit Ausnahme vielleicht der ungarischen, hat die Donau, wie v. Zwiedineck betont, die meist angenommene Bedeutung. Es scheint uns durch diese Überlegung der natürliche wirtschaftsgeogra-

[56]) Vgl. im folgenden auch die sehr beachtenswerten Ausführungen von Stolper, Gustav, Deutsch-Österreich als Sozial- und Wirtschaftsproblem, S. 123 ff., sowie von v. Zwiedineck-Südenhorst, Österreich am Scheidewege . . . a. a. O., S. 21 ff. Es wird beide Male darauf hingewiesen, welche gefährliche Rolle hier eine falsche Einschätzung der Tatsachen spielen kann, aus welcher heraus z. B. der Referent der französischen Kammer für den österreichischen Friedensvertrag den Schluß zog, daß man allen Donauländern helfen müsse, sich um den Fluß zu gruppieren, der ihre gemeinsame Lebensader sein wird.

phische Zusammenhang der Donauländer die Donau durchaus nicht als die gemeinsame Lebensader anzuerkennen, und wir können in der vordem bestehenden, so außerordentlich reichgegliederten Arbeitsteilung und all den verzweigten wirtschaftlichen Zusammenhängen zwischen den einzelnen Ländern der Monarchie in erster Linie nur das Produkt von jahrhundertelanger zentralisierter Wirtschaftspolitik erblicken. Heute nun finden wir diese Zusammenhänge zerrissen und an ihre Stelle ist — nur allzu deutlich oft für Österreich — das Streben nach anderen Zusammenhängen getreten[57]), wie wir an anderer Stelle noch zu betrachten haben werden, so daß die Donau, die der Monarchie den Namen gab, ihren früheren, wenn auch nicht geographisch, so doch politisch völkerverbindenden Charakter heute verloren hat.

Zum zweiten erscheint auch dem Gedanken einer wirtschaftlichen Rückgliederung der Nachfolgestaaten zu einem großen, autarken Wirtschaftsgebilde ähnlich der Monarchie der reale Boden einer Verwirklichungsmöglichkeit weitgehend entzogen; denn die Elemente, aus denen das Habsburgerreich sich zusammensetzte, blieben nach dem Zusammenbruch eben nicht als solche erhalten, sondern verbanden sich freiwillig oder gezwungenermaßen mit den angrenzenden ehemaligen Feindstaaten, wie Polen, Rumänien, Serbien und Italien, während nur die Tschechoslowakei, das verkleinerte Ungarn und endlich das neue Österreich als selbständige Teile der Monarchie zurückblieben. Eine wirtschaftliche Rückgliederung könnte darum entweder nur ein um wirtschaftlich wichtige Elemente (Galizien, Siebenbürgen usw.) vermindertes Teilgebiet der Monarchie umfassen oder müßte aber bisher dem Wirtschaftsverband des Habsburgerreiches nicht angehörende Gebietsteile mit umschließen, welche Lösung in jedem Fall unüberbrückbare Gegensätze mit sich bringen müßte. Denn eine Zollunion etwa zwischen den bestehenden Rumpfgebieten Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn will uns allein schon aus rein nationalen Gegensätzen undenkbar erscheinen, aus denen heraus die sich ergebende deutsche und ungarische Majorität für die Tschechen zweifellos untragbar wäre, ganz abgesehen davon, daß ein energischer Einspruch der übrigen Nachfolgestaaten im weiteren Sinne gegen einen solchen, deren eigene Interessen bedrohenden neuen Wirtschaftsblock sicherlich nahe läge. Und geradezu als Utopie kann uns nur der Gedanke an eine erweiterte Donauföderation erscheinen, die sich also von der Ostsee bis ans Mittelmeer und das Schwarze Meer erstrecken würde, wobei schon, wie auch Höper betont[58]), der Gedanke an einen Zusammenschluß von westländisch-demokratischen Republiken und Königreichen ganz verschiedener Geistesrichtung und scharfer

[57]) Vgl. v. Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., S. 23.

[58]) Vgl. Höper, Gerhard, Die Wirtschaftsangleichung von Österreich und dem Deutschen Reich als Vorbereitung des politischen Anschlusses, Diss. Wien 1927, S. 135.

politischer Machtansprüche gegeneinander[59]) das Problematische einer solchen Konstruktion deutlich fühlen läßt[60]).

Neben diese größtenteils konstruktiven Schwierigkeiten der Idee einer Donauföderation treten nun aber in besonderem Maße drittens die rein wirtschaftspolitischen, und gerade durch den Gegensatz des Föderationsgedankens mit der tatsächlichen wirtschaftspolitischen Überzeugung der Nationalstaaten dürfte ersterer in vollem Umfange von sich selbst aus gewertet erscheinen.

Denn auf das schroffste entgegengesetzt und geradezu unvereinbar mit allen Donau-Föderationsplänen müssen wir das stets an erster Stelle stehende, schon öfters erwähnte Autarkiestreben der Nationalstaaten erkennen, das seine ausdrückliche Verkörperung bereits in dem Hochschutzzollsystem dieser Länder gefunden hat und mit dem Ziele einer möglichst vielseitigen, zum Teil sogar künstlichen Entwicklung der eigenen Produktion, die naturgemäß weiterhin fortlaufend neue Interessenten an der Fortdauer wirtschaftlicher Abschließung schafft, eine ausgesprochene Absperrungspolitik den Nachbarstaaten gegenüber verfolgt. Die nationalen Kräfte haben sich hier als so stark erwiesen, daß selbst die wirtschaftlichen Nachteile einer solchen Absperrungspolitik nicht gespürt werden und lieber im vorhinein auf einen möglichen zukünftigen Wirtschaftserfolg durch internationale Arbeitsteilung und die Vorteile eines größeren Wirtschaftsgebietes verzichtet wird, als den geringsten Verlust staatlicher und wirtschaftlicher Selbständigkeit zu erleiden. Und es wird, wie die handelspolitische Einstellung dieser Staaten zeigt, für absehbare Zeit kaum angenommen werden dürfen, daß diese geneigt sein werden, den Weg ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik zu verlassen oder sich gar zugunsten des Gebildes einer Donauföderation ihrer erst errungenen Wirtschaftssouveränität wieder zu entäußern.

Wenn uns demnach einerseits schon die Schaffung einer Donauföderation als wirtschaftliche Vereinigung der Nachfolgestaaten in der Praxis kaum durchführbar erscheint, so halten wir dieselbe auch andererseits vom österreichischen Standpunkt aus betrachtet als ungeeignet, dem Land das erstrebte Wirtschaftsziel zu eröffnen.

Blicken wir zurück, welche Forderungen wir oben für die Lösung des österreichischen Wirtschaftsproblems aufgestellt haben, so finden wir an erster Stelle die Forderung nach gesteigerten Exportaussichten durch erweiterte handelspolitische

[59]) Wir erinnern hier nur beispielsweise allein an die tschechisch-deutschen und tschechisch-ungarischen Gegensätze innerhalb der Tschechoslowakei, die ungarischen Ansprüche auf das Burgenland (Westungarn), die siebenbürgische Frage, den Streit um das Banat zwischen Rumänien und Jugoslawien oder etwa an die wohl noch einer ernsten Auseinandersetzung harrende Adriafrage.

[60]) Vgl. hierzu auch die geistvollen Ausführungen von Kleinwächter, Der deutsch-österreichische Mensch und der Anschluß, Wien 1926.

Betätigungsmöglichkeit durch Anlehnung an ein größeres Wirtschaftsgebiet, weiterhin das einer möglichst optimalen Befriedigung des österreichischen Absatzbedürfnisses auch innerhalb dieses neuen Binnenmarktes und endlich die Ausgestaltungsmöglichkeit des sich aus der volkswirtschaftlichen Struktur für Österreich ergebenden Charakters seiner typischen Vermittlerfunktion.

Wollen wir zunächst für den Rahmen einer Donauföderation die Aussichten einer österreichischen Exportsteigerung nach dem Drittauslande untersuchen, so werden sich diese naturgemäß danach zu richten haben, inwieweit und für welche Produkte die Donauföderation, die ja nun freilich einen quantitativ nicht zu unterschätzenden Markt darstellen würde, als solche auf die Märkte fremder Staaten angewiesen ist und sich deren Besitz durch eigene Zugeständnisse sichern muß. Und hier werden wir uns der Feststellung nicht wohl verschließen können, daß, wie sich ja mit Deutlichkeit aus der bisherigen Handelspolitik der Nationalstaaten ergibt, hier nur eine sehr geringe Neigung und geringes Bedürfnis zu einem derartigen internationalen Güteraustausch bestehen wird, und am wenigsten jedenfalls für die Ausfuhr der für Österreich so bedeutsamen Fertigerzeugnisse; das eingewurzelte Autarkiestreben dieser Nationalstaaten steht vielmehr, wie wir oben feststellten, jedem Gedanken an geringste handelspolitische Zugeständnisse so schroff entgegen, und dies allen wirtschaftlichen Vorteilen und Einsichten zum Trotz, daß sich notgedrungen dieser Autarkismus auch zur vorherrschenden Wirtschaftstendenz einer Donauföderation auswirken müßte. Eine ernsthafte Beeinflussung dieser Tendenz erscheint durch die zahlenmäßige Unterlegenheit der österreichischen Interessen innerhalb einer Donauföderation so gut wie ausgeschlossen, so daß Österreich, sobald es seine handelspolitische Souveränität zugunsten dieser Föderation aufgegeben hat, sich auch als Freihandelsstaat der autarken, d. h. hochschutzzöllnerischen Handelspolitik der übrigen Vertragsstaaten unterzuordnen haben und damit seinen Exportforderungen nicht nachkommen können würde. Wir müssen damit auch in diesem Zusammenhang auf unsere oben gestellte Forderung hinweisen[61]), daß für Österreich eine wirtschaftliche Bindung nur in der Richtung gleichgerichteter wirtschaftlicher Interessen erfolgen dürfe; im vorliegendem Falle aber würden diese wirtschaftlichen Interessen ebensoweit auseinanderfallen wie die politischen.

Was weiterhin den Wert des Binnenmarktes einer Föderation für die österreichische Produktion anlangt, so werden wir diesen jedenfalls vom Standpunkte des österreichischen Exporteurs aus nur als einen sehr problematischen auffassen dürfen. Denn, wenn auch ein einheitlicher Binnenmarkt im Rahmen einer Donauföderation durch Verzicht selbst auf alle Zwischenzoll-

[61]) Vgl. oben S. 17.

schranken zur Wirklichkeit würde und damit die ungehemmte Verkehrsfreiheit zwischen den unierten Staaten theoretisch wieder denkbar wäre, müßte — ganz abgesehen von der hier unerörtert gelassenen jeweiligen rein ökonomischen Aufnahmewilligkeit der einzelnen Staatsgebiete, die durch den allerwärts eifrig betriebenen Aufbau des Produktionsapparates ein eigenes Problem bildet — die schroffe politische Einstellung innerhalb der einzelnen Nationalstaaten[62]) allein schon die „fremde" und insbesondere österreichische Ware vom eigenen „nationalen" Markt weitgehend abhalten; das ganze wirtschaftliche Verhältnis der Nachfolgestaaten dürfte sich darum — wenn wir von dem drohenden Wettbewerb der tschechoslowakischen Industrie auf dem österreichischen Markte in diesem Zusammenhange ganz absehen wollen — auch dann von dem heutigen kaum wesentlich unterscheiden[63]).

Endlich werden wir noch klarzulegen haben, daß Österreich auch nicht in der Lage sein wird, seine für Struktur und Lage charakteristische und für seine gesamte Wirtschaft so wichtige Händlerfunktion innerhalb der Donauföderation zu erfüllen. Denn muß einerseits mit einer engen wirtschaftspolitischen Bindung an das Gebilde einer Donauföderation naturgemäß auch die Wirt-

---

62 Ein Beispiel für dieselbe kann immerhin schon die Tatsache bieten, daß auch heute schon gewisse „Nationalstaaten" selbst die eigenen Staatsbürger, wenn sie etwa deutschstämmig sind, von staatlichen oder kommunalen Lieferungen grundsätzlich ausschließen.

63) Vgl. hierzu die treffende Argumentation, die die Denkschrift der Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft zu diesem Gedanken gibt: „Auch wenn heute die Zollmauern z. B. zwischen Österreich und der Tschechoslowakei vollständig niedergelegt würden, würden die tschechoslowakischen Staatsbahnen ihre Waggons und Lokomotiven bei sudetenländischen (noch wahrscheinlicher scheint uns bei Prager oder Brünner!) Fabriken bestellen, würden die tschechoslowakischen Gemeinden ihre Elektrizitätswerke bei heimischen Baufirmen und heimischen elektrotechnischen Werken errichten lassen, würden alle staatlichen und städtischen Automobile bei heimischen Automobilfabriken gekauft werden, würde die tschechoslowakische Staatsbahn und die Armee die Tuche und den Wäschestoff der Beamten, Offiziere und Soldaten bei den tschechoslowakischen Textilfabriken bestellen und keine dieser Fabriken dürfte auch nur österreichisches Material verwenden. Auch bei vollster Zollfreiheit würde die Prager Notenbank ihre insbesondere auf die Förderung der tschechoslowak. Wirtschaft gerichtete Kreditpolitik treiben, würden die tschechoslowak. Staatsbahnen in der Lage sein, eine Tarif- und Verkehrspolitik auszubilden, die an Wirksamkeit jeden zollpolitischen Maßnahmen gleichkäme". Vergl. Das österreichische Wirtschaftsproblem, Denkschrift der Österr.-Deutschen Arbeitsgemeinschaft, Wien 1925, S. 27. In diesem Sinne argumentiert auch Höper (a. a. O.) nicht zu Unrecht, daß zur Verhinderung eines solchen „administrativen Protektionismus" weder gewöhnliche Handels- noch Staatsverträge hinreichen werden, sondern eine gewisse Einheit der Staatsgewalt, besonders aber des Staatswillens hier die Voraussetzung bildet.

schaftsorientierung Österreichs wiederum eindeutig bestimmt, d. h. für dieses Land die Möglichkeit freier internationaler Vermittlertätigkeit in der Verfolgung anderweitiger wirtschaftlicher Zusammenhänge weitgehend eingeengt, wenn nicht unterbunden werden, so erscheint es andererseits für Österreich so gut wie ausgeschlossen, nun wieder innerhalb der Donaustaaten, wie zur Zeit des Habsburgerreiches die alte „bourgeoise" Wirtschaftsfunktion, insbesondere Wiens, finden zu können. Nicht eben nur hat unter dem Autarkismus der Nationalstaaten die Wirtschaftsentwicklung als solche in diesen eine durchaus neue Bahn beschritten und neuentstandene und künstlich gehegte Wirtschafts- und Produktionszweige den Sinn der alten Arbeitsteilung aufgehoben, sondern auch, und darauf wird es hier besonders ankommen, als Gegenstück zu dieser Entwicklung haben notwendigerweise auch neue Verwaltungs- und Finanzzentren[64]), die den Wiener Platz zum Teil schon um ein Bedeutendes überflügelt haben, die ehemalige Funktion des Wiener Apparates übernommen; für eine wie immer auch geartete Rückentwicklung dürfte heute in keinem Fall mehr ein tatsächlicher ökonomischer Grund gefunden werden[65]).

Es will uns jedoch die Problematik des Gedankens einer Donauföderation speziell vom Gesichtspunkt des österreichischen Wirtschaftsinteresses aus doch noch als tiefer liegend erscheinen, als sie allein aus einer grundsätzlichen Untersuchung über das Für und Wider einer solchen Konstruktion an sich zutage treten kann.

Man wird nämlich bei einer wenigstens einigermaßen umfassenden Beurteilung des österreichischen Wirtschaftsproblems heute, nach einer immerhin erreichten Konsolidierung der Verhältnisse innerhalb des Wirtschaftsraums der ehemaligen Donaumonarchie, sowie nach mehr als einem Jahrzehnt der Eigenstaatlichkeit des österreichischen Wirtschaftskörpers und der Möglichkeit einer Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung Österreichs auf Grund seiner neuen strukturellen und wirtschaftspolitischen Gegebenheiten sich schon für diesen bisher erfaßbaren, jedoch sicherlich bedeutungsvollen und charakteristischen Zeitraum der Tatsache nicht verschließen können, daß die österreichische Wirtschaft mit Deutlichkeit die Tendenz zu einer neuen Orientierung zeigt, und sich in einer immer weiter fortschreitenden Abwendung von den alten Zusammenhängen, wie sie im Schoße der Monarchie entstanden, dem Deutschen Reiche anzunähern scheint.

[64]) Das bedeutendste unter ihnen ist heute Prag. Daneben haben aber naturgemäß auch Budapest, Agram, Belgrad, Bukarest und Warschau eine viel stärkere und selbständigere Stellung als vor dem Kriege.

[65]) Wir glauben aus diesem Grunde auf das Argument v. Zwiedinecks gegen eine Donauföderation nicht näher einzugehen brauchen, welcher auf die Besorgnis der anderen Staaten hinweist, aus der eben gewonnenen Selbständigkeit wieder in eine ausgesprochene Abhängigkeit von Wien zurückzufallen (a. a. O., S. 23).

Das Charakteristische und Bedeutsame nun an dieser Umgruppierung glauben wir darin erblicken zu können, daß eine solche „Umstellung" der österreichischen Wirtschaft, wenn wir sie so nennen wollen, sicher nicht im eigentlichen Sinne als das Produkt eines rein politischen oder wirtschaftspolitischen Willensaktes von österreichischer Seite anzusehen sein wird, wie er oftmals zu einem für die Wirtschaft außerordentlich bedenklichen Instrument werden kann und als welchen wir etwa die Loslösung der Nationalstaaten aus dem österreichischen Wirtschaftsverbande und dem damit verbundenen typischen Protektionismus der Nationalstaaten betrachten müssen. Wir haben vielmehr, und das will uns als das Wesentliche erscheinen, die angedeutete Umstellung der österreichischen Wirtschaft in erster Linie als direkte Funktion hauptsächlich derjenigen außerhalb Österreichs wirksamen Kräfte zu erkennen, die in den „Nationalstaaten" mit dem Drang nach politischer Unabhängigkeit und darum nach neuen politischen Zusammenhängen auch neue Zusammenhänge für die Wirtschaft erstehen ließen. Sie traten vor allem in ausgesprochen protektionistischer wirtschafts- und handelspolitischer Einstellung und in einem offensichtlichen wirtschaftlichen Machtwillen Österreich gegenüber in Erscheinung und mußten damit auch dessen Wirtschaftsbeziehungen notwendigerweise im Sinne einer Tendenz nach einem neuen Zusammenhang beeinflussen, der naturgemäß mit der Richtung des kleinsten Widerstandes, wie Günther sie nennt[66]), eindeutig gegeben war. Wir können aus diesem Grunde wohl aus dem Autarkiestreben dieser Nationalstaaten Österreich gegenüber auch ein positives Ergebnis buchen, nämlich den notwendigen Zwang zu einer allmählichen und sichtlich zögernden, aber doch eben grundsätzlichen wirtschaftlichen Umgruppierung, und zwar in einer von den Gegenspielern Österreichs vielleicht doch zu wenig beachteten und sicherlich nicht beabsichtigten Richtung, wie ein immerhin kennzeichnendes, neuerdings in der Presse einsetzendes Propagieren eines Donaubundgedankens in Form der Einbeziehung Österreichs in den Plan eines engeren Wirtschaftssystems der Kleinen Entente aufzudecken scheint. Aber um so mehr ist für den ganzen großdeutschen Gedanken die Orientierung nach diesem neuen Zusammenhang hin zu begrüßen, für den freilich gerade die österreichische Wirtschaft auf Grund ihrer überlieferten und jahrhundertealten Bindung mit den anderen Ländern der Monarchie lange nur wenig Verständnis oder gar Initiative zeigte; diese alten Bindungen mußten für Österreich um so mehr nachwirken, als es aus den genannten Ländern auch weiterhin seinen Nahrungsmittelbedarf und wichtige Rohstoffe, wie z. B. die Kohle, bezog, während sie in der Gegenrichtung trotz

---

[66]) Vgl. Günther, Adolf, Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich, Berlin, 1929, S. 19.

aller künstlichen Beschränkungen eben noch seine natürlichen Absatzmärkte bedeuteten.

So erscheint es uns natürlich, daß sich eine solche Wirtschaftsumstellung keineswegs nach einem großangelegten Plan vollzog und vollziehen konnte, sondern sich die neugerichteten Interessen allmählich erst gegen die überkommenen durchsetzen mußten; und weit entfernt all dem, was unterdessen und oft in der Stille von der österreichischen Praxis tatsächlich geleistet wurde, die Anerkennung versagen zu wollen, mußten wir dennoch schon oben betonen, daß die Hoffnung auf Wiederanknüpfung der alten, unterbundenen Wirtschaftsverbindungen, also der Gedanke etwa einer Donauföderation, vorzüglich in industriellen, aber auch in anderen österreichischen Wirtschaftskreisen lange und vielleicht allzu lange Zeit vorherrschend war, während durch die neu erstandenen und sich immer weiter ausdehnenden Produktionszweige jenseits der neuen Grenzen mit jedem Tag neues und größeres Interesse für eine Absperrungspolitik erwuchs und jedenfalls die anderen Nachfolgestaaten, die den Sinn der neuen Lage leichter hatten erfassen können, da sie zumeist an ihrer Entstehung selbsttätigen und treibenden Anteil hatten, mit der Anpassung ihrer Wirtschaft an die neuen Verhältnisse längst im Vorsprung waren.

Sicherlich hätte nun hier, wie wir annehmen können, sowohl handelspolitisches Entgegenkommen von deutscher Seite, d. h. gewisse Zollbegünstigungen für österreichische Waren in Anbetracht der verhältnismäßig geringen Bedeutung, der dem Handelsverkehr mit Österreich für die deutsche Wirtschaft selbst noch zukommt[67]), diese Entwicklung, — deren eigentliche Natur freilich dadurch nur noch überzeugender wirkt, daß sie sich auch ohne die Unterstützung irgendwie gearteter Vorzugsbehandlung durchzusetzen verstand und unter der Geltung eines Handelsvertrages, der beiderseits durchaus nicht befriedigt[68]) — wesentlich beschleunigen können[69]), wie auch zum anderen ein zumindest früher einsetzender

---

[67]) Während für den österreichischen Außenhandel der Verkehr mit Deutschland sowohl hinsichtlich der Ausfuhr wie der Einfuhr die erste Stelle einnimmt, steht dieser Handelsverkehr für das Deutsche Reich selbst erst an 20. bzw. 11. Stelle. In Prozenten ausgedrückt, gehen in das für Österreich an erster Stelle liegende Deutsche Reich 18,4 % der österreichischen Ausfuhr, die für Deutschland nur 1,6 % der Gesamteinfuhr bedeuten; für die österreichische Einfuhr aus Deutschland beträgt der Prozentsatz 19,8 %, die 3,5 % der deutschen Ausfuhr ausmachen.

[68]) Nach verschiedenen Ansätzen, den deutsch-österreichischen Handelsvertrag einer durchgreifenden Revision zu unterziehen, ist nunmehr jüngst das insbesondere von österreichischer Seite lang ersehnte neue Vertragswerk zustande gekommen, dessen Einzelheiten jedoch zur Zeit des Abschlusses der vorliegenden Arbeit noch nicht bekannt waren.

[69]) Freilich wird hier die deutsche Handelspolitik sich immerhin das Argument zu eigen machen können, daß sie begreiflicherweise eben in erster Linie das große Gesamtinteresse der deutschen Wirtschaft

und politisch vielleicht doch etwas größerer Weitblick und einheitlicherer Wille der Wirtschaftsführung in Österreich.

Aber hierauf will es für unsere Überlegung gar nicht ankommen; denn es scheint uns gerade für unseren Zusammenhang das Bedeutsame zu sein, daß wir die eben in groben Zügen schon charakterisierte fortschreitende Tendenz zu einer Neuorientierung der österreichischen Wirtschaft als ein Ergebnis natürlicher, aus bestimmten Gegebenheiten geformten Entwicklung und gewissermaßen als Produkt rein ökonomischen Zwanges zu betrachten haben werden. Sie wird uns notwendigerweise auch eindeutig die Richtung weisen müssen, in welcher nun auch allein die natürliche, d. h. vom rein ökonomischen Gesichtspunkte aus zu fordernde Lösung seines Wirtschaftsproblems für Österreich heute nur mehr liegen kann[70]), d. h. in welche Wirtschaftsgruppe es zu diesem letzten Endzweck ökonomischer Einsicht allein seine Eingliederung erstreben muß. Denn wenn wir einerseits wohl die fortschreitende Neuorientierung der österreichischen Wirtschaft in erster Linie als eine natürliche Funktion wirtschaftlicher Gegebenheiten sowie wirtschaftlicher Kräfte von außen her gekennzeichnet haben, werden wir andererseits auch durch die sich aus dieser Tendenz heraus immer weiter durchsetzende innere Umstellung den Punkt vielleicht schon erreicht sehen, von welchem aus für die neue österreichische Wirtschaft die Wiederanknüpfung der früheren Zusammenhänge eine kaum viel geringere neue innere Umwälzung bedeuten müßte, als einst deren schroffe Zerreißung. Und mit dieser Erkenntnis scheint sich uns auch das ganze österreichische Wirtschaftsproblem endgültig losgelöst zu haben von den früher in starkem Maße vorhandenen Neigungen zu einer Donauföderationslösung, selbst wenn auch die weitere Zukunft für die Nationalstaaten eine gewisse Abkehr vom Gedanken der industriellen Autarkie bringen sollte, worauf manche Anzeichen vielleicht hindeuten mögen[71]).

---

zu wahren habe; als hemmend mußte sich demgemäß bei den Handelsvertragsverhandlungen besonders auf deutscher Seite die Tatsache erweisen, daß Deutschland gemäß dem Grundsatz der Meistbegünstigung nicht für die Einfuhr von Waren aus Österreich besondere handelspolitische Zugeständnisse machen konnte, die den übrigen Drittstaaten, mit denen Deutschland im Verhältnis der Meistbegünstigung steht, ohne Gegenleistung gleicherweise zugefallen wären.

[70]) In ähnlichem Sinne drückt sich Günther aus, wenn er meint, daß die Zollunion nur äußerlich bekunden und formell abschließen würde, was nun einmal im Zuge der Zeit liegt (a. a. O., S. 29).

[71]) Vgl. hierzu etwa den neuen rumänischen Zolltarif, der sich nur mehr auf den Schutz jener wenigen Produktionszweige beschränkt, die durch protektionistische Zölle auch wirklich lebensfähig gemacht werden können und der, wie die „Neue Freie Presse" betont (30. Nov. 1929), in Österreich noch vor wenigen Jahren sicher mit ungeteilter Sympathie begrüßt worden wäre, da ja die österreichische Industrie Rumänien gegenüber ausschließlich Exportinteressen zu vertreten hat.

Im wesentlichen werden wir nun 3 Erscheinungsformen feststellen können, die, miteinander in einem natürlichen Zusammenhang stehend, uns als Ausdruck der angedeuteten Umgruppierung der österreichischen Wirtschaft besonders charakteristisch scheinen und die wir im folgenden einer kurzen Beleuchtung unterziehen wollen.

Es sind dies:

1. die zunehmende enge Kapitalverflechtung zwischen Österreich und dem Deutschen Reiche, insbesondere zwischen den Industrien der beiden Länder,
2. die zunehmenden organisatorischen Verbindungen innerhalb der beiderseitigen Industriezweige,
3. die stetig anwachsende Kurve der Handelsbeziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reiche.

Für unsere Untersuchungen freilich werden die Ergebnisse dieser drei Erscheinungen noch besonders zu werten sein. Denn was einerseits die enge Kapitalverflechtung zwischen der deutschen und der österreichischen Wirtschaft betrifft, die uns mit eine wesentliche Grundlage zu bilden scheint für die gesamtwirtschaftliche Annäherung sowie die immer mehr in den Vordergrund tretenden übrigen organisatorischen Verbindungen zwischen den beiderseitigen Industrien, die wieder zum großen Teil als der natürliche Ausdruck solcher Kapitalbeteiligung anzusehen sein werden, so handelt es sich hier naturgemäß um Vorgänge, die — zum überwiegenden Teil auf internen Abmachungen beruhend — wohl von seiten der maßgebenden Wirtschaftszweige grundsätzlich immer wieder betont, jedoch durch die streng vertrauliche Behandlung aller Einzelheiten in ihrem eigentlichen Umfang und tatsächlicher Auswirkung der Öffentlichkeit in weitem Maße entzogen und damit einer erschöpfenden Erfassung kaum zugänglich sind; auch unsere nach bestem Bemühen zusammengestellten Übersichten werden darum keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit erheben können. Zum anderen wiederum wird uns auch selbst das Zahlenmaterial der Handelsstatistik nur einen Teil der tatsächlichen Wirtschaftsbeziehungen aufdecken können, da durch das Organisationsmittel der Filialbetriebe etwa von seiten der deutschen Unternehmen sich diese in Österreich direkt einen Absatzmarkt geschaffen haben, während wieder umgekehrt auch im Reiche die österreichischen Unternehmen Zweigfabriken und eigene Verkaufsfilialen unterhalten, deren Absatzziffern in der Außenhandelsstatistik naturgemäß vielfach gar nicht in Erscheinung treten. Aus diesen Vorbemerkungen wird hervorgehen, daß die nachfolgenden, zwar allein sicherlich schon charakteristischen Ergebnisse, wie insbesondere die der Außenhandelsstatistik, durch eine solche bestehende unsichtbare Verflechtung der wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen kapitalmäßiger und organisatorischer Art in Wirklichkeit noch erheblich höher anzusetzen sein werden.

Was zunächst die uns zugängliche und daher naturgemäß nur unvollständige Übersicht über das in österreichischen Unternehmen investierte deutsche Kapital betrifft, so repräsentiert die deutsche Beteiligung an österreichischen Unternehmen insgesamt rund 300 Millionen Mark und verteilt sich auf die einzelnen Industriezweige wie folgt[72]):

Montan-Industrie	13	Unternehmen
Elektro-Industrie	9	„
Chemische Industrie	8	„
Bankinstitute	7	„
Papier- und papierverarbeitende Industrie	5	„
Sonstige Unternehmen	14	

Die Gesamtzahl der in deutschem Besitz befindlichen österreichischen Unternehmen bzw. derjenigen Unternehmen, an denen deutsches Kapital maßgebend beteiligt ist, beträgt nach dieser Zusammenstellung heute 56, von denen genau gerechnet bei 49 Unternehmen, soweit diesbezügliche Bindungen in der Öffentlichkeit bekannt sind, das deutsche Kapital mit 266 Millionen Mark beteiligt ist[73]).

Im einzelnen zeigt diese deutsch-österreichische Kapitalverflechtung folgendes Bild[74]):

Tabelle 1

Österreichische Gesellschaft	Kapital in Mill. S	Art der Beziehung	Deutsche Gesellschaft	Einfluß der deutschen Gesellschaft Sonstige Bemerkungen
Elektro-Industrie				
Österr. Siemens-Schuckert-Werke, Wien	26,25	Tochterges.	Siemens-Schuckertwerke A.G., Berlin	mehr als 50 %
AEG-Union Elektriz.-Gesellschaft, Wien	7,2	„	AEG, Berlin	Konzernbeteiligung
Siemens & Halske A.G., Wiener Werk	10	Werk	Siemens & Halske A.-G., Berlin	100 %
Österr. Gas-Glühlicht- u. Elektr.-Ges. (Auer-Ges.)	0,3	Tochterges.	Deutsche Gasglühlicht Ges. A.G., Berlin	maßgebend
Felten & Guilleaume Fabrik elektr. Kabel, Stahl- und Kupferwerke A. G., Wien	10,1	„	Felten & Guilleaume Carlswerk A.G., Köln-Mülheim	maßgebend
Österr. Telefonfabrik A.G. vorm. I. Berliner, Wien	2	„	Telefonfabrik Berliner A.G., Berlin	nicht veröffentlicht

[72]) Vgl. im folgenden auch Schlenker, Max, Organisatorische Gemeinschaftsarbeit der deutschen und österreichischen Wirtschaft, in „Ruhr und Rhein", Essen, v. 22. 11. 28.

[73]) Vgl. Schlenker, Max a. a. O.

[74]) Nach einer Zusammenstellung des Bankhauses Hagen & Co., Berlin.

Österreichische Gesellschaft	Kapital in Mill. S	Art der Beziehung	Deutsche Gesellschaft	Einfluß der deutschen Gesellschaft Sonstige Bemerkungen
Österr. Bergmann Elektrizitätswerke G. m. b. H., Wien	0,02	Tochterges.	Bergmann Elektrizitäts-Werke A.-G., Berlin	Abtretung an die Elektr. A.G., Fr. Krizik-Chaudoir, Prag
Accumulatorenfabrik A.G., Wiener Werk	—	Werk	Accumulatorenfabrik A.G., Berlin-Hagen	100 %
Ringsdorffwerke A.G., Wien	—	Zweigniederlassung	Ringsdorffwerke A.G., Mehlem	100 %
Österr. Brown Boveri-Werke A.G., Wien	4	Schwestergesellschaft	Brown, Boveri & Cie. A.G., Mannheim	Gemeinsame Mutterges. Baden, Schweiz
Montan-Industrie				
Alpine Montan	60	Beteiligung	Verein. Stahlwerke A.G., Düsseldorf	Mehrheit
Eisen u. Stahl A.G., (Handelsgesellschaft der Alpinen Montan)	0,2	,,	,,	,,
Gebr. Böhler & Co. A.G., Wien	8	,,	Gelsenkirchener Bergwerks-A.G	Mehrheit in Händen d. Ver. Böhler Stahlwerke A.G., Zürich
Mannesmannröhren u. Armaturen Handelsges. A.G., Wien	0,3	Tochterges.	Mannesmannröhrenwerke A.G., Düsseldorf	100 %
Rumpel A.G. für Wasserbau, Heizungs- u. Kanalisationsanlagen		Beteiligung	,,	55 %
Orenstein & Koppel Österr. A.G., Wien	K 2	Tochterges.	Orenstein & Koppel A.G., Berlin	
Österr. Bamag - Büttner-Werke A.G., Wien	0,3	,,	Bamag Méguin A.G., Berlin	30 %
Ver. Styria Fahrrad & Dürkopp Werke A.G., Wien	2	,,	Dürkopp-Werke A.G., Bielefeld	kein Aktienbesitz (Gesamtbesitz verkauft 1920 an Allgem. Verkehrsbank u. Finze & Co.)
Österr. Kronprinz Wemag A.G., Wien	2	,,	Kronprinz A.G. für Metallindustrie, Ohligs	50 %
L. A. Riedinger A.G., Wien	—	Generalvertretung	L. A. Riedinger GmbH., Augsburg, — Maschinenfabrik Augsburg-Nürnbg.	100 %
Österr. Maschinenbau-Anst. G. m. b. H. „Humboldt"	—	Tochterges.	Humboldt-Masch.-Fabrik A.G., Köln-Deutz	70 %
Singer Nähmaschinen A.G., Vertriebs-Agentur, Wien	0,424	Vertretung	Singer Nähmaschinen-Ges., Berlin	100 %
Werner & Pfleiderer A.G.	0,750	,,	Werner & Pfleiderer A.G.	maßgebend
Chemische Industrie				
Alpine Chemische A.G., Wien	1	Beteiligung	Oberkoks-Konzern, Berlin	,,
Österr. Chemische Werke G. m. b. H., Wien	1	,,	Deutsche Gold- und Silberscheide-Anst., Frankfurt a. Main	

Österreichische Gesellschaft	Kapital in Mill. S	Art der Beziehung	Deutsche Gesellschaft	Einfluß der deutschen Gesellschaft Sonstige Bemerkungen
Olex A.G. für Mineralprodukte	0,105	Beteiligung	Deutsche Erdöl A.G., Berlin	maßgebend
A.G. für Chemische Industrie in Wien	3,150	„	A.G. für Chem. Produkte vorm. Scheidemandel, Berlin	„
Holzverkohlungs-Industrie, Wien	K 7,5	Filiale	Holzverkohlungs-Industrie, Konstanz	100 %
Chem. Fabrik vorm. E. Schering	K 7,7	„	Chem. Fabrik vorm. E. Schering	vermutl. 100 %
Gustav Lohse A.G., Wien	—	„	Gustav Lohse A.G., Berlin	vermutl. 100 %
Erste Österr. Glanzstoff-Fabrik A.G., St. Pölten	9	Tochterges.	Verein. Glanzstoff-Fabriken, Elberfeld-Barmen	14,48 %
Papier-Industrie				
Leykam - Josephsthal für Papier- u. Druckindustrie	12	Beteiligung	Natronzellstoff- und Papierfabriken A.G., Berlin (Hartmann-Konzern)	Mehrheit
A.G. der Pittener Papierfabrik, Wien	2	„	Hartmann-Konzern	„
Patria Papier-Gesellschaft, Wien	0,2	Beteiligung	Hartmann-Konzern	Mehrheit
Natron-Papier-Industrie, Wien	0,3	„	„	„
Wilh. Hartmann & Co., Vereinigte Papier - Industrie A.G., Wien	0,161	„	„	„
Sonstige Unternehmungen und Handelsgesellschaften				
Österr. Rotophot G. m. b. H.	K 1	„	Rotophot A.G., Berlin	
Feistritztaler Bergbau- u. Industrie A.G.	—	„	Dyckerhoff & Widmann A.G., Biebrich	
Vereinigte Metallwerke A.G.	6	„	Mansfeld A.G., Eisleben	
Carl Metz & Söhne A.G., Wien	0,5	„	Carl Metz Söhne, Freiburg	100 %
Gebr. Stollwerck A.G., Wien	0,6	„	Gebr. Stollwerck A.G., Köln	80 %
Österr. Kreppindustrie, Wien	0,24	„	Gebhard & Co., Vohwinkel	33⅓ %
Viktoria Versicherungs A.G., Berlin	RM 3	Generalvertretung	Viktoria Vers. A.G., Berlin	keine gesonderte österr. Gesellschaft
Frankfurter Allg. Versicherungs A.G., Frankfurt/M.	RM 20	„	Frankfurter Allg. Vers. A.G.	„
Frankfurter Lebensversicherungs A.G.	RM 1,8	„	Frankfurt. Lebensversicherungs A.G.	„

Österreichische Gesellschaft	Kapital in Mill. S	Art der Beziehung	Deutsche Gesellschaft	Einfluß der deutschen Gesellschaft Sonstige Bemerkungen
J. A. John A.G., Wien	RM 2,3	Filiale	J. A. John A.G., Erfurt	keine gesonderte österr. Gesellschaft
Ludwig Hupfeld A.G., Wien	RM 6,44	„	Ludwig Hupfeld A.G., Leipzig	„
Carl Lindström A.G., Wien	RM 7	„	Carl Lindström A.G., Berlin	„
Vereinigte Pinselfabriken, Linz	RM 4,812	„	Vereinigte Pinselfabriken, Nürnberg	„
Montan-Union Ges. m. b. H.	0,02	„	Wolff Netter, Ludwigshafen	
Österr. Reederei A.G., Wien	0,1	Beteiligung	Hamburg-Amerika-Paketfahrt	
Bankinstitute				
Österr. Kredit-Anstalt für Handel u. Gewerbe	65	Arbeitsgemeinschaft	Deutsche Bank und Disconto-Gesellsch.	maßgeblich
Niederösterr. Escompte-Gesellschaft	37,5	„	Berliner Handelsgesellschaft	
Wiener Bankverein	55	„	Deutsche Bank und Disconto-Gesellsch.	
Merkur-Bank	12	„	Darmstädter und Nationalbank	vermutlich maßgebend
Kux, Bloch & Co.		„	Mendelsohn & Cie., Berlin	außerdem Beteiligung englischer und holländisch. Bankfirmen
Girozentrale der österr. Genossenschaften	5,5	Beteiligung	Preußische Zentralgenossenschaftskasse, Raiffeisengenossenschaft, Reichsverband deutscher landwirtsch. Genossenschaften, Deutsch. Genossenschaftsverband	60 %
Bankhaus Ephrussi & Co.		Kommandite	Deutsche Bank und Disconto-Gesellsch.	maßgeblich

Der Natur derartiger Kapitalverbindungen entsprechend dürften, wie betont, diese einer konkreten Erfassung zugänglichen Bindungen naturgemäß nur einen Teil der tatsächlich bestehenden Kapitalverflechtung darstellen; inwieweit über unsere Angaben hinaus noch weitere, durchaus anzunehmende Bindungen und Beteiligungen von deutscher Seite und ebenso — im Interesse einer Vergleichsmöglichkeit — von sonstiger ausländischer, insbesondere tschechoslowakischer Seite bestehen, entzog sich unseren diesbezüglichen Bemühungen.

Erwähnt seien hier wenigstens einige wichtige österr. Unternehmungen, die in neuerer Zeit durch das Ausland aufgekauft

wurden bzw. bei denen dieses durch finanzielle Beteiligung maßgebenden Einfluß gewonnen hat; es ist dies die Eingliederung der österr. Zündholzindustrie an den schwedisch-amerikanischen Trust, der Ankauf je einer Wollhutfabrik, einer Haarhutfabrik und einer Strohhutfabrik durch tschechische und jugoslawische Interessenten. Die Mineralölraffinerie in Floridsdorf wurde vom Shell-Konzern aufgekauft, Drösing von einer rumänischen Firma. Der Handel mit Erdölen und Benzin wurde 1926 von den großen ausländischen Unternehmen (Shell, Vakuum Oil) zum großen Teile selbst übernommen. Die Vertex A.G. wurde ferner noch durch die deutsche Osram-GmbH., die Watt durch Tungsram-Ujpest (Ungarn) aufgekauft und endlich die Aktienmehrheit der Neusiedl A.G. für Papierfabrikation, Österreichs größtem Papierproduzenten, aus dem Besitz der Allgemeinen Österreichischen Boden-Credit-Anstalt von Petschek & Co. (Prag) übernommen. (Vgl. hierzu auch unten S. 171 f, Anm. 181.)

Noch schwieriger liegen die Verhältnisse hinsichtlich einer Untersuchungsmöglichkeit der vorhandenen sonstigen organisatorischen Bindungen zwischen den deutschen und österreichischen Unternehmen. Denn die bekanntgewordenen speziellen Kartellvereinbarungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reiche sind verhältnismäßig noch wenig zahlreich; sie setzen sich zusammen aus den folgenden[75]):

1. In der Starkstromindustrie wurde ein Rayonnierungsabkommen[76]) getroffen, und zwar zwischen der AEG-Union, den Österreichischen Siemens-Schuckert-Werken und den Österreichischen Brown-Boveri-Werken einerseits und den reichsdeutschen Muttergesellschaften andererseits zum Ausschluß gegenseitiger Konkurrenz auf dem österreichischen Markte; auch bleibt die Ausfuhr nach den Nachfolgestaaten sowie dem Balkan ausschließlich den betreffenden österreichischen Werken vorbehalten[77]). Nach außen hin treten die Werke bei großen Bestellungen einheitlich auf.

2. Die chemische Großindustrie Österreichs traf 1927 ein Abkommen mit der I. G. Farbenindustrie in Deutschland;

---

[75]) Nach Mitteilungen der Wiener Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, sowie nach Bayer, a. a. O., S. 68.

[76]) Da die frühere Arbeitsteilung, nach der aus Gründen der Wirtschaftlichkeit die Erzeugung größerer Aggregate in den deutschen Hauptwerken ausgeführt wurde, nach dem Krieg nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte; die österreichischen Werke mußten, um sich den durch die Trennung geschaffenen Wirtschaftsverhältnissen anzupassen, auch zur Erzeugung großer Aggregate übergehen, deren Bedarf durch den Ausbau der Wasserkräfte und die Elektrifizierungen gegeben war. Vgl. „Zehn Jahre Nachfolgestaaten", a. a. O., S. 88.

[77]) Vgl. „Zehn Jahre Nachfolgestaaten", a. a. O., S. 88.

hierdurch wurde der österreichischen Produktion der Inlandsmarkt gesichert; der Auslandsabsatz wird kontingentiert.

3. Die österreichischen Gaskokswerke schlossen 1927 ein Kundenrayonnierungsabkommen mit den entsprechenden deutschen Werken.

4. Die Edelstahl-Vereinbarung zwischen Deutschland und Österreich.

5. Vereinbarungen der eisenverarbeitenden Industrie mit dem Eisenkartell in Deutschland und Österreich.

Soweit nun andere Industriezweige bzw. Einzelprodukte derselben international kartelliert sind, nimmt größtenteils auch die österreichische Erzeugung zusammen mit der reichsdeutschen hieran Anteil; für unseren Zusammenhang ist dies jedoch von geringerer Bedeutung und wir müssen diesbezüglich auf unten verweisen[78]). Wichtig jedoch erscheint uns ferner eine große Anzahl organisatorischer Bindungen in Form überhaupt nicht in die Öffentlichkeit tretender Interessengemeinschaften, Konventionen und sonstiger privater Abreden zwischen den einzelnen Branchen in Deutschland und Österreich, auf welche in einschlägigen Fachveröffentlichungen so häufig hingewiesen wird, ohne daß es möglich wäre, sie im einzelnen tatsächlich zu erfassen[79]); jedenfalls dürften sie sich in erster Linie auf diejenigen Unternehmen erstrecken, bei denen eine maßgebende deutsche Kapitalbeteiligung besteht. Nähere Angaben hierüber sind bei der geübten strengen Geheimhaltung derartiger Einzelheiten jedoch nur schwer zu erhalten[80]).

Den vergleichsweise besten Ausdruck jedoch der sich vollziehenden Neuorientierung der österreichischen Wirtschaft dürften wohl — besonders unter Berücksichtigung unserer Vorbemerkungen — die konkreten Zahlen des Außenhandels selbst bieten, die wir daher zum dritten noch einer kurzen Untersuchung unterziehen wollen.

Wenn wir hier zunächst die Entwicklung des Volumens des österreichischen Außenhandels im Vergleich zu dem der übrigen Nachfolgestaaten betrachten, erhalten wir folgendes Bild[81]):

---

[78]) Vgl. unten S. 63 ff.

[79]) Höper, a. a. O., S. 172 erwähnt hierzu die enge Zusammenarbeit des Hauptverbandes der Industrie Österreichs in Wien mit dem Reichsverband der deutschen Industrie. Vgl. hierüber auch unten S. 157 Anm. 158.

[80]) Über die bestehenden deutsch-österreichischen Konventionen der diesbezüglich einer eingehenden Untersuchung unterzogenen Papierindustrie vgl. unten S. 177.

[81]) Die Wertangabe aller Handelsstatistiken ist, um vergleichbare Ziffern zu gewinnen, dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich entnommen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1926 und 1929.

Tabelle 2

Es betrugen in den Jahren	1924	1925	1926	1927	1928
	Millionen RM				
In Österreich:					
die Ausfuhr	1164	1119	1010	1207	1285
die Einfuhr	2037	1668	1640	1827	1877
In der Tschechoslowakei:					
die Ausfuhr	2112	2341	2209	2508	2629
die Einfuhr	1916	2193	1900	2237	2378
In Ungarn:					
die Ausfuhr	489	596	639	588	599
die Einfuhr	598	630	700	843	867
In Jugoslawien:					
die Ausfuhr	515	678	580	473	475
die Einfuhr	444	626	565	539	583
In Rumänien:					
die Ausfuhr	584	589	739	963	712
die Einfuhr	550	611	663	853	833
In Polen:					
die Ausfuhr	1044	1033	1061	1182	1178
die Einfuhr	1220	1231	729	1359	1580

Setzt man nun die Zahlen des Jahres 1924 gleich 100, so ergeben sich folgende Reihen von Verhältniszahlen:

Tabelle 3

Jahr	1924	1925	1926	1827	1928
	in Prozenten des Jahres 1924				
Österreich:					
Ausfuhr	100	96	87	104	110
Einfuhr	100	82	81	90	92
Tschechoslowakei:					
Ausfuhr	100	106	105	119	124
Einfuhr	100	112	97	114	120
Ungarn:					
Ausfuhr	100	122	131	118	122
Einfuhr	100	105	118	124	142
Jugoslawien:					
Ausfuhr	100	124	112	90	92
Einfuhr	100	141	127	121	131
Rumänien:					
Ausfuhr	100	101	126	165	122
Einfuhr	100	111	129	155	150
Polen:					
Ausfuhr	100	99	102	113	113
Einfuhr	100	101	59	112	129

Aus diesen Ziffern geht hervor, daß der Außenhandel Österreichs bis zu dem Jahre 1926 eine rückläufige Bewegung eingehalten hat, während im Gegensatz hierzu die übrigen Nachfolgestaaten eine wesentliche Aufwärtsbewegung zeigen; die dieser deutlich wahrnehmbaren Belebung des Handelsverkehrs bei sämtlichen Nachfolgestaaten direkt entgegengesetzte Erscheinung bei Österreich kann vielleicht schon als Zeichen einer gewissen Lockerung des wirtschaftlichen Zusammenhanges Österreichs mit dem alten österreichischen Wirtschaftsraum gewertet werden.

Mit dem Jahre 1927 nun wird die rückläufige Bewegung des österreichischen Außenhandels durch ein rasches Ansteigen der Ausfuhr wie der Einfuhr abgelöst, welches Jahr damit einen deutlichen Wendepunkt für den österreichischen Außenhandel, insbesondere für die Ausfuhrseite bedeutet. Charakteristisch ist wieder, daß der österreichische Außenhandel sich gerade zu einem Zeitpunkte deutlich zu beleben beginnt, der für seine südöstlichen Nachbarn einen wesentlichen Rückschlag brachte; wie wir unten noch sehen werden, steht dieses Jahr unter dem Zeichen eines besonderen Anwachsens der österreichischen Ausfuhr nach Deutschland, dessen Konjunktur auch die österreichische Wirtschaft weitgehend berührt, welche damit wieder ihre neue Orientierung und Abhängigkeit erkennen läßt; eine ähnliche Entwicklungsrichtung zeigt hier noch der Außenhandel der Deutschland ebenfalls unmittelbar benachbarten Tschechoslowakei.

Betrachten wir nun jedoch von diesem charakteristischen Zeitpunkt an die Entwicklung des Exports einerseits der Nachfolgestaaten, zum anderen Österreichs, so finden wir gegenüber 1926 mit den Jahren 1927 und 1928 bei

Österreich ein Ansteigen um . . . . . 23 %,
demgegenüber
bei der Tschechoslowakei ein Steigen nur um 19 %,
bei Polen ein Steigen um . . . . . 11 %,
bei Rumänien ein Fallen um . . . . . 4 %,
bei Ungarn ein Fallen um . . . . . 9 %,
bei Jugoslawien ein Fallen um . . . . . 20 %,

was für die Nachfolgestaaten als Wirtschaftsgruppe insgesamt eine durchschnittliche rückläufige Bewegung der Ausfuhr von 3 % bedeutet, wobei die südöstlichen Sukzessionsstaaten eine ganz besonders stark fallende Exportkurve aufweisen; es zeigt hier schon die Bewegung der österreichischen Ausfuhr ihre beginnende Loslösung aus dem wirtschaftlichen Zusammenhang mit den übrigen Nachfolgestaaten.

Deutlicher noch als beim Export läßt sich die aus dem Zusammenhang mit den übrigen Nachfolgestaaten losgelöste Entwicklung des österreichischen Außenhandels und damit der beginnende Ausgliederungsprozeß Österreichs aus dem alten Wirtschaftsraum der Monarchie auf der Einfuhrseite erkennen, auf welcher im übrigen der oben für den österreichischen Export erst für 1927 festgestellte typische Wendepunkt der Entwicklungsrichtung weniger in Erscheinung tritt, so daß wir hier die gesamte Bewegungskurve vom Jahre 1924 an beobachten können.

Wir finden nun hier für diesen überblickbaren Zeitraum folgende Bewegung der Einfuhr der einzelnen Nachfolgestaaten:

Österreich	— 8 %
Tschechoslowakei	+ 20 %
Polen	+ 29 %
Rumänien	+ 50 %
Ungarn	+ 42 %
Jugoslawien	+ 31 %

Während also für Österreich ein deutliches Fallen der Importkurve zu beobachten ist, die im Depressionsjahr 1926 ihren tiefsten Punkt mit einem sogar 19 %igen Absinken erreichte, weisen alle übrigen Nachfolgestaaten eine stürmische Aufwärtsbewegung dieser Kurve auf; einer Verminderung der österreichischen Einfuhr für den gesamten Zeitraum 1924—1928 von 8 % steht somit eine durchschnittliche Steigerung der Einfuhr bei den Nationalstaaten von 34 % gegenüber.

Freilich läßt gerade die schon oben erkannte notwendige Beeinflussung der Ausfuhr der ebenfalls an Deutschland angrenzenden Tschechoslowakei und in gewissem Abstand auch Polens durch die Ausstrahlungen der deutschen Konjunktur, die dieses Land mit seinem Absatz auf dem eigenen Inlandsmarkt beschäftigten und somit seinen Wettbewerb auf den Auslandsmärkten weniger fühlbar machte, das Bild der deutschen Orientierung der österreichischen Wirtschaft noch nicht klar genug heraustreten; wir werden darum auch noch nun speziell die Frage zu untersuchen haben, welchen Anteil an dieser Entwicklung des österreichischen Außenhandels die einzelnen Herkunfts- und Bestimmungsländer haben und in welcher Weise sich deren Anteil in den letzten Jahren verschoben hat. Bei dem Überwiegen des Nachbarverkehrs im österreichischen Außenhandel genügt es, diese Untersuchung auf die unmittelbar angrenzenden Nachbarländer zu beschränken; den absoluten Ziffern sind wieder die betreffenden Verhältniszahlen, bezogen auf das Jahr 1924, beigefügt.

Tabelle 4

Jahr	1924	1925	1926	1927	1928
Österr. Ausfuhr nach:					
Deutschland (Mill. S)	275	312	220	409	413
(%)	100	113	80	149	150
Italien (Mill. S)	214	226	192	192	175
(%)	100	105	90	90	82
Schweiz (Mill. S)	131	93	108	114	138
(%)	100	71	82	87	105
Tschechoslowakei (Mill. S)	217	215	208	240	279
(%)	100	99	96	111	128
Ungarn (Mill. S)	174	162	172	203	191
(%)	100	93	99	117	109
Jugoslawien (Mill. S)	205	176	153	157	165
(%)	100	85	74	76	80
Rumänien (Mill. S)	131	116	110	127	131
(%)	100	89	84	97	100
Polen (Mill. S)	194	164	73	106	123
(%)	100	85	38	54	63
Österr. Einfuhr aus:					
Deutschland (Mill. S)	533	474	481	540	654
(%)	100	89	90	101	123
Italien (Mill. S)	250	177	103	140	109
(%)	100	71	47	56	44
Schweiz (Mill. S)	197	127	139	157	167
(%)	100	64	66	80	84
Tschechoslowakei (Mill. S)	780	566	554	565	593
(%)	100	73	71	73	77
Ungarn (Mill. S)	402	318	361	298	279
(%)	100	79	90	74	69
Jugoslawien (Mill. S)	151	134	166	176	131
(%)	100	89	110	117	86
Rumänien (Mill. S)	87	106	132	173	147
(%)	100	122	152	200	168
Polen (Mill. S)	259	249	252	267	301
(%)	100	96	97	103	117

Diese Zusammenstellung beleuchtet deutlich das fortschreitende Anwachsen des deutschen Anteils am österreichischen Außenhandel; während Deutschland für die österreichische Ausfuhr schon 1924 an erster Stelle lag, konnte es mit dem Jahre 1928 nun auch erstmals diesen Platz bei der österreichischen Einfuhr gegenüber der Tschechoslowakei besetzen. Insbesondere jedoch bei der für uns besonders wichtigen Ausfuhr Österreichs hat sich der deutsche Anteil gegenüber dem Jahre 1924 um genau 50 %, gegenüber dem Depressionsjahr 1926, nach welchem wir schon oben einen Wendepunkt für die österreichischen Handelsbeziehungen festzustellen hatten, sogar um volle 70 % vermehrt.

Zusammengefaßt zeigt nun die Entwicklung des österreichischen Außenhandels für den Zeitraum von 1924 bis 1928 folgende Verschiebung:

Tabelle 5

Bei der Ausfuhr:		Bei der Einfuhr:	
nach Deutschland	+ 50 %	aus Deutschland	+ 23 %
„ Italien	— 10 %	„ Italien	— 56 %
„ der Schweiz	+ 5 %	„ der Schweiz	— 16 %
„ der Tschechoslowakei	+ 28 %	„ der Tschechoslowakei	— 23 %
„ Ungarn	+ 9 %	„ Ungarn	— 31 %
„ Jugoslawien	— 20 %	„ Jugoslawien	— 14 %
„ Rumänien	0 %	„ Rumänien	+ 68 %
„ Polen	— 33 %	„ Polen	+ 17 %

Gegenüber einer Steigerung der Gesamtausfuhr Österreichs um insgesamt nur 13% finden wir also die bedeutsame Erscheinung, daß die österreichische Exportquote nach Deutschland innerhalb des betrachteten Zeitraums auf das Anderthalbfache steigen konnte; die Ausfuhrsteigerung nach der Tschechoslowakei bleibt hiergegen fast um die Hälfte zurück, während die übrigen Nachfolgestaaten an der Steigerung der österreichischen Gesamtausfuhr nur einen verschwindend kleinen (Ungarn) oder überhaupt keinen Anteil hatten (Rumänien) oder sogar außerordentlichen Rückgang aufweisen (Jugoslawien und Polen).

Gegenüber endlich einem Rückgang der Importseite des österreichischen Außenhandels um insgesamt 8% konnte das hier nun erstmalig ebenfalls an die erste Stelle aufgerückte Deutsche Reich seinen Anteil um annähernd ein volles Viertel vermehren, während die Quote der übrigen Länder mit Ausnahme von Polen einen gewaltigen Rückschlag aufweist. Einzig Rumänien übertrifft noch, wenigstens relativ betrachtet, das Anwachsen der deutschen Einfuhrquote; doch wird diese Tatsache für das Ergebnis unserer Untersuchung nicht wesentlich sein durch das absolute Größenverhältnis beider Einfuhranteile zueinander, wie deren gänzlich unterschiedliche Zusammensetzung[82]), so daß die betreffenden Ziffern kaum vergleichbar erscheinen.

Wollen wir aber endlich noch die Entwicklung des Anteils des Deutschen Reiches am gesamten österreichischen Außenhandel betrachten, so zeigt es sich, daß, während im Jahre 1924 die österreichische Ausfuhr nach Deutschland nur 13% der Gesamtausfuhr

[82]) Die rumänische Ausfuhr nach Österreich, deren relativ starkes Anwachsen besonders durch die zunehmende Konzentration des österreichischen Schlachtviehimports auf dieses Land zu erklären sein dürfte, erstreckt sich fast ausschließlich auf Schlachtvieh.

ausmachte, sie im Jahre 1928 bereits mehr als 18 % betrug; gleichzeitig ist auch die Beteiligung Deutschlands an der österreichischen Einfuhr von 15 % auf fast 20 % gestiegen.

Genau die umgekehrte Entwicklung nun zeigt der Handelsverkehr mit den Nachfolgestaaten (Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Polen). Es nahmen diese insgesamt im Jahre 1924 noch 46 % der gesamten österreichischen Ausfuhr auf; dieser Anteil hat sich nun unausgesetzt vermindert bis auf 39 % im Jahre 1928. Ebenso läßt sich ein Rückgang in der österreichischen Einfuhr aus diesen Ländern beobachten. An der österreichischen Gesamteinfuhr erscheinen die Nachfolgestaaten im Jahre 1924 noch mit fast 49 % beteiligt, 1928 nur mehr mit etwas mehr als 43 %, welche Erscheinungen immerhin den deutlichen Ansatz zu einer Umgruppierung der österreichischen Wirtschaftsbeziehungen belegen.

Freilich, und das möchten wir ausdrücklich betont wissen, dürfen wir in der angedeuteten Umgruppierung der österreichischen Wirtschaft nicht schon den beschrittenen Weg zur Lösung des österreichischen Wirtschaftsproblems selbst sehen wollen, wie uns schon die weiterhin andauernd ungünstige Lage der österreichischen Wirtschaft als solche deutlich beweist und gerade die betrachteten deutsch-österreichischen Handelsbeziehungen sind, worauf auch besonders Günther aufmerksam macht[83]), angesichts der langgestreckten gemeinsamen Grenze absolut betrachtet immerhin noch verhältnismäßig geringe. Die beobachtete Entwicklung sowohl der inneren Umstellung wie des Außenhandels soll uns vielmehr die Richtung aufdecken, in welcher nun auch für Österreich der als Lösung seines Wirtschaftsproblems geforderte wirtschaftliche Anschluß seine im eigentlichen Sinne des Wortes natürliche Lösung zu suchen haben wird, und die Tatsache, daß im Laufe von weniger als ein Jahrzehnt der Eigenwirtschaftlichkeit des neuen Österreichs von den oben betrachteten zwei „natürlichen" Lösungen der österreichischen Frage[84]) der Anschluß an Deutschland durch das freie Spiel der Kräfte nun zur natürlichen Lösung auch vom rein ökonomischen Gesichtspunkt aus geworden zu sein scheint.

Diese für unseren Zusammenhang grundlegende Erkenntnis führt uns nun wieder zurück zum Ausgangspunkt unserer Betrachtung und der dort vertretenen Behauptung, wonach wir es bei der Strukturwandlung der österreichischen Wirtschaft, die nach unserer Untersuchung sich in einem stetigen Zuge befindlich zu erweisen scheint, im ganzen mit zwei großen und in innerem Zusammenhang stehenden Erscheinungskomplexen zu tun haben. Das primäre Ereignis war die Zerschlagung des bisherigen

[83]) Vgl. Günther, a. a. O., S. 25.
[84]) Vgl. oben S. 29.

organischen Gefüges der Wirtschaft des Habsburgerreiches. Diese Zerschlagung jedoch, die das Entstehen eines gänzlich neuen Wirtschaftsgebietes und einer neu gearteten Wirtschaftsstruktur für Österreich bedeutete, sowie der Zeitgeist, dessen Folge letzten Endes die Zertrümmerung der alten Monarchie war, mußten wiederum aus einer ökonomischen Entwicklungsfolge heraus den Keim in sich tragen zu einer zweiten, entgegengesetzt verlaufenden Strukturwandlung eben dieser österreichischen Volkswirtschaft, zu einer Umgliederung wiederum in einen größeren Zusammenhang hinein, die wir oben auch als das österreichische Wirtschaftsproblem von morgen bezeichnet haben. Das kleine Teilstück einst eines großen Wirtschaftsganzen, dem so viele Propheten im Rahmen seines heutigen Bestandes den Untergang geweissagt hatten, das sich jedoch mit wirtschaftlich erstaunlichen Leistungen aus einem regellosen Durcheinander von Bruchteilen verschiedenster Wirtschaftszweige zu einer immerhin geschlossenen und wenn auch allzu langsam, so aber doch lebendig pulsierenden Volkswirtschaft zusammengeschweißt hatte, sehen wir in seiner Entwicklung nun ökonomisch unaufhaltsam sich zu einem Weg ins Freie drängen, an einen Platz inmitten eines großen Wirtschaftsgebietes, als Teil eines solchen es einst organisch gewachsen war und auf dessen Basis es allein sein eigentliches Wirtschaftsproblem lösen, d. h. seine wirtschaftlichen Gegebenheiten verwerten und damit seine eigentliche weltwirtschaftliche Funktion zu erfüllen in der Lage ist. Dieser Neubau aber, dessen klare Umrisse sich nun immer deutlicher aus dem Dunkel jahrelangen Tastens lösen, ist die großdeutsche Volkswirtschaft, deren äußere Form zunächst eine deutsch-österreichische Zollunion bilden mag.

Es wird für uns nun freilich nicht im einzelnen darzulegen sein, wie sich dieser Prozeß der Eingliederung Österreichs in die deutsche Wirtschaft zu vollziehen haben wird, ebensowenig wie die rein konstruktive Seite des Problems dieser Zollunion, also insbesondere die Frage des Aufbaues der eigentlichen Organe des gemeinschaftlichen handels- und zollpolitischen Willens, wie eines Zollparlamentes, einer Zoll- und Handelskonferenz oder ähnlicher Institutionen hier aus naheliegenden Gründen einer Erörterung unterzogen werden soll; das nicht zuletzt, da hier noch so manche Überlegungen einigermaßen problematischer Natur sein müssen, auf deren Untersuchung wir im Rahmen dieser Arbeit naturgemäß nicht eingehen können.

Einer grundsätzlichen Untersuchung ausschließlich der rein wirtschaftlichen Aussichten dieser deutsch-österreichischen Zollunion, und zwar vom Gesichtspunkt in erster Linie der österreichischen Wirtschaft aus betrachtet, der ja allein auch unsere bisherigen Überlegungen gewidmet waren, wird daher der letzte Abschnitt dieses Kapitels zu widmen sein. An Hand der von uns oben aufgestellten grundsätzlichen Forderungen zur Lö-

sung des österreichischen Wirtschaftsproblems werden wir auch hier die Erfüllungsmöglichkeit dieser Forderungen der österreichischen Wirtschaft für den Rahmen der Zollunion mit dem Deutschen Reiche zu prüfen haben; aus der Erörterung dieser Fragen wird sich des weiteren auch die notwendige Berührung benachbarter Probleme ergeben, insbesondere also der inhaltlich angrenzenden reichsdeutschen Interessen, die sich in diesem Zusammenhange bereits zu großdeutschen erweitern werden.

Wir sind oben bei der allgemeinen Erörterung der österreichischen Wirtschaftsfragen zu dem Ergebnis gelangt, daß Österreich einer wirtschaftlich engen Bindung an einen großen Volkswirtschaftskörper in erster Linie bedarf, um durch das Gewicht eines derartig erweiterten Binnenmarktes und einer sich hieraus ergebenden verstärkten handelspolitischen Geltung den Exportaussichten seiner Industrie nach dem Weltmarkt die sich als eigentlichen Kernpunkt des österreichischen Wirtschaftsproblems erweisende Steigerung zu ermöglichen. Welche Aussichten nun werden sich für diese Forderung der österreichischen Wirtschaft im Rahmen eines deutsch-österreichischen Zollvereins bieten können?

Wenn wir zur Beantwortung dieser Frage zunächst von der von uns gemachten Feststellung ausgehen, daß eine Zollunion die unierten Staaten völkerrechtlich zu einem einzigen Rechtssubjekt stempelt, zu einem neuen, von dem hier allein maßgebenden Gesichtspunkt der Handelspolitik aus einheitlich zu betrachtenden Handelskörper, so hat diese Tatsache auch für unseren speziellen Fall Gültigkeit, und es darf aus diesem Grunde als feststehend zu betrachten sein, daß der Wirtschaftskörper einer deutsch-österreichischen Zollunion jedem dritten Staate als einheitliches Gebiet in handelspolitischem Sinn gegenüberzutreten in der Lage sein wird.

Für die österreichischen Interessen wird dies mit anderen Worten bedeuten, daß auch der österreichischen Wirtschaft, als Teilwirtschaft nunmehr der großdeutschen Volkswirtschaft, innerhalb der Zollunion aus den Ergebnissen der Handelspolitik dieser letzteren die gleichen Vorteile und Zugeständnisse gesichert erscheinen, die das bedeutende Gewicht des großen Binnenmarktes des Deutschen Reiches, vermehrt noch um den allerdings quantitativ verhältnismäßig weniger ausschlaggebenden eigenen österreichischen Markt, im ganzen also der Markt eines Kulturvolkes von 75 Millionen, in seinen Handelsvertragsverhandlungen für sich erzwingen kann, auf den nicht nur innerhalb Europas kein dritter Staat als Absatzgebiet für seine eigene Produktion verzichten können und demgemäß auch seine eigene Zollpolitik einstellen müssen wird[85]).

---

[85]) Die praktischen Ergebnisse schon der Gegenwart werden uns in dieser allgemeinen Überlegung bestärken müssen; als deutliches Beispiel

Freilich werden wir für unseren Zusammenhang diese schon grundsätzliche Überlegung an sich noch nicht als entscheidend betrachten können; denn alle speziell hier in Frage stehenden Vorteile des großen Binnenmarktes werden wohl in jedem Falle nur dann auch der eigentlichen österreichischen Wirtschaft und deren Exportinteressen in vollem Maße zugute kommen können, sobald auch die Richtung der gesamten Handelspolitik dieses neu entstandenen Wirtschaftskörpers tatsächlich mit dem Inhalt der Wirtschaftsinteressen der österreichischen Teilwirtschaft parallel läuft oder sich den letzteren zumindest annähert. Denn wir hatten schon oben darauf hinzuweisen, daß der Verzicht auf seine handelspolitische Souveränität zugunsten eines übergeordneten, größeren Wirtschaftskörpers für Österreich als Kleinstaat bei der Vereinigung mit einer wirtschaftlichen Großmacht tatsächlich doch stets eine Einbeziehung in ein bestehendes handels- und zollpolitisches System bedeuten wird, die Unterordnung unter eine fremde Führung, da ja Entscheidungen zoll- und handelspolitischer Natur eben durch die vertretene Interessenmehrheit bestimmt zu werden pflegen und somit den österreichischen Interessenvertretern an sich schwerlich eine ausschlaggebende und entscheidende Beeinflussung der gesamten Wirtschaftspolitik ermöglicht sein dürfte[86]).

Aus diesem Grunde werden wir es als ein besonders wichtiges Moment für die Möglichkeiten eines tatsächlichen Eintretens der angedeuteten Vorteile des vergrößerten Wirtschaftsgebietes für den industriellen Export Österreichs anzusehen haben, daß das Deutsche Reich als Industriestaat eine der österreichischen ähnliche Wirtschaftsstruktur hat, insbesondere aber eine nahezu gleichartige Gliederung seines Außenhandels aufweist, was uns

---

kann uns etwa das neue Handelsabkommen Österreichs mit Frankreich dienen, bei dem sich die österreichischen Zugeständnisse in durchaus bescheidenen Grenzen halten konnten, während andererseits Österreich seine Bewegungsfreiheit wesentlich erweitern konnte. Nicht einer Wandlung in der französischen Handelspolitik wird diese Erscheinung zugeschrieben werden können, sondern allein der Tatsache, daß es eine Bresche war, die zuvor ein mächtigerer Staat geschlagen hatte, die auch für Österreich den Eintritt ermöglichte; zum ersten Male konnte Österreich empfinden, welche Erleichterung es für seine Wirtschaft bedeutet, dem Kielwasser Deutschlands folgen zu können.

[86]) Calmes vertritt hierzu die grundsätzliche Ansicht, daß eine Zollunion zwischen einem großen und einem kleinen Staat stets die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit des letzteren vom ersteren zur Folge haben müsse (a. a. O., S. 17). Auch anderwärts betont er darum besonders das Vertrauensverhältnis, in welchem sich der Kleinstaat dem mächtigeren Vertragsgegner gegenüber befinde, indem ersterer von der Voraussetzung ausgehen müsse, daß seine wirtschaftlichen Interessen mit den Interessen des Großstaates im allgemeinen parallel laufen und er damit darauf bauen kann, daß seine Interessen von dem letzteren wie die eigenen wahrgenommen würden. Vgl. hierzu auch das oben S. 23 f. in Anm. 49 Gesagte.

für die bestehende tatsächliche grundsätzliche Gleichrichtung der beiderseitigen handelspolitischen Interessen ausschlaggebend erscheinen will. Wenn wir nämlich von dem gesamten Außenhandel beider Staaten den eigentlichen Warenverkehr hinsichtlich seiner Gliederung einer Untersuchung unterziehen, so beträgt nach den letzten Ergebnissen der Außenhandelsstatistik (1928) für Deutschland und Österreich der Anteil am gesamten Warenverkehr:

Tabelle 6

Warengruppen[87])	Ausfuhr		Einfuhr	
	Deutschland	Österreich	Deutschland	Österreich
Nahrungsmittel[88])	5,4 %	3,4 %	30,9 %	31,5 %
Rohstoffe und halbfertige Waren	22,4 %	22,7 %	51,6 %	28,9 %
Fertige Waren	72,2 %	73,9 %	17,5 %	39,6 %
	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

Diese Gegenüberstellung erweist deutlich die fast übereinstimmende Gliederung der Ausfuhr beider Staaten, welche den durchaus gleichartigen Typus derselben als Industriestaaten deutlich zum Ausdruck bringt; während der Anteil der Nahrungsmittel nur etwa rund den zwanzigsten Teil des gesamten Warenexports beträgt, setzt sich letzterer in beiden Fällen zu annähernd zwei Drittel aus fertigen Waren, zu annähernd einem Drittel aus halbfertigen Waren und Rohstoffen zusammen, so daß wir für beide Länder ein gleich bedeutendes industrielles Exportinteresse feststellen können, das wir als Basis einer immerhin grundsätzlich parallel verlaufenden handelspolitischen Orientierung betrachten können. Die für letztere vielleicht nicht in demselben Maße bedeutsame Einfuhrseite des Warenverkehrs beider Staaten weist ebenfalls eine ähnliche Übereinstimmung hinsichtlich des Bedarfes an Nahrungsmitteln auf, der sich in beiden Fällen auf etwa ein Drittel des gesamten Warenimports beläuft; ein größerer Unterschied der beiderseitigen Außenhandelsstruktur läßt sich nur bei der Rohstoff- sowie Fertigwareneinfuhr feststellen, die für Deutschland nicht ganz das Doppelte bzw. etwas weniger als die Hälfte des betreffenden österreichischen Prozentsatzes beträgt, welche Erscheinung allein jedoch sicherlich nicht als Sympton entgegengesetzter handelspolitischer Interessen gewertet werden kann. Denn einerseits werden wir den vergleichsmäßig niederen Importanteil Österreichs

[87]) Ohne den Außenhandel an Edelmetallen.

[88]) Unter Zusammenfassung der Gruppen I (lebende Tiere) und II (Nahrungsmittel und Getränke) des internationalen Warenverzeichnisses.

an Roh- und Halbstoffen neben dem vorhandenen gewissen natürlichen Reichtum z. B. an Holz, Eisenerzen usw. doch zum wesentlichen Teil als eine Folge des eigenen künstlich zurückgeschraubten industriellen Bedarfs anzusehen haben, welcher Anteil mit der Möglichkeit stärkerer Kapitalsausnutzung in gewissen Industriezweigen zwangsläufig wohl eine den deutschen Verhältnissen ähnliche Steigerung erfahren dürfte. Andererseits muß uns für den bedenklich hohen Anteil der Fertigprodukte an der Gesamteinfuhr Österreichs als Ergänzung sowohl der heimischen Produktion hinsichtlich gewisser Spezialerzeugnisse, in besonderem Maße jedoch als empfindliche Konkurrenz der eigenen Industrie, gerade in der Zusammenarbeit in Deutschland, vor allem durch die Möglichkeit aktiverer Zollpolitik, eine gewisse Senkung wenigstens hinsichtlich der Konkurrenzeinfuhr unter Annäherung an die günstigere reichsdeutsche Verhältnisziffer durchaus erreichbar erscheinen lassen.

Wenn wir somit immerhin eine grundsätzliche Parallelität der handelspolitischen Interessen zwischen Österreich und dem Deutschen Reiche feststellen konnten und durch diese von einer Zollunion auch eine den österreichischen Wirtschaftsinteressen entsprechende gemeinsame Handels- und Zollpolitik sicherlich erwartet werden kann, so ist freilich auch nicht ausgeschlossen, daß vielleicht einzelne österreichische Wirtschaftszweige, die in diesem Zusammenhange allerdings keiner speziellen Untersuchung unterzogen werden können, durch die neuen Verhältnisse unter Umständen erheblich betroffen werden. Aber auch hier wird das größere Ziel und die Blickrichtung auf das Ganze einzelwirtschaftliche Bedenken vor im Einzelfall möglichen Beeinträchtigungen zurücktreten lassen müssen unter Würdigung der Erkenntnis, daß eine Vergrößerung des Wirtschaftsgebietes letzten Endes eben doch nur zum Segen der Wirtschaft im ganzen und damit zum Nutzen des einzelnen ausschlagen muß.

Der besonderen Bedeutung gegenüber, die wir im Gegensatz vielleicht zu anderen Autoren für die gesamte österreichische Wirtschaft im Rahmen der deutsch-österreichischen Zollunion eben in der Möglichkeit einer Ausgestaltung und Erweiterung des österreichischen Exports auf den Weltmarkt zu erkennen glauben, wird naturgemäß nun zum zweiten die Bedeutung des deutschen Absatzmarktes selbst für die österreichische Produktion relativ wohl mehr in den Hintergrund zu treten haben. Denn es scheint naheliegend, daß mit der wirtschaftlichen Bindung an einen anderen und insbesondere eben an einen größeren Volkswirtschaftskörper dieser letztere naturgemäß den österreichischen Erzeugnissen grundsätzlich nur für diejenigen Wirtschaftszweige einen erweiterten „natürlichen" Absatzmarkt bieten wird, für die dieser neue Binnenmarkt auch eine natürliche Aufnahmewilligkeit zeigt, d. h. wo die österreichischen Waren im wesentlichen bestehende Produktionslücken ausfüllen und hierbei der Konkurrenz

des Zollauslandes insbesondere durch ihre zolltarifliche Vorzugsstellung erfolgreich gegenübertreten können[89]).

Bei einer deutsch-österreichischen Zollunion erscheinen nun aus der immerhin festgestellten Ähnlichkeit des Wirtschaftscharakters beider Länder die natürlichen Voraussetzungen einer grundsätzlichen wirtschaftlichen Ergänzung nur bei relativ wenigen Erzeugnissen gegeben, in diesen wenigen Fällen jedoch für beide Teile von wesentlicher Bedeutung; insbesondere ist hier die zusätzliche Versorgung Deutschlands mit österreichischen Eisen- und anderen Erzen sowie mit Schnittholz zu erwähnen, während Österreich z. B. namhaften Bedarf an deutscher Steinkohle und an Koks besitzt[90]). Daneben werden wir auf österreichischer Seite noch gewisse, besonders gelagerte Produktionszweige hervorzuheben haben, die einmal durch den obenerwähnten natürlichen Zollvorsprung gegenüber bisher eingeführten ausländischen Erzeugnissen, bei gewissen Gütern durch stark ins Gewicht fallende Frachtvorteile, oder endlich durch ihre besonders geschätzte und begehrte Eigenart einen natürlichen Bedarf des reichsdeutschen Marktes zu decken in der Lage sind und denen damit alle Vorteile eines großen und für die österreichischen Verhältnisse praktisch unbegrenzt aufnahmefähigen Marktes gesichert erscheinen.

Es dürften dies, wie aus einschlägigen Untersuchungen hervorgeht[91]), neben gewissen Zweigen der Landwirtschaft und Viehzucht wohl in besonderem Maße die österreichische Holzindustrie, insbesondere die Sägeindustrie, sein, die heute die Eröffnung des deutschen Marktes als letzte und geradezu unentbehrliche Stütze bezeichnet. Ferner sind zu erwähnen eine Reihe gewisser Spezialindustrien, wie etwa die Edelstahl- und Feindrahterzeugung, insbesondere wohl aber die ganze große Gruppe der österreichischen Geschmacks- und Luxusindustrie, die hauptsächlich im Kulturzentrum Wien in jahrhundertealter Entwicklung für den Bedarf einer erlesenen und zahlungskräftigen Käuferschicht, die sich aus der glänzenden Hofhaltung, einer zahlreichen Aristokratie und einem reichen Bürgertum zusammensetzte, entstanden; durch den Zusammenbruch mit Ausnahme einer kurzen Scheinblüte zur Zeit der Inflation in ihrem Absatz stark eingeengt, könnten sie nur durch die Stütze des kaufkräftigen deutschen Marktes zu neuer Entwicklung

---

[89]) Diesen Verdrängungsquotienten, d. h. den Bruchteil des zu verdrängenden Absatzes dritter Länder in Deutschland, nimmt Gebert für Österreich immerhin mit etwa 5—6 % der heutigen gesamten österreichischen Ausfuhr an. A. a. O., S. 40.

[90]) Vgl. hierüber auch unten S. 157 f.

[91]) Vgl. hierzu vorwiegend Gebert, a. a. O., S. 66 ff., v. Scala, Otto Erwin, Die wirtschaftlichen Vorteile des Anschlusses, Wien und Leipzig 1929. S. 21 f., „Zum wirtschaftlichen Anschluß", Denkschrift der Österr.-Deutschen Arbeitsgemeinschaft, Wien 1926, S. 15 u. a. m.

gebracht werden. Und es ist hier nicht allein an die reine Luxusindustrie zu denken, sondern an alle Gewerbezweige, bei denen Form, Farbe und Geschmack den eigentlichen Ausschlag geben. wie beispielsweise viele Zweige der speziell in Deutschland so besonders geschätzten österreichischen Textilindustrie, das Modegewerbe, die Wiener Lederwarenerzeugung, die Schuhindustrie, die Erzeugung von Bronzen und Metallwaren, die Vorarlberger Stickerei, die Möbelindustrie, die Kunstkeramik, die Knopfindustrie u. a. m.

Andererseits wird freilich wohl ebenso in Betracht zu ziehen sein, daß gerade in einer Zollunion mit Deutschland auch die vielfach unter günstigeren Produktionsbedingungen arbeitende und zumeist ganz andere wirtschaftliche Kräfte verkörpernde Industrie des Deutschen Reiches für die österreichische Produktion notwendigerweise einen nicht zu unterschätzenden Gefahrenfaktor auf dem eigenen Markt darstellen muß[92]). Der eigentliche Sinn wirtschaftlichen Anschlusses kann nun aber nicht darin bestehen, daß die Produktion des einen Teiles der des anderen Teiles das Feld streitig macht; der volkswirtschaftliche Sinn jeder zollpolitischen Annäherung besteht vielmehr einmal in dem einheitlichen, mithin auch stärkeren Auftreten dem Ausland gegenüber, um handelspolitische Zwecke zu erreichen, also insbesondere um günstige Handelsverträge zum Zwecke der Exportsteigerung zu erwirken und mit zu diesem Endziel zum zweiten auch in einem inneren wirtschaftlichen Ausgleich und einer gewissen zwischenstaatlichen Arbeitsteilung behufs unmittelbarer Hebung der Wirtschaft in den zollvereinigten Gebieten, in der Ergänzung derselben zu einer höheren wirtschaftlichen Einheit und der Verbilligung der Produktion in einzelnen Zweigen[93]). Die Befürchtung des unmittelbaren Einsetzens einer wuchtigen Konkurrenz, speziell eben dem wirtschaftlich schwächeren Österreich gegenüber, bringt den Gedanken nahe, die in Betracht kommenden und naturgemäß fürs erste mit ihrem ganzen Gewicht auftretenden Momente der Ungleichheit der beiderseitigen Produktionsbedingungen, insbesondere der Industrie, einer zunächst künstlichen Ausgleichung

---

[92]) Analog dem oben angeführten Verdrängungsquotienten der österr. Ausfuhr nach Deutschland schätzt wiederum Gebert den natürlichen Verdrängungsquotienten (also ebenfalls nur als Ablösung bisher nichtdeutscher Einfuhr betrachtet) nach Österreich mit 1½ % bis 2 % der gesamten deutschen Ausfuhr.

[93]) Mit Recht betont hierzu v. Scala, daß eine solche Arbeitsteilung zweier überwiegender Industriestaaten u. U. sogar wertvoller sein kann, als die eigentliche Ergänzung eines Industrie- und eines Agrarstaates, da die letztere Kombination durch die fortschreitende Industrialisierung auch der Agrarstaaten schwere Krisen hervorrufen kann. Vgl. Die wirtschaftlichen Vorteile des Anschlusses . . ., a. a. O., S. 23 f.

zuzuführen, bis sich die natürliche Ausgleichung vollzogen haben wird.

Zu den Mitteln nun einer solchen künstlichen Ausgleichung wird in erster Linie die Frage einer Zwischenzoll-Linie zwischen den unierten Wirtschaften sowie der Gedanke zwischenstaatlicher Gebietskartellierung und -syndizierung innerhalb der einzelnen Industriegruppen besondere Beachtung verdienen, welche Probleme wir in unserem Zusammenhang freilich nur streifen können[94]).

Nach v. Zwiedineck werden Zwischenzölle im wesentlichen einem doppelten Zweck dienen, nämlich einmal um die Verschiedenheit in der indirekten Besteuerung und zum zweiten um die Verschiedenheit der Produktionskosten auszugleichen, als welche er die Spannung in der direkten Besteuerung, den sozialen Lasten und endlich die Verschiedenheit in den Löhnen, im Kreditpreis und in den Eisenbahnfrachtsätzen anführt[95]). Doch hält auch v. Zwiedineck — wenn wir die in unserem Zusammenhang weniger wichtige Frage der indirekten Besteuerung ausscheiden — diese Produktionskosten-Differenzen nicht für würdig, Gegenstand der Ausgleichung durch Zwischenzölle zu werden, da solche Spannungen in den Produktionskosten einzelner Industriezweige, die sich meistens eben in den Unternehmergewinnen ausdrücken und die teurer produzierenden Unternehmungen regelmäßig nur in Zeiten schlechter Marktlage bedrohen, diese Unternehmungen wohl gefährden können, sicherlich jedoch nicht müssen[96]).

Einen Ersatz nun der Zwischenzölle innerhalb der Zollunion können die verschiedenen möglichen Formen der Kartellierung, Syndizierung und Rayonnierung der einzelnen gleichartigen Wirtschaftszweige bieten, welche bei vielen derselben von volkswirtschaftlichem Standpunkt u. U. sogar noch

---

[94]) v. Battaglia (a. a. O., S. 141) führt als weiteres Mittel künstlicher Angleichung besondere autonome Maßregeln der Industrieförderung an, welcher Gedanke wohl im allgemeinen zutreffend, jedoch in unserem Falle, wo es, wie betont, zu vermeiden sein wird, etwa neue Konkurrenzen zu züchten, kaum aktuell sein dürfte. Eine maßvolle Industrieförderung, insbesondere eben auf österreichischer Seite, dürfte sich wohl nur in Form einer mehr oder weniger ausgebildeten Vorzugsbehandlung bei öffentlichen Lieferungen zugunsten der „inländischen" und lokalen Produzenten ermöglichen lassen.

[95]) Vgl. v. Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., S. 398.

[96]) Vgl. ders., a. a. O., S. 399. Zudem werden mit der sich stetig zu vollziehen scheinenden allmählichen Annäherung der deutschen und österreichischen Wirtschaft im Zuge der deutsch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen gewisse Sparten innerhalb der unterschiedlichen Produktionskosten usw. schon heute fortlaufend in ihrer gegenseitigen Spannung vermindert werden; wir denken hierbei (neben der erfolgten so außerordentlich bedeutsamen Angleichung in gewissen Fragen des Straf- und Privatrechts) an die fortschreitende Angleichung

rationeller erscheinen mögen; als Ausgleichungsmittel im Sinne des Schutzes der schwächeren (österreichischen) Gruppe gegen die stärkere dürften sie, wie v. Battaglia betont[97]), wohl noch wirksamer sein als Zwischenzölle. Sie dürften ebenso die anzustrebende allgemeine Ausgleichung der Produktionskosten beider Länder rascher und vor allem auch organischer fördern, als dies von einer eben notgedrungen nur ganz automatisch abzubauenden Zwischenzoll-Linie[98]) erwartet werden kann. Insbesondere jedoch wird im Gegensatz zu den hier wohl versagenden Zwischenzöllen durch die angedeutete Form einer Rayonnierung das Eindringen einer möglichen Schleuderkonkurrenz insbesondere von deutscher Seite zu Dumpingpreisen zuverlässig verhindert werden können.

Ein nicht gering zu schätzender Vorteil ferner solcher privater Auseinandersetzungen gegenüber einem starren System staatlicher Zwischenzölle scheint uns schon darin zu liegen, daß bei der einzelnen Aufstellung von Zwischenzöllen die nicht unbedenkliche Gefahr einer Überschätzung tatsächlicher Ungleicheiten in weitem Maße gegeben wäre[99]) und damit die wirtschaftliche Angleichung beider Gebiete einer künstlichen Verzögerung unterliegen würde. Und gerade derartige private Auseinandersetzungen zwischen den Beteiligten dürften dem Schwachen und Kleinen den sichersten Schutz und eine gleichmäßige Entwicklung gewähren, die durch die erwähnte naturgemäß nur schematische Behandlung der Zwischenzölle nie in diesem Maße gesichert ist, während sich im Rahmen der gemeinsamen zwischenstaatlichen Verbände die Unterschiedlichkeit der Produktionskosten durch Absatzrayonnierung und u. U. Rayonspreisbestimmungen ausgleichen ließe, wobei auch der Gedanke an eine Kontingentierung wechselseitiger Einfuhrmengen für besondere Produzentengruppen zu erwägen wäre.

Private Industrievereinbarungen sind endlich ganz anders wie

---

der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze und Einrichtungen, sowie auch technischer Ausgestaltung der Unternehmungen. Vgl. hierzu etwa das neue Gegenseitigkeitsübereinkommen zwischen Deutschland und Österreich über die Sozialversicherung.

Als ausgesprochenen Verfechter des Zwischenzollgedankens vgl. jedoch auch v. Scala, Der deutsch-österreichische Zollverein, zu dessen Ausführungen jedoch zu bemerken ist, daß das wichtigste vielleicht seinerzeit für eine Zwischenzoll-Linie sprechende Argument, nämlich die beiderseits bestehende Verpfändung der Zolleinnahmen an die Gläubigerstaaten, in Österreich auf Grund des Genfer Vertrages, in Deutschland auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens, heute nicht mehr ins Treffen geführt werden kann.

97) Vgl. v. Battaglia, a. a. O., S. 141.

98) Vgl. hierüber auch Gebert, a. a. O., S. 48 ff.

99) Vgl. hierzu etwa das Bild der Salzburger Zollunionsverhandlungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vom Jahre 1917, wo von beiden Seiten Zollsätze für den Zwischenverkehr beansprucht wurden für Artikel, bei denen offensichtlich eine ernste Konkurrenzgefahr von seiten des anderen Teiles nicht bestanden hat.

Zwischenzölle imstande, die letzten Endes angestrebte Rationalisierung der Produktion im Sinne einer gesunden Arbeitsteilung herbeizuführen, wie sie beispielsweise in einer schmerzlosen Stilllegung unrentabler Betriebe, im Zusammenhang damit in einer Zusammenlegung kleinerer und schwächerer Betriebe, Verlegung von Standorten, Erzielung von Frachtersparnissen, Spezialisierung, Einführung gemeinsamer Standardtypen und Vereinheitlichung des Konsums usw. bestehen kann.

Gerade nun für den Gedanken der Angleichung der deutschen und der österreichischen Wirtschaft im Rahmen des Zollvereins auf dem Wege privatwirtschaftlicher Abmachungen wird die Tatsache von besonderer Wichtigkeit sein, daß schon heute die Wirtschaft auf beiden Seiten hier weitgehende und erfolgreiche Arbeit leistet, die zukünftigen weiteren Bindungen und Vereinbarungen als wichtige Grundlage dienen kann; sie äußert sich heute, wie wir schon oben ausführten[100]), einerseits in privatwirtschaftlichen Abmachungen von Industrie zu Industrie, zum Teil mit kartellähnlichem Charakter, zum größeren Teil jedoch in dem durch die enge Kapitalverflechtung der deutschen und österreichischen Industrie herbeigeführten deutschen Einfluß auf die letztere. Das gilt insbesondere von der österreichischen Elektroindustrie[101]), die, soweit die Großbetriebe in Frage kommen, als identisch mit der deutschen elektrotechnischen Industrie bezeichnet werden kann. Das gleiche gilt, wenn auch nicht in so starkem Maße, von der österreichischen Montanindustrie, ferner liegen starke Verknüpfungen in der eisenverarbeitenden, insbesondere der Maschinenindustrie, dann der chemischen, der Papier- und einzelnen Textilindustrien vor. Diese Kapitalverflechtungen haben, wie wir schon oben betonten, wohl einen größeren Umfang, als er in der offiziellen Darstellung erfaßt werden kann, da es sich vielfach um interne Verträge und Beteiligungen handelt[102]).

Für eine Erweiterung der deutschen Kapitalbeteiligung soll nun gerade eine ganze Reihe anderer österreichischer Wirtschaftszweige besonders geeignet sein[103]); wenn wir uns hierbei auf die uns ja für unseren Zusammenhang allein interessierenden Industriezweige beschränken, so werden hierfür neben dem

---

[100]) Vgl. oben S. 40 ff.

[101]) Gebert (a. a. O., S. 83) führt hierzu an, daß alle bedeutenden Firmen dieser Branche Tochtergesellschaften deutscher Unternehmungen sind; im Anschlußfalle könnte ohne Schwierigkeiten eine ökonomische Teilung der Fabrikationsprogramme stattfinden.

[102]) Vgl. hierzu die sehr beachtenswerten Ausführungen des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes des Bayerischen Industriellenverbandes, Dr. Kuhlo, in seiner Rede in der Deutschen Handelskammer in Wien am 29. September 1929 („Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich", Bayerische Industrie, 1929, Nr. 51).

[103]) Vgl. Schlenker, a. a. O.

Kraftanlagenbau und außer den schon eben erwähnten Industrien besonders die folgenden bezeichnet:

die Holzindustrie,
„ Brauindustrie,
„ Mineralölindustrie,
„ Lederindustrie,
„ Textilindustrie (insbes. die Teppicherzeugung),
„ Seidenindustrie,
und endlich „ Zuckerindustrie.

Über den eigentlichen Vorgang der angedeuteten privatwirtschaftlichen Abmachungen meint Bayer[104]), daß Deutschland sofort trachten würde, die leistungsfähigen Werke Österreichs, die der deutschen Produktion gefährliche Konkurrenten sind, mit allen Mitteln in Kartelle hineinzuziehen, soweit sie nicht ebenfalls zu internen österreichischen Kartellen organisiert sind[105]), die hierbei den deutschen gegenüber als Kontrahenten aufzutreten hätten; andererseits würden die schwächeren Werke der österreichischen Industrie mit aller Macht versuchen, in die Kartelle mit aufgenommen zu werden, zu welchen wohl fast jede bedeutende deutsche Industrie — zumindest soweit der Inlandsmarkt in Frage kommt — organisiert ist.

Als weitere Grundlage zu solchen Bindungen dürften neben den bereits oben angeführten schon heute vorhandenen rein deutsch-österreichischen Kartellen auch die verschiedenen kartellmäßigen Vereinbarungen Österreichs mit dem Deutschen Reiche auf internationaler Basis zu betrachten sein, bei denen es sich im wesentlichen um folgende Organisationen handelt:

Aluminiumkartell. England, Frankreich, Deutschland, Österreich, Schweiz (August 1926, Absatzkartell).

Emailwarenkartell. Deutschland, Polen, Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn (1926, Kontingent- und Preiskartell).

Leinenkartell. 16 Staaten, darunter Deutschland und Österreich. Preiskartell.

Glühlampenkartell. Lieferungsvereinbarung zwischen Deutschland und Österreich unter Anschluß an das internationale Kartell.

Boraxkartell. Deutschland, Österreich, England, Amerika, Frankreich.

Magnesitkartell. Österreich, Deutschland, Tschechoslowakei. (Februar 1929.)

Zementkartell. Deutschland, Österreich, Polen. (1927.)

---

104) A. a. O., S. 68.

105) Über die bestehenden österr. Kartellvereinbarungen im Inland vgl. Bayer, a. a. O., S. 71 ff.

Kartell für den Verkauf chemischer Produkte. Deutschland, Österreich, Frankreich, Schweiz, England (1927, Absatzkartell).

Erd- und Metallfarben-Industrie-Kartell.

Bleiweißkonvention. Deutschland, Österreich, England, Holland, Italien. (1927, Quoten- und Preiskartell.)

Zündholzkartell. Schweden, Amerika, Österreich, Deutschland, Polen, Frankreich, Ungarn (1925).

Glanzstoffkartell. Deutschland, Österreich, England, Italien (1927).

Seidenkartell.

Jutekartell.

Filzhut-Industrie-Kartell. Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Italien, Schweiz (Absatz- und Konditionskartell).

Drahtkartell. Belgien, Deutschland, Österreich, Holland, Tschechoslowakei.

Verkaufsstelle der Vereinigten Metallwerke in Wien. Österreich, Deutschland, England (Juli 1927).

Rohstahlgemeinschaft. Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Belgien, Saargebiet, Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn (1927).

Schienenkartell.

Fein- und Schwarzblechproduktion. Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei.

Röhrenkartell. (In Österreich vertreten durch die Österreichische Röhrenhandelsgesellschaft m. b. H.)

Flaschenkartell.

Flaschenglaskartell. Deutschland, Österreich, Frankreich, die skandinavischen Länder, Tschechoslowakei, Ungarn, Holland.

Druckpapierkartell.

Auf dem Gebiete der Eisenverarbeitung würde sich bei vielen Spezialzweigen eine Kartellbildung unter österreichischer Beteiligung ermöglichen lassen, wie bei der Schrauben- und Nietenindustrie, der Herstellung von Fittings, von Stahlröhren, Eisenkonstruktionen, Dampfkesseln, Apparaten und Armaturen sowie Waggons; es handelt sich hierbei in Deutschland wie in Österreich um ausgesprochene Exportzweige, so daß für eine Organisationsverflechtung die Grundlage des Exportkartells naheliegen wird unter Aufteilung der Absatzgebiete nach den günstigsten Standortverhältnissen.

Ferner sind endlich Verhandlungen über die Bildung eines Verbandes der Papierfabriken auf internationaler Grundlage

im Gange, an denen sowohl die deutschen wie die österreichischen Unternehmungen maßgebend beteiligt sind. Auch hier handelt es sich, wie wir noch weiterhin festzustellen haben werden, um einen Industriezweig, der in Deutschland sowohl wie in Österreich stark auf Export eingestellt ist und für den eine weitgehende Spezialisierung der Produktion und Festigung der gegenwärtig hier schon auf Grund der natürlichen Standorte bestehenden Aufteilung der Absatzmärkte anzustreben sein wird[106]).

Durch diese in großen Zügen dargestellten Mittel der künstlichen Ausgleichung der beiderseitigen Produktionsbedingungen bzw. einer entsprechenden Kombinierung derselben wird im Rahmen des Zollvereins der Weg nun führen können zu der uns letzten Endes vorschwebenden großdeutschen Wirtschaftseinheit, in welcher alle Wirtschaftskräfte derselben zu ihrer rationellsten und vollkommensten Ausnützung gelangen, denn jede wirtschaftspolitische Annäherung, wie auch v. Battaglia betont, die auf die Dauer wirksam sein soll, muß letzten Endes eine Arbeitsteilung gegenüber dem früheren Zustand mit sich bringen, in welchem prinzipiell jeder bestrebt war, alles oder möglichst vieles selbst zu erzeugen[107]). Jede Konvention aber ist naturgemäß mit einer gewissen Beschränkung der individuellen Freiheit und damit auch mit individualwirtschaftlichen Beeinträchtigungen verbunden; so wird auch der Prozeß der natürlichen Angleichung an das großdeutsche Wirtschaftsgebiet durch die neue und wiederum grundlegende Strukturwandlung seiner Wirtschaft für Österreich nicht ohne Opfer, insbesondere eben für einzelne Wirtschaftszweige durchzuführen sein, die sich notwendig aus der Umstellung des Wirtschaftssystems und insbesondere wohl aus einer neuen Arbeitsteilung ergeben werden und die mit der Strukturwandlung der Wirtschaft als solche naturgemäß eben auch die Umstellung der wirtschaftlichen Existenzbedingungen eines Teils der Wirtschaftsbetriebe zu bedeuten haben wird, wie dies ja schon — wie wir beides zu Beginn unserer Untersuchungen bemerkten — in Veränderungen innerhalb bestehender Handelsverträge sich äußern und auch so manche Betriebe insbesondere mit relativ ungünstigen Standorten zum Verschwinden bringen kann.

Aber die schon mehrfach angedeuteten und für das heutige Österreich, wie wir gesehen haben, die Lösung seines Wirtschaftsproblems bedeutenden Auswirkungen des vergrößerten Wirtschaftsgebietes werden hier allzu kleinliche Bedenken und enge individualwirtschaftliche Interessen zurücktreten lassen müssen; denn die Überlegenheit der großen Wirtschaftsgebiete, die schon Friedrich List immer wieder betonte[108]), schließt all die Vorteile der

---

[106]) Vgl. hierüber des näheren den zweiten Teil unserer Abhandlung.

[107]) Vgl. v. Battaglia, a. a. O., S. 145.

[108]) Vgl. List, Friedrich, Das Nationale System der politischen Ökonomie, Stuttgart 1838.

Vereinheitlichung des Konsums und damit der Produktion, die Mittel der Rationalisierung und Typisierung, die in besonderem Maße in Erscheinung treten müssen in Zeiten aller Wirtschaftskrisen, die angedeutete vollkommenere Teilung der nationalen Arbeit, die Möglichkeiten einer vollkommeneren Wahl der besten Standorte und das letzten Endes hiermit verbundene stärkere Auftreten dem Ausland gegenüber gleichermaßen in sich. Bemerkenswert ist dabei, daß sogar, wie Günther berichtet[109]), manche maßgebenden und sachkundigen Beurteiler in Österreich die zu gewärtigenden Strukturveränderungen keineswegs zu überschätzen scheinen; sind es doch schließlich stets die kleinen Staaten, denen in erster Linie neben allen gefürchteten Beschränkungen eben auch die ungleich gewichtigeren Vorteile eines solchen Zusammenschlusses am meisten zugute kommen, wie es deutlich etwa die Geschichte des Deutschen Zollvereins erweist, die überhaupt für die deutsch-österreichische Zollunion eine Fülle lehrreichsten Materials zu liefern in der Lage ist[110]).

Als die letzte Forderung der österreichischen Wirtschaft werden wir nun zuletzt noch die Frage kurz zu untersuchen haben, in welchem Maße die charakteristische Vermittler- und Händlerfunktion Österreichs innerhalb der deutsch-österreichischen Zollunion ihre Erhaltung und Weiterentwicklung zu erwarten hat, die für die österreichische Wirtschaft von wesentlichem Interesse erscheint, oder mit anderen Worten, ob der Anschluß an das Deutsche Reich Österreich wieder das industrielle Hinterland für den großen Wiener Handelsapparat bieten kann, das dieser innerhalb des heutigen, verkleinerten Wirtschaftsgebietes fast ganz verlor.

Es scheint uns nun offensichtlich, daß in diesem Zusammenhange besonders deutlich ein gewisser Ergänzungscharakter der beiden deutschen Volkswirtschaften festzustellen ist, wenn auch hier freilich nicht in dem oben verstandenen Sinn eines direkten Produktionsausgleichs[111]). Das österreichische Wirtschaftsgebiet besitzt vielmehr durch seine Lage die charakteristische Funktion als typische Schlüsselstellung innerhalb des europäischen Wirtschaftsraums, insbesondere auf dem Wege nach dem Osten, zu weit größeren und bisher noch wenig bearbeiteten Absatzgebieten mit einer Gesamtbevölkerung von über 60 Millionen Menschen, zur Erfüllung welcher Aufgabe jedoch der heutigen österreichischen Wirtschaft, wie wir gesehen haben, notwendigerweise die natürlichen Voraussetzungen fehlen; andererseits aber muß sich gerade für das Deutsche Reich in einer Zeit des schwersten Konkurrenzkampfes auf allen unter den bedenklichsten Erscheinungen der Überproduktion übersetzten westlichen

[109]) Vgl. Günther, a. a. O., S. 29. Anm. 3.

[110]) Vgl. hierüber auch v. Scala, Die wirtschaftlichen Vorteile . . ., a. a. O., S. 51 ff.

[111]) Vgl. oben S. 57 ff.

Märkten die wirtschaftliche Orientierung für die nächste Zukunft in zunehmendem Maße nach dem Osten mit seinen noch vielfach unerschlossenen Märkten und Produktionsstätten verschieben. Die Angliederung und der maßgebende Einfluß auf den österreichischen Wirtschaftsraum, der zudem das deutsche Wirtschaftsgebiet selbst um etwa ein Sechstel, d. h. die verlorenen Reichsteile um ein um die Fläche Sachsens noch übertreffendes Gebiet, vergrößern würde, wird für das Reich hier von entscheidender Bedeutung sein, wenn die deutsche Wirtschaft in ihrer zukünftigen stark ostwärts gerichteten Orientierung den hier nicht minder interessierten westlichen Industriestaaten erfolgreich entgegentreten will.

Wenn nun daher, wie wir gesehen haben, das Hauptproblem der österreichischen Wirtschaft die Notwendigkeit ist, wieder in unmittelbaren Zusammenhang und in enges Zusammenarbeiten mit einem großen, leistungsfähigen Wirtschaftsgebiet zu kommen, und wenn die heutige schmale Kapitalbasis und der teilweise bedenkliche Leerlauf des österreichischen Wirtschaftsapparates der Verstärkung gerade durch die deutsche Wirtschaft aus den oben dargelegten Gründen notwendig bedarf, so wird demgegenüber für dieses Deutschland das österreichische Wirtschaftsgebiet die natürliche Brücke und der natürliche Mittler in erster Linie zu den vorgelagerten, dann aber auch entfernteren Ländern des Ostens und Südostens bedeuten; aus diesem Zusammenhang heraus werden durch die Auswertung dieser Vermittlerfunktion des österreichischen Wirtschaftsraumes, über den für das Reich der Weg nach dem Osten nun einmal führt, naturgemäß der österreichischen Wirtschaft Zukunftsaufgaben erwachsen können, die sie eben nur im Verein mit der deutschen zusammen zu erfüllen vermag, die hier das natürliche Hinterland des österreichischen Wirtschaftsraumes bilden wird.

So wird sich schließlich aus einem gerne gebrauchten Vergleich, der Wien als das „Hamburg des Ostens" bezeichnet, die Tatsache ergeben, daß dieses Wien, dessen großer Handelsapparat heute durch die Lage der Dinge zum überwiegenden Teile zum Leerlauf gezwungen ist, als neues Handelszentrum wieder zu neuer Bedeutung erwachsen wird. Denn mit seinen spezifischen Fähigkeiten, die Österreich der deutschen Industrie zu geben hat, für sie den Absatz im Gebiete der früheren Donaumonarchie und in den Ländern des nahen Ostens zu besorgen, dort ihre größeren Geschäfte zu finanzieren und ihren Rohstoffeinkauf durchzuführen[112]), würde die deutsche Industrie veranlaßt werden, ihr Ostgeschäft, an dem durch die frachtlichen Vorteile wohl auch zu einem nicht geringen Teil die speziell österreichischen Werke der ins Auge gefaßten zwischenstaatlichen Kartelle profitieren müßten, von Wien aus betreiben lassen; gerade auf dem Gebiet der persönlichen Arbeit im Kundenverkehr und der Kundenwerbung

[112]) Vgl. Stolper, a. a. O., S. 146.

dürfte sich hier infolge der Kenntnis der lokalen Verhältnisse und der ständigen persönlichen Fühlungnahme die österreichische Eigenheit im Gegensatz vielleicht zu der reichsdeutschen besonders bewähren. Umgekehrt wird aber auch der östliche Käufer, wie sich Stolper ausdrückt[113]), in Wien Deutschland betreten, würde mit außerordentlicher Zeitersparnis und in Benützung seiner alten Verbindungen hier seine Einkäufe besorgen, hier die deutschen Musterlager vorfinden, hier seine Zahlungen abwickeln. Damit hat Wien der deutschen Wirtschaft Bedeutendes zu geben: eine Organisation, die selbst zu errichten Deutschland weder die Erfahrung, noch aber vielleicht die Menschen besitzt. Die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung etwa der Wiener Messe insbesondere für den gesamten Osthandel, die freilich nicht anders als die an und für sich oft festzustellende bedauerliche Unterschätzung des gesamten österreichischen Problems selbst, auch hinsichtlich ihrer Bedeutung gerade eben für die deutsche Wirtschaft im Reiche noch viel zu geringe Würdigung zu finden scheint, kann unsere Darlegungen immerhin unterstreichen.

Ein solchermaßen neues Aufblühen Wiens als Zentrum der Wirtschaft will es uns auch durchaus wahrscheinlich gelten lassen, daß, wie manche Autoren u. E. durchaus zu Recht argumentieren[114]), als Folge einer solchen Entwicklung auch die tschechoslowakische Wirtschaft gezwungen wäre, ihre dortigen Vertretungen aufrecht zu erhalten, um nicht über Wien durch die mächtige deutsche Industrie ganz von ihren Märkten im Osten verdrängt zu werden.

Es erscheint nun endlich naheliegend, daß aus einer solchen neuen Einschaltung in den zwischenstaatlichen Handel und mit der Entwicklung Wiens zu einer neuen Wirtschaftszentrale letzten Endes wiederum auch die österreichische Wirtschaft als solche einen neuen Impuls von Wien selbst erhalten würde, der nicht zuletzt das gesamte heute so schwer daniederliegende und einer gesteigerten Bedrohung ausgesetzte gesamte Kulturleben dieses Landes und insbesondere Wiens berühren müßte, so daß auch von diesem nicht zu unterschätzenden Gesichtspunkte aus der großdeutsche Wirtschaftsgedanke für Österreich den eigentlichen Weg ins Freie bedeuten wird.

---

[113]) A. a. O., S. 148.

[114]) Vgl. z. B. Günther, a. a. O., S. 31.

ZWEITER TEIL

Naturgemäß stehen die Untersuchungen unseres ersten und zweiten Teiles in engem inneren Zusammenhang zueinander. Wir legten bisher die grundsätzlichen Probleme dar, die als ökonomisch maßgebend anzusehen sind für den Gedanken einer neuen Wandlung der Struktur der österreichischen Wirtschaft durch eine Eingliederung in ein neues, großdeutsches Wirtschaftsgebiet. Aus den Ergebnissen unserer Betrachtung erst kann für uns nun auch die Aufgabe erwachsen, die speziellen Probleme einer Untersuchung zu unterziehen, die sich für die österreichische Papierindustrie, und zwar in besonderem Maße auf Grund ihrer Standorte, in ihrer Beziehung zu diesem neuen und vergrößerten Wirtschaftsgebiet ergeben.

1. KAPITEL

Grundsätzliches über die Papierindustrie.

Wenn wir uns im folgenden näher mit den Wirtschaftsfragen der Papierindustrie zu beschäftigen haben, wird sich zunächst eine Klarlegung und Abgrenzung dieses Begriffes für die folgenden Untersuchungen als erforderlich erweisen.

Der Begriff Papierindustrie tritt uns weder im fachlichen Schrifttum wie im allgemeinen Sprachgebrauch als ein rein eindeutiger entgegen. Es besteht vielfach der Brauch, unter „Papierindustrie" sowohl die papiererzeugende Industrie, (also die Papierindustrie in engerem Sinne) wie die papierverarbeitende Industrie, (also das Druckgewerbe, das Verlagswesen und die Buchbindereien, sowie die Papierverarbeitung oder Papierkonfektion) zusammenzufassen, wie dies gewöhnlich zu den meisten statistischen Zwecken geschieht, während andererseits wieder bei einer Gliederung hinsichtlich des technischen Prozesses die Zellulose- und Holzstoffindustrie als selbständige Halbstoffindustrien sowie die Pappenindustrie als verwandte Endproduktion[1]) von der Papierindustrie im engsten Sinne auseinandergehalten werden.

[1]) Es besteht kein eigentlicher Wesensunterschied zwischen Papier und Pappe. Als Pappe bezeichnet man im allgemeinen Blätter von über 300 g Gewicht per m² (gegenüber einem durchschnittlichen Papiergewicht von 72 g), die auf besonderen Pappenmaschinen bzw. -formen hergestellt werden.

Beide Begriffsabgrenzungen nun können unseren Erfordernissen nicht entsprechen. Denn es umfaßt einerseits die Papierverarbeitung als Abnehmerindustrie in der Regel rein selbständige Industrie- und Gewerbezweige, deren spezielle Abgrenzung zudem oft sehr unterschiedlich durchgeführt wird und die häufig im Charakter von einander viel stärker abweichen, als dies bei den einzelnen Zweigen der Papiermacherei selbst der Fall ist; ihre wirtschaftlichen Vorgänge werden im allgemeinen durchaus losgelöst zu betrachten sein von denen ihres Materiallieferanten, der papiererzeugenden Industrie[2]). Andererseits dagegen stehen durch die spezielle Eigenart des unten noch näher zu betrachtenden Produktionsprozesses die Holzstoff- und Zellulose-Erzeugung mit der Papier- und Pappenfabrikation und diese beiden letzteren wiederum untereinander in so engem fabrikationstechnischen und damit naturgemäß auch wirtschaftlichen Zusammenhang, daß, einer dritten gebräuchlichen Einteilung entsprechend, im folgenden unter dem Begriff „Papierindustrie" die gesamte Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie, kurz auch „Pacehope"-Industrie bezeichnet, verstanden werden soll.

Für die Untersuchung der wirtschaftlichen Voraussetzungen und der wirtschaftlichen Problemstellungen innerhalb einer In-

---

[2]) Trotzdem finden sich gerade in Österreich auch noch typische Beispiele vor für die viel umstrittene vertikale Kombination der Papierindustrie, d. h. der Angliederung des Druckerei- und Verlagsgeschäfts an die eigentliche Papierfabrikation; es sind dies die Elbemühl-Papierfabriken und Graphische Industrie A. G. Wien, sowie vor allem die Steyrermühl Papierfabriks- und Verlagsgesellschaft, Wien, während auch die Leykam-Josefsthaler Aktiengesellschaft für Papier- und Druckindustrie, Wien, wenigstens bis zum Jahre 1883 ein bis zum Druckgewerbe kombiniertes Unternehmen darstellte. Es handelt sich bei diesen vertikalen Kombinationen ausschließlich darum, sich durch eigene Druckerei und eigenen Zeitungsverlag den Absatz des in eigenen Fabriken erzeugten Papiers zu sichern, was sich vor allem bei Konjunkturschwankungen vorteilhaft erweisen mußte; ähnliche Kombinationserscheinungen zeigt übrigens auch die englische Papierindustrie.

Als charakteristisch mag es gelten, daß sich derartige Konzentrationsversuche in Deutschland trotz mannigfacher Ansätze regelmäßig nicht als lebensfähig erwiesen. (Bezüglich Einzelheiten hierüber vgl. Nöllenburg „Das Papier auf dem Weltmarkt", 1926, S. 24 f). Die in Deutschland heute bestehenden Vereinigungen dieser Art sind verschwindend gering (z. B. die Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, mit der Papierfabrik Salach in Süssen) und zeigen sich oft auch auf dem Bestreben der Papierverarbeiter aufgebaut, sich durch Anlehnung an die Papiererzeugung den Papierbezug unter besonders günstigen Umständen zu sichern.

Über die eigentliche wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und Aussichten derartiger Kombination zwischen Papiererzeugung und -verarbeitung sind die Meinungen im Schrifttum wie auch die praktischen Ergebnisse sehr unterschiedlich.

dustrie bildet naturgemäß die Kenntnis der wesentlichsten Vorgänge des Produktionsprozesses eine unerläßliche Vorbedingung; die spezielle Eigenart des industriellen Produkts, der Charakter der zu seiner Herstellung notwendigen Roh- und Hilfsstoffe, sowie die sich aus diesen Produktionsgrundlagen ergebende Eigenart, der Umfang und insbesondere auch der Standort der Erzeugung werden notwendigerweise letzten Endes die wirtschaftlichen Bedingungen und Problemstellungen jeder industriellen Erzeugung bestimmen, so daß wir uns zunächst in großen Zügen mit dem Wesen des Papiers, sowie mit dem technischen Vorgang bei seiner Erzeugung zu befassen haben werden.

Als „Papier" bezeichnet man ganz allgemein ein von Hand oder mittels Maschine aus feinsten vegetabilischen Faserteilchen künstlich verfilztes Blatt, in welchem die ursprüngliche Gestalt der Materialien nicht mehr zu erkennen ist. Seinen Namen leitet das Papier ab von dem Papyrus der Alten, einem aus den Halmen der ägyptischen Papyrusstaude durch kreuzweises Übereinanderkleben sehr dünner Stengellängsschnitte hergestellten außerordentlich widerstandsfähigen und geschmeidigen Schreibblatt[3]); er muß neben der Tierhaut, die jedoch erst etwa seit der Ptolemäerzeit durch die aus Pergamon stammende Kunst der Pergamentherstellung eine weitergehende Verbreitung als Schreibstoff erfuhr, als der älteste überhaupt verwendete Schreibstoff betrachtet werden[4]). Das gefilzte Papier erst war dazu berufen, diese beiden ältesten Schreibstoffe der Menschheit vollständig zu verdrängen.

Diese enge Berührung unseres heutigen Produktes modernsten technischen Verfahrens mit jenen Zeugen erster menschlicher Kultur deutet schon darauf hin, daß die Papierindustrie im Gegensatz zu den anderen Großindustrien unserer Wirtschaftsepoche keine moderne Industrie ist in dem Sinne, daß sie erst herausgeboren wurde aus der modernen Wirtschaftsentwicklung und den technischen Umwälzungen unserer Zeit, daß also die Herstellung von Papier erst auf Grund neuentdeckter wissenschaftlicher Methoden erfunden worden wäre; wir haben vielmehr die heutige Papierindustrie als das Produkt und letzte Stufe einer vielhundertjährigen Entwicklung zu betrachten, während der bei gleichbleibendem Grundprinzip der Herstellung nur das spezielle Produktionsverfahren naturgemäß einer Reihe von Veränderungen unterworfen war.

Die Untersuchung der interessanten geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Papierherstellung kann allerdings

[3]) Nachweislich stammt die älteste uns bis heute überlieferte Papyrusrolle (nach ihrem Entdecker „Papyrus Prisse" genannt), die sich in der Nationalbibliothek in Paris befindet, aus dem Jahre 3566 v. Chr., hat also demnach gegen 5500 Jahre überdauert. Das Alter der Papyruskultur selbst wird auf etwa 7000 Jahre geschätzt.

[4]) Vgl. Krawany, Franz, Internationale Papierstatistik, Wien 1925, S. 6.

nicht in den Rahmen unserer Studie fallen und wir müssen diesbezüglich auf die vorhandenen Einzelarbeiten verweisen[5]); nur die speziell für unseren Zusammenhang interessierenden Tatsachen mögen nachstehend kurz beleuchtet werden.

Die Erfindung des gefilzten Papiers reicht annähernd 2000 Jahre zurück; der erste Erzeugungsort ist nach den neueren Forschungen im zweiten Jahrhundert unserer Zeitrechnung[6]) in China zu suchen, das diesen Stoff ähnlich wie die Seide und das Porzellan schon lange besaß, ehe er in unseren abendländischen Kulturkreis trat[7]). Als Ausgangsmaterial für die Papierherstellung diente der Bambus und der Bast des Papiermaulbeerbaums; der Herstellungsvorgang war ein überaus langwieriger, jedoch in seinen Einzelheiten: Zerkleinerung der pflanzlichen Rohstoffe, Bildung des Faserbreies und des Halbstoffes, Benützung von Schöpfbütten zur Herstellung des Bogens und schließlich Leimung des getrockneten und gepreßten Papierblattes fast derselbe, wie wir ihn bei der handwerksmäßigen Technik auch unserer Papiermacherei feststellen können, nur mit dem einen Unterschied, daß unsere alten Papiermacher die Pflanzenfaser als Rohstoff nicht unmittelbar, sondern in schon verarbeitetem Zustand aus den verschiedensten Gewebeabfällen, d. h. Hadern oder Stofflumpen gewannen.

---

[5]) Vgl. hierüber insbesondere:

Blanchet, A., Essai sur l'histoire du papier et de sa fabrication, Paris 1900.

Chavanne, J., Les livres chinois avant l'invention du papier. Journal Asiatique, Paris, Jan.-Fév. 1905.

Haac, C. Das Papier und seine Vorfahren. Berlin 1890.

Krawany, Franz, Die Geschichte der Papierindustrie der ehemaligen österr.-ungarischen Monarchie, Wien 1923. Ders.: Internationale Papierstatistik, Wien 1925.

Munsell, J., Chronology of the origin and progress of paper and paper making, 5-th Edition, Albany 1876.

Von besonderer Bedeutung sind ferner eine Reihe eingehender Spezialuntersuchungen, wie die des Wiener Professors Hofrat Wiesner (insbes.: „Die ältesten bis jetzt aufgefundenen Hadernpapiere", Sitzungsberichte der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien, Bd. 168, 1911), von Karabacek („Das Arabische Papier", Mitteilungen aus der Sammlung des Papyrus Erzherzog Rainer, 1. Jahrg., Wien, 1887) und Briquet (Recherches sur les premiers papiers employés en occident et en orient du X-e au XIV-e siècle, Paris 1886).

Hinsichtlich der interessanten Geschichte der Papierindustrie im alten Deutschen Reiche vgl. die zahlreichen außerordentlich wertvollen Einzeluntersuchungen des Wiener Historikers Friedrich v. Hößle.

[6]) Nach den Feststellungen des österreichischen Forschers Josef Chavanne (a. a. O.) fällt die Erfindung der Papierherstellung aus der Pflanzenfaser mittels des Schöpfverfahrens um das Jahr 105 v. Chr.

[7]) Das älteste auf uns überkommene gefilzte Papier (im Ostturkestan hergestellt) stammt aus dem Jahre 399 n. Chr.

Doch auch die Herstellung des Hadernpapiers muß heute als eine chinesische Erfindung angesprochen werden, die etwa in das dritte Jahrhundert n. Chr. fällt[8]); nachzuweisen ist solches Hadernpapier im 5. bis 7. Jahrhundert im Turkestan, doch war dieses Papier dem Wesen nach noch aus einer Rohfaser, nur unter Beimengung von Hadernmasse hergestellt.

Nahezu 700 Jahre dauerte es durch den in wirtschaftlicher Hinsicht nahezu hermetischen Abschluß des Chinesischen Reiches, bis das national gehütete Geheimnis der chinesischen Papiermacherkunst durch kriegerische Berührungen zwischen diesen beiden Völkern auf die Araber überging. Infolge des Mangels an genügenden Mengen von geeigneten Bastfasern außerhalb der eigentlichen Heimat des Papiers gingen die arabischen Erzeuger allmählich dazu über, aus Hadernmasse allein Papier herzustellen; dieses Verfahren sollte nun über 1000 Jahre für die weitere Verbreitung der Papiermacherei maßgebend sein.

Im 9. Jahrhundert unserer Zeitrechnung war bereits den Byzantinern die Papiererzeugung geläufig, da sie neben Spanien im Westen Europas mit den Arabern und deren Kulturkreis am engsten in Fühlung standen; Spanien und Byzanz können wir als die ersten europäischen Stationen des Hadernpapiers bezeichnen, das sich durch die Herrschaft der Mauren auf der spanischen Halbinsel einerseits über diese, zum andern aber unter dem Einfluß der Kreuzzüge über Italien (insbes. Venedig) in weiterer Folge über ganz Europa verbreitete und hier die alten Schreibstoffe, den Papyrus und vor allem das Pergament, vollständig verdrängte. Zu Beginn des 12. Jahrhunderts entstanden die ersten Papiermühlen in Italien, im 13. Jahrhundert in Frankreich, und mit dem 14. Jahrhundert etwa haben wir den Beginn der Papierherstellung in Deutschland anzusetzen, die weiterhin um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts in England, mit dem 16. Jahrhundert in Schweden und Rußland und schließlich mit dem Jahre 1690 auch in Amerika Eingang fand.

Ein mächtiger Bundesgenosse erstand der Ausbreitung der Papiermacherei in der Erfindung der Buchdruckerkunst (15. Jahrhundert), die den Bedarf an Papiermengen gewaltig vergrößerte und den Anreiz zu immer weiteren Gründungen von Papiermühlen bot; der Aufschwung der Papiermacherei hielt mit der Verbreitung der Buchdruckerkunst gleichen Schritt. Doch mit mit dem in der Neuzeit unaufhörlich wachsenden Interesse und Verlangen nach Gedrucktem schien allmählich der Zeitpunkt in greifbare Nähe gerückt, zu welchem die Papiermacherei die endgültige Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreichen mußte, außerstande, den weiterhin rapide ansteigenden Papierbedarf zu befriedigen.

---

[8]) Vgl. Krawany, Franz, a. a. O., S. 41.

Zwar hatten sich die technischen Vervollkommnungen des Produktionsprozesses dem gesteigerten Papierhunger anzupassen vermocht; nach der Erfindung des Holländers (1670) als Lumpenzerkleinerungsmaschine und dessen Verwendung statt der älteren Stampfmühle, die Einführung der Chlorbleiche und des Hadernschneiders (1720), dem Ersatz der tierischen Bogenleimung durch die Harzleimung als vegetabilische Leimung im Stoff (1805) und endlich als wichtigste technische Erfindung in der Papiermacherei die Konstruktion der Papiermaschine in ihren Grundprinzipien (1799), durch deren Einführung der bisherige Handschöpfbetrieb von der rein maschinellen, kontinuierlichen Herstellung abgelöst werden konnte, die ja die Papiererzeugung erst von der handwerklichen Herstellung zur eigentlichen Fabrikation erhob, waren nun wohl die fabrikationstechnischen Voraussetzungen gegeben, den Umfang der Papierproduktion dem steigenden Bedarf anzugleichen. Jedoch war von den arabischen Lehrmeistern der Papiermacherkunst einzig die Hadernbearbeitung überliefert worden; man kannte daher auch in Europa keinen anderen Rohstoff für die Papiererzeugung als eben die Lumpen und standen diese als reines Abfallprodukt naturgemäß anfänglich in reichlichem Maße zur Verfügung, so trat nun die außerordentliche Nachfrage nach diesen Textilabfällen infolge des ganz besonders noch durch die Erfindung der Buchdruckerschnellpresse (1810) anschwellenden Papierbedarfs in ein bedenkliches Mißverhältnis zur verfügbaren Menge dieses dem Verbrauch an Textilerzeugnissen und der Bevölkerungsgröße direkt proportionalen Rohmaterials. Seine Ausfuhr wurde darum auch von den meisten Ländern gänzlich gesperrt oder zumindest mit sehr hohen Ausfuhrzöllen belegt, und so sehen wir die europäische Papierfabrikation in ihrem ersten Abschnitt, aufgebaut auf der ausschließlichen Rohstoffbasis der Hadern, einer bedenklichen Krise entgegengehen.

Die Suche nach einem Ersatz für die immer knapper werdenden Hadern führte den Menschengeist nun glücklich wieder zurück zu einer neuen Entdeckung der Verwendungsmöglichkeit der Pflanzenfasern, also des Urproduktes selbst an Stelle der Abfallstoffe und die kurz aufeinander folgenden Erfindungen:

des Holzschliffs oder Holzstoffs (1845)
des Natronzellstoffs (1853/54)
des Sulfitzellstoffs (1863/64),

durch welche Verfahren die Verwendungsmöglichkeit der Holzfaser zum Zwecke der Papiererzeugung geschaffen wird, waren es in der Folge, die der Papierindustrie die eigentliche Massenherstellung zu billigen Preisen ermöglichten und sie im Verein mit den maschinellen Verbesserungen erst zur heutigen Großindustrie erheben konnten, die unserer Epoche das Gepräge des „Papierenen Zeitalters“ verlieh.

Der in volkswirtschaftlicher Hinsicht so bedeutsame Wechsel in der Rohstoffbasis der Papiererzeugung und damit notwendigerweise zusammenhängend die Einführung der neuen technischen Verfahren teilt die Papierfabrikation unseres Kulturkreises somit zeitlich wie erzeugungstechnisch deutlich in zwei große Perioden ein, die ungefähr durch das Jahr 1850 getrennt zu denken sind: die Hadern- und die Holzepoche bzw. die Handpapiermacherei und die moderne Maschinenpapierfabrikation, obwohl streng genommen beide Einteilungen nicht vollkommen exakt sind; denn einerseits gelangten schon mit Beginn des 19. Jahrhunderts die ersten primitiven Papiermaschinen zur Aufstellung und damit „Maschinenpapier" aus Hadernmasse zur Erzeugung, während andererseits auch die moderne Papierindustrie neben der Holzfaser als Hauptrohstoff nicht auf die Verarbeitung auch von anderen Pflanzenfasern (Stroh, Esparto, Schilf), insbesondere jedoch auch von Hadern, verzichtet. Doch werden wir hier den weitaus überwiegenden Charakter der Produktion als maßgebend für eine Einteilung anzusehen haben und für die Betrachtung der technischen Verfahren die moderne Maschinenpapiererzeugung und die alte Handpapiermacherei unterscheiden.

Es mag zwar vielleicht auf den ersten Blick die Kenntnis der alten handwerksmäßigen Technik der Papiermacherei für unseren Zusammenhang nicht wesentlich erscheinen; aus der Tatsache jedoch, daß sich ein verhältnismäßig bedeutender Prozentsatz der Erzeugungsstätten moderner Papierfabrikation, insbesondere in Österreich, aus alten, handwerksmäßigen Betrieben der Hadernepoche entwickelt hat und daher auch standsorttheoretisch zumeist aus dieser Epoche allein zu erklären ist, und daß ferner auch heute, in allerdings geringem Umfange, die Erzeugung gewisser Luxuspapiere noch nach dem gleichen, handwerksmäßigen Verfahren vorgenommen wird, läßt es angebracht erscheinen, für unsere weitere Untersuchung zunächst die Grundlagen auch der alten Handpapiererzeugung kurz zu umreißen.

Es wurde schon erwähnt, daß diese erste Periode der europäischen Papierherstellung sich als reine Abfallverwertung charakterisiert; gebrauchte Leinen-, Baumwoll-, Seidengewebe usw., die als Papierrohstoff Hadern oder Lumpen genannt werden, liefern die zur Papiererzeugung notwendige vegetabilische Faser.

Produktionsort des handgeschöpften Hadernpapiers ist die Papiermühle. Die gereinigten und nach Farben sortierten Lumpen werden mit dem Lumpenbeil zerkleinert, welche Verrichtung, wie wir oben sahen, späterhin der Hadernschneider übernimmt; die derart zerkleinerten und zerfaserten Lumpen werden nun unter Zusatz von Wasser einem Gärungs- und Fäulnisprozeß unterworfen, um einerseits vorhandene Fett- und Farbstoffe zur Auflösung zu bringen, andererseits um die Faser zu isolieren. Die auf diese Weise vorbereiteten Hadern gelangen nun zur eigentlichen Entfaserung, d. h. Umwandlung der Lumpen in Papier-

zeug, zu welchem Prozeß anfänglich das Stampfgeschirr (sog. „Deutsches Geschirr"), späterhin der aus Holland stammende „Holländer" dient. Der Vorgang der Zerquetschung und Zermahlung der Lumpen unter ständigem Zustrom von reinem Wasser ist bei beiden Apparaten grundsätzlich der gleiche; sowohl die sich in steinernen Mörsern auf und nieder bewegenden, eisenbeschlagenen Stampfer, wie die Holländer, die den in einem beiderseits halbkreisförmig geschlossenen, länglichen Trog, der durch eine kürzere, den Längsseiten parallele mittlere Scheidewand in eine Art unendlichen Kanal verwandelt ist, zirkulierenden Lumpenbrei zwischen einem Satz auf einer rotierenden Welle befindlichen und einem Satz stehender Messer zermahlen, werden durch Wasserkraft betrieben.

Das fertig gemahlene Zeug wird nun in die sog. Schöpfbütte geleitet, aus der besonders qualifizierte Arbeiter mittels der Schöpfform den Papierstoff aufnehmen und dessen Fasern unter Schütteln und Abträufeln des Wassers zur Verfilzung bringen; die so geschöpften Bogen werden durch den Gautscher von der Form abgenommen und vorsichtig zwischen Wollfilze aufeinander geschichtet, bis ein größerer Pauscht erreicht ist. Der fertige Pauscht (zumeist etwa 180 Bogen) gelangt durch die Handpresse zu weiterem Wasserentzug und vollständiger Verfilzung der Faser; die Bogen erlangen hierdurch die nötige Festigkeit, um — evtl. nach einer nochmaligen Pressung im „weißen Pauscht" — in einzelnen Bogen aufeinandergeschichtet und endlich auf dem Trockenboden der endgültigen, langsamen Trocknung zugeführt zu werden. Die trockenen Bogen endlich werden, um sie beschreibfähig zu machen, durch einen aus tierischen Abfällen hergestellten Leim gezogen und nach nochmaliger Trocknung und Pressung geglättet, sortiert und geschnitten.

Aus diesem in ganz groben Zügen dargestellten technischen Prozeß der alten Handpapiermacherei bleiben für uns folgende Gesichtspunkte bemerkenswert:

1. Das Hauptrohmaterial bilden die Hadern, also verbrauchte und zu Abfällen gewordene Textilprodukte.

2. Für den Produktionsprozeß ist das Wasser einerseits als reines Fabrikationswasser, zum andern als Triebkraft für das Mühlenwerk (Stampfgeschirr bzw. Holländer) von besonderer Wichtigkeit.

Die moderne Papierfabrikation nun, also die heutige Maschinenpapiererzeugung[9]) zerfällt in grundsätzlich zwei große

[9]) Auch heute allerdings kennt man, wie schon erwähnt, noch Betriebe, in welchen Papier von Hand mittels der Schöpfform hergestellt wird; sie dienen der Erzeugung gewisser Sorten von Edelpapieren (sog. echte Büttenpapiere); in Deutschland z. B. sind es aber nicht mehr als 8 Betriebe gegenüber 434 Maschinenpapierfabriken. (Vgl. Krawany, Internationale Papierstatistik, S. 137.)

Prozesse: einmal in die Umwandlung des Rohstoffes zum Halbstoff und zweitens in die Umwandlung des Halbstoffes zum Fertigprodukt, also die Ganzstoffbereitung und die Papierbildung auf der Maschine.

a) Die Halbstofferzeugung.

Wir hatten schon oben zu bemerken, daß in der heutigen „Holzepoche" der Papierindustrie die Holzfaser für die Papiererzeugung den überwiegenden Rohstoff darstellt; jedoch werden für gewisse Spezialpapiere, insbesondere für bessere Qualitäten, auch noch andere Materialien verarbeitet, und zwar insbesondere noch Hadern, ferner neben Altpapier in geringerem Ausmaße auch Stroh und Schilf. Eine Reihe sonstiger, zumeist fremder Rohstoffe[10]) haben für unsere Gegenden kaum praktische Bedeutung.

Die Verarbeitung des Holzes zum Zwecke der Halbstofferzeugung erfolgt nach zweierlei Methoden. Einmal auf rein mechanischem Wege zum sog. Holzschliff oder Holzstoff oder auf chemischem Wege zum sog. Holzzellstoff oder Zellulose. Der grundsätzliche Vorgang des älteren mechanischen Verfahrens, des Holzschliffs, besteht darin, daß nach entsprechender Vorrichtung des Papierholzes (insbesondere Schälen) dieses durch Anpressen an einen rotierenden Schleifstein, auf welchen beständig Wasser fließt, in seine Fasern zerrieben wird; soll diese losgerissene feine Fasermasse, der sog. Schliff, aufgespeichert oder versandt werden, wird zumeist mittels der Rundsiebmaschine, wie sie für die Pappenfabrikation zur Anwendung gelangt, der dünnflüssige Holzstoffbrei in Tafelform verwandelt, der ⅓ an Trockengehalt besitzt, während ⅔ des Gewichtes noch aus Wasser bestehen; durch Trocknungsapparate kann ihm u. U., insbesondere etwa zur Sparung von Frachtkosten, die noch anhaftende Feuchtigkeit auch gänzlich entzogen werden.

Man kann grundsätzlich wohl jede Holzart schleifen, doch scheiden praktisch eine große Zahl, besonders Laubhölzer, aus, insbesondere wegen ihrer zu geringen Faserlänge, so daß im

---

[10]) Neben dem nordafrikanischen Esparto oder Halfagras, das in Frankreich wie in England in nicht unbeträchtlichem Maße, in sehr geringem Umfang nur in Deutschland zur Zelluloseherstellung verwendet wird (besonders zähe Papiere verdanken diese Eigenschaft der Esparto-Zellulose) kommt in Nordamerika auch Seegras, in den tropischen Ländern auch Zuckerrohr, Banane, sowie Baumwolle zur Verarbeitung. Auch die Verwendung von Papyrus beginnt für die Zellulosegewinnung neuerdings aufzutauchen; Bambus hat verhältnismäßig große Verbreitung in der Papierindustrie Indiens und Chinas, Manilahanf ist für gewisse Starkpapiere Zementsäcke) wertvoll. Vgl. hierzu Reinhold, Gerhard, Die Papierholzversorgung, Berlin 1927, S. 8.

wesentlichen neben Aspe, Linde und Birke[11]) nur Tanne[12]) und Fichte für das Holzschleifverfahren in Frage kommen, von denen die letztere einen zwar weniger weißen, aber besonders gut verarbeitungsfähigen Stoff liefert.

Bekanntlich besteht nun das Holz zum größten Teile aus Zellstoff, der durch Ablagerung gewisser „Inkrusten" mit der Zeit allmählich verholzt ist. Bei der rein mechanischen Freilegung der Holzfaser im Holzschleifverfahren sind diese „inkrustierenden Bestandteile" des Holzes, wie Lignin, Gerbsäure, Harz usw., wie im Holz auch im Holzschliff enthalten und machen das aus diesem hergestellte „holzhaltige" Papier durch seine Eigenschaft des Nachdunkelns minderwertig. Das Bestreben, diese Substanzen aus dem Holz zu entfernen, führte nun zum Verfahren einer Herstellung oder richtiger gesagt „Isolierung" des Zellstoffs auf chemischem Wege.

Von den verschiedenen Aufschließungsverfahren sind nur drei im Großbetrieb erhalten geblieben: das Sulfitverfahren, das Natronverfahren und das Sulfatverfahren, von welchen wiederum das Sulfitverfahren durch den Vorteil der größeren Einfachheit die überwiegende Bedeutung für die moderne Papierindustrie besitzt; im wesentlichen wird zu diesem die Fichte, in geringerem Umfange auch Tanne und Kiefer verarbeitet[13]). Die zugerichteten Fichtenholz„roller" werden zuerst maschinell zerhackt und hierauf in großen Druckkesseln („Kochern") längere Zeit mit einer Lösung von Kalziumsulfit in überschüssiger Schwefliger Säure unter erhöhtem Druck erhitzt; durch diesen Vorgang werden die inkrustierenden Substanzen gelöst und die Zellstoffaser freigelegt. Nach Ablassen der nunmehr braunen Lauge[14]) erfolgt eine mehrfache Durchwaschung des Holzzellstoffs im Kocher und nach weiterem Durchlaufen einer Reihe von Reinigung-, Zerkleinerungs- und Bleichvorrichtungen wird der reingewaschene Zellulosebrei auf Entwässerungswalzen zu dicken Pappen geformt bzw. auf geheizten Walzen getrocknet, falls ein Versand des Halbstoffes beabsichtigt ist.

---

[11]) Aspe und Linde liefern einen sehr schönen und weißen Holzstoff, doch haben die hieraus hergestellten Papiere einen weichen und schwammigen Charakter.

[12]) Aus Tanne allein ist wegen ihrer zu kurzen Faser im allgemeinen kein für den üblichen Bestimmungszweck brauchbarer Holzschliff herzustellen. Vgl. hierzu Hofmann, C., Handbuch der Papierfabrikation, Berlin 1891.

[13]) In Italien wird jedoch auch Pappelholz in größerem Umfange verwendet.

[14]) Aus der Ablauge des Sulfitverfahrens pflegt heute als Nebenprodukt der Zelluloseerzeugung Holzspiritus hergestellt zu werden. Man rechnet per Tonne hergestellten Zellstoffs einen Anfall von 50 bis 60 l Spiritus.

Geringeres Interesse werden für uns die heute noch angewandten anderen Aufschlußverfahren beanspruchen, wobei das ältere Natronzellstoffverfahren zumeist für die Verarbeitung von Stroh geeignet ist; die Zellen der Cerealien sind denen des Holzes anatomisch sehr ähnlich, so daß die Gewinnung von Strohstoff nach den gleichen Prinzipien wie beim Zellstoff erfolgen kann. Allerdings werden durch die Behandlung mit Natronlauge nicht nur die inkrustierenden Bestandteile, sondern auch die Faser selbst angegriffen, so daß die eigentliche Ausbeute geringer ausfällt und der Natronzellstoff im allgemeinen geringere Festigkeit wie der Sulfitzellstoff aufweist.

Als Abart endlich des Natronverfahrens stellt sich das Sulfatverfahren dar; die Anwendung dieses Verfahrens empfiehlt sich insbesondere bei stark harzhaltigen Hölzern.

Die Ausbeute selbst bei diesen verschiedenen Verfahren ist naturgemäß verschieden. Es ergibt (nach Reinhold) 1 rm Papierholz[15]) rund

270 kg	Holzschliff,	lufttrocken	gedacht
150 „	Sulfitzellstoff,	„	„
145 „	Natronzellstoff,	„	„
130 „	Sulfatzellstoff,	„	„

Die Verarbeitung von Lumpen tritt für die heutige Papiererzeugung naturgemäß stark in den Hintergrund, wenn sie auch insbesondere zur Herstellung der allerdings mengenmäßig zurücktretenden sog. Edelpapiere einen wichtigen Rohstoff bilden.

Der Arbeitsgang ist hier prinzipiell der gleiche wie wir ihn oben bei der handwerksmäßigen Herstellung kennengelernt haben; die heute meist vom Großhandel gelieferten Lumpen werden nach vorausgegangener mechanischer Reinigung im Haderndrescher nach Farbe und Qualität sortiert, sodann geschnitten und entstäubt. Nach einem Kochprozeß im sog. Lumpenkocher unter Zusatz von alkalischer Flüssigkeit zum Reinigen der Hadern sowie nach Durchlaufen eines Waschholländers gelangt die Lumpenmasse in den Halbzeugholländer, wo der schon bei der Handpapiererzeugung betrachtete Mahlprozeß die Freilegung der Stoffasern und damit die Halbstoffbildung bewirkt; hieran schließt sich in den meisten Fällen noch ein Bleichprozeß im Bleichholländer an, nach dem der Lumpenhalbstoff der weiteren Verarbeitung zu Papier zugeführt wird. Eine besondere Rolle spielt die Bleiche ferner bei der Altpapierverwertung, die heute unter dem Druck der abnehmenden Papierholz-

[15]) Zu etwa 400 kg. Zur Erläuterung dieser und aller folgenden Gewichts- und Maßeinheiten vgl. die beigefügte vergleichende Zusammenstellung im Anhang S. 187.

bestände für die Papierindustrie zunehmende Bedeutung gewinnt; das grundlegende Problem ist hier die Entfernung der Druckerschwärze.

Die meisten Papiere nun bestehen aus Mischungen dieser verschiedenen Halbstoffe miteinander; nur wenige der feinsten Papiersorten bestehen, abgesehen von den Füllstoffen, ausschließlich aus Hadern. Gute Druck- und Schreibpapiere enthalten Holzzellstoff mit geringem Hadernzusatz, billige Druckpapiere haben einen Zusatz von 50—80 % Holzschliff.

b) Vom Halbstoff zum Fertigprodukt.

Je nach der gewünschten Papiersorte nun muß die Halbstofffaser durch nochmaliges Mahlen im „Ganzzeughollländer" in ihrer Länge und in ihrem Charakter noch verändert werden, welcher Prozeß auch nötig ist, damit sich die Fasern bei der Papierherstellung leichter verfilzen. Der Ganzzeughollländer entspricht ebenfalls dem oben schon beschriebenen, hat jedoch eine andere Bemesserung, deren Einstellung sich ferner danach richtet, ob der Stoff je nach den gewünschten Eigenschaften des späteren Papiers „rösch" oder „schmierig" gemahlen werden soll.

Außerdem erhält der Ganzstoff nun noch eine Reihe von Zusätzen, insbesondere von vegetabilischem Leim (Harzleimung), Farbstoffen (auch ungefärbt gewünschtes Papier erhält erst durch geeignete Farbzusätze, wie etwa blau, einen reinweißen Ton) und endlich von sog. Füllstoffen, wie Gips, Kaolin, Talk usw., die zwar keine essentiellen Zusätze zur Papierbildung bedeuten, doch neben ihrer Eigenschaft, Unebenheiten im Papier auszugleichen, sowie dessen Weichheit und Druckfähigkeit zu erhöhen, den Ganzstoff in gewissem Sinne „strecken" und dadurch das Papiergewicht erhöhen. Vom Holländer nun gelangt das fertiggemahlene Zeug weiter in den sog. Mischholländer oder in eine Mischbütte, in der sich der zumeist aus verschiedenen Rohmaterialien zusammensetzende Inhalt mehrerer Ganzzeughollländer vereint; das Verhältnis der Stoffmischung, das jeweils geheim gehalten wird, ergibt die verschiedenartigen Eigenschaften und den betreffenden Verwendungszweck für das Papier.

Der nun folgende Prozeß der maschinellen Papierbildung ist wieder prinzipiell der gleiche, wie wir ihn oben bei der Handpapiererzeugung kennengelernt haben und wie er auch heute noch bei gewissen Luxusqualitäten zur Herstellung des „handgeschöpften" oder „Büttenpapiers" dient.

Aus der Rührbütte, in die inzwischen der vermengte Ganzstoff eingelassen wurde, wird dieser mittels Schöpfrad auf die

Papiermaschine[16]) geleitet, welche aus drei großen Teilen besteht:

1. die Siebpartie,
2. die Naßpresse,
3. die Trockenpartie.

Auf einem endlosen Metallsieb wird die Stoffmasse durch Schüttelbewegungen zu einer gewissen Verfilzung und gleichzeitig das Wasser zum Abfließen gebracht, welchen Vorgang eine folgende Saugpartie noch unterstützt; eine Gautschpresse beseitigt das noch anhaftende Wasser und vollendet den Verfilzungsprozeß. Die restliche Feuchtigkeit wird nun noch in der sog. Trockenpartie entfernt, in der die Papierbahn um eine Reihe von mit Dampf geheizten Metallzylindern geführt wird; eine besondere Hartgußwalze pflegt das Papier noch zu glätten, rotierende Messer es in die gewünschten Breiten zu schneiden, worauf die Papierherstellung durch Umrollen, Satinieren (im Kalander), evtl. Schneiden in Bogen (Querschneider) und Sortieren sowie schließlich Verpacken beendet wird.

Der Anteil nun an der Papierherstellung ergibt sich für die verschiedenen Rohstoffe wie folgt[17]):

Tabelle 1

Jahr	1880	1900	1913	1925	1927
Lumpen	30 %	14 %	8 %	5,5 %	5 %
Stroh	40 %	21 %	12 %	8 %	8 %
Holz	10 %	38 %	60 %	65 %	63 %
Altpapier	14 %	21 %	19 %	20 %	22 %
Verschiedenes . .	6 %	6 %	1 %	1,5 %	2 %

Diese Zusammenstellung zeigt deutlich die überragende Bedeutung des Holzes als Rohstoff für die moderne Papierindustrie, dessen Verbrauch heute den an anderen Rohstoffen um etwa das Doppelte übersteigt, während der Verbrauch an Lumpen und Stroh in einem Zeitraum von 50 Jahren auf ein Sechstel zurückgegangen ist; eine geringe Steigerung weist nur noch der Altpapierverbrauch auf, dem freilich als Papier„rohstoff“ im vorhinein eine bestimmte Grenze gesetzt sein wird durch die Tatsache, daß mit der wiederholten Verarbeitung der gleichen Faser

[16]) Es wird hierbei der Vorgang auf der Langsiebpapiermaschine zugrunde gelegt, die für die Papiererzeugung heute die gebräuchlichste ist; in ihrer häufigsten Ausführung dürfte sie wohl die größte zusammenhängende Maschine überhaupt darstellen (Gesamtlänge bis zu 100 m, Arbeitsbreite bis zu 6 m). Die tägliche Erzeugung einer solchen Maschine kann bis zu 100 t Papier täglich betragen. Die ältere Rundsiebpapiermaschine findet heute insbes. zur Pappenerzeugung Verwendung.

[17]) Nach „Die Internationale Papier- u. Zellstoff-Industrie“, herausgeg. von Wever & Co., Basel, 1929, S. 21, berechnet für Westeuropa.

zum Papierblatt diese notwendigerweise durch die stets neue Einwirkung der verschiedenen Mahl- und Bleichprozesse immer mehr angegriffen und verkürzt und schließlich zur Papierbildung untauglich werden muß. Als das Hauptrohmaterial und damit als der für die heutige Papiererzeugung ausschlaggebende Faktor stellt sich uns somit das Holz dar.

Für den Produktionsprozeß innerhalb der modernen Maschinenpapierindustrie kommt ferner, wie wir gesehen haben, als nächstwichtiger Faktor dem Wasser besondere Bedeutung zu, und zwar in ganz grundsätzlichem Maße als Betriebsstoff der Produktion, also insbesondere für die Zerfaserungs- und Reinigungsprozesse. Gerade hinsichtlich des Fabrikationswassers stellt die Papierindustrie besondere Anforderungen qualitativer wie quantitativer Art. Das Fabrikationswasser muß notwendigerweise frei sein von physikalischen Verunreinigungen, wie ferner auch von gewissen chemischen Bestandteilen, insbesondere von Eisen, Kalzium- und Magnesiumsalzen, sowie von Kalk, die dessen Reinheit außerordentlich beeinflussen können[18]); was die benötigten Quantitäten betrifft, so müssen wir uns auf die Andeutung beschränken, daß für die Herstellung etwa von 1 kg lufttrockener Zellulose 300—600 l, von 1 kg feinem Weißpapier nicht weniger als 1500—2500 l Wasser[19]) gebraucht werden, während insbesondere die Zellulosefabrikation zur Ableitung ihrer Ablaugen größerer Flußläufe bedarf, um eine entsprechend rasche Verflutung dieser schädlichen Abwässer zu ermöglichen.

Neben dieser absolut essentiellen Bedeutung des Wassers als Fabrikationswasser tritt naturgemäß gegenüber der alten Handpapiererzeugung die Bedeutung des Wassers als Kraftquelle für die moderne Papierfabrikation zurück. Zwar sind billige Kraftquellen — wie sie die Wasserkraft eben darstellt — für jedes Unternehmen aus kalkulatorischen Rücksichten, wie wir weiter unten noch deutlicher sehen werden[20]), von besonderer Bedeutung, doch erfordert der Großbetrieb, besonders der modernen Zellulosefabrikation, für die Kochprozesse oder die modernen Papiermaschinen für ihren kontinuierlichen Lauf sowie zur Heizung ihrer Trockenzylinder eine neue, kalorische Kraftquelle, die Kohle. Die Wasserkraft dagegen hat ihre alte Bedeutung zumeist nur noch für die Holzschleifereien behalten, und zwar regelmäßig für die kleinen und mittleren Betriebe[21]), für welche dann aller-

[18]) Wenn man für 1 l Wasser durchschnittlich 0,2 g Abdampfrückstand annimmt, so werden die 150—200 m³ Wasser, die durch 100 kg Papier hindurchgehen, etwa 30—50 kg unverdampfbare Substanz mit sich führen, die die Qualität des fertigen Papiers wohl zu beeinflussen vermögen.

[19]) Vgl. Staudt, R., Die Standortswahl der deutschen Papierindustrie in theoretischer und historischer Untersuchung. Diss. Dresden, S. 36.

[20]) Vgl. unten S. 112 und 115 f.

[21]) Die Kraftübertragung erfolgt hierbei heute vielfach in Form der elektrischen Energie.

dings auch Produktionsschwankungen bei Schwankungen des Wasserstandes und damit der Wasserkraft fühlbar zu werden vermögen; in den nicht zahlreichen hier vorhandenen, regelmäßig mit Papierfabriken kombinierten Großbetrieben pflegt heute ebenfalls schon zumindest die ungünstige Jahreszeit durch Dampfbetrieb überbrückt zu werden (Dampfschleifereien).

Es erweist sich somit für die moderne Papierfabrikation die Kohle als dritter wesentlicher Faktor, und zwar in ihrer Bedeutung durch ihren Charakter als ausgesprochenes Gewichtsverlustmaterial[22]) gekennzeichnet, das nicht in das Endprodukt selbst eingeht, obwohl dieses zur Herstellung durchschnittlich, vom Rohstoff an gerechnet, etwa seine zwei- bis dreifache Gewichtsmenge an Kohle verbraucht[23]).

2. KAPITEL

Die Strukturwandlung und neue volkswirtschaftliche Stellung der österreichischen Papierindustrie.

Gehen wir nach diesen allgemeinen Vorbemerkungen nun auf die nähere Betrachtung der österreichischen Papierindustrie über, so werden wir zunächst feststellen, daß diese auf eine alte Tradition zurückblicken kann; mit dem Eindringen der Papiermacherkunst im alten Deutschen Reich entstanden bald auch auf dem Gebiet des heutigen Österreichs die ersten Papiermühlen.

Als die älteste österreichische Papiermühle wird allgemein jene von Leesdorf bei Baden angesehen, obwohl deren Gründungsjahr heute nicht mehr mit Bestimmtheit festzustellen ist. Während bisher Krawany auf Grund verschiedener Wasserzeichen aus Urkunden des Klosters Heiligenkreuz deren Bestehen bis zum Jahre 1321 zurückzuverfolgen können glaubte[24]), hält derselbe Autor in seinem letzten großen Werk den seinerzeit geführten Nachweis nicht mehr aufrecht[25]); urkundlich wird die Papiermühle zuerst 1652 erwähnt, wogegen der Historiker Friedr. v. Hößle schon für das Jahr 1616 ein Wasserzeichen dieser Leesdorfer Mühle feststellen konnte. Sie dürfte daher an Alter übertroffen werden durch zwei andere österreichische, heute freilich auf tschechoslowakischem Gebiet liegende Gründungen, nämlich die Egerer

---

22) Unter Gewichtsverlustmaterial haben wir nach der Terminologie Alfred Webers einen industriellen Rohstoff zu verstehen, der in dem Produktionsprozeß mit seiner Substanz nur zum Teil („Grobmaterial") oder überhaupt nicht („Brennmaterialien", wie etwa die Kohle) in das Produkt eingeht. Vgl. Weber, Alfred, Über den Standort der Industrie, I. Teil: Reine Theorie des Standorts, 1909, S. 53.

23) Vgl. hierüber des näheren unten S. 116.

24) Vgl. Krawany, Franz, Geschichte der Papierindustrie, S. 12.

25) Vgl. ders., Internationale Papierindustrie, S. 23 u. 77.

Papiermühle vom Jahre 1370 (historisch interessant durch die hier erfolgte Berufung italienischer Papiermacher durch Karl IV.) und die bekannte, noch heute in Betrieb befindliche Groß-Ullersdorfer Papiermühle (Mähren) aus dem Jahre 1520. Vergleichshalber sei an dieser Stelle bemerkt, daß der Beginn der Papiermacherei in Deutschland nicht viel früher als in Österreich anzusetzen sein wird, nämlich etwa mit dem Jahre 1290 (Ravensburg). Urkundlich nachweisbar ist auch hier wiederum erst die Nürnberger Papiermühle aus dem Jahre 1390.

Eine Verfolgung freilich der interessanten geschichtlichen Entwicklung der österreichischen Papiererzeugung kann ebenfalls nicht in den Rahmen unserer Untersuchung fallen und wir verweisen hier auf die verdienstvollen Arbeiten Friedrich von Hößle's, der sich mit der Geschichte der deutschen sowie der österreichischen Papierindustrie in vielen Einzelabhandlungen befaßt hat, sowie auf Krawany und dessen — zum Teil von Hößle's Arbeiten ausgehenden — umfassenden „Geschichte der Papierindustrie".

Trotz zahlreicher Gründungen von Papiermühlen auf österreichischem Gebiet während der Hadernepoche scheint die damalige österreichische Handpapiererzeugung selbst den zu jener Zeit vergleichsweise noch sehr geringen Papierbedarf nicht vollständig zu decken in der Lage gewesen zu sein, wie der damaligen nicht unbedeutenden Einfuhr besonders von italienischen, aber auch deutschen (bayerischen) Papieren zu entnehmen ist; selbst als gegen das Ende der Hadernepoche die Papiererzeugung der vielen Neugründungen fühlbarer wurde, blieb Österreich und besonders Wien noch bedeutender Importeur für deutsches Papier, das vielfach seinen Weg von hier aus weiter nach dem Osten, nach Ungarn und Rußland nahm[26]).

Als eigentlicher Beginn jedoch der österreichischen Papierindustrie wird das Revolutionsjahr 1848 anzusehen sein, denn selbst durch die Aufstellung der ersten Papiermaschine in Österreich (1827) konnte die industrielle Herstellung durch den noch zu geringen Inlandsbedarf nicht zu einer entsprechenden Entwicklung gelangen. Erst mit dem Aufkommen des liberaleren Zeitgeistes, der die freie Verbreitung des gedruckten Wortes ermöglichte, sowie der bald darauf auch folgenden Einführung der bahnbrechenden Erfindungen der Holzstoff- und der Zelluloseherstellung in Österreich war die Zeit der Großindustrie gekommen und besonders in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts folgt nun eine Fabriksgründung der andern; als bemerkenswerte Tatsache soll hierbei erwähnt werden, daß alle ersten Einführungen und Entwicklungen in der gesamten Papierindustrie der ehemaligen Mon-

[26]) Vgl. Neukirchen, a. a. O., S. 28. Die zu Beginn des vorigen Jahrhunderts in ganz Österreich bestehenden Papiermühlen werden auf etwa 300 geschätzt.

archie die heutige deutsch-österreichische Papierindustrie für sich allein in Anspruch nehmen kann[27]).

Schon im Jahre 1878, für welches Jahr uns die erste Produktionsstatistik vorliegt, war der Bestand der österreichischen Papierindustrie beträchtlich; Österreich weist zu diesem Zeitpunkt auf[28]):

138 Maschinenpapierfabriken,
39 Hadern-, Strohpappen- und Preßspanfabriken,
84 Holzschleifereien mit 152 Holzschleifapparaten,
12 Zellulose- und Strohstoffabriken mit 21 Kochern,
165 Langsiebpapiermaschinen,
96 Rundsieb- und Pappenmaschinen.

Die Gesamtpapiererzeugung wird mit 92 250 t angegeben, wobei gegen 20 000 Arbeiter in der Papierindustrie Beschäftigung fanden.

Für die damaligen industriellen Verhältnisse in der Monarchie war die Papierindustrie immerhin schon als hervorragende Großindustrie anzusehen, was um so bemerkenswerter erscheint, als die ganze Entwicklung in verhältnismäßig sehr kurzem Zeitraume vor sich gegangen war. Nach weiteren 10 Jahren, also etwa um 1888, wurden bereits gezählt:

144 Maschinenpapierfabriken,
42 Hadern-, Strohpappen- und Preßspanfabriken,
203 Holzschleifereien mit 552 Schleifapparaten,
32 Zellulose- und Strohstoffabriken mit 121 Kochern,
184 Langsiebpapiermaschinen,
429 Rundsieb- und Pappenmaschinen.

Die maschinellen Einrichtungen erweiterten sich also in diesem 10jährigen Zeitraum

bei den Papiermaschinen um	18 %
bei den Holzschleifereien und Pappenfabriken um	251 %
bei den Schleifapparaten um	367 %
bei den Zellulosefabriken um	167 %
bei den Zellulosekochern um	576 %

Diese außerordentlich hohen Zahlen bei der Halbstofferzeugung werden nur dadurch zu erklären sein, daß diese Industrie erst mit dem Anfang der 60er Jahre begründet wurde. Der Erfindung der Holz- und Zellstoffherstellung folgt eine mächtige Aufwärtsbewegung der österreichischen Papierindustrie; die technische Vervollkommnung dieser Industrie und das stetige Anwachsen des Papierbedarfs ließen die Gründungs- und Unternehmungslust nun nahezu zwei Jahrzehnte anhalten. Erst in der zweiten Hälfte der

[27]) Vgl. Krawany, Internationale Papierstatistik, S. 83.

[28]) Vgl. Wirtschaftsgeographische Karten und Abhandlungen zur Wirtschaftskunde der Länder der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, herausgegeben vom Handelsmuseum in Wien, 1919, Heft 9: Krawany, Franz, „Die Papierindustrie", S. 16. Die Angaben hierbei beziehen sich auf Österreich ohne Ungarn.

80er Jahre kam der Rückschlag, die Überproduktion wurde empfindlich und der Konkurrenzkampf in der österreichischen Papierindustrie, der durch keine entsprechende Organisation der Produzenten gemindert wurde, nahm heftige Formen an.

Im Jahre 1903 standen sich bereits gegenüber:

166 Maschinenpapierfabriken mit 249 Langsiebpapiermaschinen,
277 Holzschleifereien und Holzpappefabriken mit 590 Pappen- und Rundsiebmaschinen und 781 Schleifapparaten,
3 Strohstoffabriken und
38 Zellulosefabriken[29]).

Dies bedeutet für diesen 15jährigen Zeitraum eine weitere Vermehrung

der Maschinenpapierfabriken	um 15 %
„ Langsiebpapiermaschinen	„ 35 %
„ Holzschleifereien und Pappenfabriken .	„ 36 %
„ Schleifapparate	„ 42 %
„ Pappen- und Rundsiebmaschinen . . .	„ 39 %
„ Zellulosefabriken	„ 18 %

und entspricht einer Gesamtproduktion von 308 503 t Maschinenpapier, wovon an

Fein Schreib- und Druckpapier	59 400 t
Zigaretten- und Seidenpapier	7 300 t
mittelfeinen und ordinären Schreib-, Druck- und Zellulosepapieren	147 705 t
Packpapier	84 248 t
Strohpapier	9 850 t

jährlich erzeugt wurden, ferner an

grauen Pappen	27 210 t
geschliffenem und gedämpftem Holzstoff und Holzpappe	209 600 t
Strohstoff	5 700 t
Zellulose	144 580 t

endlich an

Handpapier	950 t[30])

Der inländische Markt bot nicht mehr genügend Spielraum für diese enorm gestiegene Leistungsfähigkeit, so daß sich in der altösterreichischen Papierindustrie schon bald Exporttendenzen bemerkbar machten; ein für den soeben betrachteten Zeitpunkt angegebenes Exportquantum des österreichischen Papiers mit 52 000 t oder einem Sechstel der Gesamtproduktion entspricht bei der

[29]) Vgl. Krawany, Franz, Entstehung, Entwicklung und voraussichtliche Gestaltung der Papierindustrie, insbesondere mit Rücksicht auf die österreichisch-ungarische Monarchie. Wien 1905, S. 11.

[30]) In 16 Betrieben (gegenüber 300 zu Beginn des 19. Jahrhunderts) mit insgesamt 36 Bütten.

gleichzeitigen geringen Einfuhr an Spezialerzeugnissen der Papierindustrie mit 2570 t einem österreichischen Papierverbrauch für das Jahr 1903 von 559 073 t, was je Kopf der Bevölkerung etwa 5,5 kg bedeutet.

An Arbeitskräften beschäftigte die österreichische Papierindustrie:

In den	166	Papierfabriken	17 800 Personen
„ „	277	Holzschleifereien usw.	3 950 „
„ „	63	Pappenfabriken	2 500 „
„ „	3	Strohstoffabriken	120 „
„ „	38	Zellulosefabriken	2 090 „
„ „	16	Betrieben für Handpapiererzeugung	700 „
		insgesamt:	27 160 Personen.

Bemerkenswert erscheint hier die Tatsache, daß einer seit 1878, also in einem Zeitraum von 25 Jahren, erfolgten Steigerung der altösterreichischen Papierproduktion um 300 % ein Zuwachs der hierzu benötigten Arbeitskräfte um nur 30 % gegenübersteht, ein Verhältnis also der beiden Zuwachsziffern von etwa 10 : 1, was deutlich den technischen Fortschritt im Produktionsvorgang der österreichischen Papierindustrie während dieser Zeit zu beleuchten vermag.

Die Aufnahme des Exportes förderte naturgemäß aufs neue die Tendenz zu weiteren Betriebserweiterungen; freilich würde es für unseren Zusammenhang zu weit führen, die Entwicklung der technischen Erweiterungen in der österreichischen Papierindustrie, sowie deren wirtschaftliche Lage bis zum Beginn des Weltkrieges in all ihren Einzelheiten zu verfolgen.

Über die Produktions- und Exportentwicklung der letzten Friedensjahre mag die folgende Tabelle Aufschluß geben:

Tabelle 2

Gesamtproduktion und Export an Papier, Pappe sowie an Halbstoffen in den Jahren 1905—1913 in t[31])

Jahr	Papier		Pappe		Halbstoffe	
	Produktion	Export	Produktion	Export	Produktion	Export
1905	383 855	60 545	75 410	22 354	373 916	75 590
1906	390 685	59 632	79 170	25 122	383 720	80 303
1907	371 163	60 901	87 618	31 100	409 550	84 938
1908	361 915	58 360	115 229	26 222	411 509	81 010
1909	355 208	56 737	114 369	23 510	413 259	78 862
1910	394 099	57 383	120 792	28 286	439 145	82 255
1911	406 261	50 410	137 549	29 404	437 929	99 183
1912	424 735	51 280	158 278	32 965	445 479	96 380
1913	427 914	60 798	164 788	35 811	458 149	101 240

[31]) Entnommen den jährlichen Berichten über die Industrie, den Handel und die Verkehrsverhältnisse in Niederösterreich, dem k. k. Handelsministerium erstattet von der Handels- und Gewerbekammer in Wien. (Im folgenden kurz als „Handelskammerbericht" bezeichnet.)

In großen Zügen zeigte nun mit dem letzten Friedensjahr die Papierindustrie in Österreich-Ungarn das folgende Bild[32]):

a) Anlagen[33])

331 Unternehmen mit

161 Papierfabriken (Maschinen und Bütten) mit 252 Langsiebpapiermaschinen und 25 Schöpfbütten,
393 Holzschleifereien und Pappenfabriken,
43 Zellulosefabriken,
1 Strohstoffabrik,
4 Hadernhalbstoffabriken.

b) Erzeugung[34])

1. Papier:

Schöpfpapier	327 t
Surrogatfreie Papiere	13 671 t
Holzfreie Papiere	61 258 t
Holzhaltige Schreib- und flache Druckpapiere	107 016 t
Rotationsdruckpapiere	54 162 t
Seiden-, Kopier- und Zigarettenpapiere	11 511 t
Lösch-, Filtrier- und Löschkartonpapiere	685 t
Kunstdruck-, Chromopapiere und Chromokarton	927 t
Karton- und Duplexpapiere, geklebt	5 439 t
Spezialpapiere aller Art	21 414 t
Zellulosepack, ungebleicht	57 601 t
Zellulosehutpack	3 639 t
Natron-Zellulosepackpapiere	8 347 t
Ordinäre Packpapiere	46 599 t
Braun-, Patent- und Hutpack	24 137 t
Strohpapiere	6 468 t
Affichen- und Dünndruckpapiere	4 708 t
	427 914 t[35])

2. Pappe:

Grau-, Roh- und Strohpappe und Preßspan	50 152 t
Braune und weiße Holzdeckel	114 639 t
	164 788 t

[32]) Vgl. Krawany, Internationale Papierstatistik, S. 222 f. und 225, sowie Handelskammerbericht 1913.

[33]) Das Schwergewicht lag hierbei naturgemäß weitaus auf der österreichischen Reichshälfte; auf Ungarn trafen nur 19 Papierfabriken mit 38 Langsiebpapiermaschinen (einschl. Rundsiebmaschinen) sowie 28 Holzschleifereien und Zellulosefabriken; Bosnien wies überhaupt nur eine Zellulosefabrik auf. (Vgl. Handelskammerbericht 1913.)

[34]) Hiervon traf auf Ungarn eine Erzeugung von 63 550 t Papier, 3 479 t Pappe, 16 372 t Holzschliff und Holzdeckel und 94 535 t Zellulose und Strohstoff, auf Bosnien eine Erzeugung von 13 985 t Zellulose. Unter Zugrundelegung der Produktionsziffern von 1912 entfiel im ganzen auf die österreichische Reichshälfte an Papier 85,4 %, an Pappe 92,8 %, an Holzschliff und Holzdeckel 94,7 %, an Zellulose 67,4 %, insgesamt also 83 % der Gesamterzeugung.

[35]) Es entspricht diese Papierproduktion einem Verbrauch von 7,3 kg je Kopf der Bevölkerung im Jahre 1913.

3. Halbstoffe:

Lumpenhalbstoff	24 292 t
Strohstoff, gebleicht	2 500 t
Zellulose	314 199 t
Holzschliff	141 449 t
	482 441 t

c) Ausfuhr

Papier	60 939 t = 14,2 %	der Erzeugung
Pappe usw.	35 811 t = 21,7 %	„ „
Holzschliff u. Zellulose	102 291 t = 22,9 %	„ „

An der Gesamtausfuhr der österreichischen Papierindustrie waren beteiligt:

Italien mit	27,6 %
Deutschland	15,1 %
Frankreich	12,8 %
Türkei	6,5 %

diese vier Staaten zusammen also mit insgesamt 62,0 %.

Für Papier allein stand an erster Stelle die Türkei mit 17,6 %, es folgte Ägypten mit 12,0 %
Bulgarien mit 7,4 %
Britisch-Indien mit 7,3 %.

Die größten Abnehmer hingegen waren für

Pappe	Italien mit 48,2 %
Holzstoff und Zellulose	Italien mit 35,6 %
Zellulose	Frankreich mit 27,5 %

Nach einer Reihe durch außergewöhnliche Wirtschaftsverhältnisse gekennzeichneten und darum aus unserer Betrachtung ausscheidenden Kriegsjahre, die gerade für die Papierindustrie einen außerordentlich empfindlichen Produktionsrückgang bedeuteten, mußte nun der Zusammenbruch der Monarchie und die erfolgte Staatentrennung auch für die österreichische Papierindustrie zum Ausgang weittragender struktureller Wandlung werden[36]). In durchaus neuer Gestaltung und Zusammensetzung hatte die österreichische Papierindustrie in einem neuen Wirtschaftskörper eine ebenso neue volkswirtschaftliche Stellung einzunehmen; welcher

[36]) Beachtung können hierbei notwendigerweise für uns nur jene strukturellen Wandlungen innerhalb der österreichischen Papierindustrie verdienen, die von rein volkswirtschaftlichem Standpunkt bedeutsam erscheinen; auf die durch die Staatentrennung für die einzelnen Unternehmungen oft sehr einschneidenden Veränderungen in der internen Struktur der großen österreichischen Papiererzeuger dagegen können wir im einzelnen nicht eingehen und verweisen bezüglich der Verschiebungen innerhalb der wichtigsten altösterreichischen Papierkonzerne auf die Darstellungen bei Schwalbe, Helmut, Die Konzentrationsbewegung in der Papierindustrie der Welt, Diss. Dresden 1925. Was die Strukturveränderung des einstmals größten österr. Papierproduzenten, des Leykam-Josefsthal-Konzerns betrifft, so werden wir diese in anderem Zusammenhang noch prinzipiell zu betrachten haben. (Vgl. unten S. 170.)

Art nun waren diese Veränderungen in der Struktur der österreichischen Papierindustrie und wie charakterisiert sich deren neue Stellung innerhalb der österreichischen Volkswirtschaft?

Mit der Konstituierung der sog. Nationalstaaten und der Abtrennung beträchtlicher Gebiete an die ehemaligen Feindstaaten mußte notwendigerweise auch ein großer Teil der vorhandenen Anlagen für die österreichische Papierindustrie verloren gehen; wir vergleichen nachstehend den Bestand der österreichischen Papierindustrie von 1913 mit den nach Friedensschluß der österreichischen Republik verbliebenen Anlagen:

Tabelle 3

Bestand der österreichischen Papierindustrie	1913	1918
Unternehmen überhaupt	331	159
Papierfabriken (Maschinen- und Bütten-)	161	48[37])
Langsiebpapiermaschinen	252	91
Holzschleifereien und Pappenfabriken .	393	184
Zellulosefabriken	43	19
Strohstoffabriken	1	—
Hadernhalbstoffabriken	4	—

Aus einer solchen Gegenüberstellung der in Größe und Leistungsunterschied zum Teil außerordentlich unterschiedlichen Anlagen und Maschinen wird freilich noch kein eigentliches Urteil über den im neuen Österreich verbliebenen Anteil der Vorkriegsproduktion gefällt werden können; es wird uns daher ferner in besonderem Maße die eigentliche Erzeugungskapazität der in Österreich verbliebenen Anlagen im Verhältnis zu der der alten Monarchie interessieren.

Freilich werden gerade hierüber die Berechnungen je nach dem Ausgangspunkt derselben nicht unerheblich schwanken, so daß wir die nachfolgend angegebenen Werte eher als zu hoch gegriffen ansehen möchten[38]).

[37]) Darunter 2 Betriebe mit zwei Bütten für Schöpfpapier.

[38]) Verschiedene Ausgangspunkte für eine Untersuchung sind insofern gegeben, als einerseits Krawany nach ihm jeweils direkt von Seite der österreichischen Papierindustriellen an Hand gegebenen statistischen Daten in seinen jährlichen Berichten an die Wiener Handelskammer (Vgl. Berichte über die Industrie, den Handel und die Verkehrsverhältnisse in Niederösterreich, dem k. k. Handelsministerium erstattet von der Handels- und Gewerbekammer in Wien) sowie in seinen sonstigen Werken (insbes. seiner Internationalen Papierstatistik) als mangels einer eigentlichen Verbands- oder amtlichen Statistik einzig vorhandenen Quelle über Produktion usw. der Papierindustrie Österreich-Ungarns, die Gesamtproduktion für das Jahr 1913 wie folgt angibt:

Bei	Papier	mit	427 914 t
	Pappe	„	164 788 t
	Zellulose	„	314 199 t
	Holzschliff	„	141 449 t

Nach dem Handelskammerbericht von 1922[39]) betrug die Erzeugungskapazität der deutsch-österreichischen Papierindustrie von der Erzeugungskapazität der Monarchie an

Papier	52 %
Pappe	62 %
Zellulose	63 %
Holzstoff	66 %

Es ergibt sich hieraus, daß das heutige Österreich etwas mehr als die Hälfte der Gesamtkapazität der papierindustriellen Produktion der Monarchie geerbt hat, was vielleicht auf den ersten Blick überraschen mag, da die gleichzeitig auf die Republik überkommene Bevölkerungszahl nur rund ein Achtel derjenigen der Monarchie beträgt.

Die Erklärung ergibt sich aus der Tatsache, daß die alte österreichische Papierindustrie hinsichtlich ihres Standortes zwei große Agglomerationspunkte aufzuweisen hatte. Die Ausläufer des

---

(Vgl. Handelskammerbericht 1913 und Internationale Papierstatistik, S. 222 f.). Andererseits legt der Verband der Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie, welcher nunmehr nach dem Krieg die genannten Berichte ausarbeitet, seiner Berechnung über den prozentualen Anteil Deutsch - Österreichs an der gesamten altösterreichischen Papierindustrie, der hier in absoluten Zahlen bei

Papier	mit	188 426 t,	nach	Krawany	192 000 t
Pappe	„	70 045 t,	„	„	51 000 t
Zellulose	„	121 363 t,	„	„	125 000 t
Holzstoff	„	75 142 t,	„	„	115 000 t

angegeben wird,

eine Jahresproduktion von 1913 aller „Im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder"

bei Papier	mit	360 534 t
Pappe	„	113 241 t
Zellulose	„	194 252 t
Holzschliff	„	113 862 t

zugrunde. (Vgl. Handelskammerbericht 1919/20.)

Da die Berechnungen des genannten Verbandes in der Literatur bereits festen Fuß gefaßt zu haben scheinen (vgl. z. B. Bayer, a. a. O., S. 91 und 114), haben wir dieselben im folgenden wenigstens im allgemeinen gleichfalls übernommen.

Zu bemerken ist an dieser Stelle noch, daß die Produktionsmengen des Jahres 1913 in Vollproduktion entstanden und damit auch das Ausmaß der eigentlichen Erzeugungskapazität zu geben in der Lage sind.

[39]) Nunmehr: „Bericht über die Industrie, den Handel und die Verkehrsverhältnisse in Wien und Niederösterreich. Der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie erstattet vom Kammeramte zur Vorlegung an das Bundesministerium für Handel und Verkehr."

Fichtel- und Riesengebirges im Norden, also das sudetendeutsche Gebiet der heutigen Tschechoslowakei einerseits und andererseits das Alpenvorland, insbesondere Niederösterreich, Steiermark und Oberösterreich, beherbergten zusammen etwa 75 % der gesamtösterreichischen Papierfabrikation und bildeten somit die Hauptlieferanten der übrigen Länder der Monarchie. Von diesen beiden großen Gebieten übertraf wiederum das des Alpenvorlandes die sudetenländische (sowie mährisch-schlesische) Produktion um ein Beträchtliches, so daß die heutigen österreichischen Bundesländer in der Tat trotz ihres verhältnismäßig geringen Flächenraums mehr als die Hälfte der alten österreichischen Papierindustrie umschließen.

Wenn wir nun selbst die Erzeugungskapazität der neuen österreichischen Papierindustrie insgesamt auch nur mit 50 % derjenigen der Monarchie annehmen wollen, so werden aus dem Verhältnis dieser Kapazität zu der nicht mehr als rund den achten Teil der früheren Konsumenten umschließenden österreichischen Wirtschaft oder mit anderen Worten aus der Tatsache, daß für Österreich der Umfang seiner Papierindustrie gegenüber der Vorkriegszeit auf rund das Vierfache gestiegen ist, bedeutsame Schlüsse für deren neue volkswirtschaftliche Stellung abzuleiten sein.

Die alte österreichische Papierindustrie war — wie wohl so gut wie alle Wirtschaftszweige der Monarchie — zum weitaus überwiegenden Teile auf die Versorgung eines ausgedehnten und zollgeschützten Binnenmarktes angewiesen; die zum Export gelangenden Überschüsse der Produktion betrugen, wie wir oben gesehen haben, zu Beginn des Krieges insgesamt rund 20 % der Erzeugung, ein relativ vielleicht wenig maßgeblicher, für die damaligen österreichischen Industrieverhältnisse jedoch durchaus beachtenswerter Anteil. Durch den Verlust nun des überwiegenden Teiles des bisherigen Inlandsmarktes mußte die neue österreichische Papierindustrie mit der Staatentrennung den Charakter einer überwiegenden Exportindustrie annehmen und in dieser Eigenschaft, wie wir unten noch zu sehen haben werden, eine hervorragende Stellung im Rahmen der neuen österreichischen Volkswirtschaft erlangen.

Es darf hierbei freilich nicht unerwähnt bleiben, daß das soeben generell auf Grund der Produktions- und Bevölkerungsziffern angedeutete Mißverhältnis zwischen Erzeugungsmenge und inländischer Konsumfähigkeit für die österreichische Papierindustrie niemals in dieser krassen Form tatsächlich fühlbar wurde. Denn wenn auch das heutige Österreich zahlenmäßig nur über ⅛ der Käufer der Monarchie verfügt, so stellt sich doch diese Konsumentenmasse als eine für den Papierverbrauch besonders qualifizierte dar; während sich für das Jahr 1913 der Papierverbrauch je Kopf für die gesamte Monarchie auf durchschnittlich 7,3 kg errechnen läßt, ergaben sich hierbei für die einzelnen Reichshälften bedeutende Unterschiede.

Es traf nämlich je Kopf der Bevölkerung ein Papierverbrauch in

Österreich[40])	11,5 kg
Ungarn	6,1 kg
Bosnien	1,4 kg.

Für das Gebiet des heutigen Österreichs wird der Friedensverbrauch sogar durchschnittlich noch höher anzusetzen sein als für die übrigen Gebiete der österreichischen Reichshälfte, da sich hier ja das eigentliche kulturelle und administrative Zentrum der Monarchie befand mit der Zweimillionenstadt Wien an der Spitze; freilich fehlen hierüber nähere statistische Angaben, so daß wir uns mit dem obigen Ziffernmaterial begnügen müssen. Aus diesem Verhältnis des Papierverbrauchs in der österreichischen Reichshälfte zum Gesamtverbrauch in der Monarchie ergibt sich die Tatsache, daß das heutige Österreich in Wirklichkeit einen um mehr als 50 % höheren Papierkonsum aufwies, als es dem oben gegebenen, auf die gesamtösterreichische Bevölkerungsziffer abgestellten Bilde entspricht; die Produktionskapazität der österreichischen Papierindustrie dürfte darum hinsichtlich des tatsächlichen Inlandsverbrauches mit der Staatentrennung etwas weniger als das Doppelte der damaligen Konsumfähigkeit des österreichischen Marktes betragen haben, wobei jedoch diese Erzeugungsmenge in der damaligen Zeit insbesondere durch die herrschende Schwierigkeit in der Kohlenversorgung der Industrie bei weitem nicht erreicht werden konnte. Für die Jahre 1919 und 1920 betrug die Produktion der gesamten neuösterreichischen Papierindustrie durchschnittlich noch nicht 50 % der eigentlichen Leistungsfähigkeit der verbliebenen Anlagen.

Heftige Schwankungen in der Erzeugung waren aber auch noch in den folgenden Jahren durch die unsicheren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der österreichischen Republik bedingt, wenn sich auch vom Jahre 1921 an eine deutliche Aufwärtsbewegung der Produktion und eine immer intensivere Ausnützung der Erzeugungskapazität geltend machte, die mit dem Jahre 1923 zur Erreichung der Friedenskapazität in der Halbstofferzeugung, mit dem Jahre 1925 auch in der Papiererzeugung führte; einzig die Pappenproduktion hat seit dem Umsturz eine grundsätzliche Umstellung erfahren und erreicht auch heute nicht mehr die frühere Produktionsmenge.

Freilich war dieser im Vergleich mit der Entwicklung der sonstigen österreichischen industriellen Produktion besonders bemerkenswerte Fortschritt in der Papierindustrie in hervorragendem Maße durch die Initiative der Unternehmer selbst bedingt, die in zielbewußtem Rationalisierungsprozeß und notwendiger Anpassung an die geänderte wirtschaftliche Weltlage sich für den Absatz ihrer Produktion neue Wege zu bahnen wußten und damit für die

[40]) d. h. in der gesamten österreichischen Reichshälfte.

österreichische Papierindustrie einen wesentlichen Umstellungsprozeß einleiteten.

Nach einem durch die drückenden wirtschaftlichen Verhältnisse in den ersten Nachkriegsjahren auf einen Tiefstand von 8,6 kg im Jahre 1923 (1913: 11,5 kg!) gefallenen durchschnittlichen Papierverbrauch in Österreich sehen wir im Jahre 1925 mit 11,2 kg den Vorkriegsstand des Inlandverbrauchs annähernd wieder erreicht; das gleichzeitige Überschreiten der Vorkriegsproduktion um zum Teil bereits beträchtliche Mengen läßt erkennen, daß rund die Hälfte dieser die Vorkriegsproduktion noch übertreffenden österreichischen papierindustriellen Erzeugung im Ausland seine Abnehmer fand.

Nach einer Aufstellung von Scheffer[41]) nun nahmen vor dem Kriege von der jetzigen deutsch-österreichischen Papiererzeugung auf:

Ungarn	20 %
Jugoslawien	12 %
das heutige Polen	8 %
die Tschechoslowakei	8 %

also diese genannten Nachfolgestaaten allein 48 % der heutigen österreichischen Produktion oder fast den nämlichen Prozentsatz, den auch 1925 der österreichische Export erreichte. Da man aber gerade von seiten dieser Nachfolgestaaten, wie wir schon im ersten Teil unserer Untersuchung zeigten, einschneidende zollpolitische Absperrungsmaßnahmen gegenüber jedem industriellen Export aus Österreich ergriffen hatte und dadurch auch gerade für die österreichische Papierindustrie einzelne alte und nächstliegende Absatzgebiete fast endgültig verlorengingen[42]), muß es die österreichische Papierindustrie verstanden haben, sich mit Erfolg nach fernergelegenen Absatzgebieten umzusehen; unter diesen nehmen besonders die Überseeländer einen wichtigen Raum ein.

Eine durchaus bedeutsame Umstellung der Erzeugung hatte hierbei insofern zu erfolgen, als die einzelnen Unternehmer gezwungen waren, sich in dem neuen Exportgeschäft nach den Wünschen dieser neuen Konsumenten einzurichten. Das hat dazu geführt, daß eine Reihe der österreichischen Fabriken zur Erzeugung anderer Qualitäten übergehen mußte, als sie bislang zu erzeugen gewohnt war. So wurde insbesondere Druckpapier in viel leichterem Gewichte erzeugt als bisher, hochwertige Edelpapiere wurden allmählich zum Hauptartikel einzelner österreichischer Fabriken. Ferner wurde die Fabrikation dünner

[41]) A. a. O., S. 249.

[42]) Es sei beispielsweise hier nur angeführt, daß die Einfuhr von Papier nach Polen noch im Jahre 1922 zu 68 % von Österreich besorgt wurde, während schon ein Jahr darauf, 1923, dieser Importanteil auf 18 % zurückging. Vgl. Handelskammerbericht 1923.

Hadernpapiere und der bisher in Österreich noch nicht erzeugten Rohpappe aufgenommen[43]).

Eine vergleichende Aufstellung über die Richtung dieses sich notwendigerweise langsam, jedoch konstant vollziehenden Umstellungsprozesses des österreichischen Papierexports ergibt folgendes Bild[44]):

Tabelle 4

Richtung des Exports	1920		1925	
	Tonnen	Prozent	Tonnen	Prozent
Nachfolge- und Nachbarstaaten	30 668	90,7	57 636	55,82
Übriges Europa	2 387	7,0	12 634	12,23
Asien, Amerika, Afrika, Australien . .	766	2,3	33 004	31,95
Gesamtexport	33 821	100,0	103 274	100,0

Innerhalb dieses beobachteten fünfjährigen Zeitraums fällt demnach der österreichische Papierexport nach den Nachfolge- und den Nachbarstaaten relativ um etwa 35 %, während in demselben Zeitraum der Export nach Übersee eine Vermehrung um rund das 14fache erfährt. Mit dem Jahre 1925 beginnt nun eine gewisse Befestigung der erreichten Exportrelationen der österreichischen Papierindustrie, deren Ausfuhr in den nachfolgenden Jahren hinsichtlich ihrer relativen Verteilung auf die oben ausgewiesenen Marktgruppen keine nennenswerte Verschiebung mehr erfährt. So beträgt der prozentuale Anteil der österreichischen Papierausfuhr im Jahre 1928 für

Nachfolge- und Nachbarstaaten . . .	rund	59,0 %
übriges Europa	„	10,5 %
überseeische Märkte	„	30,5 %
		100,0 %

Der sich damit ergebende Stillstand der relativen Exportsteigerung nach den überseeischen Märkten läßt sich auf die Widerstände zurückführen, die sich auf diesen wie auf dem Weltmarkt überhaupt durch das Anwachsen der mächtigen Konkurrenz Amerikas, insbesondere bei Druckpapier, für die europäische und damit auch österreichische Papiererzeugung geltend machen.

Wenn nun die österreichische Papiererzeugung mit dem Jahre 1925 die volle Vorkriegskapazität wieder erreicht, zum Teil sogar schon überschritten hatte, und dies, wie wir oben fanden, bei dem

[43]) Eine eigentliche Produktionsstatistik nach Sorten ist für die Nachkriegszeit nicht vorhanden, so daß wir darauf verzichten müssen, die Änderungserscheinungen in der qualitativen Zusammensetzung der österr. Papierproduktion exakt zu erfassen.

[44]) Vgl. Handelskammerbericht 1925.

gleichfalls auf die Vorkriegshöhe gestiegenen Inlandskonsum darum einer Exportbeschäftigung der österreichischen Papierindustrie von rund 50% entspricht, so mußte diese letztere durch die Bedeutung ihres Exports die immer stärker einsetzende Schärfe des internationalen Wettbewerbs in allen ihren Auswirkungen voll verspüren; die österreichische Papierindustrie war darum naturgemäß auch weiterhin zu einer Verstärkung jener Anstrengungen gezwungen, die auf eine Rationalisierung des Erzeugungsprozesses gerichtet sind.

Aus der Notwendigkeit, die Gestehungskosten weitgehend herabzudrücken, ergab sich wiederum zwangsmäßig eine weitere Vermehrung der Erzeugung; die Bestrebungen der Produktionsrationalisierung fanden naturgemäß ihren Ausdruck in einer ziemlich weitgehenden Erneuerung und Verbesserung überalterter maschineller Einrichtungen, in der Aufstellung moderner und leistungsfähiger Papiermaschinen, neuer Kocher und Großkraftschleifer, sowie in der Einführung neuer Antriebsmaschinen, so daß die Produktion auch weiterhin eine ununterbrochene Steigerung aufwies.

Die Gesamtentwicklung nun der Produktion der österreichischen Papierindustrie zeigt folgendes Bild[45]):

Tabelle 5

Jahr	In Waggons à 10 000 kg			
	Papier	Pappe	Zellulose	Holzstoff
1913[46])	18 843	7 005	12 136	7 514
1919	9 248	3 085	2 524	5 866
1920	9 429	3 281	3 602	5 457
1921	12 766	3 367	7 181	5 885
1922	15 108	4 155	10 187	7 269
1923	15 285	4 343	12 813	8 194
1924	17 211	4 542	14 935	8 249
1925	19 098	4 964	17 566	8 909
1926	19 778	5 365	18 267	9 601
1927	21 105	5 619	19 261	9 440
1928	23 046	5 560	20 701	10 411

Die Entwicklung der Produktion der österreichischen Papierindustrie bietet also das Bild einer ständig ansteigenden Kurve. Wenn wir hierzu die jeweilige Exportmenge vergleichen, erhalten wir folgende Zahlen[47]):

[45]) Vgl. Handelskammerberichte 1919—1928.

[46]) Vergleichsziffern der errechneten Produktion für das Gebiet der heutigen Republik Österreich.

[47]) Vgl. Handelskammerberichte 1921—1928.

Tabelle 6

Jahr	In Waggons à 10 000 kg			
	Papier	Pappe	Zellulose	Holzstoff
1921	4 789	2 449	1 325	1 762
1922	8 319	2 735	2 789	1 699
1923	9 825	3 003	4 936	2 989
1924	9 640	3 120	7 087	2 293
1925	10 327	3 632	8 601	2 723
1926	10 508	3 447	8 922	2 711
1927	11 025	3 833	8 594	2 565
1928	11 879	4 251	9 423	2 619

Aus dieser Tabelle ist deutlich eine gleichfalls ständig ansteigende Kurve des Exports der Erzeugnisse der Papierindustrie zu entnehmen, und zwar hinsichtlich der absoluten Exportziffern; was die relativen Exportziffern, d. h. den Anteil des Exports an der Gesamtproduktion betrifft, läßt sich nunmehr eine erreichte gleichbleibende Höhe der Exportquote für die österreichische Papierindustrie feststellen.

Wenn wir, um unsere Arbeit nicht zu sehr mit Einzeluntersuchungen zu belasten, zur Verfolgung dieser Exportquote drei typische Jahre herausgreifen wollen, etwa 1922, 1926 und 1928, so ergeben sich für den Exportanteil an der Produktion in diesen Jahren die folgenden Sätze:

Tabelle 7

Jahr	Papier	Pappe	Zellulose	Holzstoff
1922	56 %	67 %	27 %	23 %
1926	53 %	64 %	49 %	28 %
1928	51 %	76 %	45 %	26 %

Es läßt sich demnach im ganzen eine geringe Abnahme der Exportquote für Papier, ein Ansteigen jedoch bei der Pappe und den Halbstoffen, insbesondere jedoch bei der Zellulose beobachten. Der Mittelwert für die gesamte Papierindustrie läßt sich nun für das Jahr

1922 . . . . . mit rund 43 %
1926 . . . . . „ „ 48 %
1928 . . . . . „ „ 48 %

errechnen, welche Ziffern zeigen, daß die österreichische Papierindustrie in den letzten Jahren eine konstante Quote von 48 % ihrer Gesamtproduktionsmenge an das Ausland absetzt. Unter Berücksichtigung der Tatsache jedoch, daß die Papierausfuhr sich in immer weitergehendem Maße vorzugsweise aus dünneren und

hochwertigeren Sorten zusammensetzt, dürfte dieser Exportanteil hinsichtlich seines Wertes 50 % der Gesamtproduktion immerhin erreichen oder diese sogar noch übersteigen.

Aus der Erscheinung endlich, daß dieser Exportsatz der Papierindustrie seit einer Reihe von Jahren im Durchschnitt konstant geblieben ist, d. h. aus der relativ ebenso konstant gebliebenen österreichischen Inlandskonsumquote[48]) wird als notwendige Folge auch ein stetiges Anwachsen des absoluten Inlandsverbrauches angenommen werden müssen; zahlenmäßig läßt sich dieser Vorgang durch einen Vergleich der Verbrauchsziffern an Papier pro Kopf der österreichischen Bevölkerung veranschaulichen. Auf Grund des Handelskammerberichtes für 1927 betrug der Verbrauch an Papier pro Kopf der Bevölkerung:

1923	8,6 kg
1925	11,2 kg
1926	18,0 kg
1927	19,0 kg

Für 1928 wird die entsprechende Ziffer mit 20,61 kg angegeben[49]); selbst wenn wir hierbei das noch anormale Wirtschaftsjahr 1923 außer acht lassen wollen, hat sich somit innerhalb der drei letzten Jahre der österreichische Papierverbrauch annähernd verdoppelt.

Die eigentliche Bedeutung nun der Papierindustrie für die neue österreichische Volkswirtschaft wird sich in großen Zügen folgendermaßen charakterisieren lassen:

Was zunächst die beschäftigten Arbeitskräfte betrifft, so müssen wir uns, um einen Vergleich mit den übrigen Industriezweigen in Österreich zu erlangen, an die diesbezügliche Statistik der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte

[48]) Für dieselbe muß auch die zwar relativ geringe, aber auch in diesem Umfange insofern sicherlich nicht unbedingt gerechtfertigte österreichische Papiereinfuhr in Betracht gezogen werden, als es auf dem ganzen Gebiete der Papiererzeugung nahezu keine Sonderprodukte gibt, die nicht in ausreichender Menge in Österreich selbst hergestellt werden könnten; freilich dürfte gerade der relativ kleine österreichische Binnenmarkt der rationellen Herstellung insbesondere gewisser Spezialpapiere entgegenstehen.

Die Einfuhr betrug 1928 391 Waggons Pappe und 546 Waggons Papier, an letzterem insbesondere Pack-, Pergament-, Photographisches, Kunstdruck- und Chromopapier, ferner Bunt-, Gold- und Silberpapier. Die Einfuhr von 195 Waggons Zellulose erklärt sich größtenteils aus den bestehenden Konzernzusammenhängen mit dem Ausland (insbesondere mit der Tschechoslowakei, aber auch mit Deutschland).

Insgesamt beträgt diese österreichische Einfuhr ziemlich konstant rund 12 % der Ausfuhr der österreichischen Pacehope-Industrie.

[49]) Vgl. Zentralblatt für die Papierindustrie vom 15. 6. 1929.

halten[50]); es betrug nach dieser die Zahl der beschäftigten Arbeiter[51]) in der österreichischen Industrie im Jahre 1928:

Tabelle 8

1.	Bergbau und Salinen	18 210
2.	Hütten- und Walzwerke	18 520
3.	Eisen- und Metallindustrie	114 637
	darunter: Eisenverarbeitende Industrie	34 156
	Metallwarenindustrie	10 814
	Fahrzeugindustrie	18 875
	Maschinenindustrie	19 357
	Elektroindustrie	26 055
	Feinmechanische und Edelmetallindustrie	5 380
4.	Gewinnung und Industrien in Steinen und Erden	33 685
5.	Holz- und holzverarbeitende Industrie	48 746
6.	Chemische Industrie	21 069
7.	Nahrungs- und Genußmittelindustrie	57 047
8.	Textilindustrie	68 149
9.	Bekleidungsindustrie	14 835
10.	Leder- und Schuhindustrie	12 240
11.	Papierindustrie	19 859
12.	Papierverarbeitende Industrie	23 852

Für die Papierindustrie wird hiermit ein Arbeiterstand von 19 859 Personen ausgewiesen, der jedoch nicht geeignet erscheint, durch einen Vergleich mit den übrigen Industriegruppen ein gültiges Bild über die Bedeutung der Papierindustrie zu vermitteln, da die angegebenen Zahlen für die einzelnen Industriezweige eine für unseren Gesichtspunkt durchaus unzureichende Abgrenzung besitzen.

So sind, um nur zwei Beispiele herauszugreifen, in die Holz- und holzverarbeitende Industrie die benötigten Arbeitskräfte für das Fällen und Bringen des Holzes eingerechnet, in die Textilindustrie die Waschanstalten usw., so daß der Charakter der einzelnen Industriegruppen eine außerordentliche Verschiebung erfährt.

Wir müssen daher auf andere Weise die volkswirtschaftliche Stellung der neuen österreichischen Papierindustrie zu charakterisieren suchen. Hierzu können uns zwei Untersuchungen führen:

1. Das Verhältnis der Produktionsentwicklung der Papierindustrie zu der der übrigen österreichischen Industriegruppen.
2. Die Bedeutung des Exports der papiererzeugenden Industrie für den österreichischen Außenhandel.

---

[50]) Vgl. Wirtschaftsstatistisches Jahrbuch, herausgegeben von der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien, 1928.

[51]) Männlich und weiblich, jedoch ohne Lehrlinge.

Was nun zum ersten das Verhältnis der Produktionsentwicklung der Papierindustrie zu der der übrigen österreichischen Industriegruppen betrifft, so erwähnten wir bereits, daß die österreichische Papierindustrie nach der vollen Erreichung ihrer Friedenskapazität weitere erhebliche Kapazitätssteigerung durch Erweiterung ihrer Anlagen erzielte; bei voller Ausnützung ihrer Leistungsfähigkeit weist sie nunmehr gegenüber der Vorkriegskapazität eine erhebliche Produktionssteigerung auf, die im Jahre 1928 betrug:

bei der	Papiererzeugung	+ 22,8 %
„	„ Holzstofferzeugung	+ 38,5 %
„	„ Zelluloseerzeugung	+ 74,9 %
und nur „	„ Pappenerzeugung	— 20,6 %

Es ergibt sich also gegenüber dem Jahre 1913 eine Produktionssteigerung von rund 30 %, welchem Prozentsatz durch die zur Zeit annähernd voll ausgenützte Leistungsfähigkeit der Anlagen auch die Kapazitätssteigerung gegenüber dem Vorkriegsstand ungefähr entsprechen dürfte.

Was hierzu die entsprechenden Veränderungen in den übrigen Industriezweigen Deutsch-Österreichs betrifft, so zeigt sich hier durchweg ein wesentlich ungünstigeres Bild. Hervorgerufen ist dies einerseits durch den bestehenden Gegensatz der Vorkriegsleistungsfähigkeit der verbliebenen Anlagen sowohl mit der Aufnahmefähigkeit des neuen österreichischen, sowie des diesen Industrien erschlossenen Auslandsmarktes, also durch absolute Produktionsminderung (d. h. einer solchen gegenüber der Friedensproduktion); andererseits liegt vielfach jedoch der Grund in einer besonders aus den Kriegsverhältnissen heraus entstandenen Überkapazität gewisser Industrieanlagen, welche trotz zum Teil erreichter bedeutender absoluter Produktionssteigerung gegenüber dem Friedensstand doch heute nur zu einem geringen Teile effektiv ausgenützt erscheinen, also in einer relativen Produktionsminderung (d. h. in bezug zur absoluten Kapazität der vorhandenen Anlagen[52]). Eine bedeutsame Ausnahme hiervon macht allein der Aufschwung, welchen — freilich nur mit Hilfe ganz besonderen Zollschutzes — die österreichische Zuckerindustrie nehmen konnte, die z. B. ihre Produktion von 5 021,5 t im Jahre 1920 auf 93 200 t im Jahre 1927 steigern konnte. Für die Entwicklung dieses vor dem Kriege auf dem Gebiete des heutigen Österreichs nur gering ausgebildeten Industriezweiges lagen jedoch mit Rücksicht auf die angestrebte Selbstversorgung besondere Gründe vor.

---

[52]) Die Kapazitätsausnützung der österreichischen Industrie im allgemeinen wird heute mit etwa 60 % angegeben. Vgl. hierzu v. Scala, Die wirtschaftlichen Vorteile . . ., a. a. O., S. 7.

Im einzelnen erfuhr insbesondere die Automobilindustrie[53]) bedeutende Erweiterungen ihrer Anlagen, während die Jahresproduktion von 2500 Wagen (1913) auf 7500 Wagen (1927) stieg; eine volle Ausnutzung der bestehenden Anlagen ist jedoch keineswegs zu erwarten.

Die Elektroindustrie ist in den Jahren 1920 bis 1921 infolge der günstigen Aussichten, die die Elektrifizierung und der Ausbau der Wasserkräfte boten, stark angewachsen; teils wurden die bestehenden Betriebe vergrößert, teils kam es sogar zu Neugründungen. Heute jedoch herrscht in den meisten Werken Betriebseinschränkung und Kurzarbeit. In der Elektroindustrie hat nur die Glühlampenindustrie dauernden Aufschwung nehmen können.

Auch die Lederindustrie hat gegenüber der Vorkriegszeit eine Erweiterung ihrer Kapazität und zum Teil auch ihrer tatsächlichen Erzeugung erfahren. Die Vergrößerung beträgt über 100 %; die tatsächliche Ausnützung dürfte jedoch nicht mehr als 75 % erreichen. Ebenso erhöhte die lederverarbeitende Industrie ihre Kapazität, so die Schuhindustrie gegenüber 1913 um mehr als 100 %; aber auch diese Kapazität kann keineswegs voll ausgenützt werden. Ähnlich liegt es in bezug auf die Erzeugung von Riemer- und Taschnerwaren.

Beträchtliche Erweiterung zeigt ferner auch die Textilindustrie, ohne daß auch hier die Produktion die volle Leistungsfähigkeit erreichen würde. In einigen wichtigeren Zweigen beträgt z. B. dieses Verhältnis:

Tabelle 9

Produktionszweig	Kapazität	Erzeugung 1927
Baumwolle		
Baumwollweberei	100 Mill. m	73 Mill. m
Wolle		
Wollspinnerei	3 500 t	3 000 t
Wollweberei	2,5 Mill. m	1,8 Mill. m
Flachs		
Flachsspinnerei	854 t	450 t
Flachsweberei	3 150 t	2 000 t
Jute	12 900 t	8 500 t

Einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz der Ausnützung weist die Magnesitindustrie auf, die infolge der besonderen Qualität des österreichischen Magnesits ihre Kapazität bis zu 90 % auszunützen in der Lage ist.

[53]) Vgl. im folgenden auch die Untersuchungen von Bayer, a. a. O.

Auch die Eisenproduktion hat im ganzen einen Rückgang erfahren, wenn auch z. B. die Erzeugung von Gußroheisen von 23 336 t (1913) auf 76 708 t (1927) ansteigen konnte. Im Verhältnis zur Vollbeschäftigung erreicht diese Roheisenerzeugung noch nicht ganz 67 %[54]). Die übrigen Produktionsziffern liegen noch unter der Höhe von 1913.

Die Produktion der anderen Industrien, insbesondere aber der Maschinenindustrie[55]) weist bei gleicher oder erhöhter Kapazität einen ausgesprochenen Rückgang auf[56]).

Aus einer derartigen Übersicht über die industrielle Produktion in Österreich, die immer wieder mit Deutlichkeit das so verhängnisvolle Brachliegen wirtschaftlicher Kräfte und investierten Kapitals in der österreichischen Wirtschaft als Folge der gesamten Struktur und der handelspolitischen Lage dieses Wirtschaftsgebietes zeigt, erweist sich deutlich die hervorragende Stellung der Papierindustrie im Rahmen der heutigen österreichischen Industriewirtschaft.

Die eigentliche volkswirtschaftliche Bedeutung freilich der österreichischen Papierindustrie wird sich im rechten Lichte wohl nun zum zweiten aus ihrer Stellung als Exportindustrie, also aus der Wirkung auf die österreichische Handelsbilanz heraus folgern lassen.

Wir haben an anderer Stelle schon die reinen Exportmengen der österreichischen Papierindustrie festgestellt[57]); dem Wert nach nun betrug der Export für das letzte Jahr (1928)

	in 1000 Schilling[58]):
an Papier	91 124
„ Pappe	16 319
„ Papierzeug	46 346
	153 789

[54]) Vgl. Wirtschaftsstatistisches Jahrbuch 1928, herausgegeben von der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien.

[55]) Die heutige Produktion erreicht hier z. B. nur etwa 40 % der Kapazität; die Erzeugung in der eisen- und metallverarbeitenden Industrie überhaupt ist trotz einer Vermehrung der Betriebe auf 60 % der Vorkriegsproduktion zurückgegangen.

[56]) Bezüglich Einzelheiten vgl. Bayer, a. a. O., S. 93 ff. Ziffernmäßigen Ausdruck findet diese Erscheinung ferner in dem Reingewinn der einzelnen Industriegruppen, den die Papierindustrie schon für 1926 in fast der gleichen Höhe wie 1913 ausweisen konnte, während die Rentabilität der übrigen Industriegruppen außerordentlich stark gesunken ist; die Elektroindustrie vermochte nur 49 %, die Metallindustrie 14 %, und die Eisenindustrie gar nur 9 % ihres Reingewinns von 1913 auszuweisen. (Vgl. hierzu Die Bilanzen, Beilage z. Österr. Volkswirt v. 2. 4. 27.)

[57]) Vgl. oben S. 97.

[58]) Nach der Statistik des Auswärtigen Handels Österreichs, Wien, 1929.

insgesamt also über 153 Millionen Schilling. Wenn wir diese Exportquote der österreichischen Papierindustrie mit dem Exportanteil der übrigen Industriezweige an der österreichischen Ausfuhr vergleichen und dabei neben den absoluten Zahlen den Anteil der österreichischen Industriezweige am Gesamtexport feststellen, erhalten wir folgendes Bild:

Tabelle 10

Industriegruppen	Ausfuhrwert in 1000 Schilling	In Prozenten der Gesamtausfuhr
1. Metallindustrie	618 391	27,6
2. Textilindustrie	551 063	24,6
3. Industrie in Holz- u. Schnitzstoffen	300 253	13,4
4. Papierindustrie	153 789	6,9
5. Bekleidungsindustrie	144 958	6,5
6. Lederindustrie	106 266	4,7
7. Chemische Industrie	95 914	4,3
8. Industrie in Steinen und Erden .	57 304	2,5
9. Kautschuk-, Guttapercha-, Wachstuch- und Linoleumindustrie . .	45 724	2,0
10. Buchbinderei u. Graph. Gewerbe	32 920	1,5
11. Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	31 144	1,4
12. Papierverarbeitende Industrie . .	17 329	0,8
	2 155 055	96,0

Der österreichische Export wird hiernach zu 96,2 % von der industriellen Produktion bestritten, 3,2 % entfallen auf die Urproduktion.

Nach dieser Übersicht nimmt die Papierindustrie mit ihrer Erzeugung im österreichischen Gesamtexport mit 6,9 % die vierte Stelle ein, um ein bedeutendes übertroffen von der Metall- und Textilindustrie, wie auch des weiteren von der Holzindustrie.

Nun ist es aber nicht die Ausfuhrseite allein, die durch die Bilanz jeder einzelnen Industriegruppe berührt wird; diese findet in demselben Maße auch ihren Ausdruck auf der Einfuhrseite des Handelsverkehrs eines Landes und erweist sich durch ein Gegenüberstellen dieser beiden Seiten erst in ihrer tatsächlichen Bedeutung für die gesamte Handelsbilanz einer Volkswirtschaft.

Stellen wir nun für die gesamte österreichische Wirtschaft eine besondere Handelsbilanz für jeden der einzelnen Produktionszweige auf, so erhalten wir das folgende Bild[59]):

[59]) Vgl. hierzu auch „Die Industrie", 27. Sept. 1929.

Tabelle 11

Produktionszweige	1928 Einfuhr Wert in 1000 S	Einfuhr In % des Gesamtwertes	Ausfuhr Wert in 1000 S	Ausfuhr In % des Gesamtwertes	Bilanz in 1000 S	
Urproduktion:						
Nahrungsmittel der Urproduktion	841 861	25,5	61 245	2,7	—	780 616
Brennstoffe	227 406	6,9	7 625	0,3	—	219 781
Mineralien	17 122	0,5	17 198	0,8	+	76
Industrie:						
Metallindustrie . . .	521 815	15,8	618 391	27,6	+	96 576
Industrie in Holz- u. Schnitzstoffen	66 388	2,0	300 253	13,4	+	233 865
Papiererzeugung	19 303	0,6	153 789	6,9	+	134 486
Papierverarbeitende Industrie	11 493	0,3	17 329	0,8	+	5 836
Buchbinderei u. Graphisches Gewerbe . .	24 879	0,7	32 920	1,5	+	8 041
Textilindustrie . . .	810 908	24,5	551 063	24,6	—	259 845
Lederindustrie	85 978	2,6	106 266	4,7	+	20 288
Bekleidungsindustrie	64 500	2,0	144 958	6,5	+	80 458
Chemische Industrie	224 620	6,8	95 914	4,3	—	128 706
Kautschuk-, Guttapercha-, Wachstuch- u. Linoleumindustrie	45 924	1,4	45 724	2,0	—	200
Industrie der Steine und Erden	46 818	1,4	57 304	2,5	+	10 486
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie . . .	297 477	9,0	31 144	1,4	—	266 333
Außenhandelsbilanz:	3 306 492	100,0	2 241 123	100,0	—	1 065 369

Wir können hierbei beobachten, daß gerade diejenigen Produktionsgruppen, die oben hinsichtlich ihrer Bedeutung für den österreichischen Export allein an erster Stelle standen, auch eine ebensolche Belastung der Importseite verursachen; in ganz besonderem Maße gilt dies, wie wir sehen, für die Textilwaren, wo insbesondere die Rohstoff-, ferner auch die Fertigwareneinfuhr den eigentlichen Export um ein Bedeutendes übersteigt. In geringerem Umfange finden wir diese Erscheinung auch bei einer Reihe anderer Produktionsgruppen, so besonders noch bei der Metallindustrie.

Als die beiden einzigen großen Aktiven, welche die österreichische Handelsbilanz aufzuweisen hat, erweisen sich demnach nur die Exportüberschüsse der Holz- und der Papierindustrie mit 233,9 bzw. 134,5 Mill. Schilling. Zieht man ferner in Betracht, daß nach unserer Statistik in den die Holzindustrie betreffenden Zahlen nicht nur bearbeitetes Holz, sondern auch einfach behauenes, bzw. Rohholz mit enthalten ist, für welches der Exportüberschuß rund 71,6 Mill. Schilling beträgt, so ergibt sich hieraus für die Holzindustrie als solche nur ein Exportüberschuß von nicht ganz 158,3 Mill.; hinter diesem Betrag folgt dicht die Papierindustrie, zu der in diesem Zusammenhange auch der Ausfuhrüberschuß der papierverarbeitenden Industrie, die ja nur in Form weiterveredelter Produkte der papiererzeugenden Industrie zutage tritt, mit 5,8 Mill. Schilling gerechnet werden muß, mit insgesamt 140,3 Mill. Schilling. Neben der Holzindustrie bucht demnach die Papierindustrie den größten Aktivposten für die österreichische Handelsbilanz und damit für die österreichische Wirtschaft überhaupt.

3. KAPITEL

Das Standortproblem der Papierindustrie, insbesondere in Österreich.

Wenn wir nach der grundsätzlichen Charakterisierung der neuen Struktur der österreichischen Papierindustrie sowie ihrer Bedeutung für die gesamte österreichische Wirtschaft an eine nähere Untersuchung der Probleme gehen wollen, die sich für diesen Industriezweig aus einer Eingliederung in ein großdeutsches Wirtschaftsgebiet, insbesondere auf Grund seiner speziellen Standortsverhältnisse ergeben, werden wir uns zunächst mit dem Standortsproblem an sich in seiner Bedeutung für die Papierindustrie näher auseinanderzusetzen haben, um auf Grund der gefundenen Ergebnisse dieser Untersuchung die entsprechenden Rückschlüsse auf die österreichische Papierindustrie ziehen zu können.

Das Standortproblem der Papierindustrie hat mit den technischen Umwandlungen, vor allem jedoch durch den Ersatz der Hadern durch das Holz als wichtigsten Rohstoff naturgemäß eine grundlegende Wandlung erfahren; läßt sich ferner noch für die alte Handpapiererzeugung ein verhältnismäßig klares und eindeutiges Bild hinsichtlich ihrer Standortorientierung gewinnen, so wird sich uns die Standortorientierung der heutigen Papierfabrikation auf Grund der modernen Produktionsprozesse als ein durchaus vielgestaltiges Problem darstellen.

Wir hielten aus der schon oben gegebenen Darstellung der Produktionstechnik als Ergebnis fest, daß für die alte Handpapiermacherei zwei Faktoren als maßgebend zu betrachten

sind; die Hadern als Hauptrohmaterial, zu welchen in das fertige Produkt nur noch eine sehr geringe Menge an Leim eingeht, sowie als zweiter wichtiger Stoff das Wasser, das einerseits für alle Stadien des Produktionsvorganges als Fabrikationsstoff dient, wie bei der Gärung, der Waschung und der Zermahlung der Hadern und vor allem für den die Blattbildung ja erst ermöglichenden wässerigen Faserbrei, sowie fernerhin als Kraftquelle zum Antrieb des Stampfgeschirres oder später des Holländers. Standortstheoretisch ist über diese beiden Produktionsfaktoren der Handpapiermacherei folgendes zu sagen:

Wie wir schon feststellten, haben wir unter Lumpen oder Hadern reine Abfallprodukte zu sehen, Erzeugnisse anderer Industriezweige, die nach der Erfüllung ihres eigentlichen Zweckes, der menschlichen Bekleidung zu dienen, zu Hadern klassifiziert wurden. Es handelt sich also hier notwendigerweise um kein beliebig vermehrbares Gut; es ist vielmehr, wie wir schon oben bemerkten, direkt proportional dem Verbrauche an Textilerzeugnissen, d. h. also direkt proportional zur Bevölkerungsgröße.

Aus dem Charakter der Hadern als Abfallstoffe menschlichen Konsums muß sich die Beantwortung der Frage ergeben, ob wir für diesen wichtigsten Papierrohstoff der Handpapiererzeugung das Vorhandensein eigentlicher „Materiallagerorte" im Sinne Alfred Webers anzunehmen haben, welche in der Lage sind, mit ihrem „Materialgewicht" bestimmend in den Kampf zwischen Konsum- und Materiallagerort um den Standort der Produktion einzugreifen; diese Frage wird verneint werden müssen und dies allein schon deshalb, weil die Tätigkeit des Lumpensammlers eben ubique ausgeübt wurde. In der praktischen Begrenzung der Lumpensammelfreiheit durch Vergebung bestimmter Konzessionen und Privilegien für die einzelnen Bezirke sowie dem natürlicherweise verhältnismäßig stärkeren Lumpenanfall in den dichter besiedelten Gebieten werden wir als Gegebenheiten rein gesellschaftlich-kultureller Art im Sinne Alfred Webers keine Beeinträchtigung des ubiquen Charakters des Hadernvorkommens erkennen können, so daß sich die Hadern als Papierrohstoff der Handpapiermacherei nicht zu den regionalen Standortsfaktoren im Sinne der Theorie rechnen lassen werden.

Als ein ähnliches Abfallprodukt wie die Hadern stellt sich auch der verwendete tierische Leim dar. Auch für diesen praktisch überall vorhandenen bzw. herzustellenden Leim gibt es keine bestimmten Materiallager, die in die Standortsorientierung eingreifen könnten.

An sich werden wir auch das Wasser als eine praktisch unbegrenzte, absolute Ubiquität zu betrachten haben; zu einer absolut standortsbindenden Bedeutung gelangt es, wie wir gesehen haben, für die alte Handpapiererzeugung nicht anders wie auch für die moderne Maschinenpapierfabrikation jedoch durch seine essentielle Bedeutung als Fabrikationswasser, sowie in zweiter Linie als

Kraftquelle, durch welch doppelten Charakter der erforderlichen Wasserkraft von dieser einerseits eine gewisse Größe, zur anderen jedoch besondere Reinheit verlangt werden muß. Aus diesen Erfordernissen des Produktionsprozesses wird notwendigerweise der Standort der alten Papiermühlen an stark fließende, reine Gewässer gebunden, die wir besonders in den Gebirgsflüssen und -bächen finden und es ist darum nicht als Zufall zu betrachten, wenn wir in unseren Gegenden das alte Papierergewerbe zu einem großen Teil an den Ausläufern der Gebirge lokalisiert finden.

Es ergibt sich demnach bei der alten Hadernpapiererzeugung der Sonderfall einer industriellen Produktion, die sich nur aus Ubiquitäten zusammensetzt; lokalisierte Materialien finden keine Verwendung, so daß sich für die alte Handpapiermacherei hinsichtlich ihrer transportmäßigen Standortsorientierung ein eigentlicher „Materialindex" im Sinne Alfred Webers überhaupt nicht aufstellen läßt oder mit anderen Worten, daß die Konsumplätze theoretisch die Produktionsstätten der Handpapiererzeugung bestimmen müssen. Modifiziert jedoch wird diese eigentliche Konsumorientierung durch die absolute Gebundenheit der Produktion an den speziellen Standortsfaktor „Wasser", so daß wir zur Zeit der Handpapiermacherei die Produktionsstätten der Papiererzeugung an den schnellaufenden, klaren Gewässern, wie wir sie besonders an den Ausläufern des Gebirges vorfinden, in der Nähe größerer Siedlungen zu suchen haben, welche einerseits als bedeutende Konsumorte des Papiers, wie als verhältnismäßig günstige Hadernsammelgebiete dieses zwar ubiquen, jedoch nicht beliebig vermehrbaren Rohstoffes die Papiermühlen in ihre Nähe ziehen.

Waren für die Periode des Hadernpapiers die Standorte der einzelnen Produktionsstätten der Handpapiererzeugung in nahezu eindeutiger Weise gegeben; so bringt die eingetretene Wandlung in der Rohstoffbasis für die moderne Papierindustrie notwendigerweise hierbei einschneidende Änderung. Aus der im Gegensatz zu dem geschlossenen Arbeitsgang der Handpapiererzeugung durch den modernen technischen Prozeß bedingten Gliederung des Produktionsvorganges muß sich eine ebensolche Vielgestaltigkeit für das Standortsproblem der modernen Papierindustrie ergeben; das geschlossene Bild einheitlicher Standortsorientierung verschwindet und Kompromißformen vom Standpunkt der Standortstheorie aus werden bestimmend für die Standorte dieses Industriezweiges.

a) Bedeutung der Rohstoffe für den Standort.

Die Vielgestaltigkeit des heutigen papierindustriellen Standortproblems tritt uns schon in der Mannigfaltigkeit der für die Papierbereitung in Betracht kommenden Rohstoffe[60]) gegenüber, deren ziffernmäßigen Anteil für die Papierproduktion wir

[60]) Vgl. oben S. 75 und 77.

bereits an anderer Stelle dargelegt haben[61]); welche Bedeutung nun haben die einzelnen Rohstoffe für den Standort der heutigen Papierindustrie?

Während in der oben betrachteten Epoche handwerksmäßiger Papierherstellung jeder Papiermacher die von ihm benötigten Hadern in seinem — meist privilegierten — Bezirk selbst sammelte, könnten die heute benötigten großen Hadernmengen trotz deren prozentual so geringem Anteil an den Papierrohstoffen von den Feinpapier- bzw. Rohpappenfabriken durch eigene Sammeltätigkeit selbst nicht beschafft werden. Es treten vielmehr als Vermittler zwischen die Papierfabrik einerseits und die zahlreichen großen und kleinen Rohstoffquellen (Textilwarenfabriken aller Zweige mit ihren umfangreichen Abfällen und die Haushaltungen) ausschließlich die städtischen Lumpengroßhandlungen und Lumpensortieranstalten, die für die Papierindustrie praktisch als „Materiallager" der Hadern angesehen werden können, und von welchen die Hadern waggonweise selbst auf weiteste Entfernung versendet werden.

So stellen sich uns heute die Lumpen als ein in den großen Städten lokalisiertes Gewichtsverlustmaterial dar; der Gewichtsverlust dürfte durchschnittlich 50 % betragen, da die Lumpen nur etwa zu diesem Prozentsatz in das Gewicht des fertigen Produkts eingehen. Sie werden also in besonderem Maße die Feinpapier- und Rohpappefabriken an die größeren Städte anziehen, in denen zumeist zugleich auch die Papierkonfektion konzentriert ist; die Standortsorientierung der Papierindustrie als solche wird jedoch der Hadernrohstoff nur wenig beeinflussen können, da einmal sein Anteil am Gesamtrohstoffverbrauch, wie wir gesehen haben, äußerst gering ist und relativ nur sehr wenig ausschließlich hadernverarbeitende Betriebe in Frage kommen, zum andern aber auch diese auf das Wasser, und zwar für die Herstellung ihres zumeist hochwertigen Papieres auf reinstes Fabrikationswasser angewiesen sind.

Das Altpapier — soweit es nicht in geringen Mengen als Ausschußpapier der Papierfabriken im gleichen Betriebe selbst wieder zur Verwendung gelangt — weist in seiner standortsmäßi-

---

[61]) Vgl. oben S. 81, Tabelle 1.

Es wird hier jedoch hervorzuheben sein, daß die oben für Westeuropa berechneten Zahlen über den Anteil der verschiedenen Rohstoffe für die heutige Papiererzeugung in Mitteleuropa eine noch stärker dominierende Stellung des Holzes aufweisen; so dürfte sich für Deutschland der Anteil des Holzes auf etwa 82 % stellen (gegenüber 63 % für Westeuropa), während etwa für Österreich, für das allein diesbezüglich genauere Ausarbeitungen vorliegen, die Zusammensetzung des erzeugten Papiers für 1927 folgende Analyse aufwies:

Zellulose	53,7 %
Holzschliff	32,6 %
Hadern, Altpapier, Füllstoffe	13,7 %

(Vgl. Handelskammerbericht 1927.)

gen Bedeutung als Papierrohstoff große Ähnlichkeit mit den Hadern auf. Auch das Altpapier wird praktisch eben überall abfallen, in jedem Haushalt wie in zahlreichen Gewerbebetrieben, doch fällt seine Sammlung ähnlich wie die der Hadern den großen Altpapiersortieranstalten der Großstädte zu; auch dieser Abfallstoff wird durch seine Beschaffungsweise für die in besonderem Umfange Altpapier verarbeitenden Fabriken — besonders die zahlreichen kleinen Papier- und Pappenfabriken — zu einem vor allem in den Städten lokalisierten Gewichtsverlustmaterial (der Gewichtsverlust bei der Verarbeitung dürfte etwa 20 % betragen), und zwar in dem Maße, als sich in diesen Städten Altpapiersortieranstalten konzentrieren.

Der Einfluß des Altpapiers auf die Standortsorientierung der Papierindustrie im allgemeinen, der sich in der Standortsdynamik wieder nur als eine Attraktion an dessen „Lager", d. h. hier als eine Verstärkung der Konsumplatzkomponente geltend machen könnte, wird jedoch im Kampf mit den an Bedeutung weit überlegenen anderen Materiallagerorten praktisch nicht in Erscheinung treten; das gilt selbst für vorwiegend Altpapier verarbeitende kleinere Betriebe, da gerade diese mit ihrem meist nur geringwertigen Produkt in besonderem Maße auf die günstige Lage zu einer Wasserkraft zwecks Ausnützung billigster Betriebskraft angewiesen sind.

Von ausschlaggebender Bedeutung beginnt der Rohstoff als Standortsfaktor nun mit der Verarbeitung des Holzes zur Papierherstellung zu werden; die Entwicklung zur Großindustrie ist geradezu an das Vorhandensein großer Holzvorräte gebunden, die ohne große Frachtkosten zu den Halbstoffabriken herangebracht werden können.

Aus der Erscheinung nun, daß

erstens der technische Prozeß der modernen Holzpapiererzeugung, wie wir gesehen haben, durch die zunächst erforderliche Isolierung bzw. Aufschließung der Holzfaser auf mechanischem bzw. chemischem Wege — Halbstofferzeugung genannt — und die hierauf erst folgende eigentliche Ganzstoff- und Papierblattherstellung in zwei deutlich voneinander zeitlich wie räumlich getrennte Produktionsphasen geteilt wird,

zweitens der Halbstoff (insbesondere die hochqualifizierte Zellulose) sich durch seinen dem Rohholz gegenüber wesentlich höheren Wert [62]) bei verhältnismäßig kleiner Raumbeanspruchung besser zum Versand eignet als das Holz selbst,

drittens die eigentliche Zellulosefabrikation, die sich nur im Großbetrieb rentabel gestalten läßt, bedeutende Kapitalinvestitionen verlangt, die die kleineren, vielfach aus alten Papier-

[62]) Die durch den Arbeitsprozeß vorgenommene Wertsteigerung vom Rohholz zum Holzstoff beträgt rund das 5fache, vom Rohholz zum Zellstoff rund das 10fache. Vgl. Neukirchen, a. a. O., S. 36.

mühlen entstandenen Papierfabriken nicht aufzubringen vermögen, ergibt sich, daß sich innerhalb der gesamten Papierindustrie eine durchaus selbständige Halbstoffindustrie entwickeln konnte; in besonderem Maße gilt dies von der Zelluloseindustrie, die ja einen besonders qualifizierten Halbstoff liefert, während die meisten Holzschleifereien den Papier- bzw. aber den Pappen- (Holzpappen-)fabriken angegliedert sind oder sie doch in unmittelbarer Nähe haben, weil die Transportkosten einen hohen Einfluß auf die Preisgestaltung des weniger qualifizierten Holzstoffes ausüben und auch die Trocknung vor dem Versand und die nachfolgende Wiederbefeuchtung hier ein besonders, bei der heutigen Konkurrenzlage ins Gewicht fallendes, Kostenelement bildet.

Wenn also darum Holzschleifereien und Pappen-(Papier-) fabrik zumeist, jedoch nicht regelmäßig, räumlich komplementäre Betriebe sind, finden wir eine selbständige Zelluloseindustrie räumlich oft weit von den Papierfabriken getrennt[63]) und zwar theoretisch zwischen diesen und den Materiallagern des Papierholzes liegend; rein standortstheoretisch wird sich diese Erscheinung als Transportzerschlagung hinsichtlich des Rohstofftransportes äußern.

1. Holzschliff ist hierbei, wie wir sahen, in seine Faserbestandteile zerschliffenes Holz, das durch das Zurichten (Schneiden, Schälen, Astausbohren) etwa 8 bis 14 %, durch das Schleifen weitere etwa 20 % an Gewicht verloren hat[64]). Zur Verarbeitung gelangen, wie wir oben feststellten, die Nadelhölzer (Fichte, Tanne, Kiefer); es müssen darum die Nadelholzwaldungen als die „Lagerorte" des Rohmaterials Holz die Holzschleifereien anziehen. Da die Verarbeitung von Holzschliff nur ein geringwertigeres Endprodukt ergibt, wird besonderer Wert auf eine billige Holzstofferzeugung gelegt, so daß die Kohle als Kraftquelle solange ausscheidet, als billige und ausreichende Wasserkräfte zur Verfügung stehen[65]); ebenso ist reichliches Wasser als Spül- und Waschwasser (Fabrikationswasser) nötig (etwa 500 bis 600 l auf 1 kg Holzschliff).

Wenn wir absehen wollen von den erst in den letzten 20 Jahren entstandenen, regelmäßig mit Papierfabriken kombinierten Holzschleifereien mit Dampfbetrieb (Dampfschleifereien), die in ihrer Standortlage einerseits durch den Standort der Papierfabrik, zum anderen durch das extreme Gewichtsverlustmaterial Kohle beeinflußt sind, finden wir demnach die Holzschliffproduktion an die

---

[63]) Wenn die modernen Großunternehmungen — „Verbundbetriebe" — zumeist alle Produktionsstufen vom Holzschlag bis zur Papierfabrikation in sich vereinigen, sind diese frachtlich naturgemäß den alten Werken um die auf den Halbstoffen lastenden Frachtkosten usw. im Vorteil.

[64]) Vgl. Hofmann, a. a. O., S. 1243.

[65]) Der Kraftverbrauch beträgt pro 100 kg Holzschliff etwa 6—7½ PS. Vgl. Kirchner, Ernst, Das Papier, Bd. III A, S. 224.

waldreichen Gebirge mit ihren natürlichen Wasserkräften gebunden.

Der Holzschliff, dessen Transportfähigkeit durch seinen relativ nicht hochqualifizierten Charakter[66]) sowie seinen die Frachtkosten stark beeinflussenden üblichen Wassergehalt von etwa ⅔ seines Gewichtes aus kalkulatorischen Gründen sehr eingeengt ist, stellt sich uns für die Papierfabrikation selbst als lokalisiertes, starkes Gewichtsverlustmaterial[67]) und damit als regionalen, die Industrie an geographisch konkret gegebene Punkte anziehenden Standortsfaktor dar; die Holzschleifereien werden die holzschliffverarbeitende Papierindustrie in starkem Maße an ihre Standorte ziehen. Aus wirtschaftlichen Gründen ist sogar, wie schon erwähnt, eine direkte Vereinigung zwischen Papier- oder Pappenfabrik und der Holzschleiferei am zweckmäßigsten, da der feuchte Stoff durch längeren Transport und Lagerung an Qualität verliert.

Wenn wir nun nach diesen grundsätzlichen Erwägungen die Holzschliffindustrie, die ein wichtiges Zwischenglied im technischen Arbeitsgang vom Rohholz zum fertigen Papier darstellt, als selbständigen Industriezweig im Rahmen der Papierindustrie auffassen und dabei dem Gang unserer ferneren Untersuchung etwas vorgreifen, können wir nach unseren bisherigen Überlegungen als Teilergebnis den grundsätzlichen Materialindex[68]) für die Holzstoffindustrie aufstellen.

Als Rohstoff findet ausschließlich das lokalisierte Gewichtsverlustmaterial Holz Verwendung, das während des Schleifprozesses im ganzen ungefähr ⅓ seines Gewichtes einbüßt; nach der an anderer Stelle[69]) gegebenen Zusammenstellung ergibt 1 rm Papierholz (zu rund 300 kg) eine Ausbeute von etwa 270 kg Holzschliff. Zur Herstellung von 1 kg Holzschliff werden demnach benötigt

1,5 kg Holz

Da keine weiteren Rohstoffe in das Endprodukt Eingang finden, ergibt sich für die Holzschliffindustrie ein Materialindex von 1,5 welcher, den Wert 1 übersteigend, den Ausdruck deren ausgesprochener Materialorientierung bildet, durch die ihr Standort an die Lagerorte ihres Rohstoffs, das Holz, hingezogen wird, also die einseitige Orientierung zum Holz gegeben erscheint.

---

66) Ende 1928 betrug z. B. in Deutschland der Preis für 100 kg lufttrocken gedachte Zellulose je nach Qualität RM 24,25 bis RM 34,50, der Preis für Holzschliff RM 17.—; der Holzschliffpreis beträgt demnach ungefähr die Hälfte von Ia gebleichter Zellulose.

67) Holzschliff verliert im Produktionsprozeß etwa ⅔ seines Gewichtes. Vgl. hierüber auch oben S. 79.

68) Zur Erläuterung des Begriffes „Materialindex", seiner Bedeutung für die transportmäßige industrielle Standortsorientierung sowie über seine Errechnungsweise vgl. das unten S. 117 bei der Aufstellung der Indices der Papierindustrie Gesagte.

69) Vgl, oben S. 79.

Nur bei Werken, die die Kraft auf kalorischem Wege erzeugen, wird eine besonders starke Attraktion durch die Kohle hinzutreten. Maßgebend für diese Überlegung wird die Tatsache sein, daß durch den erheblichen Kraftbedarf zur Erzeugung von 30 kg Holzstoff auf kalorischem Wege etwa 100 kg des extremen Gewichtsverlustmaterials Kohle[70]) erforderlich sind, also etwa 3,3 kg auf 1 kg Holzstoff; für eine Dampfschleiferei ergibt sich demnach für die Herstellung von 1 kg Holzstoff ein Verbrauch von

1,5 kg Holz
3,3 kg Kohle

also 4,8 kg an lokalisierten Gewichtsverlustmaterialien.

Der grundsätzliche Materialindex beträgt demnach hier 4,8, bringt also eine durch den außerordentlich starken Kohlenverbrauch bedingte noch stärkere Materialorientierung zum Ausdruck, wobei das überwiegende Materialgewicht der Kohle den Standort der Dampfschleifereien in die Nähe deren Lager ziehen muß.

Aus den rein kalkulatorischen Gründen einer ganz außerordentlichen Belastung des Betriebes bei Verwendung von Kohle als Kraftquelle gegenüber den billigen Wasserkräften zur Erzeugung eines relativ gering qualifizierten Produktes bilden die Dampfschleifereien in der Holzschliffindustrie nur seltenere Ausnahmen; da sie zudem fast ausschließlich nur in Verbindung mit Papierfabriken vorkommen und damit als Standortsfaktor für die Papiererzeugung im engeren Sinne von selbst ausscheiden, endlich auch hier vielfach den Dampfbetrieb nur in den wasserärmeren Monaten durchführen, sonst jedoch auch auf Ausnutzung vorhandener Wasserkräfte zurückgreifen, werden wir, wie oben schon angedeutet, für die fernere Betrachtung diesen Typ der Holzschleifereien völlig ausscheiden können.

2. Auch zur Zellulosherstellung dient wieder hauptsächlich das Holz (Fichtenholz, in geringerem Maße Kiefern- und Tannenholz). Wir haben es beim Zelluloseholz mit einem starken Gewichtsverlustmaterial zu tun; beim Sulfitverfahren beträgt der Gewichtsverlust 65—70 %, beim Sulfatverfahren etwa 60 % und beim reinen Natronverfahren etwa 65 % des zugerichteten, lufttrockenen Holzes. Unter Einkalkulierung der Zurichtung werden also bei der Zellstofferzeugung rund ⅔ des Holzgewichtes verlorengehen. Als ausgeprägtes Gewichtsverlustmaterial wird das Holz naturgemäß durch seine regionale Verteilung und Lokalisierung in bestimmten Gegenden die Standorte der Zellstoffindustrie nach diesen Gegenden seines Vorkommens, d. h. also nach den Waldgebieten anziehen.

Die Zelluloseindustrie wird ferner, da sie nur reines Wasser verwenden kann und dieses sowohl als Fabrikationswasser wie als

[70]) Vgl. Neukirchen, a. a. O., S. 60.

Vorflutwasser in großen Quantitäten benötigt[71]), hinsichtlich ihres Wasserbedarfes einerseits von den ihren Standort schon zumeist als Holzlieferant anziehenden Gebirgsgegenden (Wasserqualität), anderseits aber von den breiten Flüssen der Ebene (Wasserquantität) angezogen. Aus Gründen rein gesellschaftlich-kultureller Art wird hierbei die Attraktionskraft der Wasserquantität zur Beseitigung der trotz aller Reinigungs- und Entgiftungsprozesse schädlichen Abwässer überwiegen, so daß das Wasser theoretisch durch seinen auch für die Zelluloseindustrie speziell standortsbestimmenden Charakter eine Bindung der Zellstoffproduktion an die größeren Flußläufe bewirkt.

Neben Holz und Wasser treten nun in der Zellstoffindustrie Chemikalien und Kohle als weitere wichtige Rohstoffe auf.

Als hochwertige Rohstoffe vertragen hierbei die Chemikalien an sich höhere Transportkosten; rein theoretisch können sie hierbei, da sie in ziemlichen Quantitäten benötigt werden[72]), die Standorte der Zellstofferzeugung an die verkehrstechnisch günstigen Punkte ziehen.

Als hochqualifiziertes Erzeugnis ist die Zellulose hinsichtlich der Kraftquelle nicht in dem Maße auf die billigen Wasserkräfte angewiesen wie der Holzschliff; als Kraftquelle in der Zelluloseindustrie finden wir durchweg die Kohle, die zudem zur Erzeugung der kalorischen Energien für den Produktionsprozeß besondere Bedeutung hat. Der Bedarf an Kohle für die Zelluloseerzeugung beläuft sich schätzungsweise auf 100—140 kg pro 100 kg Stoff, wobei rund 30—40 kg auf Kraft, 40—60 kg auf den Kochprozeß und etwa 20—40 kg auf die Trocknung des Stoffes entfallen[73]).

Die Kohle als lokalisiertes, extremes Gewichtsverlustmaterial muß durch ihren erheblichen Bedarf bei der Zellstoffabrikation neben den übrigen Standortsfaktoren eine starke Attraktionskraft ausüben. Mit Rücksicht auf die durch den Kohlentransport entstehenden bedeutenden Frachtkosten werden durch diesen Brenn-

---

[71]) Für die Herstellung von 1 kg ungebleichtem, trocken gedachtem Stoff sind 400—500 l, für die Herstellung von 1 kg gebleichtem Stoff 550—600 l Fabrikationswasser nötig (vgl. Kirchner, a. a. O., S. 462). Bei einer täglichen Produktion von etwa 100 000 kg Zellulose beträgt der Wasserbedarf allein an Fabrikationswasser bei einer großen Zellulosefabrik in 24 Stunden 40—60 Millionen Liter.

[72]) Der Aufwand an Natronsalzen schwankt zwischen 60 und 120 kg auf 100 kg Natronzellulose, von denen allerdings 80—85 % zurückgewonnen werden können; dazu kommen 50—70 kg Ätzkalk, die vollkommen verloren gehen. Auf 100 kg Sulfitzellstoff rechnet man einen Verbrauch von 10—15 kg Schwefel und 15—20 kg Kalkstein, ferner zum Bleichprozeß etwa 12—15 kg Chlorkalk. Vgl. Possanner v. Ehrenthal, Bruno, Lehrbuch der chemischen Technologie des Papiers. S. 113, 143 und 205.

[73]) Vgl. Possanner, a. a. O., S. 143.

stoff die Standorte der Zelluloseerzeugung theoretisch eine starke Attraktion an die Kohlenlager, d. h. praktisch an eine möglichst billige Transportverbindung zu diesen (Lage an Wasserstraßen oder Eisenbahn) erfahren. Chemikalien und Kohle bewirken somit eine weitere Tendenz zu einer gewissen Ablenkung der Zellstoffindustrie von den Nadelwaldungen des Gebirges zu den verkehrstechnisch günstigen Punkten in der Ebene hin.

Aus der Kenntnis der zur Verarbeitung gelangenden Rohmaterialien und Brennstoffe ist es nun möglich, den eigentlichen Materialindex[74]) der Zellstoffabrikation zu errechnen; ziehen wir hierzu als Beispiel die praktisch wichtigste Sulfitzelluloseerzeugung heran, so erhalten wir folgende Zahlen:

Nach Reinhold ergibt 1 rm Papierholz etwa 150 kg lufttrockenen Sulfitzellstoff; zur Erzeugung von 1 kg Sulfitzellstoff sind demnach rund etwa 2,7 kg Papierholz notwendig. Unter Einsetzung der übrigen angeführten Roh-, Brenn- und Hilfsstoffe, die sämtlich Gewichtsverlustmaterialien darstellen, werden für 1 kg Sulfitzellstoff an lokalisierten Materialien verbraucht:

2,70 kg Holz,
1,40 kg Kohle,
0,15 kg Schwefel,
0,20 kg Kalkstein,
0,15 kg Chlorkalk

Materialindex: 4,6 kg

Als Papierrohstoff nun betrachtet, ist die Zellulose ein an den Standort der Zellstoffindustrie lokalisiertes Gewichtsverlustmaterial, das bei seiner Verarbeitung zu Papier etwa 50 % seines Gewichtes einbüßt[75]); die zellstoffverarbeitenden Papierfabriken müssen daher wiederum theoretisch von der Zellstoffindustrie angezogen werden.

Die übrigen Rohmaterialien der heutigen Papierfabrikation sind gemäß ihrem Anteil am Endprodukt notwendigerweise im allgemeinen nur von untergeordneter Bedeutung für die Standortsorientierung der Papierindustrie; es kommen in Betracht die Stoffe zum Kochen der Hadern, ferner zum Bleichen, Leimen und Füllen des Papierzeugs.

Als Kochmittel der Lumpen findet neben Soda und Ätznatron vor allem Ätzkalk Verwendung, auf 100 kg Hadern je nach der Qualität des verwendeten Kalks 3—15 kg[76]).

Zum Bleichen kommt Chlor zur Verwendung, und zwar zumeist in Form von Chlorkalk, wobei etwa 16 kg auf 100 kg Stoff einwirken[77]).

[74]) Zur Erläuterung vgl. hierzu wiederum unten S. 117.
[75]) Vgl. hierüber unten S. 119.
[76]) Vgl. Staudt, a. a. O., S. 38.
[77]) Vgl. Staudt, a. a. O., S. 38.

Für die Leimung werden durchschnittlich 6 kg Leimstoffe (Harz [Kolophonium] und Tonerde) auf 100 kg Papierzeug verarbeitet, von denen etwa die Hälfte verlorengeht[78]).

Als Füllstoffe kommen endlich eine Reihe wasserunlöslicher, hochweißer Mineralstoffe zur Anwendung; stark beschwerte Papiere können bis zu 40 % an Füllstoffen enthalten. Diese zugesetzten Füllstoffe bleiben jedoch nur bis höchstens 50 % ihrer Substanz im Papierzeug; der Rest geht mit dem Abwasser verloren[79]). Es handelt sich also standortstheoretisch um lokalisierte Materialien mit hohem Gewichtsverlust, die bei der Herstellung gewisser Papiersorten am Produktgewicht sehr stark beteiligt sind. Sie sind im allgemeinen im Großhandel leicht erhältlich und können darum mit ihren eigentlichen Materiallagern keine Attraktionskraft ausüben, sondern nur auf Grund ihres Massenverbrauchs und ihres hohen spezifischen Gewichtes, wie auch in geringerem Maße die übrigen Hilfsstoffe, die Tendenz der Orientierung der Papierindustrie nach transportkostenmäßig günstig gelegenen Punkten hin verstärken.

Über den Charakter des Wassers als Fabrikationswasser und speziellen Standortsfaktor hatten wir schon oben das Wesentliche zu erwähnen[80]); ohne die Hilfe von Wasser ist keine Papiererzeugung möglich und die moderne Papierfabrikation ist ihrer Massenproduktion entsprechend auch hinsichtlich des Fabrikationswassers heute auf entsprechend große Quantitäten angewiesen und verlangt ferner von diesen ein Freisein von möglichst allen verunreinigenden Substanzen. Traten nun in unseren letzten Betrachtungen gewisse Tendenzen eines Zuges der Papierindustrie nach den breiten Flußläufen der Ebene zutage, so zeigt sich nun hier wiederum durch das Fabrikationswasser als speziellen Standortsfaktor eine Bindung der Papiererzeugung an die größeren Flüsse in Gebirgsnähe, die das nötige reine Wasser in genügender Menge liefern und kostspielige Brunnen und Kläranlagen erübrigen.

b) Bedeutung der Betriebskräfte für den Standort.

Der Bedarf an starken und möglichst billigen Betriebskräften führt dazu, daß auch heute noch das Wasser als Kraftquelle einen einflußreichen speziellen Standortsfaktor für einzelne Zweige der Papierindustrie — wie etwa die Holzschliffindustrie — bildet. Die Kraftgewinnung findet im allgemeinen durch Turbinenaggregate, d. h. durch Umwandlung in elektrische Kraft, statt[81]). Durch diese Kraftübertragung ist die Produktion (wenigstens hinsichtlich der Kraftquelle) standortstheoretisch

[78]) Vgl. Schubert, Die Zellulosefabrikation, S. 166.
[79]) Vgl. Possanner, a. a. O., S. 192.
[80]) Vgl. oben S. 82 u. 106 f.
[81]) Doch finden sich besonders in Österreich noch eine große Anzahl kleinerer Betriebe, die die Wasserkraft auch ohne Umwandlung in Elektrizität ausnutzen.

nicht mehr gebunden an einen Standort direkt an den Wasserkräften, sondern die Kraft wird in Form des elektrischen Stromes praktisch nach überall hin transportfähig. Gleichwohl werden, da bei einem Bezug der elektrischen Energie aus weiterer Entfernung zumeist nur der relativ teuerere Stromkauf von den großen Kraftwerken in Frage kommt[82]), für die gerade an besonders billiger Betriebskraft interessierten kleineren Papier- sowie besonders Holzschliff- und Pappenfabriken, die raschen Wasserläufe des Gebirges, die ohnehin auch als Fabrikationswasser die Papierindustrie anziehen, auch weiterhin als Kraftquelle ihre Anziehungskraft üben; denn der Besitz einer eigenen Kraftzentrale, die für die Rentabilitätsberechnung entscheidend werden kann, wird sich für diese kleineren und kapitalsschwächeren Betriebe nur in nächster Nähe der Produktionsstätte ermöglichen lassen[83]).

Im Laufe der Entwicklung hat die Dampfkraft die Wasserkraft in der Papierindustrie in immer weiterem Maße ergänzt, bzw. verdrängt. Die moderne Technik des Großbetriebes verlangt die Ausnützung der Kohle zur Erzeugung der kalorischen Energie zur Halbstofferzeugung, als Heizmittel der Trockenzylinder usw., und endlich als ausschließlichen Betriebsstoff ganzer Anlagen. Je Kilogramm des Produktes werden bei Zellstoff 1—1.4 kg, bei Zeitungsdruckpapier durchschnittlich 1,25 kg und für Feinpapier 3,5—4 kg an Steinkohle verbraucht[84]).

Als Brennstoff geht die Kohle mit keinem Gewichtsteilchen in das Produkt selbst ein und muß daher als extremes lokalisiertes Gewichtsverlustmaterial in die Dynamik der Kraftkomponenten der Standortsfigur besonders wirksam eingreifen. Die standortstheoretische Wirkung der Kohle wird darum als starke Attraktionskraft der Kohlenlager auf den Standort der Papierindustrie in Erscheinung treten müssen. Freilich, sobald die Kohlenorientierung, wie wir es für die Papierindustrie festzustellen haben, nicht das Primäre ist, vielmehr (neben natürlich der Holzorientierung) ein ursprünglicher absoluter Aufbau des Papiergewerbes auf der Grundlage des Wassers vorliegt, wird eine Verschiebung nach der Seite der Kohlenlager erhebliche Schwierig-

---

[82]) Nach den Angaben der österreichischen Energiewirtschaftsausstellung in Graz vom Jahre 1928 wurde die der österreichischen Papierindustrie zur Verfügung stehende kalorische Kraft auf 30 575 PS, die disponible Wasserkraft auf 88 042 PS, zusammen also auf 118 617 PS geschätzt. Trotzdem wurde im Jahre 1927 von der österreichischen Papierindustrie noch elektrischer Strom für einen Kraftbedarf von 14 214 PS dazugekauft.

[83]) Die Unbeständigkeit des Wassers freilich und die Notwendigkeit, für wasserärmere Perioden vorzusorgen, hat zwar vielfach auch kleinere Betriebe zur Einführung der Kohle veranlaßt, allein das Verhältnis der Verwendung von Wasser- und Dampfkraft wird sich hier wie 3 : 1 stellen, erst für die Mittelbetriebe erreicht dieses Verhältnis 2 : 1 und nur in den mit Zellstoff kombinierten Papierfabriken beträgt es durchschnittlich 1 : 3, maximal 1 : 12.

[84]) Vgl. Staudt, a. a. O., S. 40.

keiten durch das Trägheitsgesetz finden, das auch für die Fabrikationen, die einmal an einem bestimmten Ort lokalisiert sind, Gültigkeit besitzt.

Wenn daher, wie wir noch untersuchen werden, ein Herangehen unmittelbar an die Kohlenlager durch die Zusammensetzung auch des Materialindex der Papierindustrie ausgeschlossen ist, muß doch der transportkostenmäßige Minimalpunkt durch billigste Transportverbindung (Bahn- oder Wasserfracht) mit den in Frage kommenden Lagern maßgebend wirken.

Allgemein wird die Kohle den Zug nach der Ebene hin, insbesondere nach verkehrstechnisch günstigen Punkten in der Nähe der Kohlenlager, verstärken.

Das Standortsproblem einer Industrie ist nun letztlich aufzufassen als ein Kampf zwischen den Konsumorten und den Materiallagerorten um den Standort der Produktion; jede Standortsorientierung muß eine mehr oder weniger weitgehende Konsum- oder Materialorientierung sein.

Für das Ergebnis dieses Kampfes ist entscheidend das Verhältnis des Gewichtes der zur Produktion verbrauchten lokalisierten Materialien[85]) zum Produktgewicht, wobei alle etwa in das Produkt eingehenden Ubiquitäten nur als Verstärkung des Produktgewichts Bedeutung haben. Dieses Verhältnis des lokalisierten Materialgewichtes zum Produktgewicht ergibt den „Materialindex" der Produktion.

Ergibt nun dieser Bruch einen kleineren Wert als 1, d. h. überwiegt bei den in das Endprodukt eingehenden Rohstoffen das Materialgewicht von Ubiquitäten, wird sich der Standort der Produktion naturgemäß am Konsumplatz selbst befinden; eine höhere Materialindexziffer als 1 wird dagegen den Standort der Produktion notwendigerweise in die Richtung der Lagerorte der lokalisierten Rohmaterialien ziehen, und zwar um so stärker, mit je geringerem Teile ihres Gewichtes diese lokalisierten Materialien in das Endprodukt selbst eingehen, also als Gewichtsverlustmaterialien auftreten; ihren zahlenmäßigen Ausdruck muß diese Erscheinung in dem Steigen des Wertes des Quotienten

$$\frac{\text{lokalisiertes Materialgewicht}}{\text{Produktgewicht}}$$

finden. Dieser Materialindex bildet den einzigen Faktor, von dem durch seine Zusammensetzung die transportmäßige Standortsorientierung einer Industrie abgelesen werden kann.

[85]) Nach der Terminologie Alfred Webers verstehen wir unter „lokalisierten Materialien" jene für den Produktionsprozeß notwendigen Rohmaterialien, deren Vorkommen an bestimmte „Lagerorte" gebunden ist, im Gegensatz zu den ubiquen Rohmaterialien oder kurz „Ubiquitäten", die zur Verarbeitung praktisch überall zur Verfügung stehen.

Die theoretische Analyse der Standortsfaktoren der Papierindustrie hat gezeigt, welcher Art und Beschaffenheit die Rohmaterialien sind, welche die Papierindustrie verbraucht, und hat uns ferner die durch die Art ihres Vorkommens sowie ihres Eingehens in das Produkt bestimmte Natur der einzelnen Papierrohstoffe erkennen lassen.

Es hat sich ergeben, daß sich uns alle in der Papierindustrie Verwendung findenden Rohstoffe, mit Ausnahme des speziellen Standortsfaktors Wasser, dem als Fabrikations-, Betriebs- und Vorflutwasser eine ganz besondere und selbständige standortsbindende Bedeutung zukommt, als lokalisierte Gewichtsverlustmaterialien darstellen; ihr Gewichtsverlust im Produktionsprozeß ergibt sich zusammengefaßt wie folgt:

Holzschliff	verliert ca.	66⅔ %	Tonerde	extr.	Gew.-Verl.	Material
Zellulose	„ „	50 %	Kalk	„	„	„
Lumpen	„ „	50 %	Chlorkalk	„	„	„
Altpapier	„ „	20 %	Füllstoffe		Verlust ca. 50 %	
Harz	„ „	50 %	Kohle	extr.	Gew.-Verl.	Material

Bei der Errechnung des eigentlichen Materialindex für die Papierfabrikation aus diesen erforderlichen Rohstoffen stehen wir allerdings der natürlichen Schwierigkeit gegenüber, daß eine außerordentliche Mannigfaltigkeit in den erzeugten Papiersorten eine ebensolche Verschiedenheit hinsichtlich des Verhältnisses der verwendeten Rohstoffe zueinander bedingt. Wir werden daher unsere Untersuchung zweckmäßigerweise hinsichtlich der beiden großen Papiertypen, des „holzhaltigen Papieres“ (wie z. B. Rotationsdruckpapier) sowie des „holzfreien Papieres“[86]) (etwa feines Schreibpapier), anstellen, welchen beiden Typen sich, je nach ihrer speziellen Zusammensetzung, wohl alle Papiere mehr oder minder zurechnen lassen, so unterschiedlich oft auch ihr Charakter sein mag[87]); die Mischungsverhältnisse im Einzelfall können

---

[86]) Unter „holzfreien“ Papieren sind solche zu verstehen, die keine verholzten Fasern enthalten, die sich insbesondere durch Nachdunkeln des Papieres kennzeichnen, also ohne Beimengung von Holzschliff hergestellt sind.

[87]) Auch die sog. Hadernpapiere werden sich notwendigerweise dem Begriff des „holzfreien“ Papieres eingliedern lassen; reine Hadernpapiere, d. h. solche, die vorwiegend (also nur unter geringem Zusatz von Zellulose) oder gar ausschließlich aus Hadern hergestellt sind, nehmen in der heutigen Papierfabrikation wie aus dem oben (S. 81, Tab. 1) gezeigten niedrigen Anteil derselben an der Gesamt-Rohstoffmenge ersichtlich, einen nur sehr geringen Raum ein. Nach Angaben von industrieller Seite dürfte sich die Hadernpapiererzeugung keinesfalls auf mehr als etwa 2—3 %, die Rohpappenerzeugung (Rohpappe, das Ausgangsprodukt der Dachpappe, besteht zu 80 % aus Hadern [Schrenzhadern]) auf 4—5 % der Gesamtproduktion belaufen, so daß wir die reinen Hadernpapierfabriken für unseren Zusammenhang unberücksichtigt lassen können.

hierbei je nach dem Bestimmungszweck des Papieres in praktisch unbegrenztem Maße variieren.

Untersuchen wir zunächst den Materialindex für ordinäres Druckpapier (holzhaltig); es sind hierbei an dem gesamten Holländer-Eintrag einer Druckpapierfabrik durchschnittlich beteiligt[88]):

Zellulose	mit	25 %	des	fertigen	Papiers
Holzschliff	„	70 %	„	„	„
Füllstoffe usw. . .	„	10 %	„	„	„
Tonerde	„	4 %	„	„	„
Harzleim	„	2 %	„	„	„
		111 %			

Nach dieser Aufstellung gehen also etwa 11 % des Zeugs während des Produktionsprozesses, insbesondere in Form durch das Fabrikationswasser weggeschwemmter Faserstoffe, verloren; diese Stoffverluste sind jedoch je nach den unterschiedlichen technischen Einrichtungen durchaus verschieden.

Für 100 kg Druckpapier sind somit 25 kg Zellulose sowie 70 kg Holzschliff erforderlich. Nun bezieht sich jedoch diese Produktions-Kalkulation hinsichtlich der Menge der benötigten Halbstoffe notwendigerweise auf die Quantität des trocken gedachten Stoffes, also auf die reine Fasermenge, während der Transport derselben regelmäßig in feuchtem Zustand geschieht, bei Zellulose mit rund 50 %, beim Holzstoff mit durchschnittlich ⅔ Wassergehalt; den für 100 kg Papier benötigten Mengen von 25 bzw. 75 kg trocken gedachtem Halbstoff entsprechen somit praktisch die doppelten bzw. dreifachen Mengen an feuchtem Stoff, so daß wir in Wirklichkeit 50 kg Zellulose und 210 kg Holzstoff für den Eintrag benötigen werden. Bemerkt muß hierzu freilich werden, daß alle diese bisherigen und weiterhin folgenden Zahlen nur einen approximativen Wert haben und für unseren Zusammenhang ja auch haben sollen.

Außer den eigentlichen Rohstoffen muß ferner noch der Brennstoff Kohle als extremes Gewichtsverlustmaterial, von dem überhaupt kein Partikelchen in das fertige Produkt eingeht, zur Berechnung des Materialindex mit berücksichtigt werden; die Herstellung von 100 kg Druckpapier wird rund 125 kg an Kohle benötigen, beste Steinkohlen vorausgesetzt. Mindere Qualitäten, besonders also etwa Braunkohle, sind nach ihrem Heizwert auf Steinkohle leicht umzurechnen, wobei freilich der Kohleverbrauch überhaupt je nach der Leistungsfähigkeit der kalorischen Anlagen in den einzelnen Werken stark differieren kann.

---

[88]) Vgl. Staudt, a. a. O., S. 46.

Für 100 kg Druckpapier wird demnach an lokalisierten Materialien verbraucht:

50 kg	Holzzellulose
210 kg	Holzschliff
10 kg	Füllstoffe usw.
4 kg	Tonerde
2 kg	Harz
125 kg	Kohle
401 kg	

Aus dem Verhältnis nun von rund

$$\frac{\text{400 kg lokalisierte Materialien}}{\text{100 kg Produktgewicht}}$$

ergibt sich der Materialindex der Druckpapierindustrie mit 4.

In gleicher Weise können wir nun auch für die Feinpapierfabrikation den Materialindex berechnen, wobei wir uns hinsichtlich der zur Verarbeitung gelangenden Rohmaterialien wiederum an reine Durchschnittswerte zu halten haben werden.

Am Holländer-Eintrag zur Erzeugung holzfreien Feinpapiers sind etwa beteiligt:

Zellulose	mit	112 %	des	fertigen	Papiers
Füllstoffe	„	2 %	„	„	„
Leim- u. Farbstoffe	„	7 %	„	„	„
		121 %			

Es werden somit, wenn man noch einen Verbrauch von 130 kg Kohle auf 100 kg des Produktes bei der eigentlichen Feinpapiererzeugung annimmt, für 100 kg Zellulosepapier an lokalisierten Gewichtsverlustmaterialien verbraucht:

224 kg	Zellulose
4 kg	Füllstoffe
14 kg	Leim- und Farbstoffe
130 kg	Kohle
372 kg	

Als Materialindex für die Feinpapierherstellung ergibt sich demnach der Wert von 3,72.

Dieser nun so gefundene generelle Materialindex der eigentlichen Papierindustrie, der sich, wie wir festgestellt haben, zwischen 3,72 bei der Feinpapierherstellung und 4 bei der Herstellung ordinären Druckpapiers bewegt, wird als der theoretische Ausdruck zu gelten haben für die in der Papierindustrie maßgebenden Materialverhältnisse und muß durch seine Höhe auf eine aus-

gesprochene Materialorientierung der Papierindustrie hinweisen; sie findet natürlicherweise ihren relativ stärksten Ausdruck für die Herstellung ordinäreren holzhaltigen Papiers mit seinem gegenüber der Zellulose weniger transportgeeigneten wichtigsten Material, dem Holzschliff.

Aus den nun durch die Berechnung der einzelnen Materialindices gewonnenen Ergebnissen wird sich über die Standortsorientierung der Papierindustrie als Ganzes generell folgendes feststellen lassen:

Die Holzschliffindustrie weist ausgesprochene Materialorientierung auf; als einziges zur Verwendung gelangendes Rohmaterial übt das Holz auf diesen Industriezweig die entscheidende standortsbestimmende Wirkung aus, in deren Rahmen im einzelnen Fall die Attraktionskraft des speziellen Standortfaktors Wasser als Betriebsfaktor sowie als Kraftquelle absolut standortsbindend beteiligt ist. Die Standorte der Holzschliffindustrie werden sich demnach in nächster Nähe der nadelholzreichen Waldgebiete, besonders also des Gebirges, an deren starken natürlichen Wasserkräften befinden.

Die Zelluloseindustrie weist gleichfalls starke Materialorientierung auf. Als stärkster Standortsfaktor tritt wiederum das Holz, in geringerem Maße die Kohle auf, während ein zumindest mittlerer Flußlauf zur Abwässervorflutung essentiell erscheint. Die Standorte der Zelluloseindustrie werden wir daher an Flußläufen nächst günstig gelegenen Verkehrspunkten zu suchen haben, wobei die Orientierung zum Holz gegenüber der zur Kohle überwiegt.

Die Fertigpapierindustrie endlich ist ebenfalls stark materialorientiert; nur fallen hier als Rohmaterialien neben der Kohle nicht das Papierholz selbst, sondern die Halbstoffe Zellulose und Holzstoff ins Gewicht, an dessen Materiallager darum die oben betrachteten Standorte der Holzschliff- bzw. Zelluloseerzeugung zu gelten haben.

Je nach den vorwiegend erzeugten Papiersorten, also dem anteilmäßigen Verbrauch an Halbstoffen, ergibt sich darum die Standortsorientierung der Papierindustrie in engerm Sinne; die Standorte der Papierfabriken werden wir nach der Analyse ihres Materialindex darum an günstigen Verkehrspunkten hinsichtlich der Beschaffung der Halbstoffe, der Kohle sowie der Füllstoffe und Chemikalien zu suchen haben, wobei bei der Erzeugung minderer Qualitäten, also etwa bei der Druckpapierindustrie, sich eine überwiegende Orientierung nach den Standorten der Holzschliffindustrie, in zweiter Linie erst nach der Kohle ergibt, während bei der vorwiegenden Erzeugung holzfreier Papiere, also insbesondere Zellulosepapiere, naturgemäß die Orientierung nach den Standorten der Zelluloseindustrie überwiegen wird. Praktisch wird sich aus diesen beiden Zusammenhängen, wie schon oben angedeutet, insbesondere bei neueren und großen Anlagen zumeist

sogar eine Betriebskombination zwischen der Halbstoff- und Papiererzeugung ergeben.

Aus der generellen Analyse der einzelnen Materialindices ergibt sich darum als Ausdruck für die Papierindustrie als Ganzes die Materialorientierung:

In erster Linie und in überwiegender Weise zum Holzvorkommen.

In zweiter Linie zu den Kohlenlagern.

Diese nach den beiden Hauptkomponenten analysierte grundsätzliche Materialorientierung, abgeleitet, wie wir gesehen haben, aus dem generellen Materialindex der Papierindustrie, ist notwendigerweise für die Papierindustrie als solche ganz allgemein gültig.

In ihrer praktischen Bedeutung und Auswirkung modifiziert werden kann sie jedoch in der konkreten Wirklichkeit durch die Tatsache, daß durch die Natur der Tarifgestaltung im modernen Verkehrswesen nicht alle Güter nach ihrem Gewichte zu gleichbleibenden Tarifsätzen befördert werden, sondern daß hier weitgehende Differenzierungen vorhanden zu sein pflegen.

In der Hauptsache unterscheiden die heutigen Tarifsysteme eine Abstufung nach Klassen hinsichtlich des Wertes der zur Beförderung gelangenden Güter wie des benützten Wagenraums (horizontale Staffelung), sowie die vertikale Staffelung, d. h. Abstufung der Tarife mit der zunehmenden Entfernung eines Transportes, vielfach auch mit Rücksicht auf die Konkurrenz der Wasserstraßen berechnet[89]); die Abstufung der Güterklassen, nach denen sich für minderwertige Güter (Roh- und Halbstoffe) ge-

[89]) Standortstheoretisch werden die Wasserstraßen für uns nichts anderes darstellen als gewisse, in das Eisenbahnnetz eingefügte Transportstrecken mit besonders niedrigen Tarifsätzen, die weiter nichts als proportional ihrer niedrigeren Sätze verkürzte Entfernungen hinsichtlich des Transportweges bedeuten, die in der Praxis naturgemäß zu einer Erweiterung des „Schlagkreises" gewisser Materiallager führen werden. So dürfte etwa ausschließlich nur durch die Benützung des Seeweges bzw. der von den Seehäfen landeinwärts führenden Flüsse und Kanäle für die deutsche Papierindustrie der Bezug finnischen und russischen Zelluloseholzes (vgl. hierzu unten S. 143) ermöglicht werden, der etwa für die rund 1000 km betragende Strecke Archangelsk—Aschaffenburg mit einem gesamten Frachtsatz von etwa RM 5,10 per Raummeter nach der geltenden Tariflage einem Landbeförderungsweg von rd. 300 km entsprechen würde. Die frachtkostenmäßige Entfernung verkürzt sich bei diesem Beispiel durch die Benützung des Wasserweges auf weniger als ein Drittel, wenn auch freilich eine generelle Untersuchung der vielgestaltigen, für die Binnenwasserstraßen zudem nur auf Privatvereinbarungen beruhenden Schifffrachtraten in unserem Zusammenhange nicht möglich erscheint. Im allgemeinen wird heute etwa 15,5 % des insgesamt nach Deutschland eingeführten Papierholzes auf dem Seewege importiert. Vgl. Reinhold, a. a. O., S. 114.

ringere Frachtsätze ergeben wie für höherwertige (Fertigwaren), werden standortstheoretisch die Wirkung haben müssen, daß die ermäßigt beförderten Güter für die konkrete Berechnung des Materialindex mit gewissen Gewichtsabzügen einzusetzen sein werden; der Materialindex kann dadurch in der Wirklichkeit eine Verkleinerung erfahren, die einer Verminderung der Attraktionskraft der Materiallager gegenüber den Konsumorten entspricht.

Das System der vertikalen Staffelung dagegen bedeutet keine eigentliche Relationsverschiebung innerhalb der einzelnen Gütertarife, die standortstheoretisch als gedachte Gewichtsverschiebung innerhalb der einzelnen Güter zum Ausdruck kommt, sondern lediglich eine Verkürzung der geographischen Entfernungen, auf denen die Standortsfiguren sich aufbauen, ohne jedoch grundsätzlich eine Änderung der geographischen Lage der Transportstandorte zu verursachen; das System der Staffeltarife wird darum hinsichtlich der Beurteilung des konkreten Materialindex außer acht gelassen werden können[90]).

Freilich stellen sich uns nun die Frachtsätze in den einzelnen Ländern, obwohl auf den gleichen Grundlagen der horizontalen und vertikalen Staffelung sowie zumeist auch nach dem gleichen „gemischten System", d. h. einer Verbindung des Wert- und Wagenraumsystems, aufgebaut, als dennoch durchaus verschiedenartige, den speziellen Erfordernissen der betreffenden Volkswirtschaft angepaßte Systeme mit selbstverständlich ebenso voneinander abweichenden Gütertarifen dar; eine Generalisierung der sich für alle praktischen Fälle in Wirklichkeit für die Papierindustrie ergebenden Materialindices erscheint daher nicht möglich.

Für unseren Zusammenhang ist dies jedoch durchaus nebensächlich, da uns ja allein die speziellen österreichischen

[90]) Aus der Tatsache freilich, daß der Maßstab der Staffelung nach den Entfernungen praktisch nicht für alle Güterklassen die gleiche sein wird, werden sich natürlich mit zunehmenden Entfernungen auch hinsichtlich dieser Staffelung gewisse Relationsverschiebungen innerhalb der einzelnen Güter ergeben, die sich in gedanklichen Gewichtsabzügen bzw. Gewichtszuschlägen bei den verschiedenen Gütern ausdrücken lassen. An Bedeutung werden sie jedoch gegenüber den durch die Klassen- und Ausnahmetarife selbst hervorgerufenen ganz grundsätzlichen Relationsverschiebungen praktisch stark zurücktreten, da sie notwendigerweise erst auf ganz große Entfernungen wirksam werden können. Um das Bild des Materialindex, auf dessen klare und grundsätzliche Herausarbeitung es uns hier in erster Linie ankommt, nicht zu verwirren, müssen wir das Prinzip der Staffelungstarife in diesem Zusammenhang wenigstens vernachlässigen.

Dasselbe wird naturgemäß auch hinsichtlich der verschiedenen Ausnahme- und sonstigen Begünstigungstarife der Fall sein, die — regelmäßig nur für den Verkehr gewisser Güter zwischen einzelnen, bestimmten Stationen (Seehäfen!) eingeräumt — einerseits einen gewissen Ausgleich der Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Produktionsstätten sowie anderseits exportfördernde Tendenzen beinhalten.

Verhältnisse im Vergleich zu denjenigen des Deutschen Reiches interessieren; wir werden daher nunmehr die angedeutete Modifizierung der errechneten generellen Materialindices durch die konkrete Natur der Tarifgestaltung (Klassen- und Ausnahmetarife) sowohl für die österreichische wie die deutsche Papierindustrie zu untersuchen haben, um aus den gefundenen Ergebnissen einen Vergleich hinsichtlich der Materialorientierung dieser beiden Industrien fällen zu können.

Wenn wir unseren Berechnungen eine Transportentfernung von 100 km als Basis zugrunde legen wollen, so ergibt sich nach den geltenden Tarifsätzen als Fracht für 100 kg[91]):

Tabelle 12

Güter	Deutscher Tarif[92]) (Pfennig)	Österr. Tarif[93]) (Groschen)
Rohstoffe:		
Papierholz	(Tarifklasse F) . 53	(Tarifklasse 26) . 100
Kohle	(Ausnahmetarif 6) 43	(„ 27) . 95
Lumpen (Hadern)	(Tarifklasse F) . 53	(„ 23) . 98
Kaolin	(„ F) . 53	(„ 26) . 100
Schwefel	(„ C) . 98	(„ 19) . 162
Kalkstein	(„ F) . 53	(„ 23) . 98
Chlorkalk	(„ C) . 98	(„ 19) . 162
Harz (Kolophonium)	(„ C) . 98	(„ 19) . 162
Tonerde, schwefelsaure	(„ C) . 98	(„ 19) . 162
Halbstoffe:		
Holzzellulose, feucht	(Tarifklasse F) . 53	(Tarifklasse 23) . 98
Holzschliff, feucht	(„ F) . 53	(„ 23) . 98
Fertigerzeugnisse:		
Rotationsdruck	(Tarifklasse B) . 118	(Tarifklasse 21) . 129
Feinpapier	(„ A) . 141	(„ 17) . 208

Diese Zusammenstellung läßt erkennen, daß die Roh- und die Halbstoffe zu in beiden Fällen unterschiedlichen, von den Tarifsätzen des Fertigprodukts selbst jedoch wieder verschiedenen Sätzen befördert werden; nach dem deutschen Tarif werden alle Materialien billiger transportiert als das Endprodukt selbst. Wir haben daher gemäß der oben aufgestellten Gleichung

$$\text{Materialindex} = \frac{\text{lokalisiertes Materialgewicht}}{\text{Produktgewicht}}$$

[91]) Nach dem Deutschen und Österreichischen Eisenbahngütertarif. Tariflage vom 1. Oktober 1928 bzw. 1. Mai 1929.
[92]) In Deutschland berechnet für 15 t-Ladung.
[93]) In Österreich berechnet für 10 t-Ladung.

die Frachtkosten der lokalisierten Materialien multipliziert mit ihrem Gewicht mit den Frachtkosten des jeweiligen Endproduktes zu dividieren.

Es ergibt diese Rechnung nun das folgende interessante Bild der tatsächlichen Materialindices der beiden Papierindustrien; vergleichshalber ist der jeweilige generelle Materialindex nochmals mit angeführt:

Tabelle 13

Industriezweige	Genereller Materialindex	Materialindex, gültig für die deutsche Papierindustrie	Materialindex, gültig für die österreichische Papierindustrie
1. Holzschliff-industrie	1,5	1,5	1,47
2. Zellulose-industrie			
Holz	2,70	2,70	2,78
Kohle	1,40	1,13	1,36
Schwefel	0,15	0,55	0,49
Chlorkalk	0,15		
Kalkstein	0,20	0,20	0,20
	4,6	4,58	4,83
3. Druckpapier-industrie			
Zellulose	0,50	0,22	0,38
Holzstoff	2,10	0,94	1,59
Füllstoffe	0,10	0,04	0,08
Tonerde	0,04	0,03	0,05
Harz	0,02	0,02	0,02
Kohlen	1,25	0,47	0,95
	4,01	1,72	3,07
4. Feinpapier-industrie			
Zellulose	2,24	0,84	1,05
Füllstoffe	0,04	0,01	0,02
Leimstoffe usw.	0,14	0,09	0,11
Kohle	1,30	0,39	0,59
	3,72	1,33	1,77

Diese Gegenüberstellung ergibt für uns zunächst die Tatsache, daß nach den hier durchgerechneten beiden Beispielen trotz des Eingriffes der heutigen Frachtsysteme der Materialindex für die gesamte Papierindustrie erheblich größer als 1 verbleibt, sich also auch praktisch für die Papierindustrie eine ausgesprochene Materialorientierung, wie oben analysiert, ergibt.

Im einzelnen zeigt der konkrete Materialindex für die Halbstofferzeugung keine oder doch nur sehr geringe Abweichung von den generell aufgestellten Ziffern, verursacht durch die durchschnittlich gleiche Güterklasseneinteilung für die Roh- und Halbstoffe.

Bei der Fertigpapierindustrie jedoch kommt das Wesen der Güterklasseneinteilung mit einem auffälligen Sinken des Materialindex voll zur Auswirkung, da die minderwertigeren Roh- und Halbstoffe zu beträchtlich niederen Sätzen befördert werden wie die Fertigerzeugnisse, also gedanklich starke Gewichtsabzüge erhalten; während mit dem Werte des Endproduktes auch seine Frachtsätze steigen (Feinpapier!), fällt z. B., für Deutschland berechnet, der Materialindex der Feinpapiererzeugung von 3,72 auf 1,33, bei der Druckpapierindustrie sogar von 4,01 auf 1,72, was für die Standorte der deutschen Papierindustrie gegenüber unserem theoretischen Ergebnis eine bedeutende relative Verminderung der Attraktionskraft der Materiallager gegenüber den Konsumorten bedeuten muß.

Als für uns interessantestes Ergebnis jedoch ist festzustellen, daß die österreichische Papierindustrie einen wesentlich höheren Materialindex aufzuweisen hat wie die deutsche[94]), d. h. hinsichtlich ihrer Standorte eine viel stärkere Materialorientierung besitzt.

Der Materialindex wird hier insofern ein getreues Abbild der tatsächlichen Standortsverhältnisse innerhalb einer Industrie ergeben, als er ja der jeweils konkreten Wirklichkeit durch eine „Wägung" mit den betreffenden Sätzen des maßgebenden Tarifsystems angepaßt ist; dieses letztere wiederum, das sich in seinen verschiedenen Abstufungen nach Güterklassen und unterschied-

[94]) Beachtung muß hierbei verdienen, daß der Materialindex der österreichischen Papierindustrie gegenüber dem der deutschen insofern tatsächlich noch eine viel höhere Differenz aufweisen wird, als oben ersichtlich, da die österreichische Papierindustrie zum weitaus überwiegenden Teile (zu etwa 75 %) als Brennstoff die minderwertige Braunkohle verfeuert (genaue Ausweise hierüber finden sich unten S. 152), also eine entsprechend höhere Kohlenmenge verbraucht, als zur Berechnung des Materialindex zugrunde gelegt.

Nimmt man an, daß der häufigste Wert der österreichischen Braunkohle 4500 Kalorien, der der verbrauchten Steinkohle, die sich zu ⅓ aus inländischen (häufigster Wert ca. 6900 Kalorien), zu ⅔ aus ausländischen, hierbei wieder etwa zu ⅔ aus polnischen (ca. 7200 Kal.), zu ⅓ aus tschechoslowakischen Kohlen (ca. 7700 Kal.) zusammensetzen, durchschnittlich etwa 7300 Kal. beträgt, so ergibt dies einen Mittelwert der von der österreichischen Papierindustrie überhaupt verbrauchten Kohle von schätzungsweise 5300 Kal. gegenüber 8300 Kal. bei besten Steinkohlen, auf die sich unsere bisherigen Kohlenangaben beziehen.

Da sich die Kohlenversorgung der deutschen Papierindustrie zu etwa 40 % aus Steinkohlen (von uns geschätzt zur Hälfte aus dem Ruhrrevier [8300 Kal.], zur Hälfte aus dem oberschlesischen und sächsischen Revier [häufigster Wert 7500 Kal.], zu 60 % jedoch aus

licher relativer Höhe der Tarifsätze zueinander eben aus den praktischen Bedürfnissen der Volkswirtschaft selbst herausgebildet hat, berücksichtigt in den speziellen Relationen seiner Tarife untereinander notwendigerweise die bestehenden speziellen Wirtschaftsverhältnisse.

In unserem Zusammenhang weisen darum die deutschen Frachtsätze für die Rohstoffe der Papierindustrie eine Ermäßigung gegenüber dem Fertigprodukt Papier von rund 50 % auf; praktisch wird diese Tatsache besonders für das in großen Massen benötigte Papierholz ins Gewicht fallen, welches zum großen Teil aus dem Ausland eingeführt werden muß und im Gegensatz zu den Fertigprodukten, die zudem überwiegend innerhalb des Reiches selbst abgesetzt werden[95]), nur geringe frachtliche Belastung verträgt.

Das Holzland Österreich dagegen, das diese wichtigste Rohstoffversorgung seiner Papierindustrie auf relativ viel kürzeren Transportwegen bewerkstelligen kann, jedoch mit den Fertigprodukten zum überwiegenden Teil auf den Weltmarkt angewiesen ist, kennt diese große Spanne zwischen den Tarifsätzen für Roh- und Halbstoffe einerseits gegenüber den Fertigprodukten anderseits nicht in demselben Maße, da im Gegenteil sogar eine möglichst billige Verfrachtung der Fertigprodukte im Interesse des Papierexports liegt.

Die Tarifsätze werden demnach wohl als grundsätzlicher Ausdruck für die bestehenden Standortsverhältnisse gelten können; der mit ihnen gewogene generelle papierindustrielle Materialindex bietet uns daher die Möglichkeit, die Standortsorientierung dieser Industriegruppe für jeden konkreten Fall zu ermitteln.

Braunkohlen (mittel-, west- und süddeutsches Braunkohlenrevier mit einem häufigsten Wert von 5400 Kal.) zusammensetzt (über genaue Ziffern vgl. „Statist. Jahrbuch der deutschen Papier-, Pappe-, Zellulose- und Holzstoffindustrie", 1929, S. 15), würde dies den bedeutend höheren Mittelwert der von der deutschen Papierindustrie verbrauchten Kohlen von schätzungsweise 6500 Kal. ergeben.

Die österr. Papierindustrie wird daher einen relativ höheren Kohlenverbrauch aufweisen als die deutsche, welche Tatsache notwendigerweise in einer relativen weiteren Erhöhung des Materialindex derselben in Erscheinung treten muß; durch den allzu approximativen Charakter jedoch der angegebenen Wertigkeitsziffern, auch in ihrem Verhältnis zueinander, müssen wir darauf verzichten, die Wertigkeit der schätzungsweise in Österreich und Deutschland in der Papierindustrie verbrauchten Kohlen mit bei der Errechnung der speziellen Materialindices zu berücksichtigen.

[95]) Der deutsche Export betrug in Prozenten der Papierproduktion:

1913	13 %	1926	22 %
1924	31 %	1927	17 %
1925	20 %	1928	16 %

Vgl. Jahresbericht des Vereins Deutscher Papierfabrikanten, e. V. für 1928/29.

Die errechneten Materialindices für die deutsche Papierindustrie erweisen eine ausgesprochene Materialorientierung derselben; die höheren Materialindices jedoch, die sich für die österreichische Papierindustrie ergeben, bieten uns deutlich den Ausdruck einer Gruppierung deren Standorte in relativ größerer Nähe der Materiallager, in erster Linie also hinsichtlich des Holzes, in zweiter Linie aber auch hinsichtlich der Kohle, wobei einerseits die Halbstoffindustrie an die Waldungen, in noch stärkerem Maße jedoch die eigentliche Papiererzeugung an die Halbstoffwerke herangerückt erscheinen.

Als wesentliches Ergebnis unserer Untersuchung über das Standortsproblem der Papierindustrie können wir demnach feststellen, daß die österreichische Papierindustrie insbesondere durch die vorhandenen Holzbestände des Landes hinsichtlich ihrer Standorte stärker materialorientiert erscheint als die deutsche oder mit anderen Worten dieser gegenüber stärkere natürliche Standortsvorteile hinsichtlich ihres Rohstoffbezuges besitzt; die österreichische Papierindustrie baut somit in stärkstem Maße auf dem natürlichen Holzreichtum ihres Landes auf.

Wenn wir damit wieder zum eigentlichen Ausgangspunkt unserer diesbezüglichen Problemstellung[96]) zurückkehren, so wird sich mit der Erschließung eines einheitlichen großdeutschen Wirtschaftsgebietes für die österreichische Papierindustrie auf Grund ihrer speziellen Standortsverhältnisse, d. h. ihres engen natürlichen Aufbaus auf ihren wichtigsten Rohstofflagern, neben dem eigentlichen Konkurrenzproblem mit der reichsdeutschen Papierindustrie als dessen wesentliche Grundlage auch noch eine ganz bedeutsame zweite Frage ergeben:

Welche Probleme erwachsen aus einer Eingliederung in dieses neue Wirtschaftsgebiet für die österreichische Papierindustrie hinsichtlich ihrer bevorzugten Standortslage, d. h. ihrer eigentlichen Rohstoffversorgung?

Wir werden demnach nach zwei großen Richtungen, die naturgemäß wieder in engstem inneren Zusammenhang zueinander stehen, die Auswirkungen der deutsch-österreichischen Zollunion für die österreichische Papierindustrie zu untersuchen haben:

1. hinsichtlich des Rohstoffproblems
2. „ „ Absatzproblems

d. h. hinsichtlich der Konkurrenzfrage mit der Papierindustrie des Deutschen Reiches sowie der Absatzfrage auf dem Weltmarkt überhaupt.

Die beiden letzten Kapitel unserer Abhandlung sollen diese beiden Probleme in großen Zügen beleuchten.

[96]) Vgl. oben S. 105.

4. KAPITEL

Das Rohstoffproblem der österreichischen Papierindustrie.

Im Laufe des vorigen Kapitels konnten wir den ausgesprochenen Aufbau der österreichischen Papierindustrie auf ihrem wichtigsten Rohstofflager, dem Holz, deutlich feststellen; die ganze Entwicklung dieses Industriezweiges war seit alters her nicht allein durch den Eigenverbrauch des Landes und die guten Exportmöglichkeiten nach dem europäischen Südosten, sondern eben aus dem natürlichen Holzreichtum des österreichischen alpenländischen Wirtschaftsraums heraus bedingt.

Den Charakter Deutsch-Österreichs als Holzland veranschaulicht mit Deutlichkeit die nachstehende Tabelle:

Tabelle 14

Die Waldflächen der europäischen Staaten im Jahre 1926[97])

Staaten	Waldfläche in 1000 ha	Waldfläche in ha je einwohner	Überwiegende Holzart
Österreich	3 165	0,48	Nadelholz
Deutschland	12 587	0,22	„
Tschechoslowakei	4 661	0,34	„
Jugoslawien	7 040	0,54	Laubholz
Ungarn	883	0,11	„
Polen	8 944	0,33	Nadelholz
Rumänien	7 300	0,44	Laubholz
Bulgarien	2 880	0,59	„
Griechenland	1 514	?	„
Sowjetrußland	152 207	?	Nadelholz
Ukraine	3 333	0,12	Laubholz
Litauen ohne Memelland	860	0,34	Nadelholz
Litauen mit Memelland	896	?	„
Lettland	1 845	0,98	„
Estland	900	0,81	„
Finnland	25 264	7,40	„
Schweden	23 516	3,80	„
Norwegen	7 105	2,88	„
Großbritannien	1 477	0,03	„
Irland	93	0,03	„
Holland	250	0,03	„
Dänemark	348	0,12	Laubholz
Belgien	540	0,07	„
Frankreich	10 323	0,26	„
Spanien	4 866	0,25	„
Portugal	1 956	0,35	„
Italien	5 545	0,14	„
Schweiz	975	0,25	Nadelholz
Luxemburg	84	0,32	Laubholz

[97]) Vgl. hierzu Reinhold, a. a. O., S. 141.

Berücksichtigt man bei dieser Zusammenstellung, daß bei vorwiegender Nadelholzbestockung und geregelter Forstwirtschaft die Länder mit 0,35 ha Waldfläche und darüber, je Einwohner gerechnet, Holzexportländer sind[98]), d. h. mehr an Holz erzeugen, als sie selbst verbrauchen können, daß dagegen regelmäßig Länder mit weniger als 0,31 ha Waldfläche je Einwohner zu den Holzimportländern gerechnet werden müssen, so ergibt sich, daß Österreich mit nicht weniger als 0,48 ha Waldfläche je Einwohner unter die ausgesprochenen Holzüberschußländer zu zählen ist. Das Deutsche Reich hingegen erweist sich mit einer Waldfläche von nur 0,22 ha je Einwohner als ausgesprochenes Holzeinfuhrland. Diese beiden Begriffe beziehen sich dabei auf die gesamte Holzhandelsbilanz, d. h. also unter Einrechnung auch der in Rohholz umgerechneten Holzwaren und der aus Holz hergestellten Halb- und Fertigfabrikate.

Welche Problemstellung nun wird sich aus einer Eingliederung dieses österreichischen Holzüberschußgebietes in die gesamtdeutsche Wirtschaft hinsichtlich der Papierholzversorgung der österreichischen Papierindustrie ergeben?

Wir haben soeben schon darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Begriff eines Holzüberschuß- bzw. Holzzufuhrlandes naturgemäß nicht immer um die reinen Holzwerte handelt, die im Außenhandel nach dieser oder jener Richtung in Erscheinung treten, sondern daß hierbei die gesamte Holzhandelsbilanz, eingerechnet also der aus Holz hergestellten Halb- und Fertigfabrikate, ausschlaggebend ist; es werden demnach bei geregelter Forstwirtschaft auch in ausgesprochenen Holzüberschußländern nur diejenigen Mengen an Rohholz dem direkten Export zur Verfügung stehen können, die nicht im Lande selbst zur Veredelung bzw. Weiterverarbeitung gelangen und damit erst in verarbeitetem Zustand ausgeführt werden[99]). Ebenso wird es natürlich theoretisch denkbar sein, daß die Einfuhrstatistik auch absoluter Holzzufuhrländer nur in geringem Maße eigentliche Holzimporte aufweist, sobald diese etwa zum überwiegenden Teil in Form von Fertigwaren zur Einfuhr gelangen.

Wenn wir nach diesen grundsätzlichen Überlegungen die speziellen Verhältnisse der österreichischen Holzversorgung be-

---

[98]) Vgl. Reinhold, a. a. O., S. 50.

[99]) Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet kann es nicht mehr auffallen, wenn etwa Schweden und Norwegen in der Liste der Überschußländer für Papierholz ganz fehlen, trotz des dortigen hohen Waldanteils je Einwohner (3,80 bzw. 2,88 ha); eine weit entwickelte Holz-, Holzschliff- und Zelluloseindustrie unterbindet notwendigerweise sehr stark die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus immerhin eine Verschwendung darstellende Rundholzausfuhr; Norwegen führt sogar Papierholz in großen Mengen ein. Vgl. hierzu Reinhold, a. a. O., S. 88.

trachten wollen, so erhalten wir nach Marchet[100]) folgendes Bild:

Tabelle 15

Waldfläche und Holzertrag Deutsch-Österreichs[101])

Land	Gesamtwaldfläche in ha	Zuwachs (Holzertrag) in fm
Niederösterreich	674 448	2 455 970
Oberösterreich	406 756	1 487 291
Salzburg	235 644	575 836
Steiermark	793 560	2 513 373
Kärnten	428 977	1 246 574
Tirol	431 669	790 850
Vorarlberg	67 475	194 047
Burgenland	118 844	382 610
Insgesamt	3 157 373 ha	9 646 551 fm

Bei einer gesamten Waldfläche von rund 3,2 Mill. ha ist der österreichische Holzertrag somit mit etwa 9,7 Mill. fm anzusetzen oder mit rund 3 fm je Hektar. Wenn nun der Brennholzanfall mit 40 %, der Nutzholzanfall mit 60 % angenommen wird[102]), dürften somit im ganzen ca. 5,8 Mill. fm oder aufgerundet 6 Mill. fm, und zwar fast ausschließlich Weichholz[103]) (Nadelholz) zur Verfügung stehen.

Was nun die uns hier besonders interessierende Papierholzerzeugung betrifft, so wird eine konkrete Untersuchung der zur Verfügung stehenden Papierholzmengen insofern natürliche Schwierigkeiten bieten, als es „obligatorisches" Papierholz, d. h. Holz, das unbedingt nur zu Papierholz geeignet ist, überhaupt nicht gibt; die Tatsache der Verwendung allein wird letzten Endes das einzig sichere Merkmal für dieses Sortiment sein.

In der Regel freilich wird unter Papierholz oder Schleifholz[104]) eine begrenzte Anzahl zur Papierverarbeitung geeigneter Holzarten bezeichnet, die wir schon oben erwähnten und die im

[100]) Vgl. Marchet, Julius, Waldfläche und Holzproduktion in Österreich, Wien und Leipzig 1919.

[101]) In annähernden Werten.

[102]) Vgl. Marchet, a. a. O. und Handelskammerbericht 1924.

[103]) Die Holzartenverteilung für Österreich wird folgendermaßen angegeben: 71% Nadelholz (vorwiegend Fichte sowie 3% Kiefer), 10% Laubholz (5% Buche, 3% Eiche, 2% andere weiche Laubhölzer) und 19% Mischwald. Vgl. Reinhold, a. a. O., S. 56

[104]) Die Bezeichnung „Schleifholz", heute im allgemeinen gleichbedeutend zu verstehen mit „Papierholz" oder „Zelluloseholz", geht auf die erste Zeit der Holzbearbeitung für die Papierherstellung zurück, als allein der mechanische Schleifprozeß bekannt war.

allgemeinen gewisse Abmessungen nicht überschreiten[105]); praktisch genommen gelangt aus preislichen Gründen jenes Holz, das für Langholz zu kurz, für Blochholz jedoch zu dünn erscheint, als Papierholz zur Verarbeitung.

Nach Darstellungen von fachmännischer Seite kommen nun von dem gesamten Nutzholzanfall in Österreich nur etwa 20 %, höchstens jedoch 25 % als Papierholz in Frage[106]); genau festzustellen ist der Schleifholzanfall für die Bundesforste, bekanntlich der größte Waldbesitzer Österreichs, der derzeit (1928) einen jährlichen Papierholzanfall von 110 000—120 000 fm bei einem jährlichen Gesamteinschlag von 1 100 000 fm verzeichnet[107]). Für die Bundesforste ist der Schleifholzanfall demnach tatsächlich noch wesentlich niedriger, wie oben angenommen; der genannte Prozentsatz dürfte daher wohl die oberste Grenze des österreichischen Papierholzanfalles darstellen, soweit eben eine generelle Bestimmung desselben überhaupt möglich ist.

Wenn wir also, hochgegriffen, 25 % des gesamten Nutzholzanfalles als schleiffähiges Holz annehmen wollen, ergibt dies eine verfügbare Schleifholzmenge von insgesamt 1,5 Mill fm pro Jahr[108]). Naturgemäß wird auch diese Zahl nur annähernden Wert haben können, schon da sich im Einzelfall auch relativ wertvollere Holzsortimente im Papierholz vorfinden werden, anderseits erfahrungsgemäß oft auch Papierholz bei unsorgfältiger Sortierung mit ins Brennholz abwandert; als Durchschnittswert jedoch wird uns die gefundene Ziffer zum Anhaltspunkt für unsere weiteren Untersuchungen dienen können.

Betrachten wir nun gegenüber diesem inländischen Gesamtanfall von anderthalb Millionen Festmeter Schleif- und Zelluloseholz den tatsächlichen Holzbedarf der österreichischen Papierindustrie.

Der effektive Holzverbrauch der österreichischen Papierindustrie, errechnet aus den Erzeugungsmengen, betrug nach Zu-

---

[105]) Diese Abmessungen charakterisiert etwa die deutsche Zollvorschrift mit „nicht über 1,20 m lang und nicht über 24 cm am schwächeren Ende stark". Wenn Holz mit diesen Ausmaßen eingeführt wird, genießt es als Papierholz Zollfreiheit. Ebenso wird es unter ähnlichen Bedingungen (nicht über 2,50 m lang, Beschränkung auf die Hauptholzarten Fichte, Tanne, Kiefer und Aspe) auf der Eisenbahn in Deutschland nach der schon oben betrachteten billigeren Klasse F des Tarifs befördert. Diese Abmessungsvorschriften sind naturgemäß in den verschiedenen Ländern verschieden, zwingen jedoch zumeist zur Einhaltung bestimmter Dimensionen.

[106]) Vgl. Handelskammerbericht 1926 und 1928.

[107]) Vgl. Zentralblatt für die Papierindustrie, 1. Nov. 1929.

[108]) Vgl. Zentralblatt für die Papierindustrie, 1. Nov. 1929. Daß diese Ziffer durchaus schon als obere Grenze zu gelten haben wird, kann daraus entnommen werden, daß z. B. Reinhold die jährliche Papierholzproduktion Österreichs auf nicht höher als 1 Mill. fm schätzt. A. a. O., S. 56.

sammenstellungen des Verbandes der Österreichischen Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie folgende Mengen[109]):

Tabelle 16

Jahr	Holzverbrauch	Zunahme des Bedarfs gegenüber dem Vorjahr
1913[110])	1 139 300 fm	—
1919	370 033 fm	—
1920	415 217 fm	+ 45 184 fm
1921	617 500 fm	+ 202 283 fm
1922	839 500 fm	+ 222 000 fm
1923	1 003 330 fm	+ 163 830 fm
1924	1 124 850 fm	+ 121 520 fm
1925	1 294 450 fm	+ 169 600 fm
1926	1 361 267 fm	+ 66 817 fm
1027	1 418 183 fm	+ 56 916 fm
1928	1 504 300 fm	+ 86 117 fm

Wir werden dieser Zusammenstellung ohne weiteres entnehmen können, daß einerseits mit der bereits dargestellten Produktionssteigerung der österreichischen Papierindustrie im Zuge der Rationalisierungsaktion eine ebensolche Steigerung des Holzverbrauchs notwendigerweise Hand in Hand ging; zweitens aber, und das interessiert uns in diesem Zusammenhang in erster Linie, hat mit dem Jahre 1928 der Holzverbrauch der österreichischen Papierindustrie bereits den eigentlichen Papierholzanfall dieses Landes erreicht bzw. diesen schon überschritten.

Die seit 1927 wieder deutlich aufsteigende Kurve des jährlichen Holzverbrauchs läßt auch weiterhin eine Steigerung dieses Holzverbrauchs erwarten, zumal die vorgenommene Rationalisierung von der österreichischen Papierindustrie die volle Ausnutzung ihrer Anlagen gebieterisch fordert und neuerdings wieder verschiedene große Unternehmen im Begriffe stehen, neue Zellstoffkocher mit großem Fassungsvermögen sowie neue Großkraftschleifer aufzustellen[111]), um die Produktionskosten durch Erweiterung der Erzeugung weiterhin zu verbilligen; aus diesen Neuinvestitionen dürfte sich auch fernerhin ein erhöhter Bedarf an Schleifholz für die nächste Zukunft ergeben.

Es zeigt sich somit also für Österreich jene typische Erscheinung, die wir schon oben kurz streiften, daß nämlich ein hinsichtlich seines relativen Waldreichtums ausgesprochenes Holzüberschußgebiet durch die Entwicklung und dadurch den Rohholzbedarf seiner eigenen holzverarbeitenden Industrie — in

[109]) Vgl. Handelskammerberichte 1924 bzw. 1928.

[110]) Errechnet für das Gebiet des heutigen Österreichs.

[111]) Vgl. Handelskammerbericht 1928.

unserem Falle der Papierindustrie — in zunehmendem Maße aus der Reihe der Holzexportländer, und zwar hier hinsichtlich des Schleifholzexportes, ausscheidet und mit Rücksicht auf seinen eigenen Papierholzbedarf heute nicht mehr in der Lage erscheint, nennenswerte Mengen an Schleifholz überhaupt auszuführen.

Verschärft jedoch wird nun diese Erscheinung einer drohenden Überschreitung des österreichischen Schleifholzanfalls durch den Holzbedarf der Papierindustrie durch die Tatsache, daß in den letzten Jahren der Schleifholzexport aus Österreich trotz alledem ganz außerordentliche Ausmaße anzunehmen begann und dadurch bedeutende Mengen von Schleifholz der heimischen Industrie verlorengingen.

Betrachten wir in großen Zügen das Problem des österreichischen Schleifholzexports:

Während in der ersten Nachkriegszeit in den sogenannten Kompensationsverträgen mit den Nachbarstaaten das österreichische Holz dazu berufen war, eine ganz besondere Rolle zu spielen, kam es mit dem Eintritt geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse aus Erwägungen zum Schutze der heimischen holzverarbeitenden Industrie zu einem generellen Verbot der Ausfuhr von Rundholz.

Reichliche Ausfuhrbewilligungen jedoch — teilweise noch von den ehemaligen Landesholzstellen stammend, im übrigen aber auf dem Wege über die Holzausfuhrkontrollstelle erreicht — durchbrachen vielfach das generelle Ausfuhrverbot, so daß sich tatsächlich im Jahre 1923 der österreichische Rohholzexport auf 4427 Waggons, darunter 373 Waggons Schleifholz, belief; im Jahre 1924 konnte sogar das ausgeführte Rohholz trotz des bestehenden Ausfuhrverbots durch die besondere Rücksichtnahme auf die schwerer bringbaren Hölzer aus den Grenzgebieten Österreichs sowie in einzelnen Fällen auf die wirtschaftliche Notlage mancher Holzproduzenten, sowie nicht zuletzt endlich durch die Kontingente, deren Ausfuhrbewilligung auf Grund der damaligen Handelsübereinkommen erteilt werden mußte, auf mehr als das Dreifache des Vorjahres ansteigen, nämlich auf 14 461 Waggons, darunter 1587 Waggons Schleifholz.

Auf das Drängen des Waldbesitzes wurde nun für das zweite Halbjahr 1925 ein Kontingent von 200 000 fm zur Ausfuhr freigegeben, das auch für das erste Halbjahr 1926 wiederum in gleicher Höhe zugestanden wurde. Am 1. Oktober desselben Jahres erfolgte nun eine Neuregelung der gesamten Schleifholzausfuhr in der Weise, daß an Stelle des alten Ausfuhrverbotes eine allgemeine Abgabe von 1,60 Goldkronen für den Kubikmeter Schleifholz trat, während der Waldbesitz ein abgabefreies Kontingent von 400 000 fm pro Jahr zugestanden erhielt. Dieses auf die einzelnen Bundesländer verteilte abgabenfreie Kontingent sollte dazu dienen, dem Waldbesitz den unbelasteten Export jener Schleifholzmengen zu ermöglichen, die vom Inlande nicht aufgenommen werden konnten. Die Ausfuhrabgabe wiederum sollte verhindern, daß ein

regelloser Export der inländischen Industrie das notwendige Rohmaterial entziehe.

Die Geltung dieser Verfügung wurde späterhin noch um drei Monate, also bis zum 31. Dezember 1927, verlängert. Am 1. Januar 1928 endlich wurde jedoch den Wünschen der Waldbesitzer entsprochen und die Ausfuhrabgabe für Schleifholz vollständig aufgehoben.

Die notwendige Folge der allmählichen Lockerung und schließlichen Beseitigung jeder Erschwerung der Schleifholzausfuhr war naturgemäß eine sprunghafte Steigerung des Exportes, die folgendes Bild zu veranschaulichen vermag:

Tabelle 17

Die Entwicklung des österreichischen Schleifholzexports[112])

Jahr	fm
1923	7 400
1924	33 556
1925	123 215
1926	161 978
1927	411 892
1928	498 227

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß mit der Freigabe des ersten Schleifholzkontingentes im Jahre 1925 der Schleifholzexport um nicht weniger als das Vierfache des Vorjahrs anstieg; nimmt man ferner an, daß zur Zeit der Aufhebung des Ausfuhrverbotes (1. Oktober 1926) etwa 140 000 fm Papierholz aus Österreich exportiert wurden[113]), so ist seit diesem Zeitpunkt die Ausfuhr nochmals um mehr als das 3½fache gestiegen und erreicht heute rund 500 000 fm oder genau ein Drittel des gesamten Papierholzanfalls Österreichs, wobei zudem noch in Rechnung zu stellen ist, daß der Schleifholzexport als solcher sicherlich überhaupt nur zu einem gewissen Teile statistisch erfaßt werden dürfte, da erfahrungsgemäß auch erhebliche Mengen unter dem Titel „Brennholz" zur Ausfuhr gelangen.

Die auf den ersten Blick sicherlich sonderbare Erscheinung, daß nämlich trotz des zunehmenden Übersteigens des Schleifholz-

[112]) Errechnet aus den Ausweisen der Statistik des Auswärtigen Handels Österreichs. Es betrug hiernach der gesamte Schleifholzexport

im Jahre 1924	16 777 t
1925	32 004 t
1926	80 989 t
1927	133 321 t
1928	249 113 t

Die Ziffern für 1923 sind entnommen aus „Die Internationale Papier- und Zellstoffindustrie", a. a. O.

[113]) Vgl. Zentralblatt für die Papierindustrie, 1. Nov. 1929.

anfalls durch den Schleifholzverbrauch der österreichischen Papierindustrie noch ein volles Drittel des gesamten Papierholzanfalles zum Export gelangen konnte, wird sich überhaupt nur durch eine Tatsache erklären lassen, die aber zugleich die gesamte außerordentlich gespannte Lage der österreichischen Papierholzversorgung zu beleuchten vermag.

Die österreichische Papierindustrie gleicht nämlich in zunehmendem Umfange die bestehende Papierholzknappheit durch Heranziehung von Blochholz für die Zelluloseerzeugung aus. Sie verwendet verständlicherweise im allgemeinen nur die schwächeren Blochen, etwa zwischen 18 und 35 cm, da aber Schleifholz von 8 bis zu 24 cm gerechnet wird, stellt diese Verwendung von Blochholz eine bedeutende Verschwendung im volkswirtschaftlichen Sinne dar. Denn das Holz der Blochen ist ja für eine höherwertige Verwendung bestimmt als für die Papiererzeugung und die Verarbeitung des wertvolleren Blochholzes zur Papiererzeugung dürfte schon aus rein kalkulatorischen Rücksichten überhaupt nur dadurch möglich sein, daß sich in den meisten Gegenden Österreichs die Preisspanne zwischen Bloch- und Schleifholz schon auf 1—2 S je m^3 ermäßigt hat; in einzelnen Fällen sogar wird schon von einem gleichen Preis dieser beiden Sortimente berichtet[114]).

Der Grund hierfür liegt einerseits in dem Stilliegen einer großen Anzahl von Sägewerken, mancherorts bis zu 60 und 70 % der Kapazität der betreffenden Gegend[115]); es erklärt sich wieder aus dem fast völligen Stillstand der privaten Bautätigkeit, wie aus der außerordentlichen Spanne zwischen dem deutschen Rund- und Schnittholzzoll (1 : 8½), die den für die österreichischen Sägewerke so wichtigen Export an Schnittware nach Deutschland stark eindämmt; andererseits wirkt die starke Preiserhöhung auf dem österreichischen Schleifholzmarkt, die wir noch unten besonders zu erörtern haben werden, ebenfalls ausgleichend auf die Preisspanne zwischen Bloch- und Schnittholz. Dahingestellt muß dabei bleiben, ob mit einem Abklingen der heutigen Stagnation in der Sägeindustrie eine weitere Verarbeitung von Blochholz für die österreichische Papierindustrie noch in Frage kommen und sich somit eine reibungslose Abwicklung der Holzversorgung der österreichischen Papierindustrie bei der heutigen Höhe der Schleifholzexporte ermöglichen lassen wird.

Als Ergebnis jedenfalls der zunehmenden Freigabe der österreichischen Rundholzausfuhr können wir auf dem österreichischen Papierholzmarkte ein immer stärkeres Abströmen des verfügbaren Schleifholzes nach dem Ausland beobachten, wobei als stärkster Käufer das Deutsche Reich auftritt (1928: 54 % des

[114]) Vgl. die Marktberichte des „Wochenblatt für Papierfabrikation", Jahrgang 1928.

[115]) Vgl. Gebert, a. a. O., S. 73 sowie „Wochenblatt für Papierfabrikation", 16. Juni 1928.

österreichischen Gesamtexportes), ferner in geringerem Maße noch die Schweiz (1928: 34 %); neben dem starken und durchaus bedenklichen Rohstoffentzug an sich für die heimische Papierindustrie hat dieser Vorgang für diese ferner auch schwere Spuren hinterlassen durch die Erscheinung eines ständigen Ansteigens der österreichischen Schleifholzpreise seit der Freigabe der Papierholzausfuhr.

Nach Mitteilung der Wiener Börsenkammer betrugen die Durchschnittsnotierungen für Schleifholz per 1 m³ in den letzten Jahren:

Tabelle 18

Monat	1924	1925	1926	1927	1928	1929
Jan.	K 140 000.—[116])	K 220 000.—[116])	S 28.—[117])	S 24.—[117])	S 27.—[117])	S 29.—[117])
Feb.	—	K 230 000.—[116])	S 26.—[117])	S 24.—[117])	S 27.—[116])	S 29.—[117])
März	—	S 23.—[116])	S 26.—[117])	S 24.—[117])	S 27.—[116])	S 29.—[117])
April	K 162 250.—[116])	—	S 25.75[117])	S 24.—[117])	S 27.—[116])	S 29.—[117])
Mai	K 160 000.—[116])	—	S 25.—[117])	S 24.—[117])	S 27.—[116])	S 29.—[117])
Juni	K 210 000.—[116])	—	S 25.—[117])	S 24.—[117])	S 27.—[116])	S 29.50[117])
Juli	K 210 000.—[116])	S 25.—[116])	S 25.—[117])	S 24.—[117])	S 27.—[116])	S 30.—[117])
Aug.	K 210 000.—[116])	—	S 23.—[116])	S 24.—[117])	—	S 30.—[117])
Sept.	K 210 000.—[116])	S 24.—[116])	S 23.—[116])	S 25.—[116])	—	S 30.50[117])
Okt.	—	S 26.—[116])	S 23.—[116])	S 26.—[116])	—	S 31.—[117])
Nov.	K 320 000.—[117])	—	S 23.—[116])	S 27.—[117])	—	S 31.—[117])
Dez.	K 220 000.—[116])	S 28.—[117])	S 23.—[116])	S 27.—[117])	S 28.50[117])	S 31.—[117])

Wenn wir das noch durch Preisschwankungen besonderer Art gekennzeichnete Jahr 1924 aus unseren Betrachtungen ausscheiden wollen[118]), so ergibt sich aus obiger Zusammenstellung, daß die österreichischen Schleifholzpreise seit dem Jahre 1925 als erstes hohes Rundholzexportjahr eine Steigerung um nicht weniger als 40 % erfahren haben, von der völligen Freigabe der Schleifholzausfuhr gerechnet (1. Jan. 1928) um weitere volle 15 %; mit einer Durchschnittshöhe frei Aufladestation von RM 16.— (1928) bzw. RM 18.— (1929) je m³ haben sich damit die österreichischen Papierholzpreise der deutschen Parität von durchschnittlich RM 14,80 je m³ frei Wald[119]), zu welchem Preis also noch die Transportkosten ab Wald sowie die Verladekosten mit RM 2.—

[116]) Prompt ab niederösterreichischer Station.

[117]) Prompt ab steiermärkischer Station.

[118]) Ebenso ist der scharfe Preisanstieg um die Jahreswende 1925/26 nur episodisch zu betrachten und durch eine kollektive Aktion des österreichischen Waldbesitzes zu erklären, die im Laufe des Jahres 1926, wie aus der Preistabelle deutlich ersichtlich, wieder in sich zusammensank. Vgl. hierzu auch den Handelskammerbericht 1925.

[119]) Errechnet aus der Holzpreisstatistik des Reichsforstwirtschaftsrates für das Deutsche Reich. Die Durchschnittswerte der einzelnen Jahre zeigen hierbei trotz oft außerordentlicher Abweichungen in den einzelnen

bis RM 4.— je m^3 [120]) je nach den örtlichen Verhältnissen, zu rechnen sind, angepaßt bzw. diese teilweise schon überstiegen. Der Impuls zu dieser Aufwärtsbewegung der österreichischen Schleifholzpreise ist in überwiegendem Maße in der lebhaften deutschen Nachfrage auf dem österreichischen Schleifholzmarkt zu suchen.

Wenden wir uns nunmehr etwas kürzer den deutschen Verhältnissen zu.

Die gewichtige Stellung des Deutschen Reiches innerhalb der Papierindustrie der Welt wird am klarsten durch die Tatsache gekennzeichnet, daß es als der bei weitem größte Papierproduzent Europas innerhalb der gesamten Papierindustrie mit seiner Produktion hinter den Vereinigten Staaten und Kanada die dritte Stelle einnimmt. Es belief sich dabei die Papierproduktion der wichtigsten Produzenten im Jahre 1927 wie folgt[121]):

Vereinigte Staaten	ca. 18 500 000 t
Kanada	ca. 10 000 000 t
Deutschland	ca. 2 000 000 t

Betrachten wir im einzelnen die Entwicklung der Produktion der deutschen Papierindustrie in der Nachkriegszeit, so erhalten wir das folgende Bild[122]):

Tabelle 19

Jahr	Papier t	Pappe t	Zellulose t	Holzstoff t
1912[123])	1 611 000	370 000	789 000	675 000
1919 . .	792 000	163 000	264 000	307 000
1920 . .	1 108 000	239 000	466 100	427 000
1921 . .	1 212 000	261 000	557 700	474 000
1922 . .	1 582 000	383 000	721 300	609 700
1923 . .	1 185 000	234 000	674 800	458 600
1924 . .	1 377 000	277 000	731 600	574 600
1925 . .	1 692 000	366 000	913 400	736 700
1926 . .	1 668 000	329 000	970 600	726 600
1927 . .	1 987 000	427 000	1 070 000	809 000
1928 . .	2 105 000	442 000	1 149 150	837 200

Landesteilen, ja selbst innerhalb enger Bezirke, ein ziemlich gleichmäßiges Bild. (1928: RM 14,86; 1929: RM 14,73); immerhin werden diese Werte nur unter starkem Vorbehalt als Anhaltspunkt aufzufassen sein, da die im einzelnen erzielten Preise zur Bestimmung eines Durchschnittspreises mangels entsprechender Unterlagen nicht durch die betreffenden Holzmengen gewogen werden konnten.

[120]) Nach industriellen Angaben.

[121]) Vgl. „Die internationale Papier- und Zellstoffindustrie", a. a. O. S. 10.

[122]) Nach Angaben des „Wochenblatt für die Papierindustrie".

[123]) Für 1913 stehen vollständige Zahlen nicht zur Verfügung.

Wir können aus dieser Zusammenstellung auch in Deutschland eine starke Produktionssteigerung an Papier sowie an Halbstoffen während der letzten Jahre feststellen; besonderen Eindruck jedoch vermitteln diese Zahlen durch ihre absoluten Größen, die nahe an das Zehnfache der österreichischen heranreichen.

Wie nun schon aus unserer früheren Charakterisierung des Deutschen Reiches als ausgesprochenes Holzeinfuhrland abzuleiten sein wird, ist die deutsche Papierindustrie hinsichtlich ihrer Rohstoffversorgung seit langem auf umfangreiche Holzeinfuhr angewiesen, da innerhalb der Reichsgrenzen ausreichende Holzmengen nicht zur Verfügung stehen.

Der Papierholzverbrauch der deutschen Papierindustrie betrug nämlich in annähernden Werten[124]):

1923	4 331 250 fm
1924	5 113 500 fm
1925	6 225 000 fm
1926	6 294 000 fm
1927	6 981 000 fm
1928	7 314 750 fm[125])

Vergleichen wir mit diesen absoluten Verbrauchsziffern nun die innerhalb der letzten Jahre von Deutschland eingeführten Mengen an Schleifholz nach den Ziffern der Außenhandelsstatistik:

1923	3 115 475 fm
1924	2 940 312 fm
1925	4 217 314 fm
1926	3 666 512 fm
1927	3 822 552 fm
1928	4 518 158 fm

Es ergibt nun dieser Vergleich, daß die ausländischen Rohstoffzufuhren heute bereits für rund 60 % des jährlichen deutschen Gesamtbedarfs an Papierholz aufkommen müssen[126]); nur etwa 40 % erzeugt die heimische Produktion, für die in den letzten Jahren etwa 2 500 000 fm als erreichte Normalleistung angesehen werden kann[127]), wobei jedoch jüngst auch die dritte Million erreicht worden sein dürfte.

Auch wenn man nun hinsichtlich der Möglichkeit einer gewissen Erhöhung des deutschen Schleifholzanfalls in den nächsten

[124]) Vgl. Statistisches Jahrbuch der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie 1929, S. 11. Für unseren Vergleich umgerechnet in Festmeter (fm).

[125]) 1929: 7 685 750 fm.

[126]) Genauer für 63%; für 1929 hat sich dieser Satz bereits weiter auf 66% erhöht. Nach Angaben des Statistischen Jahrbuchs der deutschen Papier-, Pappe-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie 1929.

[127]) Vgl. Reinhold, a. a. O., S. 51.

Jahren, wie sie etwa Reinhold annimmt, immerhin einen gewissen Optimismus hegen kann, so wird dennoch eine solche Steigerung der eigenen Rohstofferzeugung der stetig zunehmenden Ausdehnung der papierindustriellen Produktion Deutschlands und dem damit verbundenen immer weiter anwachsenden Papierholzbedarf der deutschen Papierindustrie gegenüber praktisch nur wenig ins Gewicht fallen können. Die deutsche Papierholzeinfuhr wird darum notwendigerweise auch in Zukunft durchaus nicht sinken, sondern im Gegenteil steigen; mit einem jährlichen Einfuhrbedarf von zumindest 3 bis 4 Millionen Festmeter wird deshalb auch in den nächsten Jahren mit Sicherheit gerechnet werden können.

Was aber bedeutet diese Tatsache nun für unser Problem des großdeutschen Wirtschaftsgedankens?

Zur Beantwortung dieser Frage werden wir uns vor Augen zu halten haben, daß die Eingliederung Österreichs in ein großdeutsches Wirtschafts- und Zollgebiet, vom Standpunkt der papierindustriellen Rohstoffversorgung aus betrachtet, nichts anderes bedeutet als die Verschmelzung des österreichischen, auf papierindustriellem Gebiete heute noch autarken, jedoch — wie wir oben gesehen haben — seit der Möglichkeit einer ungehinderten Ausfuhr von Papierholz in zunehmendem Maße hinsichtlich dieser Rohstoffversorgung gefährdeten Wirtschaftsgebietes mit demselben ganz ausgesprochenen, großen Papierholz-Einfuhrland, das sich seit der Aufhebung des österreichischen Rundholzausfuhrverbotes zum größten Interessenten und Abnehmer am österreichischen Schleifholzmarkt entwickelt hat.

Es darf als eine durchaus folgerichtige Erscheinung angenommen werden können, daß durch die Herstellung eines einheitlichen großdeutschen Wirtschaftsraums aus der außerordentlich gespannten reichsdeutschen Papierholzlage das Interesse der deutschen Käufer am österreichischen, nunmehr der gesamtdeutschen Wirtschaft organisch eingegliederten Schleifholzmarkt, nur noch um ein gewaltiges zunehmen und naturgemäß dem der österreichischen Papierindustrie in stärkster Konkurrenz begegnen wird.

Es wird nun fernerhin auch durchaus in Betracht gezogen werden müssen, daß gerade durch eine wirtschaftliche Angliederung an das Deutsche Reich auf Grund einer — sich evtl. auch nur schrittweise — vollziehenden Ausgleichung der gegenwärtigen außerordentlich hohen deutschen Schnittholzzölle eine starke Belebung der österreichischen Holzindustrie (Sägeindustrie) erwartet werden kann[128]). Damit aber hätte auch die oben erwähnte Stagnation auf dem österreichischen Blochholzmarkt, die der österreichischen Papierindustrie augenblicklich besonders zugute kommt, ein gewisses Ende gefunden, was sich praktisch durch eine Zurückführung des Blochholzes zu seiner eigentlichen,

[128]) Vgl. Gebert, a. a. O., S. 76 ff. und 88 f.

höherwertigen Verwertung und damit in einer zunehmenden Valorisierung der heute stark unterwerteten Blochholzpreise auswirken müßte; aus reinen Preisgründen würde damit natürlicherweise auch die Verwendungsmöglichkeit von Blochholz für die österreichische Papierindustrie, die ja vom forstwirtschaftlichen Standpunkt aus an sich zweifellos eine Verschwendung darstellt, stark eingeengt, wenn nicht ganz unterbunden werden.

Da nun aber Schleifholzüberschüsse, wie wir oben gesehen haben, in Österreich tatsächlich nicht vorhanden sind und eine wesentliche Steigerung der Papierholzerzeugung bei geregelter Forstwirtschaft nicht möglich erscheint[129]), dürfte sich für die österreichische Papierindustrie die ernste Gefahr ergeben, daß durch den Anschluß deren Rohstoffversorgung, hinsichtlich der die österreichische Papierindustrie auf das heimische Vorkommen allein angewiesen ist, wesentlich in Mitleidenschaft gezogen werden wird; zumindest dürfte die Holzversorgung der österreichischen Papierindustrie durch den schweren Konkurrenzkampf um die verfügbaren Schleifholzmengen mit den großen und kapitalkräftigeren reichsdeutschen Papierkonzernen[130]), wobei diese bei dem zweifellos noch stark zunehmenden deutschen Papierbedarf und einem reservierten Verhalten der ausländischen Holzlieferanten sich sicherlich auch zur Anlegung besonders hoher Papierholzpreise entschließen würden, überhaupt nur auf einem Preisniveau möglich sein, das die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Papierindustrie auf dem Weltmarkt sehr ernstlich gefährden kann[131]).

Zusammenfassend wird also durchaus gesagt werden können, daß durch die Eingliederung in ein großdeutsches Wirtschaftsgebiet die natürlichen Standortsvorteile der österreichischen Papierindustrie hinsichtlich ihrer wichtigsten Rohstofflager einer keineswegs zu unterschätzenden Bedrohung ausgesetzt erscheinen.

Eine Bedrohung nun freilich und ein Niedergang der österreichischen Papierindustrie, deren Bedeutung für die öster-

[129]) Vgl. hierzu die interessante Berechnung von Dr. Hans Reif im „Zentralblatt für die Papierindustrie", 1. Nov. 1929.

[130]) Nur diese kommen regelmäßig durch ihren Massenverbrauch an Holz für den Bezug ausländischer Papierholzprovenienzen in Frage, während gerade die kleineren deutschen Unternehmen leichter in der Lage sind, ihren Holzbedarf im Inland zu decken.

[131]) Schon im Februar 1929 sah sich die österreichische Papierindustrie zu einer Preiserhöhung bei fast sämtlichen Papiersorten im Ausmaße von 5—7% gezwungen, welche Maßnahme mit der oben betrachteten starken Papierholzverteuerung begründet wurde. Nach Ansicht der Industrie hätte sich diese Preiserhöhung dem Preisniveau auf dem Schleifholzmarkte entsprechend bedeutend umfassender gestalten müssen, wenn nicht fürs erste die vollzogene Rationalisierung des Produktionsprozesses noch einen gewissen Ausgleich geboten hätte.

reichische Wirtschaft wir schon oben eingehend gewürdigt haben, müßte naturgemäß auch zugleich die gesamte österreichische Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen; geeignete Schutzmaßnahmen zur Sicherstellung der Holzversorgung der österreichischen Papierindustrie werden darum auch in die Problemstellung eines deutsch-österreichischen Zollunionsgedankens mit aufgenommen werden müssen.

Nicht anders nun wie schon oben bei unseren allgemeinen Überlegungen ins Auge gefaßt, werden auch hier grundsätzlich zwei Maßnahmen in Betracht zu ziehen sein, nämlich einerseits der Gedanke einer Zwischenzollbelastung des österreichischen Schleifholzes, zum anderen aber der Weg privater Auseinandersetzung zwischen den beiderseitigen interessierten Unternehmen bzw. Unternehmergruppen hinsichtlich ihres Rohstoffbezugs, also in Form etwa einer Rohstoffrayonnierung.

Wenn wir nun den letzteren Gedanken zunächst aufgreifen wollen, so dürfte eine derartige rein vertragsmäßige Schonung der österreichischen Holzversorgung von seiten der deutschen Industrie zumindest von rein ökonomischem Gesichtspunkt aus betrachtet zweifellos die günstigste Lösung des Holzversorgungsproblems der österreichischen Papierindustrie darstellen; mit der Möglichkeit relativ weitgehender Ausschaltung einer die beiderseitigen Interessen schädigenden Konkurrenzlage auf dem österreichischen Schleifholzmarkt bliebe durch Beibehaltung des Prinzips der freien Wirtschaft auf diesem auch das Interesse des Waldbesitzes insofern gewahrt, als zeitweilig tatsächlich anfallende Rundholzüberschüsse auch weiterhin praktisch ungehindert dem Export zugeführt werden könnten, worunter insbesondere die schwer bringbaren, etwa nach der Schweiz und Italien tendierenden Grenzhölzer fallen.

Unter Berücksichtigung des Umstandes ferner, daß die heutige gesamte österreichische Schleifholzeinfuhr mit rund 0,5 Mill. fm überhaupt nur höchstens etwa den achten Teil des deutschen Importbedarfes von etwa 4 Mill. fm zu decken in der Lage wäre und der gegenwärtige deutsche Papierholzimport aus Österreich, der sich für die österreichische Industrie schon so außerordentlich fühlbar erwies, sogar nur 5—6 % des gesamten deutschen Schleifholzimports beträgt, würde die generelle Überlassung des österreichischen Papierholzes an die heimische Industrie für die Holzversorgung der deutschen Papierindustrie quantitativ verhältnismäßig nur sehr wenig ins Gewicht fallen; auch qualitativ kann aber das österreichische Holz keineswegs etwa dem finnischen oder russischen Material gegenüber verglichen werden, wobei ganz besonders die Ausbeute aus dem Papierholz, dessen Astreinheit sowie endlich dessen Faserlänge gemeint ist.

Eine praktisch fühlbare Beeinträchtigung der deutschen Papierholzversorgung wäre somit aus dem Verzicht auf den österreichischen Papierholzmarkt sicherlich nicht gegeben, zumal

neben dem bisherigen Hauptlieferanten Polen (rund 45 %) und der nach Aufarbeitung des außerordentlichen Anfalls an Nonnenhölzern jetzt in stärkerem Maße wieder zurücktretenden Tschechoslowakei (von 53 % [1924] auf 12 % [1928]) gerade Finnland und Rußland sich von immerer größerer Bedeutung für die deutsche Papierholzeinfuhr zu erweisen scheinen und im Gegensatz von 10 % im Jahre 1923 neuerdings schon über ein Drittel derselben bestreiten; insbesondere das riesige Holzreservoir Rußlands, das in dem eben betrachteten Zeitraum seinen Anteil an der deutschen Rohholzversorgung um genau das Zehnfache vermehren konnte, dürfte in erster Linie dazu berufen sein, in der ferneren Zukunft den deutschen Holzbedarf zu decken.

Inwieweit nun freilich in der Praxis das Zustandekommen eines derartigen privaten Abkommens als ein immerhin einseitiges Zugeständnis der deutschen Industrie an die österreichische Konkurrenz tatsächliche Aussicht auf Erfolg hat, muß hier vollkommen dahingestellt bleiben. Das privatwirtschaftliche Interesse des einzelnen läßt eben nur zu oft die Blickrichtung auf das größere Gemeinschaftsinteresse zurücktreten und es wird für die Beurteilung unseres speziellen Falles vielleicht doch eine gewisse Lehre gezogen werden können aus dem Mißerfolg schon einiger Jahre vor dem Krieg festzustellender Bestrebungen innerhalb der deutschen Papierindustrie, insbesondere Süddeutschlands, durch kollektive Begrenzung der Preislimite die gegenseitige Konkurrenz auf dem deutschen Papierholzmarkt einzuschränken; andererseits aber bestand im alten Österreich doch schon eine derartige Holzeinkaufsvereinigung in Form einer losen Abmachung der größeren inländischen und der direkt in Österreich kaufenden reichsdeutschen Fabriken (die allerdings damals nur für den böhmischen und mährischen Markt in Frage kamen), die eine Aufteilung der einzelnen Großgüter als Holzproduzenten unter die Mitglieder dieser Vereinigung bezweckte, wobei allerdings keine direkten Preisvereinbarungen getroffen waren.

Diese Vereinbarung wurde bereits längere Zeit vor dem Kriege in den Jahren 1908—1910 erstmalig zwischen den Firmen Brunne & Kisker, Fuchs, Kubik, Neusiedler, K. C. Menzel, Spiro & Söhne von österreichischer, sowie Hösch & Co., Pirna, Kübler & Niethammer, Griebstein und Leonhard Söhne von reichsdeutscher Seite abgeschlossen, denen nach und nach noch weitere Firmen beitraten, was das immerhin bestehende Interesse an dem Gedanken einer Rohstoffrayonnierung innerhalb der Papierindustrie beleuchten kann; der Krieg jedoch und die damit beginnende staatliche Bewirtschaftung des Holzes brachte auch die notwendige Auflösung dieser Vereinbarung, die seitdem nicht mehr ins Leben gerufen wurde, obwohl verschiedene diesbezügliche Versuche in letzter Zeit wiederum festgestellt werden können.

Während aber bei dem genannten Beispiel ein vertragliches Abkommen doch zweifellos letzten Endes im Interesse sämtlicher be-

teiligten Unternehmungen gelegen war, würde die gedachte deutsche Konvention mit der österreichischen Papierindustrie über eine Rohstoffrayonnierung im wesentlichen nichts anderes als eine zwar geringe, aber eben doch mehr oder minder einseitige Konzession einer überwiegenden Mehrheit an eine Minderheit bedeuten; es ist nicht zu übersehen, daß deren Verwirklichung schon aus rein privatwirtschaftlichen Kalkulationen mit gewiß erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hätte und jedenfalls nicht — wie dies ja bei allen derartigen Vereinbarungen der Fall zu sein pflegt — zu einer 100%igen Geschlossenheit führen dürfte. Zudem ist festzustellen, daß gerade die heutigen Hauptimporteure österreichischen Schleifholzes, nämlich Südbayern, dann Baden, Württemberg und endlich Sachsen (dieses letztere begünstigt durch die besonders vorteilhaften tschechoslowakischen Transittarife) mit Ausnahme vielleicht des letzteren Landes, das durch die Elbe auch verkehrsgünstig für nordisches, insbesondere jedoch für tschechoslowakisches Holz liegt, eben rein transporttechnisch besonders stark für den Holzimport aus Österreich hin gravitieren[132]).

Auf Grund dieser Sachlage wird darum auch der Gedanke eines Zwischenzolls für österreichisches Schleifholz für uns nicht unerörtert bleiben dürfen.

Aus naheliegenden Gründen kann für eine Zwischenzollbelastung des österreichischen Schleifholzes naturgemäß nur der Gedanke einer Ausfuhrbeschränkung von österreichischer Seite in Frage kommen. Ein direktes generelles Ausfuhrverbot nun würde sich zweifellos allzu weit von den bestehenden wirtschaftlichen Annäherungsbestrebungen entfernen und auch als gänzlich unelastisches Instrument staatlicher Wirtschaftspolitik keineswegs eben den gesamten beteiligten österreichischen Interessen voll entsprechen; vor allem durch den zu erwartenden energischen und natürlichen Widerstand von seiten des österreichischen Waldbesitzes scheinen wohl im vorhinein für ein solches Ausfuhrverbot nur geringe Aussichten zu bestehen. So dürfte in diesem Falle wohl nur der Weg einer Wiedereinführung der alten Schleifholzausfuhrabgabe in Betracht gezogen werden können, die ja auch schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen von der österreichischen Papierindustrie noch lebhaft gefordert wird.

Mit diesem Gedanken jedoch muß sich für uns die prinzipielle Frage ergeben, ob die Erstellung eines reinen Ausfuhrzolles —

---

[132]) So bezogen nach der Reichsgüterverkehrsstatistik 1927 an Papierholz:

Südbayern . 72 593 t	Württemberg 32 433 t	Baden . . . 183 897 t
darunter aus:	darunter aus:	darunter aus:
Österreich . 47 195 t	Österreich . 10 359 t	Österreich . 43 977 t
Nordbayern . 14 332 t	Südbayern . 10 695 t	Württemberg 30 477 t
Tschechosl. . 8 951 t	Baden . . . 10 286 t	Südbayern . 14 995 t
Württemberg 1 939 t		

denn als solcher stellt sich ja eine derartige Ausfuhrabgabe trotz des unter Umständen etwa eingeschlagenen ausschließlichen Verordnungsweges letzten Endes dar — von nur einem der Vertragspartner mit dem Prinzip der Zollunion überhaupt vereinbar ist, deren besonderes Merkmal ja, wie wir oben gesehen haben, die Einheitlichkeit in der Aufstellung des Außenzolltarifs bildet.

Wenn auch diese Frage unseres Wissens in der Literatur bisher noch keine Untersuchung gefunden hat, so glauben wir die prinzipielle Möglichkeit einer derartigen Konstruktion durchaus vertreten zu können, wobei naturgemäß auch die Abstufung der Höhe dieses Ausfuhrzolles bzw. dieser Abgabe dem Unionspartner bzw. den Drittländern gegenüber offen erscheint. Denn die gemeinsame eigentliche Außenzollgestaltung, die ja eine Erschwerung der ausländischen Konkurrenz auf dem eigenen Inlandsmarkt bezweckt, würde durch einen solchen, nur von einem Vertragspartner für ein bestimmtes Produkt erhobenen, Ausfuhrzoll keine wie immer geartete Einschränkung erfahren, wie auch die Einheitlichkeit des unierten Wirtschaftsgebietes dem Drittausland gegenüber durchaus gewahrt bleibt; der Ausfuhrzoll bedeutet ja nichts anderes als eine Vorbelastung des einheimischen Produkts für den Fall seiner Ausfuhr, um gerade die Konkurrenzmöglichkeit dieses heimischen Erzeugnisses auf den fremden Märkten zu unterbinden oder mindestens doch zu erschweren; er dient also einem geradezu entgegengesetzten Zweck, als ihn die eigentlichen Zolltarife bzw. Handelsverträge verkörpern. Eine besondere Förderung freilich dürfte die Konstruktion der Zollunion auch durch den Gedanken eines derartigen Ausfuhrzolles schwerlich gewinnen.

Über die Gestaltung im einzelnen einer solchen Regelung und naturgemäß noch viel mehr über ihre praktische Auswirkung bestimmte Vorhersagen anzustellen, würde im Rahmen unserer Studie gewagt erscheinen; Beachtung jedoch dürfte hierbei sicherlich der Umstand verdienen, daß sich bei der früheren derartigen Handhabung der Schleifholzausfuhr in Österreich immerhin zeigte, daß die Konjunktur auch solche bestehende Abgaben oder Zölle wohl zu überbrücken vermag.

Hatte doch beispielsweise die österreichische Schleifholzausfuhr im Jahre 1927 trotz der bestehenden Ausfuhrabgabe von 1,60 Goldkronen je Festmeter eine geradezu erstaunliche Steigerung aufzuweisen, die das damals freigegebene Ausfuhrkontingent — das sich übrigens durch seine Verteilung auf die einzelnen Bundesländer sowie innerhalb der Länder wieder auf einen Zeitraum von 12 Monaten in der Praxis überhaupt ziemlich wertlos erwies — um ein bedeutendes übertraf, während dagegen z. B. die relative Ausfuhrsteigerung für das Jahr 1928, also nach der vollkommenen Freigabe der Schleifholzausfuhr, infolge einer nach den ersten Monaten auftretenden plötzlichen Abschwächung des deutschen Marktes dem Vorjahr gegenüber stark zurückblieb.

Es wird sich aus dieser praktischen Erfahrung ergeben, daß die seinerzeitige Bemessung der Schleifholzausfuhrabgabe mit 1,60 Goldkronen zum Schutze der heimischen Papierholzversorgung doch nicht ausreichend war, wenn auch die Forderung von mindestens 4 Goldkronen von industrieller Seite[133]) durch ihre absolut prohibitive Wirkung sicherlich ebenso wieder über das Ziel hinausschießt, sollen nicht die immerhin berechtigten Interessen des Waldbesitzes eine vollständige Vernachlässigung erfahren, die sich naturgemäß in einem Übergang zu überwiegender Stammholzwirtschaft und damit in einem Rückgang der österreichischen Papierholzerzeugung überhaupt äußern würde.

Der Weg zur Lösung dürfte auch hier nur auf einem Mittelweg zu finden sein, wobei insbesondere auch der Frage abgabefreier Ausfuhrkontingente einerseits für gewisse Grenzhölzer, zum anderen für absolute oder zeitweilige effektive Schleifholzüberschüsse besonderes Augenmerk zuzuwenden wäre; auf dem Verordnungswege eingeräumte und in kürzeren Zeiträumen jeweils neu festzusetzende Ausfuhrkontingente werden in erster Linie dazu berufen sein, das starre System der Ausfuhrabgabe elastisch an die konkreten Erfordernisse der jeweiligen Wirtschaftslage anzupassen.

Zusammenfassend nun wird sicherlich gesagt werden können, daß sich die Schleifholzfrage, also das Problem der Holzversorgung der österreichischen Papierindustrie im Rahmen des großen österreichischen Rundholzproblems überhaupt, für den deutsch-österreichischen Anschlußgedanken als ein durchaus bedeutsames und keineswegs zu unterschätzendes Problem darstellt, bei dessen Beurteilung wir uns nach unseren obigen Untersuchungen keineswegs etwa den sehr allgemein gehaltenen und optimistischen Ansichten v. Scala's in seinem jüngst erschienenen Buche[134]) anschließen können.

---

[133]) Vgl. Handelskammerbericht 1925.

[134]) Vgl. v. Scala, Otto Erwin, „Die wirtschaftlichen Vorteile . . .", a. a. O. Wenn er zwar zum Schutze gegen einen Aufkauf des österreichischen Papierholzes von deutscher Seite grundsätzlich für das System der Ausfuhrabgabe eintritt, so gibt er auf die Frage einer zukünftigen Gestaltung der Dinge die Antwort, „daß durch das Aufblühen der österreichischen Säge- und Papierindustrie letztere einen größeren Bedarf für österreichisches Rund- und Schleifholz bekunden würden. Dann wäre die österreichische Forstwirtschaft unter dem Einflusse der großen deutschen Energien auch imstande, größere Mengen von Schleifholz als bisher zu produzieren; denn in den letzten Jahren war die österreichische Forstwirtschaft gerade imstande, den durchschnittlichen Bedarf der österreichischen Papierindustrie an Papierholz in der Höhe von 1,4 bis 1,5 Mill. fm zu decken. Wird aber die Produktion der Papierindustrie durch den Anschluß an das deutsche Wirtschaftsgebiet erhöht, dann wird die österreichische Forstwirtschaft wenn nicht schon durch letztere Tatsache der größeren

Für unseren Zusammenhang jedenfalls, der Frage nämlich der Eingliederung der österreichischen Papierindustrie in ein großdeutsches Wirtschaftsgebiet, wird die schon als solche durchaus ernste österreichische Schleifholzfrage als das eigentliche Kernproblem des Anschlusses zu betrachten sein, dessen gedeihliche Lösung letzten Endes für die Zukunft der österreichischen Papierindustrie mit entscheidend sein dürfte.

Was nun zum zweiten das andere wichtige Rohstoffproblem der österreichischen Papierindustrie, nämlich das der Kohlenversorgung, betrifft, so hatten wir schon oben zu erwähnen, daß der Kohlenverbrauch in der Papierindustrie ausnehmend hoch ist; je nach Qualität der zur Verwendung zu gelangenden Kohlen sind für die Erzeugung etwa eines Waggons Papier 2½ bis 4 Waggons Kohle erforderlich[135]). Die Bedeutung der Kohlenversorgung für die Papierindustrie wird recht deutlich aus der Lage in den ersten Nachkriegsjahren ersichtlich, wo in erster Linie

---

Holznachfrage zu erhöhter Produktivität aufgestachelt, dann in jedem Falle auf Grund der größeren Durchdringung mit reichsdeutschen Energie-, Organisations- und Kapitalskräften zu einer intensiveren und geregelteren Bewirtschaftung seiner Wälder übergehen." „Die Lösung des Rundholz- und Schleifholzwirtschaftsproblems wird in gedeihlicher Form und ohne schwere Schädigung der einen oder anderen Produktionsgruppe nur bei einem Anschluß an das große deutsche Wirtschaftsgebiet möglich sein." (S. 43 f.)

Zu bemerken wird nach unseren Untersuchungen hierzu sein, daß der Optimismus v. Scala's hinsichtlich einer Steigerung der österreichischen Schleifholzproduktion insofern bedenklich erscheinen muß, als, wie wir gesehen haben, nach fachmännischen Urteilen die heutige österreichische Papierholzproduktion von 1,5 Mill. fm für geregelte Forstwirtschaft bereits das eigentliche Maximum darstellt (vgl. hierzu die Berechnungen von Dr. Hans Reif, Wien, im „Zentralblatt f. d. P." vom 1. 11. 29). Was ferner die Möglichkeit der angedeuteten „intensiveren und geregelteren Bewirtschaftung der österreichischen Wälder durch die Eingliederung in das großdeutsche Wirtschaftsgebiet" betrifft, so mag darauf hingewiesen werden, daß selbst von der Auslandspresse und ausländischen Wirtschaftlern gerade die intensive Papierholzwirtschaft Österreichs heute durchweg als Musterwirtschaft hingestellt wird. (Vgl. hierzu Handelskammerbericht 1923, S. 299.) Was endlich den Gedanken einer Erhöhung der Produktion der österreichischen Papierindustrie (welche übrigens in der Nachkriegszeit, wie aus den oben aufgestellten Tabellen ersichtlich, eine relativ höhere Produktionssteigerung aufweisen kann wie die reichsdeutsche) durch den Anschluß anlangt, müssen wir auf das folgende Kapitel verweisen.

[135]) Bei einem Kohlenverbrauch der gesamten österreichischen Industrie von 3 905 464 t (1928) steht die Papierindustrie mit 488 060 t an zweiter Stelle hinter der Eisen- und Metallindustrie (1 525 934 t). Vgl. Handelskammerbericht 1928.

die mangelhafte Kohlenversorgung der österreichischen Papierindustrie zu nur etwa 23 % des tatsächlichen Bedarfs[136]) deren im Verhältnis zur Kapazität der Anlagen außerordentlich geringe Produktionsziffer[137]) verursachte.

Den eigentlichen Bedarf der österreichischen Papierindustrie an Kohle können wir aus den effektiven Verbrauchsziffern derselben entnehmen. Es betrug der Kohlenverbrauch der österreichischen Papierindustrie[138]):

Tabelle 20

Jahr	Tonnen
1920	178 465
1921	—
1922	340 380
1923	305 150
1924	345 990
1925	401 620
1926	428 720
1927	446 380
1928	488 060

Nach einem durch Beschaffungsschwierigkeiten verursachten Tiefstand im Jahre 1920 finden wir schon zwei Jahre darauf eine Verdoppelung des Kohlenverbrauchs der österreichischen Papierindustrie, welcher mit der allgemeinen papierindustriellen Produktionssteigerung verbundene Anstieg, abgesehen von einem kleinen Rückschlag im Jahre 1923, seitdem in ununterbrochener Folge anhält, so daß der Kohlenverbrauch der österreichischen Papierindustrie nunmehr die hohe Ziffer von nahezu einer halben Million Tonnen erreicht hat.

Wie vollzieht sich nun im einzelnen die Kohlenversorgung der österreichischen Papierindustrie?

Es ist bekannt, daß vor dem Kriege der Kohlenbergbau im heutigen Österreich im Rahmen der gesamten Kohlenförderung der österreichisch-ungarischen Monarchie keine nennenswerte Rolle spielte, da die Bedeutung der relativ kleinen Kohlenlager des österreichischen Alpenvorlandes gegenüber etwa den mächtigen böhmischen oder westgalizischen Lagern naturgemäß stark in den Hintergrund trat. Es trugen nämlich zur Kohlenproduktion der

[136]) Vgl. Handelskammerbericht 1919/20.

[137]) Vgl. hierzu oben S. 96 Tabelle 5.

[138]) Entnommen den Handelskammerberichten 1914 bis 1928, sowie den Angaben der Obersten Bergbehörde auf der Österreichischen Energiewirtschaftsausstellung in Graz 1928.

österreichisch-ungarischen Monarchie die heutigen Nachfolgestaaten etwa in folgendem Ausmaße bei[139]):

Tabelle 21

Staat	Steinkohlenförderung in Tonnen	Braunkohlenförderung in Tonnen
Tschechoslowakei	12 675 000	24 800 000
Polen	10 300 000	220 000
Ungarn	864 000	5 700 000
Österreich	87 470	2 621 000
Jugoslawien	61 000	2 997 000

Es ergibt sich somit aus unserer Zusammenstellung der Anteil des heutigen Österreichs an der Steinkohlenförderung der alten Monarchie mit dem verschwindend geringen Anteil von 0,36 %, an der Braunkohlenförderung mit gleichfalls nicht mehr als 8,3 %.

Aber auch für das eigentliche deutsch-österreichische Wirtschaftsgebiet hatte der alpenländische Stein- und Braunkohlenbergbau eine verhältnismäßig geringe Bedeutung; denn bei einem Kohlenverbrauch des heutigen Österreichs von 6 146 738 t an Steinkohle und 8 639 589 t an Braunkohle im Jahre 1913[140]) konnte die eigene Förderung nur etwa 1—2 % des Bedarfs an Steinkohle sowie etwa 30 % des Bedarfs an Braunkohle decken, aus welchen Ziffern wiederum das Überwiegen der Braunkohle bei relativ sehr geringen Steinkohlenvorkommen in Österreich ersichtlich ist. Der größte Teil jedoch des eigenen Verbrauchs wurde aus Böhmen und Oberschlesien, insbesondere dem heute polnischen Teil, gedeckt.

Die Isolierung nun durch die übrigen Nachfolgestaaten, die sich mit am fühlbarsten in der Unterbindung des bisherigen Kohlebezugs auswirkte, zwang natürlicherweise die österreichische Wirtschaft, mit allen Mitteln die Inlandsproduktion an Kohle zur eigenen Versorgung der Industrie zu heben, was einerseits zur Erhöhung der Belegschaften im österreichischen Bergbau, andererseits zur Wiederinangriffnahme stilliegender Gruben von geringerer Rentabilität, sowie endlich auch zum Einsetzen neuer Schürfarbeiten und Neuerschließung von Schächten führte. Aber auch nach Eintritt geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse setzten sich aus der Erkenntnis der Tatsache, daß angesichts der ernsten wirtschaftlichen Lage Österreichs jede überflüssige Belastung seiner Handelsbilanz ausgeschaltet werden müsse, die Bemühungen um eine Hebung des inländischen Kohlenbergbaus fort. Der Erfolg dieser Aktion ist aus nachfolgender Tabelle ersichtlich:

---

[139]) Vgl. Bayer, a. a. O., S. 101.

[140]) Vgl. Bayer, a. a. O., S. 142.

Tabelle 22

Jahresförderung des österreichischen Kohlenbergbaus[141])

Jahr	Steinkohlenförderung in Tonnen	Braunkohlenförderung in Tonnen
1913	87 470	2 621 277
1919	90 472	2 287 335
1920	132 864	2 696 954
1921	137 633	2 797 077
1922	165 727	3 135 902
1923	157 650	2 685 467
1924	171 559	2 785 816
1925	145 200	3 033 378
1926	157 308	2 957 728
1927	175 601	3 064 068
1928	202 098	3 267 631

Wir können somit ein bedeutendes Ansteigen der österreichischen Kohlenförderung feststellen, die heute die Friedensförderung um rd. 25 % bei der Braunkohle, um volle 130 % jedoch bei der Steinkohle übertrifft. Vergleichen wir nun zu diesen Ziffern der österreichischen Kohlenförderung die Einfuhr an Kohle während derselben Jahre; sie betrug[142]):

Tabelle 23

Jahr	Steinkohleneinfuhr in Tonnen	Braunkohleneinfuhr in Tonnen
1919	1 562 670	1 295 773
1920	2 547 971	1 192 218
1921	3 427 621	2 004 782
1922	4 019 435	1 403 813
1923	3 755 209	865 010
1924	4 522 061	841 069
1925	4 223 399	465 987
1926	4 120 399	451 921
1927	4 560 810	413 381
1928	4 593 371	412 130

Es ergibt sich hieraus, daß die österreichische Kohlenförderung gegenüber rd. 31 % im Jahre 1913 und 36 % im Jahre 1922 heute

[141]) Zusammengestellt nach Bayer, a. a. O., S. 140, ferner nach den vom Bundesamt für Statistik, Wien, herausgegebenen Produktionsziffern.

[142]) Nach den jährlichen Ausweisen der Statistik des Auswärtigen Handels Österreichs, für die Jahre 1919 mit 1923 ergänzt nach den Angaben von Bayer, a. a. O., S. 140.

(1928) 41 % des Inlandbedarfes zu decken in der Lage ist[143]). Beeinflußt wird dieser Prozentsatz naturgemäß sehr durch die seit Jahren fast konstante Einfuhrbelastung mit rd. 4,5 Mill. t an Steinkohle, da hier trotz des relativ hohen Ansteigens der Förderung die heimische Produktion bei den geringen Steinkohlenlagern in Österreich den Bedarf des Landes auch nicht nur annähernd zu decken vermag; die Braunkohleneinfuhr jedoch weist einen fortlaufenden Rückgang auf, so daß heute die heimische Förderung hier schon 89 % des Bedarfs decken kann.

Da nun nach Ansicht von Fachleuten im Gegensatz zur Steinkohlenförderung die Braunkohlenförderung in Österreich immerhin noch um weitere 2 Mill. t vermehrbar ist, darf eine völlige Selbstversorgung an Braunkohle als für Österreich wohl erreichbar bezeichnet werden; da aber die österreichischen Kohlen zum überwiegenden Teil unter schwierigen Produktionsverhältnissen in den steirischen Revieren (Braunkohle) aufgebracht werden, die zu dem Hauptabsatzmarkt Wien und Niederösterreich durch den Semmering frachtlich ungünstig liegen, hat der keinerlei Zollschutz genießende österreichische Bergbau durch die Bestrebungen der großen Steinkohlenreviere, insbesondere Polens, ihre Kohlen durch künstliche Mittel abzusetzen, selbst im Inland unter schwersten Konkurrenzverhältnissen zu leiden, die den an sich durchaus möglichen Aufschwung der Förderung auf etwa 5 Mill. t bisher noch verhinderten.

Die österreichische Papierindustrie nun, durch ihre natürlichen Standorte an sich schon in stärkerem Umfange zu den einheimischen Kohlenlagern tendierend als vielleicht andere Industrien des heutigen österreichischen Wirtschaftsgebietes, war es in besonderem Maße, die sich in ihren Betrieben nach dem Umsturz aus reinen Preisrücksichten fortschreitend auf die Verfeuerung der minder heizkräftigen Inlandskohle umstellte. Wenn uns auch spezialisierte Ausweise über die Kohlenversorgung der österreichischen Papierindustrie für die erste Nachkriegszeit bis zum Jahre 1925 fehlen, können wir dennoch den Angaben der Obersten Bergbehörde über die Verbrauchsziffern der Papierindustrie an In- und Auslandskohle[144]) entnehmen, daß sich die Inlandskohlen-

---

[143]) Dem effektiven Heizwert nach dürfte sich dieses Verhältnis immerhin noch nach unten verschieben, da der österreichische Kohlenimport vorwiegend aus hochwertiger Steinkohle besteht, die Eigenproduktion jedoch zumeist aus Braunkohle.

[144]) Vgl. hierüber auch den Handelskammerbericht 1927. Der Verbrauch an Inlandskohle wird ausgewiesen im Jahre

1923	mit	16 406	Waggons (zu 10 t).
1924	„	21 202	„
1925	„	23 536	„
1926	„	26 887	„
1927	„	31 677	„
1928	„	34 036	„

versorgung der österreichischen Papierindustrie von 53,8 % im Jahre 1913 auf 63 % im Jahre 1926 erhöhte; eine Gegenüberstellung ergibt, daß sich dieser Satz in diesem letzteren Jahre etwa bei

der Baustoffindustrie auf . . . . . 37 %
„ chemischen Industrie auf . . . 34 %
„ Nahrungsmittelindustrie auf . 24 %
„ Textilindustrie auf . . . . . 16 %
und der Landwirtschaft nur auf . . . 4 %

belief[145]).

Mit dem Jahre 1928 hat der Inlandskohlenverbrauch der österreichischen Papierindustrie sogar 70 % des Gesamtkohlenverbrauchs erreicht; vergleichen wir nun im einzelnen die Zusammensetzung dieses Kohlenverbrauchs während der letzten 3 Jahre, so ergibt sich folgendes Bild[146]):

Tabelle 24

Kohlenverbrauch der österreichischen Papierindustrie	1926	1928 Tonnen	Differenz	Prozent
Inländische				
Steinkohle .	18 434	33 129	+ 14 695	+ 81,6
Braunkohle .	250 437	307 782	+ 57 791	+ 23,1
Inlandskohle . .	268 871	340 357	+ 72 486	+ 26,9
Ausländische				
Steinkohle .	100 377	80 904	— 19 473	— 19,5
Braunkohle .	59 226	66 017	+ 6 791	+ 11,5
Koks	245	284	+ 39	+ 15,9
Auslandskohle . .	159 848	147 205	— 12 643	— 7,8
Insgesamt				
Steinkohle .	118 811	114 033	— 4 778	— 4,0
Braunkohle .	309 663	373 745	+ 64 082	+ 20,7
Koks	245	284	+ 39	+ 15,9
Gesamtverbrauch . .	428 719	488 062	+ 59 343	+ 13,8

In diesem allein einer differenzierten Beobachtung zugänglichen Zeitraum der letzten drei Jahre ergibt sich nun neben dem anhaltend steigenden Gesamtverbrauch an Kohle das schon oben erwähnte weitere Zurücktreten der Auslandskohle gegenüber der Inlandskohle, hinsichtlich des Sortenverbrauchs jedoch eine weitere Einschränkung des Steinkohlen-

[145]) Vgl. Handelskammerbericht 1927.

[146]) Zusammengestellt nach den in den Handelskammerberichten veröffentlichten Verbrauchsziffern. Vgl. Handelskammerberichte 1927 und 1928.

verbrauchs gegenüber der Braunkohle; berücksichtigen wir nun statt der unübersichtlicheren absoluten Differenzzahlen die eigentlichen Verhältniswerte der Verbrauchsziffern[147]), so ergibt sich aus unserer Zusammenstellung in dem beobachteten Zeitraum der letzten drei Jahre ein Rückgang der Auslandskohle von 37 auf 30 %, also ein Ansteigen des Anteils der Inlandskohle auf 70 % des Gesamtverbrauchs, sowie ferner ein Ansteigen des absoluten Anteils der Braunkohle von 72,3 auf 76,6 %. Innerhalb dieses Anteils wiederum konnten die heimischen Provenienzen ihre führende Stellung von 80,7, auf 82,3 % verbessern, während selbst in dem von 27,7 auf 23,4 % zurückgedrängten absoluten Steinkohlenverbrauch die inländische Kohle ihren prozentualen Anteil fast verdoppeln konnte (von 15,5 auf 29 %)!

Fassen wir nun die Ergebnisse unserer Beobachtung zusammen, so läßt sich feststellen, daß die Kohlenversorgung der österreichischen Papierindustrie im wesentlichen folgende Tendenz aufweist:

1. Eine fortschreitende Steigerung des Inlandskohlenbezugs.

2. Dadurch bedingt eine besonders zunehmende Umstellung der Betriebe auf die minder heizkräftige inländische Braunkohle.

Wenn es nun auch heute technisch noch nicht möglich ist, in allen Betrieben die einheimische Kohle eben wegen ihrer schlechteren Qualität und ihres ungünstigen Wassergehalts zu verwenden, so wird dennoch in maßgebenden Industriekreisen die Ansicht vertreten, daß sich auch fernerhin der Verbrauch der inländischen Braun- aber auch Steinkohle, sowie der Trockenkohle, wie sie besonders in Österreich hergestellt wird, steigern wird, was eine immer weiter zunehmende Unabhängigkeit der österreichischen Papierindustrie von den ausländischen Kohlenzufuhren zur Folge haben dürfte, welche naturgemäß viel zur Entlastung der Produktionskosten beizutragen hat[148]).

Wenn wir nun die eigentliche Auswirkung einer deutsch-österreichischen Zollunion auf die Kohlenversorgung der österreichischen Papierindustrie zu untersuchen haben, so wird dies für uns naturgemäß die Fragestellung ergeben, welche Bedeutung der deutschen Kohle hinsichtlich der Versorgung für diesen Restbedarf der österreichischen Papierindustrie an fremder Kohle beizumessen sein wird.

Da der Verbrauch der österreichischen Papierindustrie an Auslandskohle nach Provenienzen nicht besonders ausgewiesen wird,

---

[147]) Unter Vernachlässigung des relativ unbedeutenden Verbrauches an Koks.

[148]) Vgl. „Der Papierfabrikant", 1929.

werden wir die gesamte österreichische Steinkohleneinfuhr[149]) hinsichtlich ihrer Herkunft zu untersuchen haben. Wir finden hierbei, daß an der Gesamteinfuhr des Jahres 1925 mit 4 223 399 t an erster Stelle Polen (insbesondere Polnisch-Oberschlesien) mit 2 668 880 t oder 63 % beteiligt ist, es folgen dann die altösterreichischen Reviere der Tschechoslowakei mit 1 023 390 t oder 24 % und mit Abstand erst das Deutsche Reich mit 335 622 t oder 8 %; bis heute (1928) haben sich die Verhältnisse noch weiterhin zuungunsten Deutschlands verschoben, denn es stieg bei einem österreichischen Gesamtimport von 4 593 371 t Steinkohlen der Anteil Polens auf 3 048 119 t (66 %) und der der Tschechoslowakei auf 1 215 601 t (26 %), während der Anteil Deutschlands auf 178 270 t oder 4 % absank, also eine Einbuße von vollen 50 % erlitt. Die österreichische Kohlenwirtschaft zeigt demnach auch heute noch eine nahezu völlige Abhängigkeit von dem Ostrau—Karwin—Kattowitzer Dreieck, wobei es sich naturgemäß fast ausschließlich um eine reine Tariffrage handelt, woher die österreichische Volkswirtschaft ihre Kohlen bezieht.

Was nun speziell die aus Deutschland eingeführte Kohle betrifft, so stellt deren Hauptanteil das Ruhrrevier (1927 : 200 000 t gegenüber nur 134 000 t Oberschlesiens[150]), da das Deutsche Reich den ihm verbliebenen Anteil am oberschlesischen Revier vorwiegend selbst benötigt; freilich wird die auffallende Verminderung des deutschen Kohlenexports nach Österreich durchaus als Symptom zu werten sein, daß unter den gegebenen Konkurrenzverhältnissen die Zechen kaum auch nur mit einem bescheidenen Gewinn ausgekommen sind. Es ist vielmehr anzunehmen, daß hier mit Rücksicht auf die bedeutenden Frachtkosten nur Verlustpreise erzielt werden konnten[151]).

Gerade dieses Problem der Frachtkosten scheint uns entscheidend zu sein für die Lösung der Frage einer kohlenwirtschaftlichen Verflechtung des großdeutschen Wirtschaftsgebietes, die selbst wiederum geradezu als Voraussetzung und Grundlage eines großdeutschen Wirtschaftsorganismus betrachtet werden muß. Vom Gesichtspunkt der Papierindustrie aus freilich werden wir diese Probleme in unserem Zusammenhang nur kurz zu streifen haben, obwohl es interessant genug wäre, sich eingehender mit denselben zu beschäftigen, insbesondere sie — nicht anders übrigens als das so wichtige Schleifholzproblem — in der immerhin so umfangreichen Anschlußliteratur unseres Wissens eine spezielle Untersuchung noch nicht erfahren haben.

---

[149]) Nur diese kann uns naturgemäß in diesem Zusammenhang interessieren, da der stetig weiter fallende Braunkohlenimport Österreichs nicht einmal 10 % des Steinkohlenimports erreicht (vgl. hierzu oben S. 150 Tabelle 23), dem Heizwert nach sogar noch weniger als 6 % dieses letzteren.

[150]) Vgl. Kniesche, Herbert, Die großdeutsche Wirtschaftseinheit, Leipzig 1929, S. 141.

[151]) Vgl. Scheffer, a. a. O., S. 214.

Wenn wir nämlich einen Blick werfen auf die für Österreich in Frage kommenden Tarifsätze für den Kohlenbezug aus den einzelnen Revieren und als Grundlage unserer Untersuchung die beiden inmitten der zwei wichtigsten Zentren der österreichischen Papierindustrie Niederösterreich und Steiermark gelegenen Punkte Wien und Graz wählen, so ergibt ein Vergleich der Transportkosten zwischen den wichtigsten Punkten der polnischen, tschechoslowakischen sowie deutschen Kohlengebiete folgendes Bild:

Tabelle 25

Frachtsätze per 100 kg Kohle

(Tariflage vom 1. Oktober 1928 bzw. 1. Mai 1929.)

von	nach		
Ferdinandgrube (Kattowitz)	Wien-Nord	(rd. 340 km)	S 2,62 [152])
	Graz Hbf.	(rd. 620 km)	S 3,94 [152])
Mährisch-Ostrau —Oderfurt	Wien-Nord	(rd. 280 km)	Kč 9,86 [152])
	Graz Hbf.	(rd. 560 km)	Kč 16,13 [152])
Essen	Wien-West [153])	(1013 km)	RM 1,48 + S 1,97
	Graz Hbf. [154])	(1087 km)	RM 1,50 + S 1,97
Gleiwitz	Wien-West [153])	(1250 km)	RM 1,67 + S 1,97
	Graz Hbf. [154])	(1315 km)	RM 1,77 + S 1,97

Die Umrechnung in Reichsmark ergibt nun folgende Sätze:

Kattowitz—Wien	RM 1,54	Kattowitz—Graz	RM 2,32
Mähr.-Ostrau—Wien . . .	RM 1,22	Mähr.-Ostrau—Graz . . .	RM 2,00
Essen-Wien	RM 2,64	Essen-Graz	RM 2,66
Gleiwitz—Wien	RM 2,83	Gleiwitz—Graz	RM 2,93

Es zeigt sich demnach, daß die deutsche Kohle gegenüber der polnischen und tschechoslowakischen eine ganz außerordentliche frachtliche Mehrbelastung aufzuweisen hat, die für den Punkt Wien zwischen 72 % (Ruhrrevier gegenüber Polnisch-Oberschlesien) und 132 % (Deutsch-Oberschlesien gegenüber Mährisch-Ostrau—Karwiner Revier) schwankt; für den Punkt Graz tritt die Mehrbelastung der deutschen Kohle durch das relativ stärkere Anwachsen des Transportweges, den hier die Kohle des Ostrau—Karwin—Kattowitzer Dreiecks zu durchlaufen hat, etwas weniger stark in Erscheinung. Sie schwankt hier zwischen 15 und 46 %, wobei freilich zu berücksichtigen sein wird, daß es in erster Linie gerade die steiermärkischen Betriebe der Papierindustrie sein dürften, die — in ihren Standorten eben überwiegend zu den in Österreich an erster Stelle stehenden Braunkohlenrevieren dieses Bundeslandes hin gravitierend — natürlicherweise die relativ

[152]) Mitgeteilt von der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen.

[153]) Via Passau.

[154]) Via Salzburg.

weitestgehende Umstellung auf die einheimischen Brennstoffe vollzogen haben, wenn auch freilich rein statistisch dieser Vorgang für uns nicht erfaßbar ist; immerhin dürfte in unserem Zusammenhang aus den angedeuteten Gründen für die fernere Betrachtung die Tariflage des Punktes Graz nur geringeres Interesse zu beanspruchen haben.

Für den deutsch-österreichischen Anschlußgedanken nun und die Frage der kohlenwirtschaftlichen Verflechtung des großdeutschen Wirtschaftsgebietes ergibt sich aus unserer Untersuchung jedenfalls die in ihrer Auswirkung durchaus schwerwiegende Tatsache, daß die deutsche Kohle durch die größere natürliche Entfernung ihrer Lagerstätten im Vergleich zu den heute in Österreich dominierenden polnischen und tschechoslowakischen Kohlen, wenn wir den Punkt Wien heranziehen wollen, eine frachtliche Mehrbelastung von mindestens 72 % aufzuweisen hat.

Freilich kann hier die Möglichkeit besondere Bedeutung erlangen, im Rahmen des großdeutschen Wirtschaftsplans die reichsdeutschen Reviere frachtpolitisch den österreichischen Konsumenten ein gut Teil Weges anzunähern, wobei der Gedanke der materiellen Tarifeinheit, also die Durchrechnung der Tarife zwischen Deutschland und Österreich an erster Stelle stehen wird; diese Maßnahme würde, wie Ondraczek betont, übrigens noch nicht einmal den administrativen Zusammenschluß der beiden Staatsbahnen voraussetzen[155]).

Eine solche Durchrechnung des gegenwärtigen deutschen Barems auf der Strecke etwa Essen—Wien-West (bzw. — Graz Hbf., 1013 bzw. 1087 km) würde für 100 kg Kohle nur die Frachtkosten von RM 1,77 (bzw. 1,87) ergeben[156]), was für den Punkt Wien eine frachtliche Mehrbelastung der Kohle des Ruhrreviers, das aus seinen zeitweisen Haldenbeständen allein den gesamten Kohlenbedarf Österreichs, selbst wenn dieses keinerlei Eigenproduktion besäße, zu decken in der Lage wäre, gegenüber der polnisch-oberschlesischen von nur etwa 10 % ergäbe; für den Punkt Graz sogar, der freilich, wie oben festgestellt, in unserem Zusammenhang vernachlässigt werden kann, wäre die Ruhrkohle sogar in der Lage, die polnisch-oberschlesische sowie aber auch insbesondere die tschechoslowakische um ein bedeutendes zu schlagen.

In zweiter Linie nun wird auch auf die Bedeutung des Wasserweges für die österreichische Kohlenversorgung, insbesondere aus dem Ruhrgebiet, zu verweisen sein (Rheinstraße, Donaustraße, hier auch unter besonderer Blickrichtung auf das

---

[155]) Vgl. Ondraczek, Viktor, Der Anschluß Österreichs, Eisenbahnen und Schiffahrt, herausgegeben von der Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft, Wien 1926, S. 22.

[156]) Auf der für die österreichische Versorgung weniger wichtigen Strecke Gleiwitz—Wien-West (bzw. — Graz Hbf., 1240 bzw. 1315 km) RM 2,09 (bzw. 2,19).

Projekt einer zukünftigen leistungsfähigen Rhein—Main—Donau-Verbindung), dessen Benützung unter Umständen gleichfalls erhebliche Frachtvorteile bieten könnte, wenn auch durch die Tatsache, daß die Frachten der Binnenwasserstraßen regelmäßig auf privater Vereinbarung von Fall zu Fall beruhen, eine zahlenmäßige Untersuchung hierüber in genereller Form nur schwer durchzuführen sein wird.

Endlich jedoch wird bei einer Beurteilung der Gegenüberstellung der frachtkostenmäßig wirksamen Entfernungen die bedeutende Höherwertigkeit etwa der Ruhrkohle gegenüber besonders der polnischen, aber auch der tschechoslowakischen mit zu berücksichtigen sein; ein Vergleich nämlich hinsichtlich des Heizwertes dieser Kohlensorten gibt folgendes Bild[157]):

Tabelle 26

Kohlensorte	Höchstwert Kalorien	Häufigster Wert Kalorien	Niedrigster Wert Kalorien
Ruhrkohle	8543	8300	7400
Polnisch-Oberschlesisches Steinkohlenrevier	7880	7200	6791
Ostrau-Karwiner Steinkohlenrevier	8361	7700	6958
Kladno-Schlan-Rakonitzer Steinkohlenrevier	7124	6600	6481
Pilsener Steinkohlenrevier . .	7805	7000	6081

Nur durch diese immerhin sehr beträchtlichen Unterschiede des effektiven Heizwertes wird die augenblickliche Konkurrenzfähigkeit der Ruhrkohle in Österreich überhaupt zu erklären sein, wenn auch, was z. B. etwa den Ruhrkoks betrifft, hier noch zum Teil besondere private Verflechtungen mit im Spiele stehen[158]); jedenfalls wird sich aus dieser Gegenüberstellung entnehmen lassen, daß durch eine Berücksichtigung der Differenz zwischen dem effektiven Heizwert von Ruhr- und polnisch-oberschlesischer

[157]) Angaben nach Bayer, a. a. O., S. 141.

[158]) Vgl. hinsichtlich des österreichischen Ruhrkoksbezuges (dieser stand 1928 mit 324 187 t an erster Stelle vor der Tschechoslowakei mit 253 363 und Polen mit nur 58 835 t) das Koks-Erz-Austauschabkommen der Vereinigten Stahlwerke mit der Alpinen Montangesellschaft. Doch betont etwa Kniesche, daß sich auch hierbei die Bevorzugung von Ruhrkoks unter normalen Verhältnissen gegenüber dem weitaus günstiger gelegenen tschechischen Ostrauer Revier nicht allzu weitgehend betreiben lasse. (A. a. O., S. 136.)

Kohle die auch bei einer Durchrechnung des deutschen Barems noch bestehende 10%ige Mehrbelastung der Ruhrkohle gegenüber der oberschlesischen ihren vollen Ausgleich findet.

Zusammenfassend wird also gesagt werden können, daß unter Voraussetzung der Herstellung der materiellen Tarifeinheit innerhalb des großdeutschen Wirtschaftsgebietes bei Zugrundelegung des Punktes Wien für unsere Berechnung die Konkurrenzfähigkeit der Ruhrkohle mit der oberschlesischen sicher gegeben erscheint, welcher Schlagkreis des Ruhrreviers für alle südlich und westlich Wiens gelegenen Punkte naturgemäß zunehmend an Bedeutung gewinnen muß und hier auch die tschechoslowakischen Reviere erreichen wird. Für die österreichische Industrie als größte Verbrauchergruppe mineralischer Brennstoffe dürfte die Möglichkeit einer solchen rein transportkostenmäßig in Erscheinung tretenden natürlichen „Schlagung" der polnisch-tschechoslowakischen Reviere durch das Ruhrrevier im Rahmen des großdeutschen Wirtschaftsgebietes insofern von ganz besonderer Bedeutung sein, als sie das mit dem Anschluß auch Österreich berührende, bestehende deutsche generelle Kohleneinfuhrverbot in vollem Maße kompensieren würde; freilich wird in diesem Zusammenhang auch auf die Interessen gerade des österreichischen Kohlenbergbaues, der heute schon von der Regierung nicht unberechtigterweise ernste Schutzmaßnahmen fordert, um weiter bestehen zu können, zumindest in der im einzelnen zu regelnden zukünftigen Tarifgestaltung ein ganz besonderes Augenmerk zu richten sein.

Näher allerdings auf diese sehr bedeutsamen und sicher noch weitgehender Klärung bedürfenden Einzelprobleme einzugehen, müssen wir uns, wie schon oben angedeutet, in unserem Zusammenhang leider versagen.

Was nun demnach im ganzen die Kohlenversorgung der österreichischen Papierindustrie betrifft, so dürfte sich aus unseren Untersuchungen ergeben haben, daß diese durch die Konstruktion einer deutsch-österreichischen Zollunion keiner eigentlichen Berührung ausgesetzt erscheinen kann.

Wenn sowohl durch die Möglichkeit einer tarifpolitischen Erweiterung des Schlagkreises der deutschen Kohle diese letztere die bisher polnische und tschechoslowakische Auslandskohle ohne grundsätzliche produktionskostenmäßige Mehrbelastung der auf sie noch angewiesenen papierindustriellen Betriebe zu ersetzen vermag, so weist gleichzeitig die bereits untersuchte Tendenz der österreichischen Papierindustrie hinsichtlich ihrer Kohlenversorgung auf eine immer weitergehende Umstellung derselben auf die heimischen Sorten hin, die letzten Endes eine nahezu völlige Unabhängigkeit der österreichischen Papierindustrie von einer Kohlenzufuhr von außerhalb zur Folge haben dürfte, welches Ergebnis in diesem Maße wohl für keinen sonstigen österreichischen Verbraucher zutreffen wird.

5. KAPITEL

Das Absatzproblem der österreichischen Papierindustrie

Die Untersuchung des eigentlichen Absatzproblems der österreichischen Papierindustrie im Hinblick auf deren Eingliederung in die großdeutsche Wirtschaft oder mit anderen Worten die Konkurrenzfrage derselben zunächst mit der Papierindustrie des Deutschen Reichs wird notwendigerweise auf zwei grundsätzlichen Überlegungen beruhen, nämlich

erstens, daß sowohl Österreich wie Deutschland ausgesprochene Papierexportländer darstellen und

zweitens, daß sich ein eigentlicher Konkurrenzkampf der beiden Länder auf den ausländischen Märkten zum großen Teile schon durch die Tariflage erübrigt, die bereits heute zu einer deutlichen regionalen Absatzteilung auf papierindustriellem Gebiete auch ohne besondere Abmachungen geführt hat und Österreich vor allem die nächstgelegenen Südostländer sichert, während das Deutsche Reich seine Interessensphäre vorwiegend auf den nahen und fernen Westen ausgedehnt hat.

Wenn wir nun zunächst die grundsätzliche Analyse des Exports der österreichischen und deutschen Papierindustrie aufstellen wollen, der für Deutschland übrigens überhaupt nur etwa das Dreifache der österreichischen Ausfuhr erreicht, so ergibt die Zusammensetzung des Exportes der österreichischen Papierindustrie das nachfolgende Bild, wobei zur Vergleichsmöglichkeit den gegenwärtigen Zahlen (1928) die Verhältniszahlen der betreffenden Werte des Jahres 1925 in Klammern beigefügt sind.

Tabelle 27

Exportziffern der österreichischen Papierindustrie nach Sorten im Jahre 1928[159])

Export an	Menge in t	Wert in 1000 S	In % des Gesamtexportwertes
Papierzeug	120 438,4	46 346	30,1 (33,2)
Stat.-Nr.			
491/235 aus Lumpen	5,0	5	
492/235 „ Holzstoff	26 198,7	5 487	
493/235 „ Zellstoff	94 234,7	40 854	
Pappe	40 556,6	16 319	10,6 (10,9)
Stat.-Nr.			
494/236 Dachrohpappe	5,2	4	
495/236 Strohpappe	0,3	—[160])	

[159]) Nach der Statistik des auswärtigen Handels Österreichs.
[160]) Unter 500 S.

Export an	Menge in t	Wert in 1000 S	In % des Gesamtexportwertes
296a/236 Dachpappe, besandet .	84,1	21	
296b/236 Dachpappe, n. besandet	210,6	91	
497a/236 Vulkanfiber	25,8	76	
497b/236 Andere Hartpappen .	87,8	102	
498/236 Pappen aus oder mit Lederabfällen	3,1	3	
499/236 Andere gew. Pappen .	38 532,6	14 019	
500/237 Feinpappen (Kartons), Malerpappe	1 606,5	2 004	
Papier	115 887,6	91 124	59,3 (55,9)
Stat.-Nr.			
501/238, 248 Packpapier . . .	17 887,6	12 284	
502/239 Löschpapier	147,7	251	
503a/240 Zeichen- und Kupferdruckpapier	218,4	319	
503b/240 Ölpaus-, Wachs-, Zeresin-, Paraffinpapier . .	101,7	553	
504/241 Kunstdruck- und Chromopapier	253,2	615	
502/242 Bunt-, Gold- und Silberpapier	2 632,1	4 414	
506/243 Pergament- und andere fettdichte Einschlagpapiere	61,9	134	
507/244 Photographische Papiere	20,8	237	
508/244 Andere chem. Papiere .	256,5	2 701	
509/245 Tapetenpapier	71,6	292	
510/246 Zigarettenpapier in Bogen	399,0	1 527	
511/246 Seidenpapier in Bogen	2 894,0	5 594	
512/244 Zellstoffwatte	5,2	13	
513/247 Gew. Druckpapier (Zeitungsdruckpapier) . .	52 871,3	26 005	
514/248 Anderes Druckpapier, Schreibpapier	37 888,7	35 813	
515/248, 249 Papier, n. b. b. . .	159,4	372	
Insgesamt . .	276 864,1	153 789	100,0 (100,0)

Rund 30 % also des Gesamtexports der österreichischen Papierindustrie trifft demnach auf Papierzeug, und zwar fast ausschließlich auf Zellulose, während etwa 60 % auf die eigentliche Papiererzeugung entfallen; verglichen mit dem Jahre 1925 zeigt sich hierbei die deutliche Tendenz eines Zurücktretens der Zelluloseausfuhr zugunsten des Fertigpapiers, während der Exportanteil der Pappe mit rd. 10 % des Gesamtexportwertes im ganzen konstant zu bleiben scheint.

Untersuchen wir nun näher die eigentliche Papierausfuhr, so steht hier dem Werte nach an erster Stelle Schreib- und feines Druckpapier mit 39,2 %, während erst in gewissem Abstand Zeitungsdruckpapier mit 28,5 % folgt; die übrigen wichtigsten Positionen sind Packpapier mit 13,4 %, Seidenpapier mit 6,2 %, sowie Buntpapier mit 4,2 %, welche fünf Sorten zusammengenommen demnach die gesamte österreichische Ausfuhr an Papier zu 95,4 % bestreiten.

Wollen wir auch hierbei die Verschiebung dieser Anteile gegenüber 1925 feststellen, so ergibt eine Gegenüberstellung folgendes Bild:

Tabelle 28

Anteil der wichtigsten Sorten an dem österreichischen Papierexport dem Werte nach für die Jahre 1925 und 1928

Sorte	1925	1928
Schreibpapier usw. . . .	40,5 %	39,2 %
Zeitungsdruckpapier . .	30,7 %	28,5 %
Packpapier	14,3 %	13,4 %
Seidenpapier	5,4 %	6,1 %
Buntpapier	4,4 %	4,2 %

Es zeigt sich demnach, daß der Anteil der einzelnen Papiersorten im allgemeinen durchweg konstant blieb; in etwas deutlicherem Ausmaße ist nur ein Rückgang der Rotationsdruckpapierquote festzustellen.

Die Zusammensetzung des Exports der Papierindustrie des Deutschen Reiches dagegen stellt sich folgendermaßen dar:

Tabelle 29

Exportziffern der deutschen Papierindustrie nach Sorten im Jahre 1928[161])

Export an	Menge in t	Wert in 1000 RM	In % des Gesamtexportwertes
Papierzeug	24 423,1	64 840	24,4 (21,4)
Stat.-Nr.			
649 aus Lumpen	701,5	806	
650a 1 u. 2 aus Holzstoff . . .	3 919,3[162])	256[162])	
— b aus Strohstoff . . .	233 270,5	61 372	
— c aus Zellstoff	7 339,4	2 406	

[161]) Nach dem Spezialhandel nach statistischen Nummern des auswärtigen Handels Deutschlands; die Zusammenfassung des deutschen Außenhandels nach Warengruppen (vgl. Statistisches Jahrbuch f. d. D. R., VII) weist Papier und Papierwaren nicht getrennt aus. Die Klammern beziehen sich wiederum auf 1925.

[162]) März/Dezember.

Export an	Menge in t	Wert in 1000 RM	In % des Gesamtexportwertes
Pappe	79 878,6	21 442	8,1 (8,5)
Stat.-Nr.			
651 A_1 Glanzpappe usw., Kunstlederpappe u. a. feine Pappen	3 597,2	3 534	
— A_2 Holz- u. a. grobe Pappen	65 098,5	19 965	
— A_3 Dachpappen	5 085,5	1 635	
— B Vulkanfiber	715,0	1 567	
652 Pappen anderer Art . .	6 382,4	4 750	
Papier	371 080,1	179 037	67,5 (70,1)
654 Packpapier	91 664,2	42 611	
655 A Zigarettenpapier . . .	139,2	308	
655 B_1 Druckpapier	186 667,3	56 747	
— B_2 Kartonpapier	10 209,3	7 558	
— B_3 Löschpapier	1 257,3	1 590	
— B_5 Pergamentpapier . . .	4 004,4	3 923	
— B_6 Schreibpapier	14 990,6	12 722	
— B_7 Zeichenpapier	2 041,3	3 264	
— B_8 Seidenpapier	4 805,5	4 891	
— B_9 Photograph. Rohpapier .	2 092,8	3 148	
— B_{10} Tapetenpapier	19 318,6	10 971	
656a Buntpapier[163])	31 145,7	27 490	
— b Lackiertes Papier[163]) . .	743,8	3 418	
Insgesamt . . .	475 381,8	265 319	100,0 (100,0)

Wir finden demnach hier am Gesamtexport einen dem Werte nach etwas geringeren Anteil des Papierzeuges (Zellulose) mit rund 25 % und der Pappe mit rund 8 %, während dafür der eigentliche Papierexport 67,5 % erreicht; mit dem Jahre 1925 verglichen zeigt sich hier umgekehrt, wie wir dies für Österreich festgestellt haben, eine rückläufige Tendenz der eigentlichen Papierausfuhr zugunsten des Zelluloseexportes, so daß mit dieser zu beobachtenden Bewegung die in Frage stehenden Verhältniszahlen für Zellulose und Papier in beiden Ländern einem gemeinsamen Wert zuzustreben scheinen, soweit der hier beobachtete Zeitraum die Folgerung eines derartigen Schlusses überhaupt zuläßt.

Untersuchen wir nun noch genauer auch für Deutschland den Anteil der einzelnen Sorten am eigentlichen Papierexport, so

[163]) Diese beiden Positionen fanden in der Tabelle Aufnahme, um ein vergleichbares Bild gegenüber der österr. amtlichen Statistik zu erhalten, welche diese in die Warengruppe „Papier" einschließt. Zu beachten ist jedoch, daß in den oben mitgeteilten Exportanteilen der deutschen Papierindustrie überhaupt (S. 127 Anm. 95) diese beiden Positionen nicht enthalten sind.

sehen wir hier Zeitungsdruckpapier mit 31,7 %, Buntpapier mit 15,3 %, Schreibpapier mit 7,1 % und endlich Tapetenpapier mit 6,1 % vertreten, welche zusammen 83,9 % der deutschen Papierausfuhr bestreiten; gegenüber dem Jahre 1925 ergibt sich dabei ein nicht unerhebliches relatives Zurücktreten der wichtigeren Sorten, welches folgendes Bild zu veranschaulichen vermag:

Tabelle 30

Anteil der wichtigsten Sorten an dem deutschen Papierexport dem Werte nach für die Jahre 1925 und 1928

Sorte	1925	1928
Druckpapier	38,6 %	31,7 %
Packpapier	26,3 %	23,7 %
Buntpapier	12,1 %	15,3 %
Schreibpapier	10,0 %	7,1 %
Tapetenpapier	—[164])	6,1 %

Zusammenfassend nun wird festzustellen sein, daß bei nur unwesentlichen und zunehmend einer Angleichung entgegengehenden Unterschieden zwischen dem gegenseitigen Verhältnis des Papier-, Pappe- und Zelluloseexportes der deutschen und österreichischen Papierindustrie, hinsichtlich des eigentlichen Papierexportes bei ersterer das Zeitungsdruckpapier, gefolgt von Pack- und Buntpapieren, an erster Stelle steht, während für Österreich relativ um ein beträchtliches die Feinpapiere überwiegen, worin Österreich den deutschen Export, auch absolut genommen, um mehr als das Doppelte übertrifft.

Neben dieser bemerkenswerten qualitativen Differenzierung des deutschen und österreichischen Papierexports, die für Deutschland ein Überwiegen der ordinären Sorten, der Massenproduktion, für Österreich jedoch ein Überwiegen der Feinpapiere erkennen läßt, können wir nun weiter die schon oben angedeutete regionale Differenzierung des deutschen und österreichischen Exports, also eine regionale Absatzteilung auf den ausländischen Märkten in erster Linie wohl aus rein tariflichen Gründen beobachten, die wir vom Standpunkt der österreichischen Papierindustrie aus gesehen nun zum zweiten einer Untersuchung zu unterziehen haben werden.

Betrachten wir hierzu zunächst noch einmal die gesamte Ausfuhr der österreichischen Papierindustrie (also wiederum an Papier, Pappe sowie an Halbstoffen) ihrem Werte nach, so sind die wichtigsten Länder an dieser folgendermaßen beteiligt (1928),

[164]) Für 1925 nur ausgewiesen für Okt./Dez.

wobei sich die zur Vergleichsmöglichkeit beigefügten Zahlen jeweils auf das Jahr 1924 beziehen:

Tabelle 31

Anteil der wichtigsten Länder am Export der österreichischen Papierindustrie

Land	In 1000 S		In Prozenten	
1. Italien	32 583	(30 666)	21,1	(28,5)
2. Ungarn	25 290	(15 576)	16,4	(14,4)
3. Jugoslawien	14 102	(8 126)	9,1	(7,5)
4. Britisch-Indien	6 506	(2 376)	4,2	(2,2)
5. Großbritannien	5 846	(3 221)	3,8	(2,9)
6. Frankreich	5 840	(10 039)	3,8	(9,3)
7. Polen	5 646	(2 570)	3,6	(2,3)
8. China	4 995	(5 040)	3,2	(4,7)
9. Deutsches Reich	4 635	(1 267)	3,0	(1,8)
10. Ägypten	4 357	(2 705)	2,8	(2,5)
11. Türkei	4 328	(1 731)	2,8	(1,6)
12. Schweiz	4 306	(3 357)	2,8	(3,1)
13. Rumänien	3 976	(5 568)	2,5	(5,1)
14. Bulgarien	3 800	(3 017)	2,4	(2,8)
15. Tschechoslowakei	3 414	(1 122)	2,2	(1,0)
16. Argentinien	2 577	(2 068)	1,6	(1,9)

Wir sehen demnach die drei Länder Italien, Ungarn und Jugoslawien mit insgesamt 72 Mill. S (1924: 54 Mill. S) zu 46,6 % (1924: 40,4 %) oder rund zur Hälfte an dem gesamten Export der österreichischen Papierindustrie beteiligt, wobei der Anteil dieser Länder, wie die Vergleichsziffern von 1924 ergeben, eine bis jetzt ansteigende Kurve verfolgt; auch das gegenüber den beiden anderen Ländern prozentual zurückgefallene Italien weist hinsichtlich des absoluten Ausfuhrwertes dahin die gleiche Aufwärtsbewegung auf.

Untersuchen wir für diese 3 wichtigsten österreichischen Absatzmärkte nun die betreffende Konkurrenz der deutschen Papierindustrie, so ergibt sich, daß der deutsche Export dahin an Halbstoffen, Papier und Pappe im Werte von 7, 2,9 bzw. 0.5 Mill. Reichsmark[165]) oder 2,2, 1,1 bzw. 0,2 % des deutschen Gesamtexports nur 36,5, 19,7 bzw. 6,4 % der Höhe der betreffenden österreichischen Exportziffern erreicht; für diese Ländergruppe zusammen entspricht dies dem Gesamtwerte nach 24,7 % oder rund ¼ des österreichischen Exports, welches Ergebnis die zwischen Deutschland und Österreich bestehende natürliche Absatzteilung hinsichtlich des südöstlichen Marktes deutlich beleuchtet.

[165]) Errechnet nach den Ausweisen des deutschen Spezialhandels nach statistischen Nummern.

Was nun sämtliche übrigen Länder anbelangt, auf die zusammengenommen sich die anderen 50 % des österreichischen Exports verteilen, trifft auf jedes derselben naturgemäß nur ein niedriger Prozentsatz dieses restlichen Exports; die entsprechenden deutschen Exportziffern können daher natürlicherweise für Österreich nicht annähernd dieselbe Bedeutung besitzen. Festzustellen ist jedoch auch hier grundsätzlich das relative Überwiegen des österreichischen Feinpapierexports, während das Deutsche Reich hauptsächlich mit ordinäreren Sorten beteiligt ist.

Wollen wir uns nun fragen, welche Auswirkungen der Erschließung eines einheitlichen großdeutschen Wirtschaftsgebietes hinsichtlich des Exports der österreichischen papiererzeugenden Industrie nach dem Weltmarkt, also ihren bisherigen Absatzgebieten, mit Ausnahme des Deutschen Reichs selbst, zuzumessen ist, so wird jedenfalls festzustellen sein, daß hier eine grundsätzliche Veränderung, zunächst wenigstens in negativem Sinne, nicht erwartet werden kann. Es wird vielmehr, was zunächst die eigentliche Konkurrenz mit der deutschen Industrie betrifft, durchaus angenommen werden können, daß gerade durch eine Eingliederung nun auch der österreichischen Werke in die papierindustriellen Syndikate und Verkaufsvereinigungen des Deutschen Reiches, welchen Gedanken wir unten noch näher zu verfolgen haben werden[166]), die schon heute bis zu einem gewissen Grade bestehende regionale Absatzteilung aus tariflichen Gründen nun durch persönliche Fühlungnahme mit den deutschen Unternehmen zu einer Form fester Absatzrayonnierung befestigt werden kann.

Naturgemäß dürften die österreichischen Werke auch weiterhin hierbei in erster Linie an dem schon betrachteten südöstlichen Markt interessiert sein, der ohnehin durch die beabsichtigte Eindämmung des italienischen Papierimports, sowie aber in besonderem Maße durch den Abbau gewisser bislang bestehender Begünstigungen von ungarischer Seite mit Wirkung vom Dezember 1928[167]) für die österreichische Papierindustrie zu schweren Besorgnissen Anlaß gibt, nachdem schon 1927 die Auflassung mehrerer jugoslawischer Vertragszölle der Gruppe Papier eine bedeutende Erschwerung auch hinsichtlich dieser Ausfuhrrichtung für Österreich gebracht hatte.

Was die übrigen, ferneren Absatzgebiete der österreichischen Papierindustrie betrifft, so ist naturgemäß auch hier eine Interessenabgrenzung zum Zwecke gegenseitiger Konkurrenzausschaltung zwischen den deutschen und österreichischen Unternehmern durchaus möglich und auch wahrscheinlich, wobei auch der Gedanke quotenmäßiger Beteiligung an dem gemeinsamen Export nach den einzelnen Märkten durchaus im Bereich der Möglichkeit gelegen wäre; eine solche Quotenverteil-

[166]) Vgl. unten S. 169 ff.
[167]) Vgl. unten S. 183 Anm. 201.

lung müßte aus der immerhin bestehenden qualitativen Differenzierung des deutschen und österreichischen Exports eine besondere Unterstützung erfahren.

Zusammenfassend wird somit gesagt werden können, daß die Erschließung eines großdeutschen Wirtschaftsgebiets durch eine hier besonders auf den fernen, überseeischen Märkten in Erscheinung tretende wesentliche Ausschaltung oder zumindest Einschränkung des Wettbewerbes mit der übermächtigen deutschen Papierindustrie, — die, an Kapital und technischer Ausrüstung natürlicherweise besser gestellt als die österreichischen Betriebe, diesen gegenüber besonders auch die Vorteile eines außerordentlich aufnahmefähigen Inlandsmarktes wie auch hinsichtlich der meisten Überseemärkte zum Teil wesentliche Vorsprünge infolge günstigerer Frachtlage genießt und somit auf diesen Märkten zusammen mit der nordamerikanischen und skandinavischen Papierindustrie Österreichs gefährlichsten Konkurrenten darstellt, — für die österreichische Papierindustrie eine starke Stütze bieten dürfte zur Aufrechterhaltung des Umfangs sowie aber auch für den Ausbau ihrer bisherigen Absatzmärkte und hierbei relativ besonders ihrer überseeischen Handelsverbindungen.

Was nun zum zweiten das Problem des großdeutschen Binnenmarktes selbst betrifft, so hatten wir schon oben anzudeuten, daß es sich bei Österreich und Deutschland um zwei ausgesprochene Papierexportländer handelt, für die eine Möglichkeit eigentlicher wirtschaftlicher Ergänzung auf diesem Gebiete grundsätzlich nicht gegeben ist.

Ein gewisses Abbild jedoch der zukünftigen papierindustriellen Probleme innerhalb des großdeutschen Wirtschaftsgebiets wird uns sicherlich schon die gegenwärtige Lage der Dinge vermitteln können.

Untersuchen wir nämlich den wechselseitigen deutsch-österreichischen Handelsverkehr in Papierzeug, Papier und Pappe, so finden wir für den österreichischen Export das Deutsche Reich nach der oben gegebenen Tabelle mit 4,5 Mill. S oder 3 % des österreichischen Gesamtexportes nur den 9. Platz einnehmen, der gegenüber etwa 1924 (1,3 Mill. S) zwar eine beachtliche Verbesserung bedeutet, die freilich auf die erhebliche Steigerung des deutschen Papierimports in diesem Zeitraum überhaupt zurückzuführen sein dürfte. Bedeutung für den österreichischen Export nach Deutschland haben hierbei allein die Halbstoffe (Zellulose und Holzschliff), die an diesem zu 70 % beteiligt sind, ferner in geringerem Umfange auch Feinpapiere, hinsichtlich welcher sich Österreich sogar als Deutschlands wichtigstes Bezugsland erweist.

Einen relativ betrachtet zwar geringeren, jedoch absolut genommen um so bedeutenderen und für Österreich sehr empfindlichen Anstieg hat jedoch der deutsche Export nach Österreich aufzuweisen, der sich seit dem Jahre 1925 nahezu verdoppelt

hat und für das Jahr 1928 mit 9,2 Mill. S an weitaus erster Stelle des österreichischen Gesamtimports stehend, den österreichischen Export nach Deutschland um genau das Doppelte übertrifft. Von Bedeutung sind für die deutsche Einfuhr nach Österreich insbesondere Kunstdruck- und Chromo-, dann Bunt- sowie photographische Rohpapiere, zumeist demnach Spezialpapiere, wobei jedoch bei der beobachteten Exportsteigerung nach Österreich auch sämtliche übrige Sorten anteilmäßig beteiligt erscheinen.

Die eigentliche Ursache dieser starken Passivität der österreichischen Handelsbilanz Deutschland gegenüber auf papierindustriellem Gebiete wird in erster Linie in dem hier unzulänglichen Zollschutz zu sehen sein, welchen Österreichs Waren genießen; einem freien Wettbewerb nämlich mit der mächtigen deutschen Papierindustrie[168]) in Österreich selbst vermag, wie es scheint[169]), Österreichs bekanntlich prinzipiell durchaus nicht schutzzöllnerisch eingestellte Papierindustrie im ganzen genommen um so weniger entgegenzutreten, als es gerade das ungleich bedeutendere Inlandsgeschäft der deutschen Papier-

[168]) Der Vergleich der gesamten deutschen Papierindustrie gegenüber der österreichischen nach Größenklassen ergibt folgendes Bild (nach den Erhebungen für 1928):

1. Deutschland.

Betriebe mit	Zahl der Betriebe	Beschäftigte Personen
1—3 Personen	115	224
4—5 „	75	338
6—10 „	252	1 974
11—50 „	608	14 797
51—200 „	365	36 358
201—500 „	89	27 263
501—1000 „	22	15 073
über 1 000 „	5	5 195
Insgesamt	1 531	101 162

2. Österreich.

Betriebe mit	Zahl der Betriebe	Beschäftigte Personen
1—5 Personen	30	47
6—20 „	56	716
21—50 „	47	1 584
51—100 „	31	2 110
101—500 „	45	11 302
501—1000 „	2	1 534
über 1000 „	2	2 566
Insgesamt	203	19 859

(Nach Angaben des Statistischen Jahrbuchs der Deutschen Papier-, Pappe-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie, 1929, sowie des Wirtschaftstatistischen Jahrbuchs 1928, herausgegeben von der Kammer für Angestellte und Arbeiter, Wien.)

[169]) Vgl. hierzu auch den Handelskammerbericht 1928.

industrie gestattet, manche Exportrichtungen u. U. selbst zu verlustbringenden Preisen zu pflegen[170]).

Eine durchaus nicht unbedenkliche Verstärkung obiger Tendenz in Gestalt eines in zunehmendem Maße einsetzenden Wettbewerbes der deutschen Konkurrenz auf dem österreichischen Markt selbst dürfte sich hiernach für die österreichische Papierindustrie als erste und natürliche Auswirkung einer Eingliederung dieses österreichischen Marktes in die großdeutsche Wirtschaft, d. h. eines Wegfallens nun auch der augenblicklich für den deutsch-österreichischen Warenverkehr bestehenden Zollschranken ergeben; naturgemäß wird daher die Forderung auf Ausschaltung eines solchen wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes zwischen der österreichischen und deutschen Papierindustrie auf dem österreichischen Markt zu erheben sein, einerseits zum berechtigten momentanen Schutz der österreichischen Papierindustrie gegenüber der mächtigeren deutschen Konkurrenz auf ihrem wichtigsten und natürlichen Absatzmarkt, zum andern jedoch sicherlich auch im Hinblick auf das großdeutsche Wirtschaftsinteresse als solches, mit dem sich natürlicherweise jeder Konkurrenzkampf der sich innerhalb der großdeutschen Wirtschaft gegenüberstehenden Produktionsgruppen unvereinbar erweisen muß[171]).

Die möglichen Formen derartiger gegenseitiger Konkurrenzausschaltungen hatten wir schon oben in grundsätzlicher Weise einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen, auf die an dieser Stelle verwiesen werden kann[172]); allerdings werden uns die beiderseitigen papierindustriellen Produktionsverhältnisse nicht würdig erscheinen können, Gegenstand einer speziellen Ausgleichung durch Zwischenzölle zu werden, da ja etwa grundsätzlich verschiedene Produktionsbedingungen, die eine eigentliche künstliche Ausgleichung erfordern könnten, zwischen der österreichischen und der deutschen Papierindustrie wohl kaum bestehen, sondern eben nur die naturgemäß relativ schwächere österreichische Gruppe vor einer den Voraussetzungen nach durchaus möglichen, wuchtig einsetzenden Konkurrenz der an Kapital, dann auch an Organisation, Größe und Ausstattung der Betriebe und eben nicht zuletzt durch einen weiten und aufnahmefähigen Binnenmarkt gestützten deutschen Papierindustrie bewahrt werden soll. Zur Durchführung dieses Gedankens dürfte vielmehr in erster Linie die privatwirtschaftliche Organisation durch

[170]) Als maßgebend hierfür wird zu betrachten sein, daß ein Hochhalten der Preise auf dem zollgeschützten Inlandsmarkt ein Dumping auf den ausländischen Märkten ermöglicht. So liegen etwa die von der deutschen Papierindustrie erzielten Inlandspreise 15—20 % über den auf den Auslandsmärkten notierten. Vgl. Wirtschaftsjahrbuch für Industrie und Handel des Deutschen Reiches und der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, Jahrg. 1928/29, I., S. 763.

[171]) Vgl. hierzu auch oben S. 59.

[172]) Vgl. oben S. 60 ff.

Ausbau der bestehenden natürlichen Absatzrayonnierung berufen sein[173]).

Wie hierzu oben schon allgemein betrachtet, werden hinsichtlich derartiger organisatorischer Bindungen zwischen der österreichischen und der deutschen Papierindustrie im wesentlichen zwei grundsätzliche Formen in Betracht zu ziehen sein: die kapitalmäßige Verflechtung zwischen den beiderseitigen Unternehmungen, also die Möglichkeit direkter Einflußnahme auf dem Konzernwege, zum andern aber der reine Konventionsweg zwischen den österreichischen und deutschen Produzenten auf kartellähnlicher Basis.

Was hierbei zunächst die Konzernbildung zwischen der deutschen und der österreichischen Papierindustrie betrifft, so scheint uns deren Bedeutung relativ in den Hintergrund treten zu wollen.

Eine eigentliche Bindung auf Grund des Kapitalbesitzes finden wir hier nur zwischen der österreichischen Leykam-Josefsthal A.-G. für Papier- und Druckindustrie und dem deutschen Hartmann-Konzern, der mit der Aktienmehrheit heute auch die kommerzielle und technische Leitung der österreichischen Gesellschaft in Händen hat. Die Leykam-Josefsthal A.-G. ist hierbei selbst wieder ein Konzern, der vor dem Kriege mit 25 Papiermaschinen, 20 Zellulosekochern sowie 38 Schleifern als der mächtigste Papierkonzern in Österreich angesehen wurde und mit einer Produktionskapazität von rund 24 % der damaligen österreichischen Gesamtproduktion an allerfeinsten und Feinpapieren (21 000 t), von etwa 22 % an mittelfeinen Papieren (36 000 t) sowie von 11 % der Zellstoffproduktion (35 000 t)[174]) den österreichischen Markt sehr weitgehend beherrschte; mit dem unglücklichen Ausgang des Krieges jedoch, unter welchem dieser Konzern auf das stärkste zu leiden hatte[175]), erfuhr die Leykam-Josefsthal eine starke Einbuße ihrer führenden Stellung nun auch innerhalb der neuen österreichischen Papierindustrie und steht heute hinter dem

---

[173]) Über die wirtschaftlichen Vorteile sowie eigentlichen Aufgaben derartiger privater Vereinbarungen von Industrie zu Industrie vgl. das oben S. 60 ff. Gesagte.

[174]) Vgl. Schwalbe, a. a. O., S. 97.

[175]) Die Kriegshandlungen führten 1915 zur Zerstörung der Fabriken in Podgora, für welche die Leykam-Josefsthal keinerlei Entschädigung erhielt; mit Podgora waren ¼ der Papier- und ⅔ der Zelluloseproduktion verloren. 1916 erfolgte wegen der ungünstigen Transportverhältnisse der Verkauf der Papierfabrik Bilitz; nach dem Umsturz wurden endlich die im neuen jugoslawischen Staat gelegenen Fabriken Josefsthal (Vevze), Görtschach (Gorizane) und Zwischenwässern (Modvede) in eine nationalisierte jugoslawische Gesellschaft „Vereinigte Papierfabriken Josefsthal, Gorizane und Modvede A.-G.", Ljubljana (Laibach), eingebracht, von deren Aktienkapital die Leykam-Josefsthal 39% übernahm. 1921 wurden auch diese 39 % verkauft, welcher Erlös im wesentlichen durch die Inflation verloren ging.

damals noch im Aufbau begriffenen Neusiedl-Konzern an Bedeutung stark zurück.

Im ganzen beträgt heute die Erzeugungskapazität der beiden im Leykam-Josefsthal-Konzern zusammengeschlossenen österreichischen Gesellschaften Leykam-Josefsthal A.-G. in den Werken Gratwein (Papier- und Zellulosefabrik) und Spital (Holzschleiferei und Pappenfabrik)[176]) mit einer Kapazität von 12 000 bis 16 000 t feinster Brief- und Schreibpapiere, Zeichen-, Bücher- und photographischer Rohpapiere, sowie 18 000—21 000 t Sulfitzellulose und etwa 3 000 t braune und weiße Holzpappe[177]) und der Pitten-A.-G. mit den Werken Pitten, Wampersdorf (Papierfabriken), Breitenau (Buntpapierfabrik), Schwarzau und Olbersdorf (Holzschleifereien) mit einer Kapazität von 12 000—13 500 t Rotationsdruckpapier, Streichpapier, Hadernpack- und Zuckerpapier, 7 200 t Buntpapier[178]) und endlich rd. 4 000 t Holzstoff, etwa 12 bis 16 % der österreichischen Gesamtproduktion an Papier, 13—14 % an Pappen, 9—10 % an Zellulose, sowie etwa 4 % an Holzstoff; ferner ist diesem Konzern noch die heute in der Tschechoslowakei liegende Heinrichsthaler Papierfabrik A.-G. mit einer Kapazität von je rd. 5 500—6 500 t Papier und Zellulose sowie 1 200—1 500 t Holzschliff und Pappe angegliedert[179]).

Die deutschen Gesellschaften des Hartmann-Konzerns, der 1924 mit zusammen 35 Papiermaschinen und 41 Zellulosekochern eine Kapazität von insgesamt 129 600 t Papier, 39 200 t Natron- und 45 000 t Sulfitzellstoff sowie 38 800 t Holzschliff und 4 000 t Pappe aufwies, sind die Oberschlesische Zellstoffwerke A.-G. (Kapazität 40 t Ia ungebleichter Natronzellstoff und 20 t Kraftpapier täglich), die Dresdener Chromo- und Kunstdruckpapierfabrik Krause & Baumann A.-G. (Kapazität 30 t Holzschliff sowie 60 t Chromo- und Kunstdruckpapier), die Papierfabrik Krappitz A.-G. (Kapazität 40 t Holzschliff sowie 60 t Rotationsdruck), die Papierfabrik Oker A.-G. (Kapazität 25 t Sackpapier), die Kostheimer Zellulose- und

[176]) Die Produktion der im Jahre 1926 zerstörten Holzschleiferei in Thörl wurde nunmehr auf Wampersdorf übertragen.

[177]) Die Produktions- bzw. Kapazitätsziffern sind den Angaben von Schwalbe entnommen; ergaben sich hierbei Differenzen anderen Quellen gegenüber, so insbes. hinsichtlich der Angaben aus „Die Internationale Papier- und Zellstoff-Industrie", so wurden, wie oben, beide Zahlen angeführt.

[178]) Nach anderen Angaben nur 2000 t. Vgl. „Die Internationale Papier- und Zellstoffindustrie", a. a. O., S. 247.

[179]) Der Leykam-Josefsthal-Konzern besaß 1924 insgesamt 15 Papier- sowie 9 Buntpapiermaschinen (Streichmaschinen), 14 Pappenmaschinen, 12 Zellulosekocher sowie 15 Schleifer, davon 4 Papiermaschinen, 2 Pappenmaschinen, 4 Zellulosekocher, sowie 6 Schleifer in der Heinrichsthaler A.-G. Im ganzen beträgt damit die Produktionskapazität des Konzerns 26 000 t Feinpapier oder 16 %, und 9000 t oder 5 % an ordinärem Papier der Gesamtproduktion Österreichs und der Tschechoslowakei zusammengenommen. (Bezogen auf 1924).

Papierfabrik A.-G. (Kapazität 50 t Sulfitzellstoff sowie 50 t Zellstoffpapiere), die Natronzellstoff- und Papierfabriken A.-G. (Natronag) (Kapazität 20 t Kraftzellulose, 11 t Kraftpapiere, 25 t Natronpapier, 22 t Holzschliff, 6 t Pergamentersatzpapier und 20 t Rotationsdruck) und die Gräflich Henkell von Donnersmarck'sche Papierfabrik Frantschach A.-G. (Kapazität 27 t Kraftzellstoff und 25 t Natronpapiere) sowie auch die heute auf polnischem Gebiet liegende Stahlhammer Natronzellstoff- und Papierfabriken A.-G. (Kapazität 25 t Kraftzellstoff und 18 t Natronpapiere).

Hinsichtlich der deutschen Produktion beherrscht der Hartmann-Konzern auf dem Natronzellstoffgebiet volle 90 % der gesamten deutschen Produktion, an Papier etwa 2 %, wobei jedoch meist hochwertige Sorten beteiligt sind, so daß durch diesen Prozentsatz allein der tatsächliche Einfluß, den der Hartmann-Konzern auf dem deutschen Markt besitzt, sicher nicht ausreichend gekennzeichnet erscheinen wird. Immerhin wird jedoch nach unserer Betrachtung von einer eigentlichen Marktbeherrschung des Hartmann-Konzerns auf papierindustriellem Gebiete sowohl in Deutschland wie in Österreich naturgemäß keineswegs die Rede sein können; interessant allerdings ist es für uns, daß der Weg zu einer finanziellen Beteiligung dieses Konzerns an der Leykam-Josefsthal, der die neue Aufwärtsbewegung der letzteren erst wieder ermöglichte, über eine Interessengemeinschaft zunächst hinsichtlich der Ausgestaltung des gemeinsamen Exportgeschäftes führte[180]).

Ob und in welchem Umfange eine Verstärkung nun des Konzentrationsgedankens zwischen der deutschen und österreichischen Papierindustrie mit dem wirtschaftlichen Anschluß in Form einer Kapitalinteressierung von deutscher Seite, also hier insbesondere von den großen deutschen Konzernen ausgehend, erwartet werden kann, wird für uns naturgemäß dahingestellt bleiben müssen. Wenn dieser Gedanke, gemessen an der in der Papierindustrie überhaupt zu beobachtenden fortschreitenden Konzentrationsbewegung auch durchaus Beachtung verdienen muß, wird freilich eine solche Tendenz, die sich naturgemäß besonders hinsichtlich der großen österreichischen Produzenten als eigentliche Konkurrenzbetriebe der deutschen auswirken müßte, von der Tatsache nicht unbeeinflußt bleiben, daß gerade Österreichs heute größter Papierproduzent, der Neusiedl-Konzern, durch Verschiebung seiner Aktienmehrheit jüngst in tschechische Hände übergegangen ist[181]).

Von größerem Interesse wird daher nun zweitens für uns der Konventionsweg zwischen der deutschen und österreichischen Papierindustrie sein, also der eigentliche Kartellgedanke.

---

[180]) Vgl. Schwalbe, a. a. O., S. 100.

[181]) Die Aktienmehrheit dieses Konzerns, der mit seinen Gesellschaften Neusiedl A.-G., Schlöglmühl A.-G., Theresienthal A.-G., Lenzinger Papierfabriks A.-G., Prager Neusiedl A.-G., Prager Elbemühl A.-G. sowie der Fabrica Petrifalau (Petersdorf) mit insgesamt 43 Papier-

Das Kartellproblem freilich als solches bietet gerade in der Papierindustrie eine Reihe besonderer Schwierigkeiten, die mit den charakteristischen Eigenschaften der Ware Papier sowie mit der besonderen Natur des Papiermachergewerbes überhaupt zusammenhängen; allgemein betrachtet wird die Papierindustrie immerhin als eine kartellungünstige Industrie bezeichnet werden müssen.

Für eine Kartellierung günstigere Voraussetzungen dürften im allgemeinen noch für die selbständigen Zelluloseproduzenten zutreffen; charakteristisch für diesen Produktionszweig ist, wie wir schon an anderer Stelle betonten, eine starke Kapitalintensität der Betriebe bei gleichzeitiger Entwicklung zur Großindustrie, ferner ein im allgemeinen wenig differenziertes Massenprodukt. Anderseits jedoch wird auch hier eine Ringbildung niemals vollständig werden können, da die großen Papierfabriken sich fast ausnahmslos eigene Zellulosefabriken angegliedert haben.

Die eigentliche Papierfabrikation hat zwar im großen und ganzen die Kapitalintensität bis zu einem gewissen Grade mit der Zelluloseindustrie gemeinsam; die große Mannigfaltigkeit jedoch der einzelnen Papiersorten wird zweifellos als ein außerordentlich kartellhemmendes Moment betrachtet werden müssen.

Geringere Schwierigkeiten dürften hierbei verhältnismäßig noch die Unternehmungen bereiten, deren Hauptprodukt Zeitungsdruckpapier ist, bei dem es sich um ein im allgemeinen gleichförmiges, international typisiertes Massenprodukt handelt und wo der weitaus größte Teil der Produktion auf relativ wenige Großbetriebe entfällt. Ähnliches wird für die Gruppe der Papiererzeuger gelten, die sich mit der Herstellung von Packpapieren befaßt; auch hier unterscheidet man verhältnismäßig wenige Sorten, die in großen Mengen fabriziert werden. Ausgesprochen ungünstig jedoch dürften die Verhältnisse für die Produzenten von Feinpapieren zu bezeichnen sein, da hier einerseits in besonderem Maße noch der Kleinbetrieb vorherrscht und sich somit eine unverhältnismäßig große Anzahl von Einzelunternehmen in der Produktion gegenüberstehen, während es sich zum anderen um die Herstellung mannigfaltigster Sorten in kleinen Mengen handelt.

Dazu kommt, daß den Produzenten selbst eine derartige scharfe Abgrenzung des Fabrikationsprogramms, wie wir sie eben mit obiger Gruppeneinteilung gaben, unbekannt ist; der einzelne Unternehmer paßt vielmehr seine Produktion bezüglich Sorte und Quantität den für ihn maßgebenden jeweiligen Markterfordernissen an, da eine Papiermaschine — natürlicherweise nur in

maschinen und 41 Zellulosekochern nach Schwalbe 14% an Zellulose, 13 % an Holzstoff, 11 % an Druckpapier, 25 % an Mittelfein- und 33% an Feinpapier der Gesamtkapazität Österreichs und der Tschechoslowakei verkörpert, ging Mitte 1928 aus dem Besitz der Allg. Österr. Boden-Credit-Anstalt auf die Prager Firma Petschek u. Co. über.

bestimmtem Umfange — die Erzeugung verschiedener Papiersorten ohne weiteres zuläßt. Diese Möglichkeit einer technischen Umstellung ohne neue Kapitalinvestierung wirkt notwendigerweise zusammen mit der Konjunkturempfindlichkeit der Ware Papier leicht kartellsprengend, da bei entsprechender Marktlage den Verbänden plötzlich Außenseiter, die ebenfalls zur Herstellung der kartellierten Produkte übergehen, entstehen können.

Was nun nach diesen grundsätzlichen Vorbemerkungen über die Schwierigkeiten des Kartellproblems in der Papierindustrie an sich den speziellen Kartellgedanken zwischen der österreichischen und der deutschen Papierindustrie betrifft, so werden wir uns natürlicherweise in erster Linie die diesbezüglichen deutschen Verbände durch Erweiterung ihrer Interessensphäre auch auf die österreichischen Produzentengruppen als Ausgangspunkt umfassender Konventionen zu denken haben; die bestehenden papierindustriellen Verbände der deutschen Papierindustrie gehen aus folgender Übersicht hervor:

Die Verbände der deutschen Papierindustrie[182])

a) Allgemeine Verbände
   Fachgruppe Papier im Reichsausschuß der Industrie.
   Zentralausschuß der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie.
b) Papiererzeugung
   1. Holzschleiferei, Zellstoffherstellung:
      Verein Deutscher Holzstoff-Fabrikanten E. V.
      Verein Deutscher Zellstoff-Fabrikanten E. V.
      Preisausschuß der Deutschen Handelsholzstoff-Industrie[183])
   2. Papierherstellung:
      Verein Deutscher Papierfabrikanten E. V.
      Verband Deutscher Druckpapierfabriken G.m.b.H.
      Vereinigte Ringfreie Zeitungsdruckpapierfabriken G.m.b.H.
   3. Pappenherstellung:
      Verein Deutscher Pappenfabrikanten
      Verkaufs-Vereinig. Deutscher Pappenfabrikanten G.m.b.H.
      Verband Deutscher Rohpappenfabriken G.m.b.H.
      Verband Deutscher Strohpappenfabrikanten

---

[182]) Unter Vernachlässigung der sich ausschließlich mit Angestellten- und Arbeiterfragen beschäftigenden Verbände (Arbeitgeberverband der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie, E. V. und dessen Landes- und Bezirksverbände). Vgl. Jahrbuch der Berufsverbände im Deutschen Reich. Hinsichtlich der weiterhin versuchten Zusammenstellung der Papierkartelle, die sich größtenteils der Öffentlichkeit ganz entziehen, waren wir ausschließlich auf unmittelbare Angaben, so insbesondere den Jahresbericht des Vereins Deutscher Papierfabrikanten E. V., sowie auf sonstige industrielle Auskünfte angewiesen.

[183]) Dieser Preisausschuß setzt sich zusammen aus Vertretern des Vereins Deutscher Holzstoff-Fabrikanten.

Verband Deutscher Wellpappenfabriken
Vereinigung Deutscher Maschinenlederpappenfabrikanten
Vereinigung Deutscher Preßspanfabrikanten[184]).

Der spezielle Charakter dieser angeführten Verbände freilich ist an sich durchaus verschieden; so werden die unter a) angeführten Verbände sowie die unter b) genannten reinen Vereine (Verein Deutscher Holzstoff-Fabrikanten, Verein Deutscher Zellstoff-Fabrikanten, Verein Deutscher Papierfabrikanten sowie Verein Deutscher Pappenfabrikanten) als ausschließlich allgemeine Interessenvertretungen der Mitglieder im vorhinein aus unserer eigentlichen Betrachtung auszuscheiden haben.

Wenn wir nun von den noch unten näher zu betrachtenden vier Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die Kartelle höherer Ordnung darstellen, absehen wollen, so dürfte es sich bei den übrigen Verbänden vorwiegend um reine Preiskartelle handeln, die sich zudem teilweise auch nur mit Festsetzung allgemeiner Richtpreise begnügen. Ob hierbei auch für die eine oder andere Organisation der Begriff des Gebietskartells zutrifft, kann nicht ohne weiteres entschieden werden, da sich gerade hier die inneren Organisationsfragen, die zumeist streng vertraulich behandelt werden, der Öffentlichkeit durchaus entziehen; immerhin dürfte es sich etwa bei dem Verband Deutscher Strohpappenfabrikanten ebenfalls um eine höher entwickelte Kartellform handeln (Verkaufskartell).

Strafferen Kartellcharakter besitzen die folgenden zur Zeit in Deutschland bestehenden Syndikate und Verkaufsvereinigungen:

Verband deutscher Druckpapierfabriken G. m. b. H.,
Vereinigte Ringfreie Zeitungsdruckpapierfabriken G. m. b. H.,
Sulfitzellstoff G. m. b. H.,
Verband Deutscher Rohpappenfabriken G. m. b. H.,
Verkaufsvereinigung Deutscher Pappenfabrikanten G. m. b. H.,
Verband Farbig Holzhaltig G. m. b. H.,
Wirtschaftsstelle für Kunstdruckpapier G. m. b. H.,
Vereinigte Deutsche Kofferhartplatten G. m. b. H.,
Verband Deutscher Kartonfabriken G. m. b. H.,
Vereinigte Packseiden G. m. b. H.,
Pergamentersatz G. m. b. H.

Besonders erwähnenswert erscheint hierbei das Druckpapiersyndikat, welches etwa 1925, zur Zeit seines 25jährigen Bestehens, eine Jahreserzeugung von 400 000 t Zeitungsdruckpapier kontrollierte; neben dem Syndikat besteht noch für den Rest der

[184]) Ferner noch die folgenden Landes- und Bezirksverbände:
Verein Sächsischer Papierfabrikanten E. V.
Verein Süd- und Westdeutscher Pappenfabriken E. V.
Vereinigung Ostdeutscher Handlederpappen-Fabrikanten E. V.

Produktion der Verband der ringfreien Druckpapierfabriken.

Hinsichtlich des Kartellcharakters stellt das Sulfit-Zellstoff-Kartell eine Zwischenstufe zwischen dem Druckpapiersyndikat und den reinen Preiskonventionen dar; die Produzenten von Stroh- und Natronzellstoff wurden wegen des weniger marktgängigen Charakters ihres Erzeugnisses, das im übrigen dem Sulfitzellstoff gegenüber keine Konkurrenz darstellt, nicht mit in das Kartell einbezogen. Dieses kontrolliert nahezu die Gesamtproduktion an Sulfitzellstoff, an welcher die vier großen Fabriken Zellstoff-Waldhof, Aschaffenburg, Koholyt und Hoesch & Co. mit fast drei Vierteln beteiligt sind[185]); die Feldmühle A.-G. und der Zellstoff-Verein Berlin—Dresden verfügen ebenfalls über Quoten, die über dem Durchschnitt liegen.

Das Kartell regelt jedoch nicht den Verkauf der Gesamterzeugung, sondern nur den inländischen Absatz, der sich auf rund 50 % der Gesamterzeugung stellen dürfte; im übrigen brachte das Kartell eine Kontingentierung der Produktion auf Grund der Erzeugungsziffern von 1927. Die Notwendigkeit zu internationaler Fühlungnahme ergab sich jedoch im Hinblick auf die starke Konkurrenz des Auslandes; eine Auseinandersetzung mit den ausländischen Exporteuren kam in erster Linie hinsichtlich der Tschechoslowakei zustande, während eine Einigung mit den nordischen Zelluloselieferanten größere Schwierigkeiten zu bereiten scheint.

Endlich nun sind im Gesamtausschuß der Fachgruppen der Papierindustrie eine Reihe von Konventionen hinsichtlich der einzelne Papiersorten zusammengeschlossen (Sortenkonventionen), die ihren Ursprung insbesondere der Kriegszeit verdanken, die nicht weniger als 40 derselben ins Leben rief, ohne daß sich diese freilich alle bis in die Nachkriegszeit hinein halten konnten. Heute bestehen die folgenden Konventionen:

Vereinigung Briefumschlagpapier,
„ Einseitigglatt,
„ Feinpapier,
„ Flor- und Durchschlagpost,
„ Holzhaltig,
„ Holzfrei,
„ Kabel- und Isolierpapier,
„ Kartonpapier,
„ Löschpapier,
„ Normalpapier,
„ Dünn-Pergamyn,
„ Pergamyn,
„ sat. imit. Pergament,
„ Sackpapier,
„ Seidenpapier mit Konvention Farbig Seiden,

[185]) Vgl. „Die Internationale Papier- und Zellstoffindustrie", a. a. O., S. 88.

Vereinigung Streichpapier,
„ West- und Süddeutsche Packpapierfabriken,
„ Braunholzpapier,
„ Ostdeutscher Schrenzpapierfabriken,
„ Lichtpauspapier,
„ Chromopapier,
„ Buntpapier,
„ Kreppapier,
„ Zellstoffkarton.

Jede Konvention reguliert für eine bestimmte, nach Zusammensetzung, Bearbeitung oder Verwendungszweck genau abgegrenzte Papiersorte den Preis und beeinflußt durch Führung einer Produktionsstatistik und durch gegenseitige Fühlungnahme den Produktionsumfang. Jedoch soll, wie betont wird[186]), hierbei weder eine Kontingentierung noch ein gemeinsamer Verkauf bestehen, wofür allerdings durch die schon betonte streng vertrauliche Handhabung derartiger Organisationsfragen innerhalb der Papierindustrie eine Nachprüfung schwer möglich ist; immerhin sollen sich, wie etwa Krahl feststellt[187]), unter diesen Kartellen niederer Ordnung auch einzelne vollkommenere Kartellformen herausgebildet haben (Absatz- und Rayonnierungskartelle), wie etwa die Braunholzpapierverkaufsstelle.

Im Ganzen wird die von diesen Konventionen nicht erfaßte Produktion auf nur 4—5 % geschätzt[188]).

In Österreich nun finden sich keine nennenswerten Syndikate oder Verkaufsvereinigungen vor; der hier bestehende „Verband der Papier-, Zellstoff-, Holzstoff- und Pappenindustrie" dient in der Hauptsache der gleichen allgemeinen Interessenvertretung seiner Mitglieder, besonders auf handelspolitischem und Arbeitergebiet, wie die betreffenden deutschen Fachverbände. Die anhaltenden Bestrebungen, ein großes Papierkartell nach dem Muster etwa der Tschechoslowakei zu schaffen, sind immer wieder fehlgeschlagen; ein Kartell besteht lediglich für Rotationsdruckpapiere und für Handpappen, wobei sich das erstere, das die Form einer G. m. b. H. besitzt, nur auf das Inland und gewisse Teile des angrenzenden neuen Auslandes bezieht, während das Pappenkartell sich auch auf den Export erstreckt. Hinsichtlich des Rotationspapierkartells, an dem die Mitglieder quotenmäßig nach ihren Produktionsziffern beteiligt sind, besteht die Verpflichtung,

[186]) Vgl. „Die Internationale Papier- und Zellstoffindustrie", a. a. O., S. 87.
[187]) Vgl. Krahl, Katharina, Kartellbewegung und Kartellprobleme in der deutschen papiererzeugenden Industrie. Diss. Frankfurt, 1924, S. 61. Hinsichtlich der interessanten Entwicklung des Kartellgedankens in der deutschen Papierindustrie, auf die wir in unserem Zusammenhang nicht näher eingehen können, sei auf die dort besonders bezüglich der Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse gegebenen Darstellungen verwiesen.
[188]) Vgl. „Die Internationale Papier- und Zellstoffindustrie", a. a. O., S. 87.

ausschließlich durch die G. m. b. H. zu liefern, welche die Produktionskontingente angepaßt an den Bedarf aufteilt.

Von Bedeutung sind ferner auch in Österreich eine Reihe von Konventionen (Verkaufskonventionen), obwohl hier deren Umfang und Charakter womöglich noch vertraulicher behandelt wird als im Reiche und selbst — was wenigstens die rein österreichischen Kartelle betrifft — auch interne Zusammenstellungen hierüber vollständig fehlen.

Soviel uns bekannt wurde[189]), besteht hier eine Konvention hinsichtlich Seiden- und Kreppapier, eine zweite bezüglich Packpapier[190]), sowie eine dritte für die Pelurenpapiererzeugung (holzfreies Papier)[191]). Die Superiorpapiere (einseitig glatte Zellulosepackpapiere) versucht man zwar gegenwärtig in ein eigenes Verkaufskartell zusammenzulegen, doch ist auch hier eine Einigung bislang noch nicht erfolgt; bisher hatten diese Papiere nur eine stillschweigende Preisvereinbarung, sollen aber künftig durch ein gemeinsames Verkaufsbüro vertrieben werden.

Mit Deutschland besteht bezüglich Seiden- und Kreppapier eine Vereinbarung, bzw. sind in diesen Konventionen die deutschen und österreichischen Fabriken gemeinsam vertreten[192]). Eine besonders wichtige Verbindung zwischen der österreichischen und der deutschen Papierindustrie bedeutet das schon oben erwähnte, seit Jahrzehnten bestehende internationale Zeitungsdruckpapierkartell (Rotationskartell) an dem Deutschland wie Österreich beteiligt sind; wenn auch gerade bezüglich dieses Kartells keine näheren Einzelheiten in die Öffentlichkeit dringen, so darf hier jedoch sicherlich eine bestehende wesentliche Verständigung über den internationalen Markt angenommen werden[193]).

Im ganzen dürfte sich, wie schon oben dargelegt, bei einem Zusammenschluß der beiden Wirtschaftsgebiete die Eingliederung der österreichischen Produzenten in die deutsche Papierindustrie in der Form vollziehen, daß — soweit nicht schon diesbezügliche Bindungen zwischen den beiderseitigen Industriegruppen vorhanden sind oder beiderseitig bestehende Kartelle als Kontrahenten auftreten können — man von deutscher Seite trachten würde, die

189) Nach industriellen Mitteilungen.

190) Sie erstreckt sich im Einvernehmen mit der tschechoslowakischen und der jugoslawischen Papierindustrie auch über die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und den Balkan. (Vgl. hierzu auch unten S. 186, Anm. 204).

191) Diesbezüglich besteht auch eine Beteiligung der österr. Produzenten am Statistiken-Austausch mit der deutschen, skandinavischen, belgischen, sowie finnischen Industrie, ohne daß die diesbezügliche Vereinbarung den Charakter einer ausgesprochenen Konvention tragen würde.

192) Vgl. oben S. 175 f.

193) Bezüglich der sonstigen internationalen Konventionen der österr. Papierindustrie vgl. auch unten S. 186, Anm. 204.

leistungsfähigen österreichischen Werke als Konkurrenten der deutschen Produktion mit allen Mitteln in die betreffenden deutschen Kartelle hereinzuziehen; der Kartellgedanke an sich würde hierdurch sicherlich überhaupt einen neuen Impuls zu erwarten haben. Die schwächeren Betriebe der österreichischen Papierindustrie dagegen, soweit sie nicht etwa ausschließlich für den Export arbeiten, dürften wiederum mit Rücksicht auf die deutsche Konkurrenz in besonderem Maße an einer Aufnahme in die großen Kartelle interessiert sein, obwohl anzunehmen ist, daß dieses Interesse mit dem der bestehenden deutschen Kartelle durch die Außenseitergefahr durchaus gleichlaufen würde.

Der eigentliche Gedanke nun endlich einer mit dem Wesen des großen Wirtschaftsverbandes letzten Endes auch verbundenen Rationalisierung der Produktion in arbeitsteiligen Sinne dürfte durch den angedeuteten Weg privatwirtschaftlicher Organisation zwischen der deutschen und der österreichischen Gruppe der Papierindustrie eine besondere Unterstützung zu erwarten haben.

Wenn auch, wie wir gesehen haben, der Gedanke einer solchen zwischenstaatlichen Arbeitsteilung der deutschen und österreichischen Produzentengruppen gerade in der Papierindustrie einerseits durch die in der Papiererzeugung im allgemeinen überhaupt nicht streng zu ziehende Produktionsabgrenzung, zum andern jedoch durch den Charakter der beiderseitigen Papierindustriegebiete naturgemäß auf besondere vorhandene Schwierigkeiten stoßen wird, so kann dennoch den natürlichen Voraussetzungen und gegebenen Verhältnissen entsprechend im Rahmen der privaten Organisation eine gewisse Gliederung angebahnt werden, die für Österreich die Erzeugung der Halbfabrikate und der feineren Papiere, für Deutschland jedoch die eigentliche Massenproduktion (Rotationsdruck usw.) begünstigt.

Insbesondere ließe eine solche Tendenz auch eine gewisse Lösung des österreichischen Schleifholzproblems insofern erwarten, als mit einer Verstärkung der gegenwärtigen österreichischen Ausfuhr an Halbstoffen, also vor allem an Zellulose, nach Deutschland[194]) an die Stelle des bisherigen und für die eigene Papierindustrie so bedrohlichen Schleifholzexports nach dem Reich dieser Export in Form des höherwertigen Halbprodukts vor sich gehen und somit die eigentliche Rohholzausfuhr zugunsten der letzteren eine wesentliche Einschränkung erfahren könnte.

Ob freilich z. B. die österreichische Zellulose rein mengenmäßig[195]), wie besonders aber mit Rücksicht auf ihre etwa der nordischen Zellulose gegenüber naturgemäß unterlegene Qualität

[194]) Die Tendenz zu einer Verstärkung der Zelluloseausfuhr ist immerhin in der österr. Papierindustrie auffallend deutlich erkennbar. (Vgl. hierzu oben S. 97 Tab. 7).

[195]) Die gesamte österr. Zelluloseausfuhr (1928: 94 000 t) beläuft sich auf nur wenig über die Hälfte des deutschen Gesamtimports an Zellulose (168 000 t).

tatsächlich einen merklichen Prozentsatz der gegenwärtigen ausländischen Zelluloseprovenienzen in Deutschland verdrängen könnte, dürfte in erster Linie wohl vom technischen Standpunkt allein zu entscheiden sein; angenommen werden kann diese Möglichkeit immerhin hinsichtlich gewisser Teile der tschechoslowakischen Zellulose, der gegenüber die österreichische Erzeugung bei ungefähr gleicher Qualität trotz einer für den einzelnen Bezieher oftmals auch vielleicht ungünstigeren Frachtlage den Vorsprung der entfallenden Zollbelastung[196]) aufweisen wird. Freilich wird bei einer Beurteilung der Zellulosefrage mit berücksichtigt werden müssen, daß Deutschland keineswegs ausschließlich ein Zelluloseeinfuhrland darstellt, sondern daß dessen Zelluloseexport seine Einfuhr sogar um ein beträchtliches übertrifft (244 000 t gegenüber 168 000 t im Jahre 1928).

Hinsichtlich der Papiererzeugung endlich ist, wie schon angedeutet, eine Begünstigung der Feinpapierherstellung in Österreich denkbar, für die Erzeugung welcher Sorten gerade dieses Land mit seiner hohen Entwicklung der eigentlichen Papiermacherkunst besonderen Ruf und Tradition besitzt, während die deutschen Großbetriebe, wie dies ja schon heute in weitem Maße der Fall ist, als die gegebenen Produktionsorte einer Massenherstellung ordinärerer Papiere erscheinen werden. Eine Versorgung schließlich auch des österreichischen Marktes mit gewissen Spezialpapieren aus Deutschland, deren Eigenherstellung in Österreich selbst nur wenig rentabel ist, dürfte als weitere Maßnahme der Rationalisierung einer großdeutschen Papierproduktion in Betracht gezogen werden können.

Als Ergebnis dieser Untersuchung werden wir mithin grundsätzlich festzustellen haben, daß durch die Zollunion für die österreichische Papierindustrie die gegenwärtige Konkurrenzlage mit Deutschland nur eine deutliche Entspannung zu erwarten haben wird.

Kürzer nun als das soeben in großen Zügen untersuchte spezielle Konkurrenzproblem der österreichischen Papierindustrie mit der stark entwickelten Produktion des Deutschen Reiches wird uns nun noch die Frage zu beschäftigen haben, welche Auswirkung dem Anschluß hinsichtlich der Wettbewerbsmöglichkeit der österreichischen Papierindustrie mit der eigentlichen ausländischen Konkurrenz, also den Drittstaaten gegenüber, beigemessen werden kann.

Naturgemäß wird auch hier das Problem ein zweifaches sein und uns zur Untersuchung der Frage führen, ob mit der Eingliederung in das deutsche Zoll- und Wirtschaftsgebiet einerseits eine Veränderung in positivem oder negativem Sinne hinsichtlich der gegenwärtigen Konkurrenz des Drittauslandes auf dem österreichischen Markt zu erwarten ist, zum andern jedoch, ob sich

[196]) Vgl. hierzu auch unten S. 182, Tab. 32.

weiter durch den Anschluß eine vermehrte oder verminderte Wettbewerbsaussicht für die österreichische Papierindustrie auf ihren wichtigsten Auslandsmärkten unter Berücksichtigung diesmal ausschließlich der Konkurrenz mit den betreffenden heimischen Industrien ergeben dürfte.

Der Ausgangspunkt für eine Beurteilung wird sich für uns notwendigerweise aus der Betrachtung der bestehenden Zollschranken ergeben, deren Höhe für die österreichische Papierindustrie, nicht anders wie schon oben allgemein betrachtet, von großer Bedeutung ist.

Sind es doch gerade die übermäßigen Zollhöhen, mit welchen die österreichischen Nachbarstaaten in ihren Autarkiebestrebungen das einzuführende Papier zum Zwecke der Errichtung eigener Papierindustrien belasten, die den österreichischen Export nach diesen Ländern stark erschweren und mit einer natürlichen Minderung des Nutzens auch eine gewisse Drosselung des Papierverbrauchs in diesen Ländern überhaupt bedeuten; dagegen hatte gerade die keineswegs schutzzöllnerisch eingestellte österreichische Papierindustrie in besonderem Maße unter der Konkurrenz gewisser papiererzeugender Nachbarstaaten zu leiden, die selbst durchweg viel höhere Papierzölle erhoben und mit Hilfe dieses Zollschutzes die Inlandspreise hochhalten konnten, den Produktionsüberschuß jedoch zu Dumping-Preisen u. a. auf den österreichischen Markt warfen.

Gemeint ist an dieser Stelle in erster Linie die Tschechoslowakei. Was nun speziell den tschechoslowakischen Wettbewerb anbelangt, so befand sich Österreich diesem gegenüber in einer der gegenwärtigen Lage der Papierindustrien der übrigen Nachfolgestaaten Österreich gegenüber nicht unähnlichen Lage, als nämlich aus einer gewissen sich innerhalb der Monarchie herausgebildeten Arbeitsteilung einige wichtige Papier- und Pappensorten auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich vor dem Kriege gar nicht oder nur in geringem Umfange zur Erzeugung gelangten und nach dem Zusammenbruch durchweg aus der Tschechoslowakei eingeführt werden mußten. In Betracht kamen hierbei die schon an anderer Stelle erwähnte Hadernrohpappe (das Ausgangsprodukt für die Dachpappenfabrikation), Packpapier (die bedeutendsten Packpapierfabriken blieben außerhalb Deutsch-Österreichs) und endlich Zigarettenpapier.

Mit der Aufnahme nun auch dieser Produktionszweige durch die österreichischen Unternehmen, deren Leistungsfähigkeit auch binnen kurzem die Deckung des heimischen Bedarfs ebenfalls hinsichtlich dieser Sorten ermöglichte, machte naturgemäß einen erhöhten Zollschutz zum Ausbau der hier noch schwächeren eigenen Erzeugung gegenüber den tschechoslowakischen Fabriken nötig, der seinen Ausdruck fand in gewissen Erhöhungen der bedrohten Positionen in den einzelnen österreichischen Zolltarifnovellen, deren Einzelheiten freilich in unserem Zusammenhang weniger interessierren.

Diese Zollerhöhungen, formell allein gegen die Tschechoslowakei gerichtet, hatten zunächst die Wirkung, daß die Tschechoslowakei nunmehr nach Österreich größenteils zu Verlustpreisen lieferte[197]); den eigentlichen Ausdruck jedoch fanden die erhöhten österreichischen Papierzölle in dem sowohl relativen wie auch absoluten Rückgang der Einfuhr aus der Tschechoslowakei, die sich etwa von 6,8 Mill. S im Jahre 1925 auf z. Z. 6,3 Mill. S, also um 8 %, vermindert hat, was jedoch für denselben Zeitraum einer anteilmäßigen Minderung der tschechoslowakischen Ausfuhr von 52,4 auf 31,5 % der diesbezüglichen österreichischen Gesamteinfuhr entspricht. Für eine Beurteilung freilich wird außerdem berücksichtigt werden müssen, daß auf Grund internationaler Vereinbarung zwischen der österreichischen und tschechoslowakischen Papierindustrie im Jahre 1927 dieser letzteren ein gewisses Exportkontingent nach Österreich an Superiorpapier, einseitig glattem Packpapier, Zellulose sowie Holzstoff zugestanden worden ist[198]).

Daß aber auch die übrigen Staaten mit ihrer papierindustriellen Produktion den österreichischen Markt erheblich belasten, kann die Tatsache beleuchten, daß diese zusammen innerhalb der letzten 4 Jahre ihren Anteil an dem entsprechenden österreichischen Gesamtimport von 0,5 Millionen (1925) auf 4,4 Millionen Schilling (1928) steigern, somit also nicht weniger als verneunfachen konnten.

Untersuchen wir nun nach diesen grundsätzlichen Vorbemerkungen die effektive Höhe der bestehenden Zölle sowie die relative Zollbelastung der papierindustriellen Produktion in den für unseren Zusammenhang wichtigsten Ländern, so ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 32

Werte, Zölle und relative Zollbelastung der wichtigsten Produkte der Papierindustrie[199])

Holzschliff (Wert per 100 kg GK 16.—)[200])

Land	Tarif-Nr.	Zölle In GK per 100 kg	Zölle In % des Wertes
Österreich	235b/1	1.—	6,3
Deutschland	650	2.10	13,1
Italien	846a/2	1.50	10
Ungarn	490b/2	frei	—
Jugoslawien	441/2	frei	—
Frankreich	168	1.—	6,3
Polen	176/1a	3.19	20
Schweiz	289	3.50	21
Rumänien	418	1.25	7
Tschechoslowakei	284b/1	2.25	14

[197]) Vgl. Dobretsberger, Josef, Konkurrenz und Monopol in der gegenwärtigen Wirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der österr. Industrie, Wiener Staats- und Rechtswissenschaftliche Studien, Bd. XII, 1929.

[198]) Vgl. Dobretsberger, a. a. O.

[199]) Unter teilweiser Benützung der Zusammenstellung in „Zollhöhe und

Zellulose, gebl. (Wert per 100 kg GK 40.—)

Land	Tarif-Nr.	Zölle In GK per 100 kg	Zölle In % des Wertes
Österreich	235b/2	2.—	5
Deutschland	650	2.10	5,2
Italien	846b	frei	—
Ungarn	490/b1	3.—	7,5
Jugoslawien	441	frei	—
Frankreich	168	2.—	5
Polen	176[4]/a	3.19	8
Schweiz	291	5.—	12,5
Rumänien	421	5.—	12,5
Tschechoslowakei	284b/2	3.40	8,5

Handpappe, braun (Wert per 100 kg GK 29.—)

Land	Tarif-Nr.	Zölle In GK per 100 kg	Zölle In % des Wertes
Österreich	236e/1	3.—	10,3
Deutschland	651A	3.—	10,3
Italien	848a/1	5.—	17,2
Ungarn	495a/1bb	4.—	13,8
Jugoslawien	442/1a	10.—	34,5
Frankreich	462	10.20	35,2
Polen	177/2b	6.60	23
Schweiz	292	10.—	34,5
Rumänien	423	17.—	58,6
Tschechoslowakei	285a	10.80	37,2

Packpapier (Wert per 100 kg GK 32.—)

Land	Tarif-Nr.	Zölle In GK per 100 kg	Zölle In % des Wertes
Österreich	288b	9.—	28,1
Deutschland	654	3.60	11,3
Italien	847h/2B	6.—	18,8
Ungarn	496a	10.—	31,3
Jugoslawien	444	14.—	43,8
Frankreich	461	10.20	31,9
Polen	177[4]/b	19.25	60,1
Schweiz	296	20.—	62,5
Rumänien	423	17.—	53,1
Tschechoslowakei	287a	10.80	34,7

Warenwerte . . .", a. a. O., S. 50 f, berichtigt und ergänzt nach dem Stande vom 1. Jan. 1929. Berücksichtigt wurden ausschließlich die Vertragssätze, d. h. die für Österreich gültigen Zollhöhen.

[200]) Bewertung nach den Durchschnittswerten der betreffenden österr. Exportpreise.

Rotationsdruckpapier (Wert per 100 kg GK 33.—)

Land	Tarif-Nr.	Zölle In GK per 100 kg	Zölle In % des Wertes
Österreich	247	6.—	18,2
Deutschland	655B	7.20	21,8
Italien	847a/1a I	8.—	24,2
Ungarn	447a	1.80[201])	5,5
Jugoslawien	445/1a	12.—	36,4
Frankreich	461	2.—[202])	6,1
Polen	177/5a	6.22	18,8
Schweiz	300	20.—	60,6
Rumänien	424	20.—	60,6
Tschechoslowakei	296a	12.60	38,2

Druckpapier mittelfein, ungebl. mit mehr als 60 % Holzstoff, Gewicht weniger als 200 g per m² (Wert per 100 kg GK 50.—)

Land	Tarif-Nr.	Zölle In GK per 100 kg	Zölle In % des Wertes
Österreich	248	10.—	20
Deutschland	655B	15.—	30
Italien	847a/3	27.—	54
Ungarn	497b	18.—	36
Jugoslawien	445/1a	17.—	34
Frankreich	1203	5.—	10
Polen	177/6a	17.—	34
Schweiz	301	25.—	50
Rumänien	425	24.—	48
Tschechoslowakei	296a	18.—	36

Schreibpapier, mittelfein, gebl. mit 40% Holzstoff, im Gewicht von weniger als 200 g per m². (Wert per 100 kg GK 57.—)

Land	Tarif-Nr.	Zölle In GK per 100 kg	Zölle In % des Wertes
Österreich	248	10.—	17,5
Deutschland	655B	15.—	26,3
Italien	847a/3	28.—	49,1
Ungarn	497b	18.—	31,6
Jugoslawien	445/3	28.—	49,1
Frankreich	461	10.20	17,9
Polen	177[6]/a	9.30	17,3
Schweiz	301	25.—	43,9
Rumänien	425	24.—	42,1
Tschechoslowakei	296a	18.—	31,6

[201]) Für die Einfuhr von Rotationsdruckpapier außer Kontingent gilt mit Wirkung vom Dezember 1928 der autonome Zollsatz von GK 18.— per 100 kg.

[202]) Begünstigungszoll für Zeitungen.

Schreibpapier, holzfrei, weiß (Wert per 100 kg GK 67.—)

Land	Tarif-Nr.	Zölle In GK per 100 kg	Zölle In % des Wertes
Österreich	208	10.—	14,9
Deutschland	655B	15.—	22,4
Italien	847a/2	27.—	40,3
Ungarn	497c	21.—	31,3
Jugoslawien	445/3	30.—	44,8
Frankreich	461	10.20	15,2
Polen	177/6b	16.50	24,6
Schweiz	301	25.—	37,3
Rumänien	428	50.—	74,6
Tschechoslowakei	296a	18.—	26,9

Seidenpapier (Wert per 100 kg GK 104.—)

Land	Tarif-Nr.	Zölle In GK per 100 kg	Zölle In % des Wertes
Österreich	246	30.—	28,8
Deutschland	655B	15.—	14,4
Italien	847a/1ß	12.50	12
Ungarn	499	7.50	7,2
Jugoslawien	447	40.—	38,5
Frankreich	461	15.30	14,7
Polen	177/13a	74.25	71,4
Schweiz	299	25.—	24
Rumänien	428	50.—	48,1
Tschechoslowakei	296a/3	27.—	26

Als durchschnittliche Zollbelastung des papierindustriellen Imports ergeben sich demnach für die beobachteten Länder dem Werte nach die folgenden Prozentsätze:

Tabelle 33

Land	Halbstoff	Pappe	Papier
Österreich	5,5	10,3	21,2
Deutschland	9,2	10,3	21,0
Italien	5,0	17,2	33,1
Ungarn	3,8	13,8	23,2[203])
Jugoslawien	—	34,5	41,1
Frankreich	6,7	35,2	15,0
Polen	14,0	23,0	35,1
Schweiz	16,8	34,5	46,4
Rumänien	9,8	58,6	54,4
Tschechoslowakei	11,3	37,2	32,2

[203]) Bzw. 32,0%.

Was nun zunächst unsere erste Fragestellung betrifft, welche Auswirkung nämlich von einer Eingliederung der österreichischen Wirtschaft in das deutsche Zollgebiet hinsichtlich der Konkurrenzmöglichkeit der Papierindustrie des Drittauslandes auf dem österreichischen Markt zu erwarten ist, so ergibt der Vergleich zwischen den für die Papierindustrie geltenden Zollhöhen in Österreich und Deutschland, daß die heute in beiden Ländern bestehenden Schutzzölle im ganzen genommen fast die gleiche Höhe innehalten.

Es wird sich darum unsere Frage dahingehend beantworten lassen, daß mit der Eingliederung in das deutsche Zollgebiet, d. h. mit Übernahme auch des deutschen Zolltarifs, die österreichische Papierindustrie eine grundsätzliche Veränderung in ihrem bisherigen Zollschutz dem Drittausland gegenüber nicht zu erwarten hat, wenn sich hierbei auch, wie unserer Tabelle zu entnehmen ist, nicht unerhebliche Verschiebungen für bestimmte Einzelsorten, wie z. B. eine für Österreich besonders wichtige Verminderung der bislang geltenden Zollsätze für Seiden- sowie Packpapier um etwa 50 % ergeben werden, der andererseits wiederum Erhöhungen hinsichtlich anderer Papierpositionen sowie hinsichtlich des Halbstoffes (hier insbesondere des Holzschliffes) gegenüberstehen. Was hier die für die österreichische Papierindustrie im Hinblick auf die tschechoslowakische Konkurrenz sicherlich nicht ganz unbedenklich erscheinenden Zollermäßigungen für Seiden- und Packpapier betrifft, so wird in dem mit der tschechoslowakischen Produktion inzwischen beschrittenen Konventions- und Kontingentierungsweg in der Packpapierfrage schon der Weg zur möglichen Kompensierung der Wirkung einer solchen Zollermäßigung angedeutet sein.

Wollen wir nun auch versuchen, eine Antwort auf unsere zweite Frage zu geben, welche Exportaussichten sich nämlich für die österreichische Papierindustrie hinsichtlich hier der Konkurrenz mit der betreffenden heimischen Produktion auf den fremden Märkten aus dem Anschluß ergeben dürften, so werden wir uns noch einmal vor Augen zu halten haben, daß nicht anders wie bei allen übrigen österreichischen Industriezweigen auch bei der Papierindustrie die eigentlichen Erschwerungen für den Export nach den natürlichen Hauptabsatzmärkten in den bestehenden und stets weiter höher geschichteten Zollmauern dieser Länder zu suchen sind, wie sie aus unserer Zusammenstellung deutlich erkennbar werden.

Wenn nun natürlicherweise mit einem wirtschaftlichen Anschluß an das Deutsche Reich eine direkte Änderung der Exportaussichten, d. h. hier im Konkurrenzkampf mit den heimischen Industrien der für Österreich wichtigen Absatzländer, ursächlich nicht gegeben erscheinen kann, so wird dennoch zu sagen sein, daß eben nur in Verbindung mit einem mächtigen Wirtschaftskörper, wie ihn das Deutsche Reich als zukünftiger Wirtschaftspartner Österreichs darstellt, der seinen eigenen Markt, den Markt eines 75-Millionen-Volkes, bei jeder Handelsvertragsverhandlung

in die Wagschale werfen kann, Österreich — wenn überhaupt — eine Bresche auch für seine volkswirtschaftlich so bedeutsame Papierindustrie in die gegenüberstehenden Zollmauern schlagen können wird.

Wenn es ferner schon heute — wenn auch eben in noch recht bescheidenem Umfange — der österreichischen Papierindustrie gelungen ist, zunächst wenigstens zur Ausschaltung der heftigsten Konkurrenzkämpfe mit an gleichen Absatzmärkten interessierten Konkurrenten Konventionen behufs gemeinschaftlicher Absatzregelung abzuschließen[204]), so wird durchaus anzunehmen sein, daß mit einer Eingliederung der österreichischen Papierindustrie in die machtvolle deutsche Organisation die zu erreichenden Vorteile auch auf dem internationalen Konventionswege für die österreichischen Produzenten um ein beträchtliches erweitert werden dürften, da ja für wesentliche Erfolge auf dem Gebiet internationaler Abmachungen eine straffe und machtvolle nationale Organisation der Industrie stets die beste Voraussetzung bildet.

---

[204]) Verursacht durch die tschechoslowakische Konkurrenz in Packpapier auf dem ungarischen Markte wurde 1927 für diese Sorte ein Übereinkommen hinsichtlich des ungarischen Marktes zwischen der Tschechoslowakei und Österreich getroffen, in welches auch Jugoslawien durch die Errichtung einer Verkaufsstelle in Zagreb durch die österr. und tschechoslowakischen Werke einbezogen wurde; neuerdings soll das Packpapierübereinkommen (Mitteleuropäische Packpapierkonvention) auch auf Skandinavien und Finnland ausgedehnt werden, da diese Staaten den Kartellpreis in Ungarn unterbieten.

Bezüglich holzfreien Papiers (Pelurenpapier) wurde mit den tschechoslowakischen Werken der Absatz in Ungarn zu 44% für Österreich, zu 51% für die Tschechoslowakei und zu 5% für Jugoslawien aufgeteilt. (Vgl. Dobretsberger, a. a. O.).

ANHANG

Währungskurse, Maße und Gewichte

1 S (Schilling) = 10000 K (Papierkronen) = 0,59 RM (Reichsmark)

1 GK (Goldkrone) = 144 S

1 t (Tonne) = 1000 kg

1 fm (Festmeter) = 1 Kubikmeter Festgehalt an Holz (m^3)

1 rm (Raummeter) = Schichtholz im Stoß aufgesetzt: 1 m lang, breit und hoch

1 rm = 0,75 fm ca.

1 t Papierholz = 2 fm ca; der im statistischen Warenverzeichnis vorgesehene Umrechnungsfaktor 1 fm = 600 kg erscheint für Papierholz zu hoch

1 ha (Hektar) = 100 a (Ar)

1 a = 100 m^2 (Quadratmeter).

SCHRIFTTUM

Quellen:

1. Österreich

Statistik des Auswärtigen Handels Österreichs. Herausgegeben vom Bundesministerium für Handel und Verkehr.

Statistische Nachrichten. Redigiert und herausgegeben vom Bundesamt für Statistik unter Mitwirkung der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, der Kammer für Arbeiter und Angestellte und der Niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer.

Wirtschaftstatistisches Jahrbuch. Herausgegeben von der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien.

Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung.

Jahresberichte über die Industrie, den Handel und die Verkehrsverhältnisse in Wien und Niederösterreich. Der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie erstattet vom Kammeramte zur Vorlage an das Bundesministerium für Handel und Verkehr.

Österreichischer Eisenbahngütertarif.

Österreichischer Zolltarif.

2. Deutschland

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt.

Der Auswärtige Handel Deutschlands. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt.

Wirtschaftsjahrbuch für Industrie und Handel des Deutschen Reichs und der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns.

Deutsche Eisenbahn-Güterverkehrsstatistik. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt.

Jahrbuch der Berufsverbände im Deutschen Reich.

Statistisches Jahrbuch der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie. Bearbeitet in der Wirtschaftsstatistischen Abteilung der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie. (Als Manuskript gedruckt und nicht veröffentlicht.)

Jahresbericht des Vereins Deutscher Papierfabrikanten E. V. (Als Manuskript gedruckt und nicht veröffentlicht.)

Deutscher Eisenbahngütertarif.

Deutscher Zolltarif.

Literatur:

1. Allgemeine sowie Anschluß-Literatur

Selbständige Werke

v. Battaglia, Roger Frh.: Ein Wirtschaftsbündnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland. Wien und Leipzig 1917.

Bayer, Hans: Strukturwandlungen der österreichischen Volkswirtschaft nach dem Kriege. Ein Beitrag zur Theorie der Strukturwandlungen, Wiener Rechts- und Staatswissenschaftlche Studien, Bd. XIV, 1929.

Bosc, L.: Zollallianzen und Zollunionen in ihrer Bedeutung für die Handelspolitik der Vergangenheit und Zukunft. Paris 1904, Berlin 1907. Ins Deutsche übersetzt und ergänzt von Siegmund Schilder.

Calmes, Albert: Der Zollanschluß des Großherzogtums Luxemburg an Deutschland. Luxemburg 1919.

Dobretsberger, Josef: Konkurrenz und Monopol in der gegenwärtigen Wirtschaft (mit besonderer Berücksichtigung der österr. Industrie), Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Studien, Bd. XII, 1929.

Feiler, Arthur: Das neue Österreich. Tatsachen und Probleme in und nach der Sanierungsaktion. Frankfurt 1924.

Gebert, Erich: Der Anschluß im Lichte österr. Wirtschaftspolitik. Bericht des Volkswirtschaftlichen und Handelspolitischen Ausschusses der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Salzburg, erstattet in der Vollversammlung der Kammer vom 13. April 1926.

— Flammenzeichen. Österreichs Wirtschaftsschicksal. Dargestellt im Auftrage der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Salzburg. Salzburg 1929.

Glier: Die Meistbegünstigungsklausel, Veröffentlichungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, Berlin 1905, Heft II.

Günther, Adolf: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich. Heft II der Folge „Wirtschaftsprobleme der Gegenwart", herausgegeben von Adolf Weber. Berlin 1929.

Haber, Franz: Österreichs Wirtschaftsbilanz. Ein Vergleich mit der Vorkriegszeit. Im Rahmen der vom Deutschen Industrie- und Handelstag veranstalteten Untersuchung der europäischen Länderbilanzen bearbeitet im Auftrag der Industrie- u. Handelskammer, München. München und Leipzig 1928.

Harms, Bernhard: Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft, Weltwirtschaftliches Archiv, 23. Bd., 1926, I.

— Strukturwandlungen der Weltwirtschaft. Weltwirtschaftliches Archiv, 25. Bd., 1927, I.

— Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft. Berlin 1928. 2 Bde.

Hertz, Friedr.: Ist Österreich wirtschaftlich lebensfähig? Wien 1921.

— Zahlungsbilanz und Lebensfähigkeit Österreichs, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 167, II.

Höper, Gerhard: Die Wirtschaftsangleichung von Österreich und dem Deutschen Reich als Vorbereitung des politischen Anschlusses. Diss. Wien, 1927.

Jastrow: Die mitteleuropäische Zollannäherung und die Meistbegünstigung.

Keller: Ein deutsch—österr.-ungarischer Zollverein, Schmollers Jahrbuch, 1915, Jahrg. 39, Heft 2.

Kende, Oskar: Die wirtschaftliche Struktur Österreichs und Westungarns, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Bd. 63, 1922, I.

Kleinwächter, Friedr.: Der deutsch-österr. Mensch und der Anschluß. Wien 1926.

Kniesche, Herbert: Die großdeutsche Wirtschaftseinheit. Leipzig 1929.

Layton, W. T., u. Rist, Ch.: Die Wirtschaftslage Österreichs. Berichte der vom Völkerbund bestellten Wirtschaftsexperten, Wien 1925. Deutsche Übersetzung.

List, Friedrich: Das Nationale System der Politischen Ökonomie. Stuttgart. 1838.

Nonnenbruch, Fr.: Das Vereinigte Europa.

Ondraczek, Viktor: Der Anschluß Österreichs, Eisenbahnen und Schiffahrt, herausgegeben von der Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft, Wien 1926.

Riedl, Richard: Kollektivverträge zur Erleichterung des internationalen Handels in Europa, Bericht, erstattet an das Zentralkomitee für Behebung der Hindernisse des Handels vom Österreichischen Subkomitee, Wien 1926.

— Kollektivvertrag über die Begrenzung der Zollhöhe und die Gewährung gegenseitiger Meistbegünstigung. Bericht, erstattet im Namen des Österreichischen Komitees der Kommission zur Behebung der Hindernisse des Handels. In Ergänzung der im Berichte des Österreichischen Komitees vom Juni 1926 enthaltenen Aufträge, Wien 1927.

— Die Meistbegünstigung in den europäischen Handelsverträgen. Denkschrift, dem Wirtschaftlichen Ausschuß des Völkerbundes überreicht von der Österreichischen Gruppe der Internationalen Handelskammer. Wien 1928.

Sartorius v. Waltershausen: Die Weltwirtschaft und die staatlich geordneten Verkehrswirtschaften.

v. Scala, Otto Erwin: Der deutsch-österreichische Zollverein. München 1926.

— Die wirtschaftlichen Vorteile des Anschlusses. Wien und Leipzig 1929.

Scheffer, Egon: Österreichs wirtschaftliche Sendung. Wien u. Leipzig 1927.

Schilder, Siegmund: Der Streit um die Lebensfähigkeit Österreichs, Finanz- und Volkswirtschaftliche Zeitfragen, herausgeg. von G. v. Schanz und Julius Wolf. 90. Heft, 1926.

Schüller: Meistbegünstigung und Vorzugsbehandlung, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 155, I, 1916.

Schulze, Ernst: Die Zerrüttung der Weltwirtschaft. 1923.

Spithoff, Arthur: Gründe für und wider einen deutsch—österreichisch-ungarischen Zollverband, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 155, I, 1916.

Stolper, Gustav: Die Handelspolitik Deutschösterreichs, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 171, II.

— Über die Formen eines Wirtschaftsverbandes zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 155, I, 1916.

— Deutsch-Österreich als Sozial- und Wirtschaftsproblem.

Todorovits, Milan A.: Einheitliche Zollgebiete, deren Entstehung und Wirkung. Ein Beitrag zur Lehre über die Zolleinigungen, Münchner Volkswirtschaftliche Studien, 1908.

Trescher: Vorzugszölle. Berlin 1908.

Weber, Adolf: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. München u. Leipzig 1928.

Weber, Alfred: Über den Standort der Industrie. I. Teil. Reine Theorie des Standorts. Tübingen 1908.

Wolf, Julius: Vorzugsbehandlung im Rahmen der Meistbegünstigung.

— Ein deutsch—österreichisch-ungarischer Zollverband.

v. Zwiedineck-Südenhorst, Otto: Das Problem des deutsch-österreichischen Zollvereins, Jahrbücher für Nationalökonomie u. Statistik, III. Folge, Bd. 69, 1926, I.

— Österreich am Scheidewege. Betrachtungen über Österreichs Wirtschaft und Politik, Schmollers Jahrbuch, 50. Jahrg., 1926, II.

— Der Deutsch-Österreichische Zollverein, Volk und Reich, Politische Monatshefte für das junge Deutschland, herausgeg. von Friedrich Heiß. Juli/August-Heft 1926.

Zum wirtschaftlichen Anschluß. Broschüre der Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft. Wien 1926.

Übersicht über die europäischen Handelsverträge. Dem wirtschaftlichen Ausschuß des Völkerbundes überreicht von der Österreichischen Gruppe der Internationalen Handelskammer. Wien 1927.

Zehn Jahre Nachfolgestaaten. Sonderausgabe zur 20-Jahrfeier des „Österreichischen Volkswirt", Wien 1928.

Das österreichische Wirtschaftsproblem. Denkschrift der Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft, Wien 1925.

Zollhöhe und Warenwerte. Eine vergleichende Studie über die Höhe der Zollbelastung für 402 Waren in 14 europäischen Staaten, der Weltwirtschaftskonferenz überreicht vom Österreichischen Nationalkomitee der Internationalen Handelskammer. Wien 1927.

Aufsätze usw.

Böhm, Herbert: Die Partialzollunion als Mittel zum Aufbau größerer Wirtschaftsgebiete, Neue Freie Presse v. 5. Febr. 1927.

Bräuer, Karl: „Zölle, Zollwesen", Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl. 1928.

Drucker, Adolf: Außenhandel und Außenpolitik, Zehn Jahre Nachfolgestaaten, Sonderausgabe zur 20-Jahrfeier des „Österreichischen Volkswirt", Wien 1928.

Kuhlo, Alfred: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich, Bayerische Industrie, Nr. 51, 1929.

Schlenker, Max: Organisatorische Gemeinschaftsarbeit der deutschen und österreichischen Wirtschaft, Ruhr und Rhein, 22. Nov. 1928.

2. Papierindustrie

Selbständige Werke

Blanchet, A.: Essai sur l'histoire du papier et sa fabrication, Paris 1900.

Briquet, C. M.: Recherches sur les premiers papiers employés en occident et en orient du Xe au XIVe siècle. Paris 1886.

Chavanne, J.: Les livres chinois avant l'invention du papier. Journal Asiatique, Paris, Jan.-Fév. 1905.

Haas, C.: Das Papier und seine Vorfahren. Berlin 1890.

Hofmann, C.: Handbuch der Papierfabrikation. Berlin 1891.

Karabacek, J.: Das Arabische Papier, Mitteilungen aus der Sammlung des Papyrus Erzherzog Rainer, I. Jahrg., Wien 1887.

Kirchner, Ernst: Das Papier. Bd. III A, Biberach 1912.

Krahl, Katharina: Kartellbewegung und Kartellprobleme in der deutschen papiererzeugenden Industrie. Diss., Frankfurt 1924.

Krawany, Franz: Entstehung, Entwicklung und voraussichtliche Gestaltung der Papierindustrie, insbesondere mit Rücksicht auf die österreichisch-ungarische Monarchie. Wien 1905.

— Die Papierindustrie. Wirtschaftsgeographische Karten und Abhandlungen zur Wirtschaftskunde der Länder der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie. Herausgegeben vom Handelsmuseum in Wien, 1919, Heft 9.

— Die Geschichte der Papierindustrie der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, Wien 1923.

— Internationale Papierstatistik. Wien 1925.

Marchet, Julius: Waldflächen und Holzproduktion in Österreich. Wien und Leipzig 1919.

Munsell, J.: Chronology of the origin and progress of paper and paper making. 5th edition, Albany, 1876.

Neukirchen, Heinrich: Die Geschichte der österreichischen Papierindustrie im Lichte der Standortstheorie. Diss. Graz.

Nöllenburg, Wilhelm: Das Papier auf dem Weltmarkt. Leipzig 1926.

Possanner v. Ehrenthal, Bruno: Lehrbuch der chemischen Technologie des Papiers. Leipzig 1923.

Reinhold, Gerhard: Die Papierholzversorgung. Berlin 1927.

Schubert, Max: Die Zellulosefabrikation. Berlin 1906.

Schwalbe, Helmut: Die Konzentrationsbewegung in der Papierindustrie der Welt. Diss. Dresden 1925.

Staudt, R.: Die Standortswahl der deutschen Papierindustrie in theoretischer und historischer Untersuchung. Diss. 1926.

v. Wiesner, J.: Die ältesten bis jetzt aufgefundenen Hadernpapiere, Sitzungsberichte der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien, Bd. 168, 1911.

Die Internationale Papier- und Zellstoff-Industrie. Herausgegeben von Wever & Co., Kommandit-Aktiengesellschaft, Basel 1929.

Zeitschriften usw.

Der Österreichische Volkswirt.

Die Bilanzen, Beilage zum Österreichischen Volkswirt.

Die Industrie. Offizielles Organ desHauptverbandes der Industrie Österreichs.

Bayerische Industrie.

Ruhr und Rhein.

Tätigkeitsberichte des Hauptverbandes der Industrie Österreichs.

Neue Freie Presse.

Wochenblatt für Papierfabrikation.

Der Papierfabrikant.

Zentralblatt für die Papierindustrie.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage.